5 Mark

bremer

kassIBER

stadtzeitung

für politik, alltag, revolution

Nr.27 (oktober/november 1995)

reden wir darüber ...
... im Männercafé

Themen: Interview zu Männercafé, Männerorganisierung und Sexismus * Sinn und Unsinn von Strafe * US-Strafsystem: Ein Syndrom uferloser staatlicher Gewalt * Selektierende Anthropologie * Erfahrungen einer Frauenknastgruppe * Staatsschutzangriffe am 13.Juni * Beugehaft * § 218 * u.v.a.m.

Impressum

bremer kassiber

Herausgegeben vom Verein zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten (VzVuN).
V.i.S.d.P.: J.Kranz, Sebaldsbrücker Heerstraße 234, Bremen.
Redaktionsanschrift: VzVuN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen.

Texte bitte als MS-Word-, Winword- oder ASCII-Dateien auf Diskette mit einem Ausdruck an die Redaktionsanschrift (für Rückfragen bitte Adresse oder Telefon-Nr. beilegen).

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem oder der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit den Gründen der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird diese Zeitschrift der oder dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur die, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Editorial

Vor rund dreieinhalb Monaten, am 13.Juni, durchsuchten PolizistInnen unter Federführung der Bundesanwaltschaft bundesweit rund 50 Wohnungen, Arbeitsstellen, Infoläden etc. Diese Staatsschutzaktion, die sich nach offizieller Darstellung gegen die *radikal,* die *Antiimperialistischen Zellen* (AIZ) und das *K.O.M.I.T.E.E.* richtete, war vor allem, so Bundesinnenminister Kanther noch am selben Abend, eine "*zielgerichtete präventive Maßnahme zur Einschüchterung gegen die linksradikale Szene*". Mehr als 20 Frauen und Männer wurden vorläufig festgenommen und ED-behandelt. Vier Männer sitzen seither in Untersuchungshaft. Ihnen wird die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung im Zusammenhang mit der Herausgabe der *radikal* vorgeworfen. Mit derselben Begründung werden Matthes und Jutta aus Bremen, Ulli aus Oldenburg und ein weiterer Mann mit Haftbefehl gesucht. Ulf B. aus Bremen sitzt seit dem 4.Juli für fünf Monate in Beugehaft im baden-württembergischen Heimsheim, weil er sich weigerte, vor dem Karlsruher Ermittlungsrichter im sog. *radikal*-Verfahren und insbesondere gegen einen Freund und Genossen auszusagen. In dieser Ausgabe wird **Eine vorläufige Bilanz** dieses Staatsschutzangriffs gezogen.

Inzwischen haben auch in Bremen einige Solidaritätsaktionen stattgefunden, dennoch bleibt festzustellen, daß sich die Kampagne - zumindest im gemischten Szenespektrum - nur schleppend entwickelt, von Solidarität über die Szene-Grenzen hinaus aber kaum die Rede sein kann. Darüber hinaus ist zu konstatieren, daß die bürgerlichen Medien über diese neuen § 129- bzw.

Was lesen in schweren Zeiten?

§129a-Verfahren kaum berichten. Aktionen, die die Solidarität mit den Betroffenen ausdrücken und deutlich machen, daß wir uns mit den staatlichen Einschüchterungs- und Repressionsversuchen auseinandersetzen müssen und sie nur gemeinsam und solidarisch zurückweisen können, bleiben auf der Tagesordnung. Dabei kann der Blick und die Agitation über den eigenen (politischen) Tellerrand hinaus nur wenig schaden, denn: *Solidarität ist eine Waffe!* Auch eine zweite klassenkämpferische Alltagsweisheit hat nach wie vor Gültigkeit: (Nicht nur) *Anna und Arthur halten's Maul!* Nähere Infos zu den Themen **Aussageverweigerung und Beugehaft** gibt es im Interview mit einer Rechtsanwältin.

Das Projekt K.O.M.I.T.E.E. wurde inzwischen beendet. Nicht wegen des sommerlichen Staatsschutzangriffs, sondern weil beim Angriff auf den im Bau befindlichen Berliner Abschiebeknast Grünau schwerwiegende Fehler gemacht wurden. Wir dokumentieren die entsprechende Erklärung von Anfang September: **Knapp daneben ist auch vorbei.** Wenn wir schon gerade beim Thema sind: Die *Rote Zora* hat in der Nacht vom 23. auf den 24.Juli einen Anschlag auf den Rüstungskonzern *Fr.Lürssen-Werft* verübt. Die Aktivistinnen begründen diese Aktion in ihrem von uns dokumentierten Bekennerinnenschreiben nur kurz, vor allem aber widmen sie sich der Diskussion um die patriarchalen Strukturen innerhalb der kurdischen PKK: **Ihr habt die Macht, uns gehört die Nacht.**

Um's Patriarchat geht es auch den linksradikalen Bremer Männergruppen. Wir haben mit Vertretern dreier Gruppen ein Interview zu den Themen *Männercafé, Männerorganisierung und Sexismus* geführt. Ob ihre insbesondere durch das Männercafé

bremer kassIBER stadtzeitung

linksradikal * schwarz/weiß * autonom

bremens einzige internationalistische lokalzeitung

alle zwei bis drei Monate im:
Ostertor-Buchladen, Buchladen Neustadt, bba-infoladen, Cinema, Dicker Engel, Eine-Welt-Laden, Eisen, Falstaff, Hagazussa, Horizont, infoladen Umschlagplatz, La Baguette, Lagerhaus, Naturkrauter, Überschall, Universitätsbuchhandlung, Z u.v.a.m.
oder:
Sechs Ausgaben per Schnupper-Abo frei Haus. Dazu 35 Mark in Scheinen oder gebräuchlichen Briefmarken (keine Schecks) an: VzVuN, St.-Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen

geleistete Arbeit die notwendige Breitenwirkung erfährt, bleibt indes offen: **"Wenn ich schon meine eigene Kritik besser finde als die, die von anderen kommt ..."**

Zurück zum Thema 'staatliche Repression': Die Vorstellung, staatliches Strafen müsse Sinn haben, ist heute selbstverständlich. Drei Zuschreibungen von Sinn sind verbreitet: 1. Strafe verhindert Verbrechen. 2. Strafe entspricht Strafbedürfnissen. 3. Strafe stabilisiert gesellschaftliche Hierarchien. Die erste Zuschreibung ist empirisch widerlegt. Die zweite und dritte Zuschreibung sind spekulativ. Der Sinn staatlichen Strafens ist also kaum zu erkennen. Aber warum dann Strafen? Der Artikel **Sinn und Unsinn von Strafe** versucht sich an einigen Begründungen. Auf der eher praktischen Ebene widmet sich die *Frauenknastgruppe Bremen* dem Thema. Die Frauenknastgruppe ist - welche/r aufgeklärte Frau/Mann ist das *eigentlich* nicht? - gegen das Ein- und Wegsperren von Menschen. Von daher haben die Frauen andere, im Bremer Frauenknast gefangene, Frauen besucht und so versucht, die Isolierung zumindest ansatzweise aufzubrechen und eine kleine Verbindung zwischen drinnen und draußen herzustellen. Die Frauenknastgruppe berichtet über die dortigen Haftbedingungen, ihre Besuche zwischen Sommer 1993 und Frühjahr 1995 sowie ihren schließlichen Rausschmiß: **Knast und Öffentlichkeit - ein unauflösbares Dilemma?**

Strafe - zum vierten: Das Todesurteil gegen den afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal, über dessen 'Fall' wir regelmäßig berichten, ist nicht nur Folge des Vernichtungswillens der US-Strafjustiz gegenüber dem linksradikalen Widerständler. Denn nicht nur Mumia Abu-Jamal, tausende anderer sind von der Verhängung der Todesstrafe betroffen. Die Entwicklung in der US-Kriminalpolitik ist seit etwa 15-20 Jahren von stark konservativen Deutungsmustern und Handlungsanweisungen geprägt. Seit den späten 70er Jahren begann sich ein massives neokonservatives Denken in den schlichten Kategorien von 'gut' und 'böse' durchzusetzen, eine Abkehr von differenzierenden Betrachtungsweisen, eine primitive Re-Moralisierung unter Abstraktion der sozialen Wirklichkeit. Das US-Strafsystem entpuppt sich als **Ein Syndrom uferloser staatlicher Gewalt,** unter dem insbesondere (männliche) Schwarze zu leiden haben. Sie stellen weit über die Hälfte der etwa 1,2 Millionen Gefangenen in den US-Knästen - bei einem Bevölkerungsanteil von nur rund elf Prozent.

Und zum fünften: Auf die Apologeten der 'Kriminalanthropologie' zur 'wissenschaftlichen' Begründung der Todesstrafe weist der Artikel **Selektierende Anthropologie** hin. Denn auf deren Argumentation, die davon ausgeht, daß "*die Persönlichkeit des Verbrechers anstelle der objektiven Schwere des Verbrechens zum Hauptgegenstand und Prinzip der Regeln der Strafjustiz zu machen*" sei, beruft sich die US-amerikanische Justiz heute wieder. In inzwischen 38 der 50 US-Bundesstaaten wurde die Todesstrafe wieder eingeführt, seit der Präsidentschaft Bill Clintons wurden 47 weitere Delikte in den Todesstrafenkatalog aufgenommen. So nimmt es denn auch nicht Wunder, daß das Wiederaufnahmeverfahren Mumia Abu-Jamal durch den reaktionären Richter Sabo kürzlich abgelehnt wurde, die vorgelegten Beweise hätten angeblich nichts neues ergeben ...

And now something completely different: Auch für den kassiber Nr.26 haben wir mehrere Dutzend **Rechnungen** verschickt. Davon wurden bis zum heutigen Tag ganze zwei (2!) bezahlt. Zwar liest man auf den Wirtschaftsseiten der bürgerlichen Presse immer wieder von der miesen Zahlungsmoral kleiner und mittelständischer deutscher Unternehmen, daß dies aber auch für die sich anti-kapitalistisch gerierenden Infoläden u.a. in diesem Ausmaß - und teilweise seit einigen Ausgaben - zutrifft, erschüttert uns regelrecht. Solltet Ihr also AbonnetIn sein bzw. diese Publikation bei Eurem örtlichen Dealer beziehen, schaut bzw. fragt doch 'mal nach, ob die Rechnungen bezahlt wurden. Wir jedenfalls sind auf die Kohle dringend angewiesen!

Der **Redaktionsschluß** der nächsten Ausgabe ist der 14.November 1995.

Die Redaktion, 24.September 1995

Inhalt

Magazin

Was bisher geschah * Fahndungsdatei auf CD-ROM * Anerkennungsquote: 9,4 Prozent * Antisemitische Straftaten * "Nationalität: Deutsch" 4

Termine 13

Bremen

Interview zu Männercafé, Männerorganisierung und Sexismus: "Wenn ich schon meine eigene Kritik besser finde als die, die von anderen kommt ..." 14

Erfahrungen einer Frauenknastgruppe aus Bremen: Knast und Öffentlichkeit - ein unauflösbares Dilemma? 21

Zivile und militärische Atomanlagen: Eine Projektion der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse 25

Dokumentation: Ihr habt die Macht, uns gehört die Nacht . 28

Dokumentation: Knapp daneben ist auch vorbei 31

Umzu

Paragraph 218: Nicht mehr als ein Schulterzucken 34

Kampagne 'Nie wieder!' fordert Entschädigung: "Den Opfern ihre Würde zurückgeben" 37

Sinn und Unsinn von Strafe: Die Vorstellung, staatliches Strafen müsse Sinn haben, ist heute selbstverständlich 39

Internationalismus

Hintergründe des Hinrichtungsbefehls gegen Mumia Abu-Jamal: Selektierende Anthropologie 42

Ein Syndrom uferloser staatlicher Gewalt 44

Zur Situation in Euskadi/Spanien im Sommer '95: Enthüllungen über den "schmutzigen Krieg" 48

Politische Gefangene/Prozesse

Staatsschutzangriff am 13.Juni 1995: Eine vorläufige Bilanz . 51

Interview mit Rechtsanwältin Waltraud Verleih: Beugehaft 52

Demonstrationen am 2./3.10.94 in Bremen: Zwischenstand der Ermittlungen und Verfahren 54

Kurzmeldungen 54

Bücher und Broschüren

Razzia * "es wäre mehr drin gewesen!" * Zwischen Flucht und Arbeit * IG-FARBEN - Von Anilin bis Zwangsarbeit * Schwarzer Widerstand und Befreiungsbewegung seit dem 17.Jahrhundert in den USA 58

mAGazIN

22.Juni

Demo gegen Abschiebungen I

Am späten Nachmittag demonstrieren Frauen und Männer vor dem *Abschiebeknast Ostertorwache* gegen die *"mörderischen Auswirkungen der Abschiebungen"*; zu der Kundgebung hatte die *Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)* aufgerufen. Während der Aktion wird von zwei Männern eine blutähnliche Flüssigkeit vor den Eingangsbereich gekippt. Die beiden, die mit dem Auto vorgefahren waren (jahrzehntelange Erfahrungen lehren, daß das nicht schlau ist) und anschließend weiterfahren, werden von der Polizei Am Wall gestoppt und zur Identitätsfeststellung vorübergehend festgehalten. Bei einem anderen Demo-Teilnehmer werden zwei angebliche Schlagstökke und Leuchtspurmunition beschlagnahmt. Weitere DemonstrantInnen werden von PolizistInnen beschimpft und bedroht.

23.Juni

Antifaschistische Aktion

Unter dem Motto *"Zerschlagt die Nazi-Bands"* demonstrieren rund 60 Männer und Frauen in Delmenhorst; aufgerufen hatte das *Antifaschistische Bündnis Weser-Ems*. Die DemonstrantInnen fordern den Rausschmiß der Nazi-Bands *Boots-Brothers, Schlachtruf* und *Froidenspender* aus dem Jugendzentrum *Villa* und die Beendigung der *"akzeptierenden Jugendarbeit"* mit FaschistInnen.

Abschiebeknast Ostertorwache (I)

Der *Bremische Anwaltsverein* fordert den Innensenator auf, endlich die Situation in der Abschiebehaft zu ändern. Um wenigstens *"Mindeststandards"*, die in Bremen nicht gewährleistet seien, zu erreichen, müßten z.B. ausreichend Möglichkeiten zum Duschen geschaffen und Informationsblätter über Abschiebehaft und Rechtsmittel in den Sprachen der Gefangenen verteilt werden. Außerdem sei der Kontakt zu ArztInnen, DolmetscherInnen und AnwältInnen zu erleichtern. Am 5.August vergangenen Jahres hatte selbst das Landgericht nach einer Inspektion der Ostertorwache geurteilt, daß die dortige Abschiebehaft gegen die Menschenwürde verstößt und detaillierte Änderungen aufgegeben (s. kassiber 23).

25.Juni

Sexueller Mißbrauch (I)

Im Ihletal in Bremen-Nord werden am Nachmittag zwei neun- und zehnjährige Jungen von einem 49jährigen Mann sexuell mißbraucht. Danach flüchten die beiden Jungen und berichten ihren Eltern von dem Mißbrauch, der Täter wird wenig später festgenommen.

26.Juni

Kunstverstand?

80.000 Mark Fördermittel hatte die *Gruppe Grün* vor mehr als zwei Jahren von der Stadt erhalten, um allerlei künstlerische Aktivitäten auf dem Rembertikreisel zu entfalten. Mit dem Geld wurden KünstlerInnen eingeworben, die dort verschiedene Objekte aufstellten. Nun begab es sich zu jener Zeit, daß selbiges Arreal von Bäumen und Büschen geradezu überwuchert wurde, was wiederum AnwohnerInnen, PassantInnen und AutofahrerInnen verlockte, dort einen Teil ihres Mülls zu entsorgen. Das wiederum rief die *Bremer Entsorgungsbetriebe (BEB),* in Prä-PC-Zeiten Müllabfuhr genannt, auf den Plan, die noch dazu den Auftrag erhielten, das dort sprießende Grün weitestgehend zu beseitigen, wurden doch dahinter spritzenbewehrte Junkies vermutet. Also zog BEB-Vorabeiter Rogge mit seinen Mannen los, hechselte das Buschwerk und sammelte den Unrat. Zu unser aller - und insbesondere Rogges - Unglück stellte sich wenig später heraus, daß dabei auch einige mit Steinen gefüllte Kartoffelsäcke auf den Müllwagen wanderten. Diese aber waren nicht das, was sie zu sein schienen, sondern - wir ahnen es schon - Kunst. Also zog Fritz Rahmann, Berliner Hochschullehrer und Erschaffer jener Objekte, ob der Schändung seines Werkes tief getroffen, vor das Landgericht, um 50.000 Mark Schadensersatz und 10.000 Mark Schmerzensgeld, jeweils plus Mehrwertsteuer und Zinsen, zu erstreiten. Das aber lies ihn abblitzen: Rogge hätte zwar nicht wohl, zumindest aber recht getan. Die BEB-Aktion auf dem Kreisel sei notwendig gewesen, obendrein hätten die Steine aus den Karoffelsäcken potentielle Wurfgeschosse gegen die dort kreiselnden Autos dargestellt - Rogge hätte mit ihrer Entsorgung also pflichtbewußt gehandelt. Allerdings sei der gemeine Wupper auch schlichtweg zu blöd, ein so wertvolles Kunstwerk zu erkennen: *"Der Kläger überspannt die an einen Arbeiter zu stellenden Sorgfaltsanforderungen und überschätzt ersichtlich den Erkennungshorizont weiter Bevölkerungskreise für Erscheinungsformen moderner Kunst."*

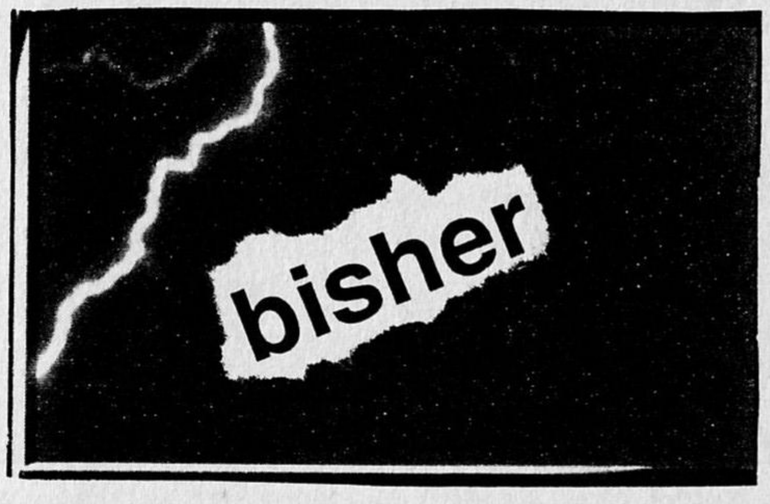
Sexueller Mißbrauch (II)

Ein siebenjähriger Junge wird am Nachmittag auf dem Schulhof der Bürgermeister-Smidt-Schule von einem Mann sexuell mißbraucht und aufgefordert, mit ihm zu kommen. Der 36jährige Täter wird, in Begleitung des Jungen, kurz danach in den Wallanlagen festgenommen.

27.Juni

Demo gegen Abschiebung (II)

Rund 300 SchülerInnen des Schulzentrums Kornstraße demonstrieren vor dem Rathaus und der Innenbehörde



gegen die geplante Abschiebung ihrer Mitschülerin Setareh G. in den Iran. Die 16jährige lebt seit 1988 in der BRD, mithin gilt für sie eigentlich die sog. Altfallregelung, nach der diejenigen, die vor dem 1.1.89 hierher kamen, aus *"humanitären Gründen"* ein Aufenthaltsrecht bekamen. Doch 1988 gab ihr hier lebender Onkel bei der Ausländerbehörde keine Gründe für die Einreise seiner Nichte an - weil er danach auch gar nicht gefragt wurde. Setarehs Anwalt attestiert der Ausländerbehörde von daher *"Spitzfindigkeit"* und *"Raffinesse"*: Würde ihr nämlich eine Aufenthaltsgenehmigung erteilt, käme die Behörde im Sinne des Schutzes der Familie nicht umhin, auch ihrer Mutter und dem jüngeren Bruder den Aufenthalt zu genehmigen. Beide waren erst einige Monate nach dem 1.1.89 in die BRD gekommen. Das Verwaltungsgericht lehnte die Klage der Familie gegen die für den 31.August vorgesehene Abschiebung ab. Gegen dieses Urteil wurde vor dem Oberverwaltungsgericht Berufung eingelegt.

28.Juni

Keine Out-of-area-Einsätze! (I)

Eine Delegation des *Bremer Friedensforums* übergibt im Wahlkreisbüro der

Bundestagsabgeordneten Konrad Kunick und Volker Kröning (beide SPD) Listen mit 2.650 Unterschriften mit der Aufforderung, "*keinerlei Einsatz der Bundeswehr out-of-area zuzulassen*". Das *Bremer Friedensforum* fordert anläßlich der am 30.Juni bevorstehenden Entscheidung über den deutschen Kriegseintritt im ehemaligen Jugoslawien alle Bremer Bundestagsabgeordneten auf, "*jede Erweiterung des Einsatzgebietes der Bundeswehr abzulehnen und den Vorstellungen der Bundesregierung ein Nein entgegenzusetzen*".

29.Juni

Keine Out-of-area-Einsätze! (II)

Gegen Einsätze der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien und anderswo demonstrieren am Nachmittag rund 200 Frauen und Männer. Gefordert wird die Beendigung der Einflußnahme des deutschen Imperialismus auf dem Balkan und die Unterstützung von Deserteuren. Die Demonstration, zu der die *DKP*, der *AStA Uni*, das *Antifaschistische Komitee*, *LEGO* und die *JungdemokratInnen/Junge Linke* aufgerufen hatten, zieht vom Hauptbahnhof über den Dobben zum Goetheplatz.

Keine Out-of-area-Einsätze! (III)

Konrad Kunick, Bremer SPD-Bundestagsabgeordneter, informiert in einem Brief den Partei- und Fraktionsvorsitzenden Scharping darüber, daß er bei der für den 30.Juni im Bundestag geplanten Abstimmung über den deutschen Kriegseintritt in Jugoslawien weder für den Regierungsantrag noch für den der SPD stimmen werde. Mit letzterem verdeutlicht die deutsche Sozialdemokratie einmal mehr, daß sie gewillt ist, in den Krieg zu ziehen: Militärische Unterstützungshandlungen durch die Bundeswehr werden befürwortet, vom Regierungsantrag unterscheidet man sich nur dadurch, daß auf den Einsatz der Tornado-Flugzeuge verzichtet werden soll. Diese Lappalie ist nach Ansicht Kunicks ein Versuch Scharpings, "*Militärpolitiker und Außenpolitiker der Fraktion davon abzuhalten, daß sie dem Regierungsantrag zustimmen*". Kunick aber sehe derzeit "*überhaupt keinen Anlaß, daß die SPD irgendeinen militärischen Einsatz mitträgt*". Ein Einsatz der Bundeswehr könne nur akzeptiert werden, wenn "*unsere Verbündeten*" angegriffen würden und militärische Unterstützung durch deutsche Truppen "*mit Hinweis auf die Bündnispflichten*" angefordert würde.

30.Juni

Seit dem 30.Juni wird zurückgeschossen

Der Bundestag stimmt dem Kriegseintritt der BRD im ehemaligen Jugoslawien zu: 386 Abgeordnete sind für den Antrag der Bundesregierung, 258 dagegen, 11 enthalten sich. Mit Ja stimmen auch 45 Abgeordnete der SPD und vier von Bündnis 90/Die Grünen, lediglich die PDS-Gruppe stimmt geschlossen mit 'Nein'. Neben den Bremer CDU-Abgeordneten stimmen auch Volker Kröning (SPD) und die Grüne Marieluise Beck dafür, daß deutsche Truppen ihre in den 40er Jahren unterbrochene Mission im ehemaligen Jugoslawien vollenden. Beck holte sich vor der Abstimmung Rat beim bosnischen Regime: Drei Tage vor der Abstimmung bekundete sie noch Zweifel, weil sie zwar dem Bundeswehreinsatz zuneigte, aber befürchtete, daß die Eingreiftruppe auch die Aktivitäten der bosnischen Militärs eindämmen könnte. Nachdem sie erfahren hatte, daß die bosnische Regierung sowohl den Einsatz der Eingreiftruppe als auch die geplante deutsche Beteiligung am 30.Juni befürwortet, stimmt sie mit 'Ja'.

Suizidversuch im Abschiebeknast (I)

Ein kurdischer Mann versucht am späten Abend, sich in einer Zelle im *Abschiebeknast Ostertorwache* selbst zu verbrennen. Der 26jährige erleidet schwere Brandverletzungen und schwebt in Lebensgefahr. Er war am selben Tag festgenommen worden und sollte tags darauf in die Türkei abgeschoben werden.

Demo gegen zairisches Regime

Flüchtlinge aus Zaire protestieren in der Innenstadt gegen Menschenrechtsverletzungen und die Ausplünderung des Landes durch das von der BRD unterstützte Mobutu-Regime. Gefordert wird, keine Flüchtlinge mehr nach Zaire abzuschieben, da ihnen dort Lebensgefahr drohe.

3.Juli

Keine Abschiebungen

Die 16jährige Setareh G., ihre Mutter und ihr Bruder werden nun doch nicht in den Iran abgeschoben. Nach erneuter Prüfung der Akten in der Innenbehörde sei nicht mehr genau feststellbar, wann die Schülerin in die BRD eingereist sei.

Da dies möglicherweise vor dem 1.1.89 geschehen sei, gelte die sog. Altfallregelung. Aus der Innenbehörde wird kolportiert, daß der heute aus dem Amt scheidende Innensenator van Nispen seinen Dienst mit einer 'guten Tat' beenden wollte.

4.Juli

Suizidversuch im Abschiebeknast (II)

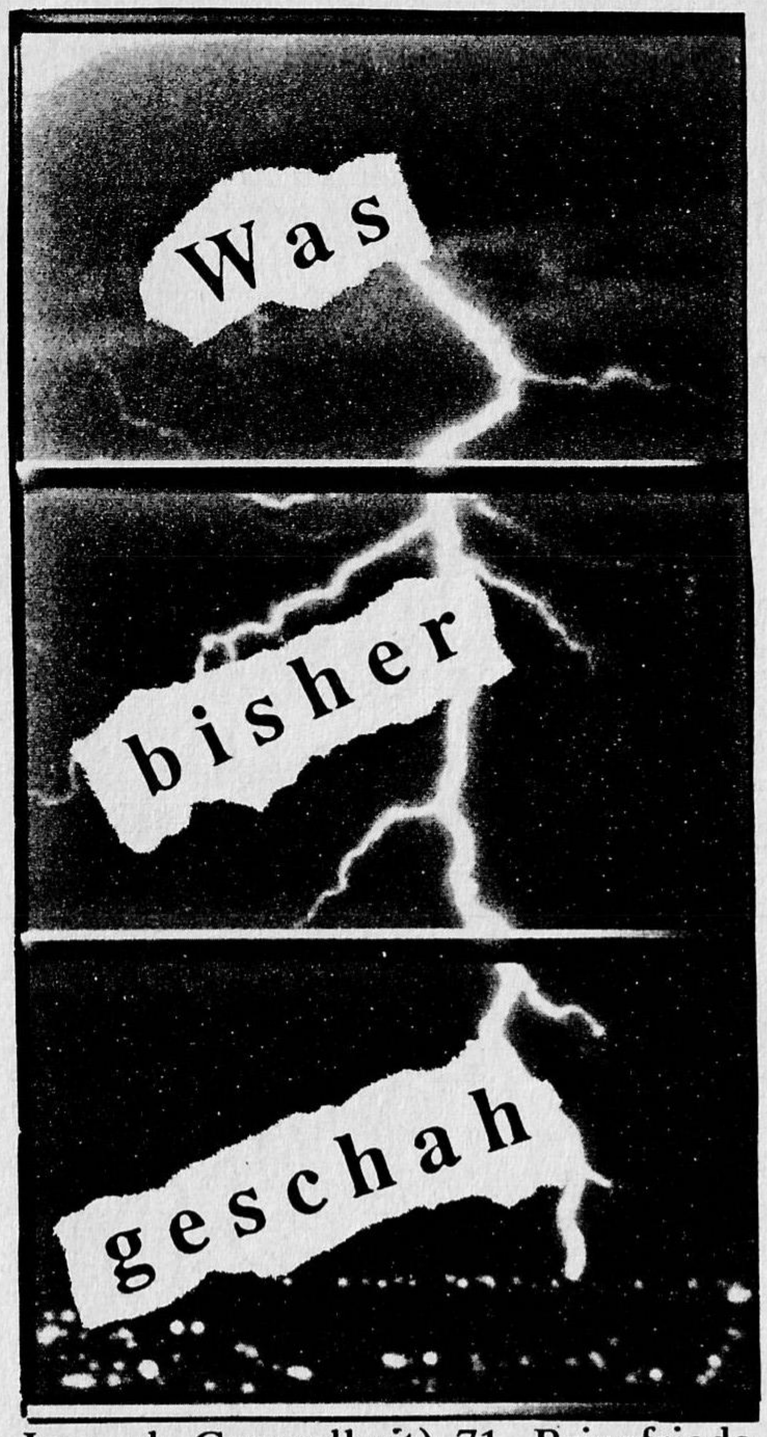
Im *Abschiebeknast Ostertorwache* versucht ein seit sieben Monaten sitzender Mann aus dem Tschad, sich selbst zu verbrennen. Nach Hilferufen eines Mitgefangenen löscht ein Schließer das Feuer, der 21jährige bleibt unverletzt.

Fünf Monate Beugehaft

Ulf B. aus Bremen wird zu fünf Monaten Beugehaft verurteilt, weil er, als Zeuge von der Bundesanwaltschaft nach Karlsruhe vorgeladen, die Aussage in einem Ermittlungsverfahren gegen die Zeitschrift *radikal* sowie einen Freund und Genossen verweigert. Ulf wird sofort festgenommen und in den Knast Heimsheim gebracht. Schon einige Tage zuvor mußte er 500 Mark Ordnungsgeld als Strafe für seine Aussageverweigerung bei einer ersten Vorladung in Bremen zahlen.

"Sowahr mir Gott helfe"

In der konstituierenden Sitzung der Bürgerschaft werden die SenatorInnen der Großen Koalition (74 von 100 Abgeordneten) gewählt. Insbesondere bei den Stimmergebnissen für die vier Senatoren der CDU zeigt sich, daß von Opposition auch zahlenmäßig kaum noch die Rede sein kann. Obwohl zwei CDU-Abgeordnete fehlen, erhält Ulrich Nölle (Bürgermeister; Finanzen) 83 Stimmen, der Geschäftsführer der Unternehmensverbände im Lande Bremen, Bernd Schulte (Bau) 75, Ralf H. Borttscheller (Inneres) 73; lediglich Hartmut Perschau, 1993 als Innenminister Sachsen-Anhalts über die sogenannte Gehälter-Affäre gestolpert, kommt auf nur 68 Stimmen. Die vier SPD-SenatorInnen müssen auf die Stimmen der AfB-Fraktion verzichten: Henning Scherf (Präsident des Senats; Justiz, Bundes- und Kirchenangelegenheiten) 71, Tine Wischer (Umwelt, Soziales,



Jugend, Gesundheit) 71, Bringfriede Kahrs (Bildung, Wissenschaft, Kunst, Sport) 71 und Uwe Beckmeyer (Häfen, überregionaler Verkehr, Arbeit) 70 Stimmen. Zuvor war Hartmut Metz (CDU) mit 96 (!) Stimmen, also auch von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion, zum Bürgerschaftspräsidenten gewählt worden. Vor der Bürgerschaft wird derweil demonstriert: Mit dem Nachbau einer Zelle aus der Ostertorwache gegen Abschiebungen; die PDS protestiert mit einer Mauer aus mit 'Nein' beklebten Kartons gegen den Stadtwerkeverkauf; ReferendarInnen sind gegen die Gebühren für die Lehramtsprüfungen und Jugendliche und MitarbeiterInnen aus dem *Naturfreundehaus* in der Buchtstraße für einen zehnjährigen Pachtvertrag, statt des angebotenen fünfjährigen.

Kurdische Protestaktionen

Kurdische Männer und Frauen beginnen in einer Reihe deutscher und europäischer Städte mit einem Hungerstreik. Sie protestieren damit gegen den mit deutscher Unterstützung stattfindenden Krieg der Türkei in Nordwest-Kurdistan sowie gegen die Anti-KurdInnenpolitik der Bundesregierung. Die unterbinde, so der deutsch-kurdische Verein *Hevalti* in Bremen, durch Festnahmen und Durchsuchungen alle Möglichkeiten der KurdInnen, in dem "*schmutzigen Krieg der Türkei gegen das kurdische Volk*" eine politische Lösung zu finden. Auch *Hevalti* bleibe von diesen Unterdrückungsmaßnahmen nicht verschont und daher aus Protest für eine Woche geschlossen.

5.Juli

Stadtwerke-Verkauf

In namentlicher Abstimmung segnet die Parlamentsmehrheit von SPD und CDU das Senatskonzept für den Verkauf von 49,9 Prozent der Aktien der *Stadtwerke AG* ab. Demnach werden 24,9 Prozent für 342 Millionen Mark an den größten BRD-Atomstromkonzern *VEBA AG* (100prozentige Muttergesellschaft der norddeutschen Atomstromproduzentin *Preußen-Elektra-AG/PREAG)* verkauft, 12,5 Prozent für 171 Millionen Mark an die *Ruhrgas AG* und weitere 12,5 Prozent zum gleichen Preis an den belgischen Energiekonzern *Tractebel.* Tags darauf stimmt auch der Aufsichtsrat der *Stadtwerke AG* dem Verkauf zu, womit selbiger unter Dach und Fach ist (s. auch kassiber 23).

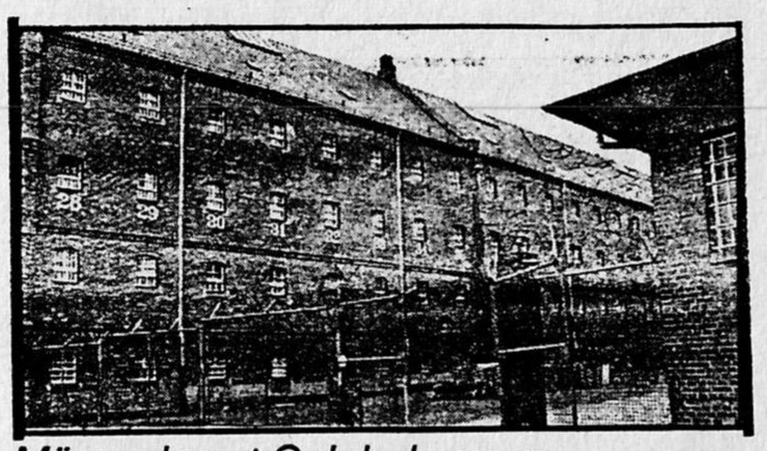
Abschiebeknast Ostertorwache (II)

Während einer Pressekonferenz kritisiert der *Asylkreis Ostertor* die unmenschliche Behandlung der Gefangenen während der oft mehr als sechs Monate dauernden Abschiebehaft in der Ostertorwache. Darüber hinaus kümmere "*sich niemand um (das) persönliche Habe*" der Verhafteten: "*Die Leute werden einfach abgeschoben, ohne ihre Klamotten, ohne ihr Geld.*" Das ihnen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zustehende monatliche Taschengeld von 80 Mark erhält nach Angaben des *Aslykreises Ostertor* kein einziger Gefangener. Momentan werde zwischen den senatorischen Behörden für Inneres und Soziales über ein Taschengeld in Höhe von 47 Mark verhandelt, den Betrag, den Gefangene in U-Haft erhalten. Nach Angaben der Sozialbehörde gäbe es beim Innensenator aber Widerstand gegen ein Taschengeld in bar.

7.Juli

Protest im Knast

Ein Gefangener versucht mit einem 'Sitzstreik' auf dem Dach des Knastes in Oslebshausen, seine Rückverlegung in den Wohngruppenvollzug durchzusetzen. Der 36jährige, der noch eine Haftstrafe bis 1997 absitzen soll, war kürzlich aus



Männerknast Oslebshausen

dem offenen Vollzug geflohen und am 4.Juli bei einem Ladendiebstahl von KundInnen mit einem Abschleppseil überwältigt worden. Als er jetzt von der Krankenstation in eine Einzelzelle gebracht werden soll, reißt er sich los und klettert über ein Baugerüst auf das Dach, um die Rückverlegung in seine alte Wohngruppe durchzusetzen. Der nach dreieinhalb Stunden ausgehandelte 'Kompromiß' zwischen Gefangenem und Gefängnisleitung beinhaltet, daß er in den Wohngruppenvollzug zurückverlegt wird, dort allerdings in Einzelhaft bleiben muß und seine Zelle nur in Begleitung verlassen darf.

8.Juli

Demo gegen Staatsschutzterror

Rund 300 Frauen und Männer demonstrieren gegen die Staatsschutzangriffe auf linksradikale Gruppen und Menschen in den vergangenen Wochen. Am 13.Juni fanden bundesweit dutzende Hausdurchsuchungen im Zusammenhang *AIZ, radikal, K.O.M.I.T.E.E.* statt, es gab diverse vorübergehende Festnahmen, vier Männer wurden verhaftet, einige der von den Bütteln Gesuchten sind untergetaucht (s. kassiber 26). Am 4.Juli wurde ein Mann aus Bremen zu fünf Monaten Beugehaft wegen Aussageverweigerung verurteilt. Die DemonstrantInnen fordern die sofortige Freilassung der Inhaftierten, die Rückgabe aller beschlagnahmten Gegenstände und die Einstellung der Ermittlungsverfahren.

Fahndungsdatei auf CD-ROM

Anfang Juni brachte die Mannheimer Firma *TopWare* eine CD-ROM heraus, auf der die Daten sämtlicher 117 deutschen Telefonbücher, insgesamt über 30 Millionen Einträge, gespeichert sind. Ähnliche Produkte hatten zuvor zwar auch schon der *Tele-Info-Verlag* und das Telekom-Schwesterunternehmen *DeTeMedien* herausgebracht, doch deren CD-ROM kosten weit über tausend Mark und sind zudem nur wie ein herkömmliches Telefonbuch zu nutzen: Über die Suchkriterien 'Ort' und 'Name' wird die Telefonnummer gefunden. Der Silberling der *TopWare* namens *D-Info* (Untertitel: "*Adress- und Telefonauskunft Deutschland*") kostet hingegen nur knappe 50 Mark und ermöglicht die Suche nach folgenden Kriterien: Ort, Postleitzahl, Name, Vorname, Straße, Hausnummer, Namenszusatz, Telefonnummer, Vorwahlnummer, Region. Diese Suchkriterien können beliebig mit 'und' bzw. 'oder'-Funktionen kombiniert werden. Die Daten können auf den Bildschirm geholt, aber auch in andere Programme exportiert werden, etwa um Etiketten oder Serienbriefe auszudrucken.

Die CD-ROM findet reißenden Absatz: Nach einer massiven Werbekampagne wurden über 144.000 Exemplare in den ersten Wochen verkauft. DatenschützerInnen rufen jetzt TelefonanschlußinhaberInnen auf, gegenüber den HerausgeberInnen solche Daten-CD-ROM Widerspruch gegen die Speicherung und Weitergabe ihrer Daten an Dritte einzulegen. Denn BürgerInnen, die ihr Einverständnis zum Eintrag in das konventionelle Telefonbuch gegeben hätten, damit andere (im regionalen Umfeld) ihre Telefonnummern finden können, sähen sich nun ungewollt in einem elektronischen Auskunftsystem. Das aber verstoße gegen das Bundesdatenschutzgesetz, das die Weitergabe von Daten (z.B. durch den Verkauf der CD-ROM) nur erlaubt, wenn dadurch die Interesse der Betroffenen nicht berührt werden. Nach dem Widerspruch ist der weitere Verkauf von Datenträgern mit den Daten derjenigen, die Widerspruch eingelegt haben, unzulässig. Jede(r) könne dann einklagen, daß die betreffenden CD-ROM nicht mehr weiterverbreitet werden.

11.Juli

Abschiebeknast ins Blockland

Der SPD/CDU-Senat beschließt, daß das Polizeigewahrsam und die Abschiebehaft spätestens im Dezember von der *Ostertorwache* in den Blocklander Knast verlagert werden sollen. Genutzt werden soll dort ein Freigängerhaus, das jetzt für 300.000 Mark umgebaut wird.

Solidarität mit Anthony Edeh (I)

Auf einer Pressekonferenz informieren Michaela von Freyhold *(Flüchtlingsinitiative Bremen)*, Antje Edel von der *IG Metall* und Heinz Böddener, Geschäftsführer der *IG Chemie, Papier, Keramik*, über die für den 10.August geplante Abschiebung Anthony Edehs, dem Anfang Januar 1995 die Flucht aus Nigeria nach Bremen gelang. Anthony war in seinem Heimatland politischer Berater der ÖlarbeiterInnengewerkschaft NUPENG und hatte die Streiks der ErdölarbeiterInnen von August bis Oktober 1994, die sich quasi zum Generalstreik ausweiteten, mitgetragen. Er war Initiator von Demonstrationen, die vom 11.-13.11.94 stattfanden und sich zu Riots radikalisierten. Die regierenden Miltärs ließen daraufhin 520 Menschen ermorden. Noch während der Auseinandersetzungen gelang Anthony die Flucht. Sein Asylantrag wurde nach der ersten Anhörung beim *Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge* abgelehnt.

Die Klage vor dem Verwaltungsgericht zog Anthony zurück, nachdem der Vorsitzende der *5.Asylkammer*, Richter Feldhusen, am 13.April an seinen Rechtsanwalt schrieb: "*Da nach Aktenlage bisher nicht erkennbar ist, daß die Klage Erfolg haben könnte, wird darauf hingewiesen, daß die Beklagte bereit ist, im Falle der Klagerücknahme und der freiwilligen Ausreise dem Kläger eine dreimonatige Ausreisefrist ... zu gewähren.*" Danach war klar, daß Anthony, seit einigen Monaten Sprecher des *Flüchtlingskomitees des Wohnschiffes Embrica Marcel*, in dem Verfahren keine Chance auf Anerkennung haben würde. Michaela von Freyhold: "*Die übliche pauschale Ablehnung von Afrikanern durch den zuständigen Richter Feldhusen ist eine Schande*". Der Strohhalm der dreimonatigen Ausreisefrist sollte genutzt werden, um weiteres Beweismaterial zur Untermauerung des Asylbegehrens herbeizuschaffen und dann Ende Juli einen Asylfolgeantrag zu stellen.

Anschlag auf Staatsrats-Auto

Auf das Auto des neuen Staatsrats im Innenressort, Hans-Georg von Bock und Polach, wird gegen Mitternacht vor seinem Wohnhaus in der Klugkiststraße ein Brandanschlag verübt. Das Feuer geht von einem Brandbeschleuniger an einem der Vorderreifen aus und wird nach 25 Minuten von der Feuerwehr gelöscht - der Wagen hat nur noch Schrottwert. Ein BekennerInnenschreiben gibt es genauso wenig wie im September letzten Jahres, als die Scheiben seines Hauses teilweise entglast wurden. Von Bock und Polach könne sich zwar "*einen Reim auf die jetzigen Täter machen*", aber das seien reine Spekulationen, die er nicht an die Öffentlichkeit trage. Er sehe den Anschlag nicht in Zusammenhang mit seinem neuen Amt, sondern eher mit seiner 20jährigen Tätigkeit als (Polit-)Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt.

14.Juli

Law an order

Der neue Innensenator, Ralf H. Borttscheller (CDU), wird als erster der kürzlich gewählten SenatorInnen vom *Weser-Kurier* im Interview vorgestellt - Überschrift: "*Wer hier dealt, der wird abgeschoben*", Untertitel: "*Senator Borttscheller: Keine Milde bei Kurdenfrage*". Der/die aufmerksame *Weser-Kurier*-LeserIn erkennt daraus schon sein Gegenüber, Lokalredakteur Peter Voith, ein übler Nazi-Sympathisant, der aus seiner Freude an rassistischen Überfällen und prügelnden/folternden BullInnen bzw. deren AuftraggeberInnen nie ein Hehl machte. Schon in der Einleitung wird klar, daß Borttscheller der Mann ist, den Bremens Büttel lieben. Borttscheller über sich selbst: "*Die Sympathie, die mir auf den Revieren entgegenschlägt, ist mir schon manchmal unheimlich.*" Das Interview besteht im wesentlichen aus Suggestivfragen, Voith stellt sich dumm, hat z.B. von rassistischen Polizeiübergriffen und den Vertuschungspraktiken des Herrn von Bock und Polach noch nie etwas gehört. Einige Auszüge:

Frage: "*Apropos Drogen: Wollen Sie van Nispens Kurs, die Drogenszene im Viertel aufzumischen, fortsetzen?*" Antwort: "*Ja, und zwar konsequent. Die offene Drogenszene muß mit einem unbequemen Innensenator weiter leben. Den Dealern und Junkies werden wir auf die Füße treten, wo immer wir das können.*" Frage: "*Thema Übergriffe der Polizei gegen Ausländer, wie sie jüngst in Hamburg zu beklagen waren. Was wollen Sie machen, damit nicht auch in Bremen derartige Ereignisse ruchbar werden und der Innensenator seinen Hut nehmen muß?*" Antwort: "*Mit der Gefahr leben wir latent. Meine Wahl, Herrn von Bock und Polach zum Staatsrat zu ernennen, hat eine Menge damit zu tun, daß ich jemanden haben wollte, der den Polizeiapparat kennt, und der aber doch eine gesunde Distanz zu dem Apparat hat und sich einen objektiven Blick dafür bewahrt, was in einer ordentlichen Verwaltung zu passieren hat. Von Bock wird ein Garant dafür sein, daß Hamburger Verhältnisse bei der Bremer Polizei im Ansatz verhindert werden. Aber sollte ich solche Dinge wie in Hamburg dennoch hier entdecken, werde ich konsequent durchgreifen.*"

Verfassungsschützer beim Filmen einer Demonstration

Flüchtlinge beenden Hungerstreik

Die Flüchtlinge im Übergangswohnheim *Nußhorn* in Mahndorf beenden ihren mehrtägigen Hungerstreik. Mit dieser Aktion hatten die 40 Erwachsenen und 25 Kinder vor allem für die Auszahlung von Taschengeld statt der erhaltenen Sachleistungen, gegen die "*Zwangsverpflegung*", für eigene Kochmöglichkeiten sowie für BSAG-Monatskarten und ein Telefon demonstriert. Schon in den zehn Tagen vor dem Hungerstreik hatten sie sich geweigert, die von der *Arbeiterwohlfahrt (AWO)* täglich gelieferte Verpflegung zu sich zu nehmen. Nach dem Hungerstreik gesteht die Sozialbehörde den BewohnerInnen das Recht zu, selbst zu kochen. Die Flüchtlinge bekommen aber weiterhin kein Geld, die Lebensmittel werden vielmehr zentral beschafft und an die Familien verteilt.

Bremische Drogenpolitik (II)

Die 1.Kammer des *Verwaltungsgerichts* lehnt die Klage von elf Familien und EinzelklägerInnen gegen den Umbau des Hauses Oberneulander Landstraße 19 ab, den Bausenator Schulte einen Tag zuvor kurzerhand gestoppt hatte. In dem Haus sollen die Junkies aus den Containern auf der Fohlenweide einziehen, die dort immer noch unter menschenunwürdigen Zuständen leben. Die KlägerInnen hatten ihr Ansinnen damit begründet, daß "*unzumutbare Belästigungen und Störungen*", insbesondere mehr Diebstähle, durch die neuen Bewohner zu befürchten seien. Dafür gebe es aber lt. *Verwaltungsgericht* keine konkreten Anhaltspunkte.

15.Juli

Bremische Drogenpolitik (III)

Peter Erfurt, seit Anfang des Jahres mit seinem Modeschmuckladen *Be-Bop* an der Sielwallkreuzung vertreten, sah durch die im Zuge der Umbaumaßnahmen für die fußgängerzonenähnliche Umgestaltung des Straßenzuges Ostertorsteinweg/Vor dem Steintor in den Bereich Vor dem Steintor/Ecke Dobben gedrängte *Offene Szene* der DrogengebraucherInnen seinen Umsatz gefährdet und mobilisierte sieben weitere in der Nachbarschaft gelegene Läden sowie An-

wohnerInnen zum Zweck der Vertreibung der Junkies. Dieser Forderung soll ein heute stattfindendes "*Solidarisierungs-Frühstück*" von, mit und für Geschäftsleute, KundInnen und NachbarInnen dienen, nebst Kinderfest für deren Blagen. Die *Anarchistische Alternative,* die *Initiative Junkies, Ehemalige, Substituierte (JES),* der *Arbeitskreis Gesellschafts- und Kommunalpolitik* im AStA und das *Antirassismus-Büro* hatten gegen diese Hetzkampagne unter dem Motto "*Wem gehört die Stadt?*" zu einer Gegenveranstaltung, einem *Solidaritätsfest,* aufgerufen, die zeitgleich am Sielwall stattfindet.

Containerunterkünfte für Junkies auf der Fohlenweide in Oberneuland

18.Juli

Suizidversuch im Abschiebeknast (III)

Im *Abschiebeknast Ostertorwache* versucht ein Mann aus Togo, sich mit einem Elektrokabel zu erhängen. Er sollte am 21.Juli abgeschoben werden. Der Flüchtling wird ins Krankenhaus Ost eingewiesen, weil ein weiterer Suizidversuch nicht auszuschließen sei. Am 24.Juli entscheidet das Verwaltungsgericht in einem Eilverfahren, daß der Mann solange nicht abgeschoben werden dürfe, wie die Suizidgefahr bestehe. Erst, wenn ein erneutes ärztliches Gutachten ergebe, daß sich der Zustand des Flüchtlings gebessert habe, dürfe er abgeschoben werden. Bis dahin solle die Innenbehörde "*von weiteren Abschiebungsversuchen absehen*".

20.Juli

Eine Antwort

Während drinnen, im Rathaus, die Ausstellung *'Aufstand des Gewissens - Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945'* eröffnet wird, protestieren draußen gegen 11 Uhr einige Demonstranten von der *Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK)* unter dem Motto *'Die politischen Ziele der Offiziere des 20.Juli - Eine Antwort gegen Aufstand des Gewissens',* denn: "*Die Generäle und Offiziere des Verschwörerkreises waren aktiv an dem Eroberungskrieg gegen halb Europa beteiligt und standen auch ideologisch den Zielen der Nationalsozialisten sehr nahe.*" Die Ausstellung des *Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Potsdam* tourt derzeit durch bundesdeutsche Städte (hier in Bremen organisiert von der Nachschubschule des Heeres in Grohn) und stellt die konservativ-reaktionären sog. Männer des 20.Julis in den Mittelpunkt.

22.Juli

Anschlag auf Martinshof

Unbekannte TäterInnen verüben einen Brandanschlag auf einen vom *Martinshof* für Fahrten von "Behinderten" genutzten Ford-Transit. Die TäterInnen werfen mit einem schweren Aschenbecher die Seitenscheibe des auf einem umzäunten Geländes des *Martinshofs* an der Nülheimer Straße (Blockdiek) stehenden Busses ein und stecken ihn in Brand. Es entsteht ein Sachschden von 50.000 Mark.

23.Juli

Knastkundgebung für Ulf B.

60 Frauen und Männer bekunden vor der JVA Heimsheim ihre Solidarität mit Ulf B. Er sitzt dort, weil er als Zeuge gegen einen Freund und Genossen im sog. *radikal*-Verfahren aussagen soll, in Beugehaft.

24.Juli

RTL-Studio besetzt

15 türkische Frauen und Männer besetzen gegen 18 Uhr das *RTL Television-Studio Nord* in der Benquestraße. Die BesetzerInnen wollen mit dieser Aktion durchsetzen, daß im Fernsehen über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei berichtet wird, und fordern die Freilassung von in der Türkei inhaftieren GenossInnen. Zwei RTL-Mitarbeiter werden am Verlassen des Hauses gehindert und später gegen den RTL-Studioleiter ausgetauscht. Die Polizei stürmt nach etwa zweieinhalb Stunden das Gebäude, gegen die BesetzerInnen wird wegen Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und Nötigung ermittelt. Beachtlich ist ferner, daß die AktivistInnen in Anbetracht der momentanen antikurdischen Hysterie mehrere Tage lang als KurdInnen durch die bundesdeutsche Presse geistern.

Anschlag auf Lürssen-Werft

Die *Rote Zora* verübt nachts einen Bombenanschlag auf die *Fr. Lürssen-Werft* in Lemwerder. Die Werft exportiert traditionell Rüstungsgüter in verschiedene kriegsführende Staaten, u.a. seit 1987 in die Türkei. Zur Zeit wird in Lemwerder ein mit Flugkörpern und Schnellfeuergeschützen ausgerüstetes Flugkörperschnellboot für das türkische Militär gebaut. Es gehört zu einem Paket von drei Schnellbooten des Typs *Dogan,* von denen zwei auf der türkischen Marinewerft Tazkisac gefertigt werden. Die drei Kriegschiffe werden über eine Hermes-Bürgschaft der BRD finanziert. Der Anschlag wird erst am 27.Juli entdeckt, weil er nur relativ geringen Sachschaden, ein etwa handtuchgroßes Loch in einer der Werkshallen, anrichtet. (s. Dokumentation in dieser Ausgabe)

Sexistische Angriffe (I + II)

In ihrer Wohnung in der Goethestraße wird eine 32jährige Frau gegen 2.25 Uhr vergewaltigt. Der Täter war durch ein geöffnetes Schlafzimmerfenster in die Souterrainwohnung gelangt und bedrohte die Frau, die er im Schlaf überraschte, mit einem Messer. Nach der Vergewaltigung durchtrennt der etwa 40jährige Mann das Telefonkabel und flüchtet.

Eine 43jährige Frau wird gegen 3 Uhr in den Grünanlagen im Bereich Robbenplate von einem Mann vergewaltigt. Der 52jährige war ihr vermutlich aus einer Gaststätte gefolgt. Danach kann die Frau sich losreissen und alarmiert mit Hilfe eines vorbeikommenden Passanten die Polizei, die den Täter vorläufig festnimmt.

28.Juli

Anschläge auf türkische Einrichtungen (I + II)

Auf das Vereinsheim des türkischen Sportvereins *Vatan Spor* in der Lindenhofstraße wird von zwei unbekannten Männern ein Brandanschlag verübt. Die Täter werfen drei Brandsätze gegen die Fensterfront, die dort allerdings abprallen und auf dem Gehweg ausbrennen, so daß kein Sachschaden entsteht. Die

Bremer Polizei geht nicht von einem rassistischen Hintergrund aus, sondern sieht die Urheber - wie bei der gesamten gegenwärtig laufenden bundesweiten Anschlagserie - bei der PKK. Anwohner hätten zudem gehört, daß die Täter türkisch mit kurdischem Dialekt sprechen.

In Oldenburg wird mit zwei Molotow-Cocktails ein Brandanschlag auf eine Moschee verübt. Die Brandsätze zünden nicht.

Bremische Drogenpolitik (III)

In einem Gespräch mit den Staatsräten Hoppensack (Soziales) und von Bock und Polach (Inneres) sowie VertreterIn-

nen einer BürgerInnenintiative gegen die geplante Junkie-Unterkunft in der Oberneulander Landstraße startet Bürgermeister und Finanzsenator Nölle (CDU) einen sog. Vermittlungsversuch. Nölle, dessen Partei im Wahlkampf für eine zentrale Unterbringung/Kasernierung obdachloser DrogengebraucherInnen eingetreten war, geht es natürlich nicht darum, zwischen den Interessen der Junkies und denen der AnwohnerInnen einen Ausgleich zu finden, sondern darum, zwischen den widerstreitenden Interessen der verschiedenen faschistoiden BürgerInneninitiativen in Oberneuland zu vermitteln. Die bekämpfen sich nämlich nach dem Sankt-Florians-Prinzip wie lange Jahre das Pack im Viertel. Nölles Vorschlag ist ein alter Hut: Die Drogengebraucher bleiben unter menschenunwürdigen Bedingungen auf der Fohlenweide, erhalten aber zusätzliche Container; dafür wird dann das im Umbau befindliche Haus Oberneulander Landstraße 19 nicht belegt. Aber da ist natürlich die BürgerInneninitiative gegen die Junkies auf der Fohlenweide weiterhin dagegen. Sie pocht auf das Gerichtsurteil, nach dem die Fohlenweide schon Ende letzten Jahres hätte geräumt werden müssen.

29.Juli

Keine Out-of-area-Einsätze! (III)

Gegen den Kriegseintritt der BRD im ehemaligen Jugoslawien regt sich weiterhin zaghafter Widerstand: *"Um herauszubekommen, ob veröffentlichte und öffentliche Meinung übereinstimmen"*, starten zwei Männer eine Umfrage in der Obernstraße. Hinter ihrem Tapeziertisch steht ein Transparent mit der Frage *"Wollen Sie den Kriegseinsatz?"*, auf dem Tisch befinden sich zwei Stapel mit Unterschriftenlisten dafür bzw. dagegen. Aber, derlei Aktionen in der Innenstadt sind, insbesondere am Samstag vormittag, ein mühsames Geschäft. Obwohl viele tausend Frauen und Männer den Infostand passieren, tragen sich nur 66 in die Listen ein: 55 gegen einen Kriegseinsatz, elf dafür.

31.Juli

Bremische Drogenpolitik (V)

Die *Drogenberatungsstelle (DROBS)* ist in das Tivoli-Hochhaus umgezogen und beginnt dort im zweiten Stock mit ihrer Tätigkeit. Nach Angaben des Leiters des Amtes für Soziale Dienste Mitte, Wiedermann, werde nun genau beobachtet, inwieweit sich die aus 400-500 DrogengebraucherInnen bestehende *Offene Szene* aus dem 'Viertel' zum Bahnhof verlagere. Notfalls müsse man gemeinsam mit der Polizei einschreiten, da es nach wie vor Ziel sei, die Junkies in jene Stadtteile zurückzudrängen, aus denen sie kämen.

Anschläge auf türkische Einrichtungen (III)

Unbekannte TäterInnen verüben gegen 1.30 Uhr einen Brandanschlag auf ein türkisches Reisebüro in der Waller Heerstraße: Drei Brandsätze werden gegen die Fensterfront geschleudert, die jedoch nicht zünden und auf dem Gehweg zerschellen. Am Fenster entsteht ein großes Loch in der Außenschicht des Doppelglases. Das Reisebüro liegt im Erdgeschoß eines mehrgeschossigen Reihenhauses, darüber befinden sich Wohnungen, in denen mehrere MieterInnen anwesend sind.

1.August

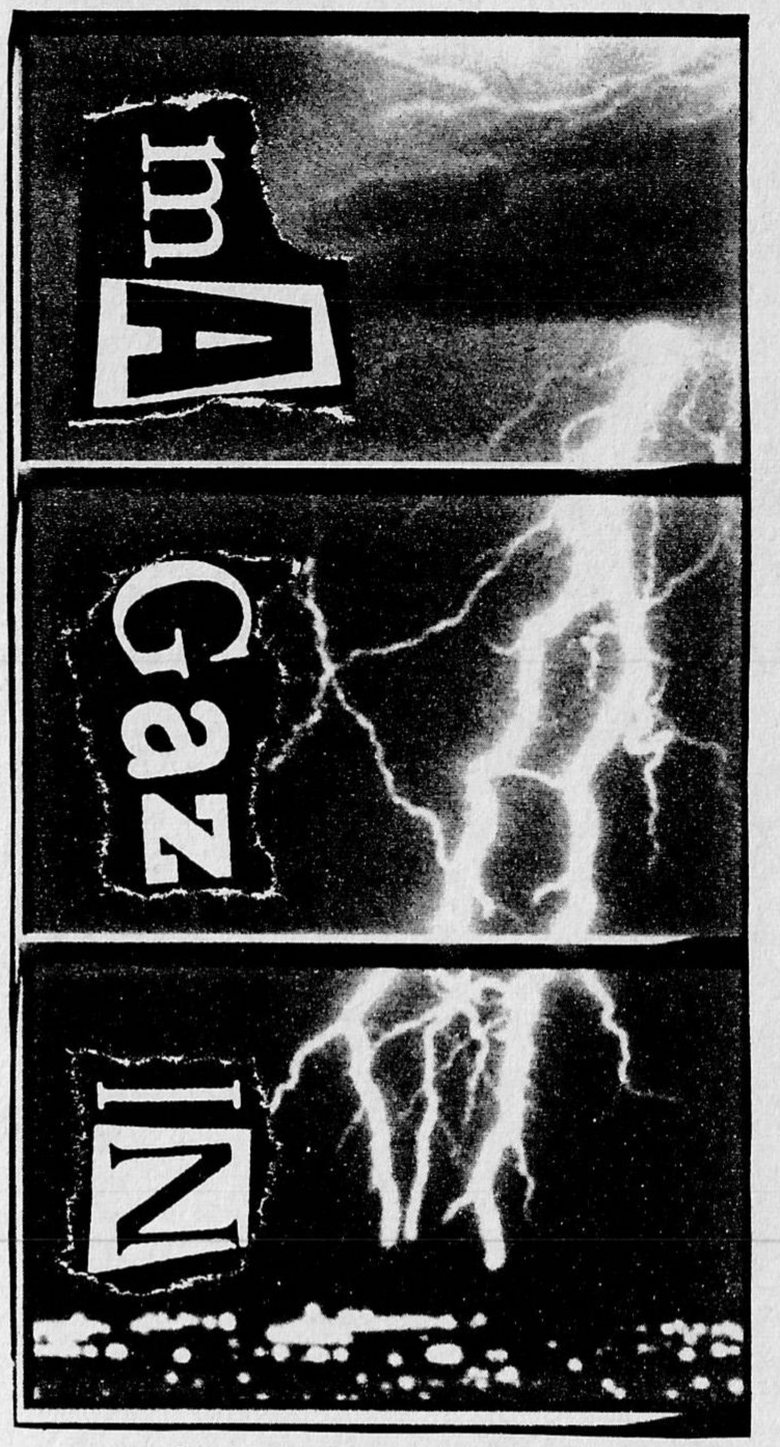
Sexistische Angriffe (III)

Eine 31jährige Frau wird gegen 22.20 Uhr in der Mathildenstraße von einem Mann überfallen. Der Täter umfaßt sie von hinten, hält ihr den Mund zu und drückt ihr eine Pistole an den Kopf. Der Frau gelingt es, auf den Mann einzureden und seine Waffe wegzudrehen. Als sich Passanten nähern, flüchtet der etwa 25jährige Täter.

2.August

Prozeß gegen Totalverweigerer

Vor dem Landgericht Verden findet der zweite Prozeß gegen einen 20jährigen Totalverweigerer aus Bremen statt. Die Staatsanwaltschaft Verden hatte gegen ein Urteil des Amtsgerichts Rotenburg, daß den Mann wegen unerlaubten Fernbleibens von der Truppe und Befehlsverweigerung nach Jugendstrafrecht eine Verwarnung mit zweijähriger Bewährungsfrist erteilt hatte, Berufung eingelegt. Der Totalverweigerer war im Sommer 1994 nach zwei Wochen Dienstzeit bei der Heeresflieger-Ausbildungsstaffel in Rotenburg nach einem Wochenendurlaub nicht in die Kaserne zurückgekehrt. 14 Tage danach tauchte er freiwillig wieder auf, weigerte sich aber seine Uniform anzuziehen und den Kriegsdienst zu leisten. Die Bundeswehr bestrafte ihn deshalb dreimal mit je 21 Tagen Arrest, anschließend kam es zum ersten Prozeß vor einem zivilen Gericht. Im jetzigen Berufungsverfahren hatte die Staatsanwaltschaft beantragt, den 20jährigen zu acht Monaten Haft mit Bewährung und 800 Mark Geldstrafe zu verurteilen. Das Verdener Gericht bestätigt im wesentlichen das Urteil der Vorinstanz, zusätzlich aber muß der Angeklagte 60 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten.



Sexistische Angriffe (IV)

In der Achimer Straße wird eine 18jährige Frau gegen 1.30 Uhr kurz vor ihrer Wohnung von einem 35-40 Jahre alten Mann überfallen, der die Frau auf ein dort gelegenes Schulgrundstück zieht. Die Frau wehrt sich, schlägt dem Täter mit dem Ellenbogen ins Gesicht und flüchtet.

Anerkennungsquote: 9,4 Prozent

Nach der vom Bundesinnenministerium am 5.Juli vorgelegten Halbjahresstatistik beantragten 58.669 Flüchtlinge im ersten Halbjahr 1995 in der BRD Asyl. Das waren 4.133 Männer, Frauen und Kinder bzw. 6,6 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Von Januar bis Juni hatten 13.209 Flüchtlinge aus der Türkei bzw. den türkisch besetzten Gebieten Kurdistans einen Asylantrag gestellt, 10.834 aus der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro), 3.316 aus Afghanistan, 2.897 aus Bosnien-Herzegowina, 2.676 aus Sri Lanka und 2.406 aus dem Irak. Das *Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge* entschied in 112.111 Fällen, wovon lediglich 10.552 positiv beschieden wurden (9,4 Prozent). Weitere 2.750 Flüchtlinge (2,5 Prozent) bekamen Abschiebeschutz zugebilligt. Ende Juni lagen bei der Behörde noch 75.000 unerledigte Anträge, Ende Juni 1993 waren es noch 493.000 gewesen.

1995: Bisher 15.900 Abschiebungen

Nach einer am 27.Juli bekanntgegebenen Umfrage der *Deutschen Presse-Agentur* (dpa) bei den Innenministerien der 16 Bundesländer wurden von Januar bis Juni 15.900 Männer, Frauen und Kinder aus der BRD abgeschoben; bei 11.700 war zuvor der Asylantrag abgelehnt worden. Nach Auskunft mehrerer Innenministerien kamen die meisten Abgeschobenen aus Rumänien und Bulgarien. In Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg war Mazedonien das Haupt-Abschiebeland, in Bremen die Türkei! Mindestens 90 Prozent der Abschiebungen wurden per Flugzeug vorgenommen.

Suizide in Abschiebehaft

Nach Angaben der Flüchtlingshilfeorganisation *Pro Asyl* vom 25.Juli haben sich in den vergangenen zwölf Monaten elf Flüchtlinge in Abschiebehaft selbst getötet. *Pro Asyl* reagierte mit der Herausgabe einer Namensliste auf eines Mitteilung des Bundespresseamtes, in der von fünf Suiziden die Rede war.

Atombombenexplosion (oberirdisch)

3.August

Bremische Drogenpolitik (V)

Das Vorhaben des *Vereins für Bewährungshilfe*, in der Nollendorfer Straße 65 (Huckelriede) vier oder fünf "*auffällig gewordene Obdachlose*" im Alter von 18 bis 27 Jahren unterzubringen und zu betreuen, geht im faschistoiden Krakele der auf der *Einwohnerversammlung* in der Roland-Klinik anwesenden BürgerInnen unter. Der Verein hatte das Haus angemietet, ohne sich mit dem Neustädter Beirat abzustimmen und ohne das gesunde Volksempfinden zu berücksichtigen, oder wie es sein Vorsitzender, Manfred Wiegand, auf der Versammlung ausdrückt, sich über die Probleme der Straße informiert zu haben. Das seien die Verkehrsbelästigungen durch die Neuenlander Straße (das Pack dort und in den umliegenden Straßen wähnt sich seit Jahren in der "*Gaskammer Neustadt*" - ohne daß ihm bisher die Fensterscheiben mit den gleichlautenden Plakaten entglast worden wären) und die nahe Berufsschule, der Lärm und die Abgase durch den Flughafen und vor allem die Belästigungen durch das Haus Nummer 86, wo die *Bremer Drogenhilfe* ein Wohnheim für Substituierte betreibt. Dessen Bewohner seien verantwortlich für angezündete Fahrzeuge, Molotow-Cocktails, wankende Fixer in den Gärten, Rauschgiftgeschäfte, Einbrüche und angedrohte Vergewaltigungen. Jetzt sei zusätzlich eine Wechselwirkung zwischen dem Projekt der *Bremer Drogenhilfe* und dem des *Vereins für Bewährungshilfe* zu befürchten. Manfred Wiegand zeigt sich einsichtig und wird bei der nächsten Vereinssitzung dem Vorstand empfehlen, von dem Projekt Abstand zu nehmen.

5.August

Sexueller Mißbrauch (III)

Zwei zwölfjährige Jungen werden in einem Innenstadtkaufhaus von einem Mann sexuell mißbraucht. Der Täter, der anschließend festgenommen wird, hatte die beiden nacheinander in der Spielwarenabteilung angesprochen.

Hiroshima-Mahnwache

Mit verschiedenen Aktionen auf dem Marktplatz erinnert am Vormittag das *Bremer Friedensforum* an den 50.Jahrestags der US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Zugleich wird gegen die geplante Wiederaufnahme der französischen Atomtests auf dem Mururoa-Atoll protestiert: DemonstrantInnen und PassantInnen können ihre Kritik an Bundeskanzler Kohl und den französischen Staatspräsidenten Chirac faxen.

7.August

Solidarität mit Anthony Edeh (II)

Rund 80 Frauen und Männer demonstrieren auf einer *Solidaritätsveranstaltung* im Gewerkschaftshaus ihre Solidarität mit dem von Abschiebung bedrohten Anthony Edeh. Während der Veranstaltung berichtet der über die Streiks und die politische Situation in Nigeria sowie seine Lebens- und Leidensgeschichte in der BRD. Den *Solidaritätsaufruf* zu dieser Veranstaltung hatte ein breites Spektrum von SPD-FunktionärInnen über den DGB Bremen, Einzelgewerkschaften, die PDS, die DKP und MigrantInnengruppen unterstützt.

Weser-Report-Chefredakteur R. K. Famula im Gespräch mit dem ehemaligen Innensenator van Nispen und dem ehemaligen Oberstaatsanwalt und neuen Staatsrat in der Innenbehörde Hans-Georg von Bock und Polach (v.l.n.r.)

8.August

Kurt A. Becher stirbt

"*Leuchtende Tage - nicht weinen, wenn sie vergangen, sondern lächeln, daß sie gewesen*". Dieser Sinnspruch steht über der Todesanzeige, mit der Ehefrau und Nachkommenschaft auf den Tod Kurt A. Bechers aufmerksam machen. Aber nicht alle hatten Grund zu lächeln wie Volksgenossin Ilsebill geb. Funke: Kurt A. Becher begann seine Karriere im Juli 1941 als SS-Mitglied und Leiter eines Einsatzkommandos zum "*Kampf gegen das Untermenschentum*" in Polen und der UdSSR. Dessen Terror- und Mordaktionen richteten sich insbesondere gegen die jüdische Bevölkerung, PartisanInnen und KommunistInnen. Im Sommer 1944 wurde SS-Obersturmbannführer Becher Sonderbeauftragter Himmlers in Budapest, Eichmann übertrug ihm die Funktion des *Generalinspekteurs der Vernichtungslager* in Ungarn. Danach organisierte Becher von Oktober 1944 bis Mai 1945 als Führer des Räumungsstabes den Raub von Industrieanlagen, Nahrungsmitteln, Kunstschätzen etc. im Werte von 13 Milliarden Schweizer Franken aus Ungarn. 1946 verhinderte die US-Besatzungsmacht die Auslieferung Bechers nach Ungarn, wo er als Kriegsverbrecher gesucht wurde. Bis zum Februar 1948, als er vor die Spruchkammer in Nürnberg gestellt wurde, hatte er sich zahlreiche Entlastungsschreiben, samt und sonders 'Persilscheine', besorgt, so daß seiner 'Entnazifierung' nichts mehr im Wege stand. Aufbauend auf Erfahrungen, Kontakte und vermutlich auch beiseite geschaffter Mittel, beteiligte er sich noch im gleichen Jahr an einer Bremer Getreidehandelsfirma, 1949 gründete er die *K.A.Becher oHG;* später wurde er Vorsitzender (und Ehrenvorsitzender) des *Bremer Vereins der Getreide-Futtermittel-Importeure und -Großhändler.* Bereits 1963 betrug sein Vermögen 120 Millionen Mark, 1980 waren es 180 Millionen. Der Namenszug *Kurt A. Becher* thronte bis in die 80er Jahre weithin sichtbar auf einem Hochhaus im Getreidehafen. (s. ... in dieser Ausgabe)

9.August

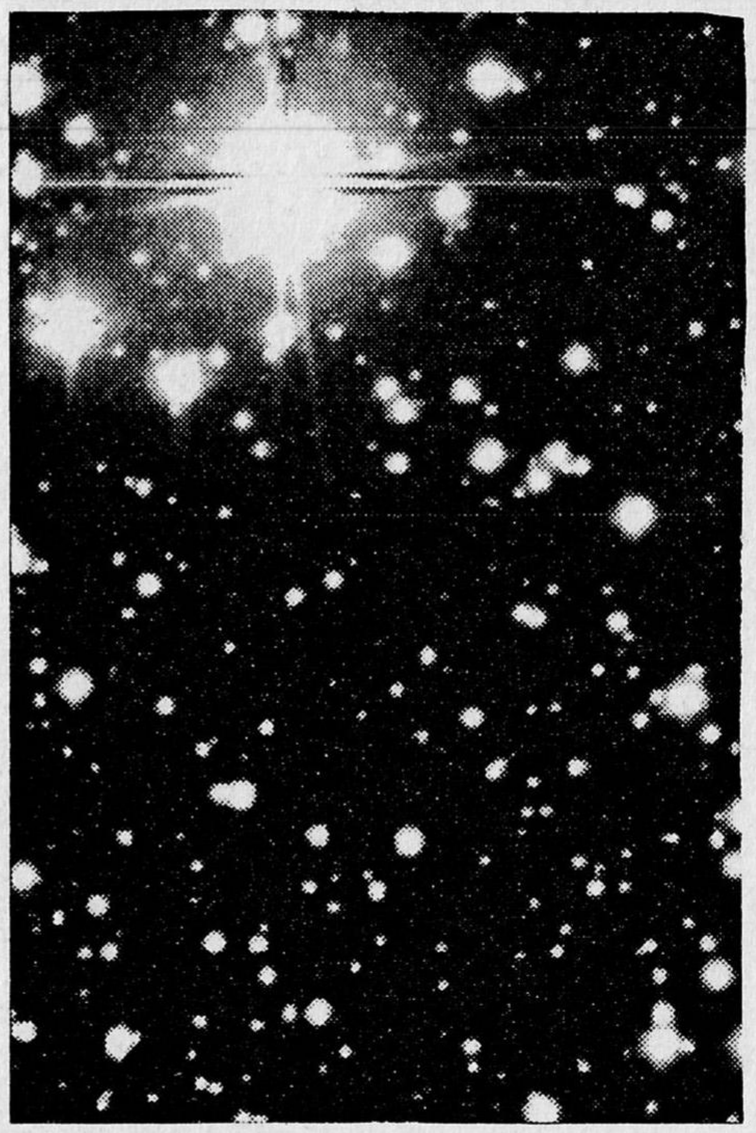
Kriminalisierung von KurdInnen

Hans-Georg von Bock und Polach, Staatsrat im Innenressort, kündigt an, daß die Bremer Polizei künftig einschreiten werde, wenn PKK-SympathisantInnen mit entsprechenden Symbolen durch die Stadt marschierten. Allerdings müsse die Frage des Einschreitens vorher "*gründlich abgewogen werden*". Zugleich verwehrt er sich gegen die Einschätzungen eines Ver-

fassungsschutz-Beamten, daß die PKK relativ harmlos und bei Anschlägen immer darauf bedacht sei, keine Menschen zu verletzen: "*Von Besonnenheit kann bei der PKK keine Rede sein. Die Anhänger neigen zu großer Militanz.*" Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Jens Böhrnsen, gibt sich ob dieser Außerungen von Bock und Polachs tags darauf besorgt, um dann noch eins draufzusatteln. Er mahne beim Umgang mit der PKK zu "*Vernunft und Augenmaß*" und appelliere an den Innensenator, beim Einschreiten gegen PKK-AnhängerInnen sorgfältig die Verhältnismäßigkeit zu prüfen: "*Häufig ist es erst das - von der PKK provozierte - Eingreifen der Polizei gegen verbotene Symbole, das zunächst friedliche Demonstrationen in militante Auseinandersetzungen verwandelt hat.*" Andererseits dürfe es "*keinen Zweifel geben: Dem Terror der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei und ihrer Sympathisanten muß konsequent entgegengetreten werden.*"

Durchsuchung des taz-Büros

Beamte des Bundeskriminalamts und der Bremer Kriminalpolizei durchsuchen ab 9.30 Uhr die Redaktionsräume der *tageszeitung (taz)* Am Dobben. Nach dem in der Vorwoche von der Bundesanwaltschaft erwirkten Durchsuchungsbefehl soll ein Bekennerinnenschreiben der



Roten Zora zu deren Anschlag auf die *Fr. Lürssen-Werft* in der Nacht zum 24.Juli sichergestellt werden. Dieses Schreiben wurde von den Aktivistinnen offensichtlich an verschiedene Medien in Bremen und bundesweit verschickt. Warum die Büttel jetzt das *taz*-Büro mehrere Stunden nach dem siebenseitigen Schreiben durchsuchen, obwohl sie es schon von verschiedenen Zeitungen, z.B. der *Frankfurter Rundschau,* zur Verfügung gestellt bekamen, bleibt offen.

Deutsche Diskotheken

Auch die Oytener Diskothek *Capitol* praktiziert nach wie vor die rassistische Selektion insbesondere nicht-deutscher Männer am Eingang. Der seit vielen Jahren in Bremen lebende türkische Student Ersan D. machte zum wiederholten Male die Erfahrung, deshalb nicht eingelassen zu werden, weil er keinen deutschen Paß besitzt, und wendet sich jetzt an die Presse. Wilfried Lüdemann, der zusammen mit seiner Gemahlin die Diskothek betreibt, und mit dem Slogan "*Der weiße Tanzpalast in Oyten*" wirbt: "*Wenn sich rumspricht, daß hier weniger Ausländer reingelassen werden, zieht das mehr deutsche Gäste.*" Deshalb gab das doitsche Ehepaar Lüdemann Anweisung an seine deutschen und türkischen Türsteher, beim Einlaß zu quotieren - rein kommen nur "*ausländische Stammkunden*". Wer sich gegen solche und ähnliche Praktiken wehrt, bezieht Prügel (mehrere Gerichtsverfahren fanden statt) oder wird massiv bedroht und bekommt Hausverbot, wie JournalistInnen, die sich mit den Praktiken des *Capitols* befaßten.

11.August

Rassistische Praktiken

Mindestens zehn junge Flüchtlinge, die hier Asyl beantragt haben, sind im ersten Halbjahr 1995 auf Veranlassung der Polizei im Krankenhaus St.-Jürgen-Straße geröngt worden, um ihr Alter feststellen zu lassen. Auf einer Pressekonferenz informieren das *Anti-Rassismus-Büro* und Rechtsanwalt Günter Werner über diese rassistische Praxis, die schon in früheren Zeiten angewandt wurde. Den Betroffenen, die sich als Jugendliche bezeichnet hatten, wurden die Hände und Knie geröngt, um festzustellen, ob sie 18 Jahre oder älter sind. Günter Werner: "*Offenbar auf Betreiben der Polizei bedient sich die Justiz einer Methode, die höchst umstritten ist.*"

16.August

BürokratInnen lassen Flüchtling sterben

Der Verein *Solidarische Hilfe* stellt Strafanzeige wegen unterlassener Hilfeleistung sowie fahrlässiger Körperverletzung und Tötung gegen unbekannte BeamtInnen und Angestellte bremischer Behörden. Die seien für den Tod des 36jährigen Flüchtlings Celal Akan verantwortlich, der am 26.Juni starb. Celal Akan, ein Kurde yezidischen Glaubens, flüchtete im Februar 1994 aus einem Gefängnis in seinem Heimatdorf, als er - schwerkrank - in eine Klinik gebracht werden sollte. Er litt infolge einer chronischen Hepatitis an Leberzirrhose. U.a. von Amtsärzten des Hauptgesundheitsamtes wurde diagnostiziert, daß "*nur durch eine Lebertransplantation das Leben des Mannes zu retten*" war. Das aber hätte etwa 300.000 Mark gekostet, der Flüchtling wäre dann auf die Warteliste der Universitätsklinik Kiel gekommen. Zur Kostenübernahme wären die Bremer Behörden zwar verpflichtet gewesen, doch knapp eineinhalb Jahre lang wanderte Celal Akans Akte durch verschiedene Dienststellen, ohne daß die Gelder genehmigt worden wären. Diese Vorgehensweise, nach Aussage des Staatsrats in der Sozialbehörde, Hans-Christoph Hoppensack, eine "*bürokratische Fehlleistungskette*", zurückzuführen auf die "*organisierte Unverantwortlichkeit*" seiner Untergebenen, entwickelt sich, nachdem das ARD-Magazin Panorama darüber am 17.August berichtet, zum kurzzeitigen Skandal im Bremer Sommerloch. Für die *Solidarische Hilfe* hingegen sind die Vorgänge Symptome des "*alltäglichen Rassismus*". Die Behörden wollten durch die schleppenden Verfahren Flüchtlinge abschrecken, sehen sie als LügnerInnen an, als Menschen, die "*kein Recht haben, hier zu sein*".

Antisemitische Straftaten

Im vergangenen Jahr wurden in der BRD fast doppelt so viele antisemitische Straftaten verübt wie 1993. Die Gesamtzahl der Straftaten mit erwiesenem oder vermutetem rechtsextremen Hintergrund sei dagegen von rund 10.500 (1993) auf knapp 8.000 im vergangenen Jahr zurückgegangen, teilte die Bundesregierung am 23.Juni auf eine parlamentarische Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion mit.

17.August

Rassistische/faschistische Anschläge (I + II)

Auf die erst im Mai eröffnete Pizzeria

Zum einen sei das Röntgen gesundheitsschädlich, zum anderen die Frage, ob diese Methode überhaupt geeignet sei, klare Ergebnisse zu liefern. Ein Gießener Gutachter konnte z.B. in einem vorgetragenen Fall nur feststellen, daß der Flüchtling "*zwischen 18 und 23 Jahre alt*" sein müsse. Gegen vier junge Flüchtlinge wurde inzwischen von der Staatsanwaltschaft Anklage "*wegen schwerer mittelbarer Falschbeurkundung und Betruges*" erhoben - sie sollen ihr Alter falsch angegeben haben, hätten dadurch finanzielle Vorteile erstrebt und erlangt. Das Asylverfahren sei verzögert worden, "*Amtsvormundschaft und Rundumbetreuung*" hätten zusätzliches Geld gekostet.

In Bremen werden jugendliche Flüchtlinge angeblich seit einigen Wochen nicht mehr geröngt. Die damalige Sozial- und Jugendsenatorin Gaertner hatte das Krankenhaus angewiesen, eine solche Amtshilfe nicht mehr zu leisten. Zuvor hatte sie sich gegenüber dem Flüchtlingsarbeitskreis Walle "*empört*" gezeigt, als sie von dieser Praxis erfuhr: "*Nach meinem Verständnis des medizinischen Berufsethos' ist das Verhalten von Ärzten nicht zu billigen, die außerhalb der Heilkunde solche Röntgenaufnahmen vornehmen. (...) Da mir bekannt ist, daß Röntgenaufnahmen niemals harmlos sind, ... sehe ich hier auch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt.*" Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen angekündigt, weiter röntgen zu lassen.

Ciao Ciao und das danebenliegende Eiscafé Capri in der Achimer Herbergstraße (FußgängerInnenzone) wird nachts ein Brandanschlag verübt. Unbekannte schlagen die Scheiben des Restaurants ein und werfen Brandsätze hinein, es brennt vollständig aus, im Eiscafé entsteht starker Rußschaden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf rund 300.000 Mark. Schon Anfang Juli hatten Unbekannte Hakenkreuze und faschistische Parolen an die beiden Lokale geschmiert.

Rassistische VermieterInnen

180.000 Mark Bußgeld muß ein Hastedter Ehepaar zahlen, das zweieinhalb Jahre lang "Zimmer" an Flüchtlinge vermietet hatte. Seit Anfang 1991 hatten die beiden vier Wohnungen sowie vier Garagen, "Zimmer" für "Zimmer" für je 450 Mark, vermietet, die Mietzahlungen kamen von der Sozialbehörde. Und weil das Geschäft so gut lief, wurde - die Sozialbehörde hatte Nöte, entsprechende Unterkünfte zu bekommen - gleich doppelt vermietet. Jetzt wohnten die Flüchtlinge zu zweit, die Behörde zahlte doppelt. Diese Doppelbelegung, in staatlichen Unterkünften Mindeststandard, will die Behörde erst Anfang 1993 bemerkt haben - und zahlte daraufhin nur noch 350 Mark, pro Person. Durch einen Zufall sei dann ein weiteres halbes Jahr später bekanntgeworden, daß die beiden Häuser des Ehepaars sich zu Flüchtlingswohnheimen entwickelt hätten: In den 26 Zimmern und vier Garagen lebten rund 50 Flüchtlinge. Nun haben deutsche Sozialbehörden nichts gegen Massenunterkünfte, wohl aber Baubehörden etwas gegen "nicht genehmigte Nutzungsänderungen". Von daher setzte die Baubehörde einen Bußgeldbescheid über 180.000 Mark auf, berechnet aus dem Mietzins, der sich bei ordnungsgemäßer Vermietung ergeben hätte - eben rund 175.000 Mark zuviel. Die VermieterInnen legten Einspruch ein, erscheinen jetzt aber nicht zum Gerichtstermin, und müssen zahlen. Demnächst stehen zwei ähnliche Verfahren an: Der Besitzer eines Hauses in der Vagtstraße soll 80.000 Mark zahlen, die EigentümerInnen eines Hauses im Ohlenhofviertel rund 250.000 Mark.

19.August

Sexistische Angriffe (V)

stehende ältere Ehepaar hatte bis 1989 seinen ganzen Besitz in der Türkei dafür aufgebracht, den vier erwachsenen Kindern die Ausreise nach Deutschland und Belgien zu ermöglichen. Bis Ende 1989 gab es hier eine Bleiberechtsregelung für alle Christen aus der Türkei. Als die Eltern dann im März 1990 endlich genug Geld für ihre Ausreise hatten und hierher kamen, da galt seit dem 1.Januar das neue Ausländerrecht. Alle, die nach diesem Datum gekommen sind, haben Pech gehabt." Das Bremer Verwaltungsgericht sei im übrigen das einzige, das bisher Asylanträge armenischer ChristInnen negativ beschieden habe.

Bauarbeiten auf dem Gelände Weidedamm III

"Nationalität: Deutsch"

Übertrieben deutsch dürfe für deutsche Hähnchen nicht geworben werden. Mit diesem Urteil hat das Landgericht Oldenburg am Freitag eine Werbestrategie der Firma *Wiesenhof* in Rechterfeld (Kreis Vechta) verboten. Die Aufkleber mit Beschriftungen wie "*Deutsche Top-Qualität*" oder "*Nationalität: Deutsch*" verstoßen nach Ansicht des Gerichts gegen die EU-Etikettierungs-Vorschriften, die eine Herabsetzung ausländischer Produkte untersagen.

aus: Weser-Kurier, 29.07.95

Rassistischer Propaganda entgegenwirken

'Arbeitgeber' müssen nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts rassistischer Propaganda im Betrieb energisch entgegenwirken. Dies gelte ganz besonders im öffentlichen Dienst. Dennoch dürften sie ArbeiterInnen, BeamtInnen oder Angestellte nicht unter Druck setzen, daß diese wegen der Unterstützung solcher Propaganda fristlos entlassen würden, falls sie ihr Arbeitsverhältnis nicht von sich aus auflösten. Laut dem Urteil müsse im Einzelfall geprüft werden, ob eine Abmahnung ausreichend sei. (AZ: BAG II AZR 644/94)

Eine 63jährige Frau wird am Morgen im Schlafzimmer ihrer Wohnung im Bremer Osten von einem Mann vergewaltigt. Der Täter flüchtet, nachdem ihm die Frau zweimal mit dem Bügeleisen auf den Kopf schlägt, und wird wenig später festgenommen.

20.August

Sexistische Angriffe (VI)

In einem abgelegenen Gartengelände im Bremerhavener Stadtteil Lehe wird eine 41jährige, gelegentlich als Prostituierte arbeitende Frau von einem Unbekannten ermordet. Der 43jährige Täter, der die Frau vermutlich zuvor vergewaltigt hatte, wird einige Tage später festgenommen.

21.August

Kirchenasyl

Drei Gemeinden der Bremischen Evangelischen Kirche gewähren zehn armenischen Flüchtlingen, deren Asylanträge abgelehnt wurden und die abgeschoben werden sollen, Kirchenasyl. Weitere 60 Männer, Frauen und Kinder der rund 700köpfigen armenischen Gemeinde in Bremen müssen in den nächsten Monaten ebenfalls mit ihrer Ablehnung rechnen. Dies hängt mit der sog. Stichtagsregelung zusammen, wie Rechtsanwalt Günter Werner exemplarisch beschreibt: "*Das jetzt vor der Ausweisung*

24.August

Weidedamm III

Rund 20 BesetzerInnen des *Weidedamms III* - dessen Bewohnerzahl wieder auf rund 200 Männer und Frauen angestiegen ist - und einige SympathisantInnen protestieren bei der *Gewoba* (Rembertiring) gegen die Aufforderung, bis zum 17.September das ehemalige Parzellengelände zu räumen.

Gericht: Asyl für ArmenierInnen

In zwei jetzt bekanntgewordenen Grundsatzurteilen entschied das Verwaltungsgericht Braunschweig, daß die BRD armenischen ChristInnen aus der Türkei Asyl gewähren muß, weil ihnen in ihrer Heimat politische Verfolgung droht. Angesichts der sich verschärfenden Konflikte in der Türkei und der zunehmenden Fundamentalisierung der türkischen Gesellschaft sei es nicht verantwortbar, abzuwarten, bis die ersten Pogrome geschähen. Aufgabe des Asylrechts sei es, auch dann Zuflucht zu gewähren, wenn aus objektiven Gründen auf "*mit hoher Wahrscheinlichkeit bevorstehende Gefährdungslagen*" geschlossen werden könne. Die 5. Kammer des Verwaltungsgerichts gab damit den Klagen zweier armenischer Familien statt, deren Asylanträge abgelehnt worden waren (AZ: 5 A 5290/93 und 5 A 5064/94).

Willi Leow

Termine Termine Termine Termine Termine Termine

Sa, 7.Oktober

Medizin(er)ethik [V: Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte, Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, *Selbst*Bestimmt*Leben;* R: K.-H. Wehkamp (Sozialmedizinisches Institut der Evangelischen Landeskirche Hannover), Udo Sierk (Autonom Leben Hamburg)]. Im Mittelpunkt der zweiten diesjährigen Veranstaltung in der Reihe *Lebensqualität statt Qualitätskontrolle* steht die Diskussion um Medizinethik: Sollten wir uns (zusammen mit Medizinethikern) dem Thema stellen und inhaltlich diskutieren? Wie können wir erreichen, daß die Medizin stärker auf ethische Grundsätze verpflichtet wird? Wie können wir verhindern, daß die MedizinerInnen sich ihre eigene Ethik basteln? Einleitend wird der Film *Euthanisie durch die Hintertür* gezeigt. Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70b, 14-18 Uhr (Daten bitte in der Tagespresse überprüfen)

Bremer Hafenrundfahrt - Schlüssel zur "3.Welt" zum Thema Südfrüchte aus aller Welt [V: Hafengruppe im "3.Welt-Haus" (T. 326046)]. Abfahrt: Martinianleger, 13 Uhr, Kosten: DM 10,-/8,-

So, 8.Oktober

Rendevouz mit berühmten Bremerinnen Feministischer Stadtrundgang durch das Ostertor-/Steintor-Viertel [Referentin: Gudrun Glahn]. Treffpunkt: Kunsthalle, Am Wall 207, 14 Uhr (für Frauen)

Di, 10.Oktober

"Die Freiheit des Wortes und der Schrift ist nicht garantiert - sie muß erkämpft werden!" Infoveranstaltung zu den Durchsuchungen und Verhaftungen am 13.6.95. In der Veranstaltung wird detailliert über die Hintergründe der Razzia und die Vorwürfe gegen die Betroffenen berichten. Darüber hinaus wird es Infos geben zu den Haftbedingungen der Gefangenen und zu den Paragraphen 129 und 129a. Da ein Schwerpunkt dieser Repression die Kriminalisierung der linken Zeitschrift *radikal* ist, wird in der Veranstaltung auf Inhalte und Geschichte der *radikal* eingegangen. Außerdem möchten die Veranstalterinnen sich über Aussageverweigerung austauschen und über die politische Einschätzung sowie die dringend notwendige Solidaritätsarbeit diskutieren. Lagerhaus Schildstraße (3.Stock), 19 Uhr (für Frauen)

So, 15.Oktober

Die Kriminalisierung einer Zeitung - 20 Jahre Radikal [Medienwerkstatt Freiburg, O. Tolmein]. RTL, Kanal 4 Reportage, 00:30 Uhr (aktuelle Programmhinweise beachten)

Sa, 21.Oktober

Der Pannwitzblick - Dokumentarfilm [V: *Selbst*Bestimmt*Leben]*. Eine interessante und wichtige Dokumentation (R: Pepe Danquart) über den Blick der "Gesunden" auf die Behinderten, und über die alte und neue Macht, Menschen in lebens- und unlebenswert einzuteilen. Der Film ist neben *Daedalus* und ... *und andere Ergüsse* Teil einer Trilogie zum Thema *Alte und neue Eugenik.* Assistenzgenossenschaft, Philosophenweg 17, 16 Uhr

Neuland in Sicht - gegen Sauerein in der Schweinebucht

So, 29.Oktober

Auf den Spuren von Frauenorten Feministische Radrundfahrt durch Findorff und Umgebung [R: Ingrid Pöppel]. Treffpunkt: Arbeitsamt, Doventorsteinweg/Haupteingang, 14 Uhr (für Frauen)

Do, 9.November

Genital-Verstümmelungen - ein Tabu? [Referentinnen: Julia Weisfeld, Ines Laufer]. Auf der Welt leben 110 Millionen Frauen mit verstümmelten Genitalien. Einige von ihnen leben mitten unter uns. Sie sind als Einwanderinnen hierher gekommen. Nur ein afrikanisches Thema? Im europäischen Ausland ist die Diskussion weiter, z.B. hat Großbritannien 1985 Verstümmelungen im eigenen Land verboten. Werden auch in Deutschland Mädchen gegen viel Geld rituell verstümmelt oder dazu ins Heimatland gebracht? Der Vortrag will dieses Thema ins Bewußtsein bringen. Schwerpunkte werden die psychischen und physischen Folgen für Frauen sowie die traditionellen und religiösen Ursachen sein. Zur Hintergrundinformation wird der 30-minütige Film *Die Kleine Hochzeit* gezeigt. FrauenGesundheitsZentrum, 20-22 Uhr, Kosten: DM 10,-/8,- (für Frauen)

Di, 14.November

Arbeit um welchen Preis? - Armut von Prostituierten [R: Dhenya Suarez Medina (AG gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung/agisra)]. Die Migration von Frauen aus dem Süden wird von Westeuropäerinnen mit der Armut in den Herkunftsländern und dem "Traumbild" vom reichen Europa erklärt. Inwieweit entsprechen diese Vorstellungen der Realität? Welche Arbeits- und Lebensbedingungen finden Frauen als Prostituierte, Hausangestellte oder in vermittelten Ehen in Westeuropa vor? belladonna, Sonnenstraße 8, 20 Uhr (für Frauen)

Interview zu Männercafé, Männerorganisierung und Sexismus

"Wenn ich schon meine eigene Kritik besser finde als die, die von anderen kommt ..."

Das folgende Gespräch mit jeweils einem Mann aus dem Männercafé und der Männergruppen M.A.U.A.M. und der Libertären Männergruppe wurde Ende August von zwei Männern aus der Redaktion geführt. Das Bremer Männercafé entstand aus der Mobilisierung gegen die Nationalfeiern (3.10) im September 94. In einem Einladungsflugblatt wurde der Zusammenhang zwischen dem antiemanzipatorischen Roll Back der letzten Jahre, Nationalismus und patriachalem Backlash aufgezeigt. Das Café war/ist als Ort/Termin gedacht, den Männer für ihre öffentliche Auseinandersetzung mit der patriachalen Realität, ihrer eigenen Rolle darin und möglichen Perspektiven dagegen zu gestalten und anderen Männern anzubieten.

In anderen Städten (z.B. Freiburg oder Hamburg) existierten diese zum Teil schon seit einigen Jahren. Es findet am letzten Mittwoch jeden Monats statt. Themen waren bisher: Vergewaltigung, Homophobie und Zwangsheterosexualität, Wildmen-Bewegung, das Jugendprojekt in der Buchtstraße, Onanie, MRT-Vorstellungsabend und Männergewalt. Die Antworten der einzelnen Männern repräsentieren nur deren persönliche Ansichten und sind nicht als Gruppenkonsens mißzuverstehen. (Erläuterung zur Libertären Männergruppe und M.A.U.A.M. siehe Kasten)

Kassiber: Wie war die Resonanz auf die Veranstaltungen im Männercafé? Wart Ihr damit zufrieden, sowohl was die zahlenmäßige Beteiligung angeht als auch Diskussionen, die aufgekommen sind?

Henning: *Also, wir haben das damals ziemlich aus dem Boden gestampft. Es sollte vor dem 3.Oktober drei Cafés geben, es haben aber - wegen der Buntentor-Räumung - nur zwei stattgefunden, zu 'Vergewaltigung' und 'Wildmen', und da war die Resonanz schon ziemlich gut. Bei der Veranstaltung zu Vergewaltigung, da hatten wir noch andere Veranstaltungen am selben Abend als Konkurrenz, aber es war ein relativ gemischtes Publikum da, also Männer aus verschiedenen Spektren. Gleich mit so einer Veranstaltung anzufangen, das war für uns schon ein Risiko, weil das ein Thema ist, wenn Du da das in einem Rahmen, der relativ offen ist, diskutieren willst, was vermitteln willst ... Wenn da vorher überhaupt nicht klar ist, wer da so kommt, dann ist das schon ein Risiko - dafür fand ich das ziemlich gut, wie das gelaufen ist, was da an Diskussionen 'rausgekommen ist, die ziemlich offen waren, natürlich auch ihre Grenzen hatten - trotzdem aber offener waren als wir uns das vorher vorgestellt hatten.*

Kassiber: 'Verschiedene Spektren' heißt verschiedene Spektren innerhalb der linksradikalen Szene?

Henning: *Nee, es waren auch Männer da, die sich überhaupt nicht in dieser Szene bewegen.*

Kassiber: Ist es jetzt so, daß sich eher ein Stammpublikum herausgebildet hat?

Ralph: *Genauso ist es. Am Anfang waren es bei den Veranstaltungen, die noch in der Buchtstraße stattgefunden haben, bis zu 50 Männer. Dann ist das - ziemlich schnell - abgeflaut auf jetzt 15 bis 25 Männer, die kommen. Häufig ist da ein Kern von 10-15 Männern, die regelmäßig kommen.*

Henning: *Ich denke, das kommt auch auf die Themen an, die angeboten werden. Die bestbesuchtesten Veranstaltungen waren die zu 'Homophobie und Zwangsheterosexualität' sowie zu 'Onanie'. Wenn es um den ganzen Bereich eigene Sexualität geht, dann kommen auch relativ verschiedene Männer - und auch mehr als bei anderen Themen. Die zu 'Wildmen' war auch noch ziemlich gut besucht, aber bei der zu 'MRT' und 'Männerarbeit' war das Spektrum schon ziemlich eingeschränkt.*

Kassiber: Es ist jetzt aber nicht so wie bei vielen linksradikalen, autonomen Gruppen, die so arbeiten, daß sie sich ein oder anderthalb Jahre im stillen Kämmerlein treffen, um dann irgendwann ein Flugblatt oder eine Veranstaltung zu machen, wo sie die Ergebnisse ihrer Arbeit vorzutragen - mit wenig Diskussion danach!?

Ulrich *(lacht): Ich denke, wenn Du versuchst, jeden Monat ein Café zu machen, dann kannst Du nicht alle Veranstaltungen - bei theoretisch vier Gruppensitzungen - inhaltlich so vorbereiten wie wenn Du zu einem Schwerpunktthema arbeitest und irgendwann eine Veranstaltung machst. Und die Konzeption von Männercafé kann ja auch nicht sein, sozusagen solche Diskussionen vorwegzunehmen oder zu ersetzen, die Männer unter sich noch führen. Sondern, es kann 'ne Anregung sein, sich mit diesem Thema weiter auseinanderzusetzen, auch für uns als Veranstalter.*

Libertäre Männergruppe

Die *Libertäre Männergruppe* hat sich während des Unistreiks 1989 aus den üblichen Spaltungen gemischter Arbeitsgruppen gebildet. Während der inzwischen schon ganz schön vielen Jahre haben wir verschiedene Phasen im Gruppenleben feststellen können . Zeiten intensiver Beschäftigung mit uns selbst und sog. privaten Themen wechseln ab mit klassischer Politarbeit: Flugis zu aktuellen Anlässen aus (männlicher) anti-sexistischer bzw. anti-patriarchaler Sicht; Veranstaltungen zu verschiedenen Themen, z.B. Faschismus/Männlichkeit, Verhütung; Schleckies machen; bis hin zum Männercafé, welches wir mit angeleiert haben. Welche mehr über uns oder unsere Arbeit/Veröffentlichungen wissen wollen, können uns schreiben: Libertäre Männergruppe Bremen , c/o Sielwallhaus, Sielwall 38 , 28203 Bremen.

M.A.U.A.M.

Die Gruppe *M.A.U.A.M.* entstand aus der Fusion von zwei kleineren Männer-Gesprächskreisen im Herbst 1993. Die Gruppe versucht persönliche Auseinandersetzung mit Außenwirkung zu verbinden, so z.B. im Männercafé, das zusammen mit den Libertären Männern initiiert wurde oder mit Flugblättern und Veranstaltungen. Schwerpunkte der theoretischen Auseinandersetzung waren bisher Zwangsheterosexualität/Homophobie und die Wildmen-Bewegung, zu der wir einen Reader erstellt haben. Kontakt: M.A.U.A.M. c/o Sielwallhaus, Sielwall 38, 28203 Bremen

"Ich bin eigentlich über das Männercafé in anti-patriarchale Politik 'reingerutscht ..."

Kassiber: War das denn von Anfang an so gedacht, daß im Café jedesmal 'ne Veranstaltung stattfindet? Ein Café ist doch meistens eher damit verbunden dort andere Leute zu treffen, zu reden oder einfach nur abzuhängen. Also weniger mit einer Veranstaltung?

Ralph: *Für mich war das auch am Anfang so. Ich bin eigentlich über das Männercafé in anti-patriarchale Politik 'reingerutscht, in so'ne Form von Praxis. Ich bin [lacht] eigentlich eher Teil der Resonanz auf's Männercafé. Ich hab' mir am Anfang schon irgendwie vorgestellt, daß da mal 'was thematisches läuft, und daß das ansonsten auch ein Treffpunkt sein könnte - für Männer, die sich mit anderen Männern treffen wollen. Nicht um z.B. unbedingt antipatriarchale Themen zu besprechen, aber, schon dadurch, daß es ein gewisser Raum ist, schon auf jeden Fall anders miteinander umgehen - oder vielleicht so miteinander umgehen, wie sie sich vorstellen, wie sie vielleicht miteinander umgehen wollen. Was in 'normalen' oder anderen Szene- oder Subkultur-Räumen, -Kneipen etc. so nicht möglich ist oder 'komisch' ist oder dann in 'ner anderen Atmosphäre stattfindet. Und deshalb eben 'normalerweise' gar nicht stattfindet. Ich fand das am Anfang gerade gut, daß das so offen war, und daß es die Möglichkeit gab, aber das war dann ziemlich schnell gar nicht mehr so richtig in der Diskussion drin.*

Es gab von Mal zu Mal immer wieder Überlegungen: 'Ja, was machen wir denn?'. Es gab irgendwann auch ein Perspektivtreffen, also ein Männercafé, wo wir darüber gesprochen haben, was wir inhaltlich die nächsten Male machen wollen. Dann gab's halt einerseits das Problem, daß das immer Vorbereitung braucht, daß die Männergruppen - ich bin halt in keiner - auch nicht jedes Mal 'was vorbereiten wollten und konnten. Und dann gab's halt noch von anderen, von 'nem anderen Mann und mir, die Überlegung: 'Ja, wir könnten ja auch 'mal 'was thematisches machen.' So war das dann eigentlich ziemlich schnell festgehakt an Themen, und das ist dann jeweils immer so weiter fortlaufend thematisch veranstaltet worden.

"... daß es nicht darum gehen kann, sich der sozialen Kontrolle durch Frauen zu entziehen."

Kassiber: Vorhin ist noch angesprochen worden, daß die Idee auch unter anderem war, auf den 'Backlash' zu reagieren: Gibt es da noch irgendwie konkretere inhaltliche Überlegungen dazu?

Henning: *'Auf den 'Backlash' zu reagieren' - das ist, find' ich, 'ne komische Formulierung, weil Du das nicht mit so'nem Café machen kannst. Du kannst dort Themen anbieten für interessierte Männer, die sich zu bestimmten Sachen vielleicht schon 'mal 'nen Kopf gemacht haben oder einfach neugierig sind auf bestimmte Diskussionen. Im besten Fall sind diese Diskussionen so anregend, daß sie auch fortgeführt werden, also Männer unter sich weiterdiskutieren. Ansonsten ist es relativ offen, was dabei 'rauskommt. Es kann dabei 'rauskommen, daß neue Männergruppen entstehen, daß Männer sich zu eigenen Aktivitäten entschließen - es kann dabei aber auch gar nichts 'rauskommen, also daß es rein auf 'ner Konsumebene bleibt. Also, ich könnte nicht sagen, daß ich verfolgen kann, was das für Effekte hat. Bei den Männern, die regelmäßig da sind, ist das halt schon'n bißchen zu verfolgen. Aber da ist eh schon die Bereitschaft da, sich mit Sachen auseinanderzusetzen, während wir das bei den Männern, die wir nicht kennen, die da so ein-, zweimal auftauchen, überhaupt nicht einschätzen können.*

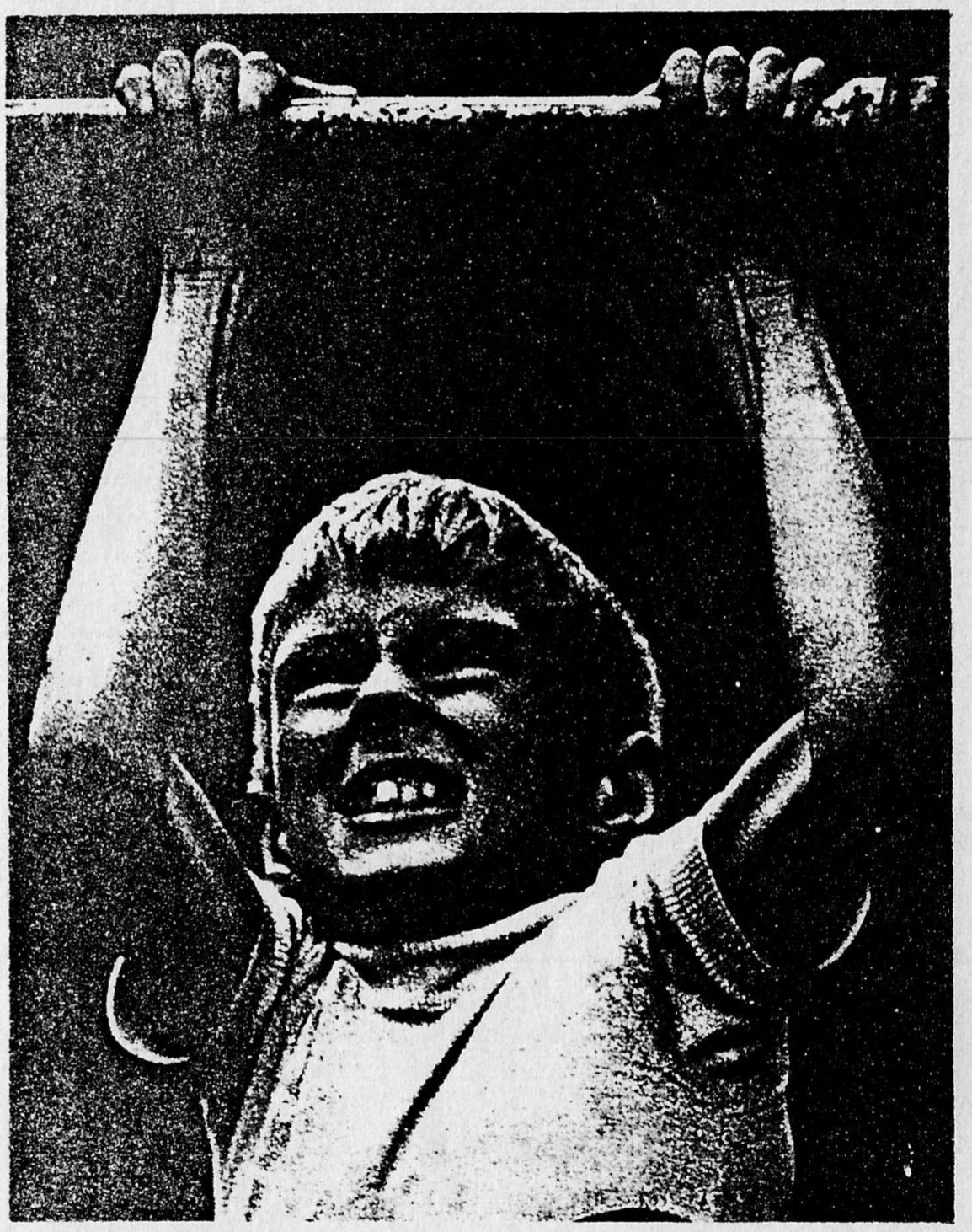
Kassiber: Ist es denn Ziel der Veranstalter, daß Männer, die dort öfter hingehen sich in Männergruppen organisieren sollten?

Ralph: *Also, ich denk', Männergruppen sind eine Form, sich ziemlich tiefgehend, längerfristig und regelmäßig mit sich selbst und anderen Männern und den entsprechenden Themen zu beschäftigen. Es ist aber nicht zwangsläufig und es ist auch nicht die einzige Möglichkeit, das zu machen.*

Ulrich: *Genauso gut könnten ja in Gruppen, die schon bestehen, Anregungen hineingetragen werden. Was natürlich wünschenswert wäre, wenn auch in anderen, gemischten Zusammenhängen Themen mehr wahrgenommen oder auch mal nach Geschlecht getrennt diskutiert würden.*

Kassiber: In einem Flugblatt, das Ihr im vergangenen Dezember herausgebracht habt, wird das Männercafé klar als ein Raum nur für Männer beschrieben. Ihr versucht da, anhand von drei Thesen, zu erläutern, warum das notwendig sei ...An diesem Konzept, ob's jetzt 'Schutzraum' genannt wird oder ob gesagt wird: 'Männercafé nur für Männer, gibt es Kritik ...

Ulrich: *Direkt über diesen Thesen steht ein ganz wichtiger Satz, und zwar, daß es nicht darum gehen kann, sich der sozialen Kontrolle durch Frauen zu entziehen. Deshalb würde ich auch sagen, daß ich auf keinen Fall einen 'Schutzraum' für Männer möchte. Ich denke, daß es Männern leichter fällt, sich erst mal mit oder unter Männern mit bestimmten Themen auseinanderzusetzen. Und das ist ja auch 'ne Forderung von Frauen oder Feministinnen gewesen, daß Männer das machen. Aber es darf halt auf keinen Fall zu'nem 'Schutzraum' werden, weil darin ja die Gefahr bestehen würde, 'normale' Männerstrukturen, wie sie in der Gesellschaft bestehen, einfach nur auf 'ner anderen Ebene zu reproduzieren. So bald Männer unter sich zusammentreffen, und das passiert total oft, halt nicht nur in Männergruppen - oder in sich ganz klar so definierenden Männergruppen -, besteht immer die Gefahr, daß dieses Zusammentreffen zu einer Art Männerbund mutiert, und daß da sexistisches Verhalten reproduziert wird. Ich denke, der Unterschied, der sein muß, sozusagen als Legitimierung für das, was ich jetzt mal antipatriachale Männergruppe nenne, ist, daß ich dadurch, daß ich mich bewußt so organisiere, ich mich halt auch angreifbar mach' und sozusagen 'ne Transparenz für das erzeuge, was ich da tue.*



Diese Möglichkeit von sozialer Kontrolle ist ja bei'nem nicht so definierten Zusammentreffen von Männern schon mal überhaupt nicht gegeben. Und ich denke, daß es wichtig ist, sich genau anzugucken, wie diese Organisierung unter Männern aussieht, wieweit ich sie transparent mache - ob das in'ner Gruppe oder in'nem Café ist usw.

Kassiber: Was gibt es denn für das Café für Schritte, zu versuchen, das transparent zu machen?

Henning: *Ja, da gibt's einfach ein Manko. Also, für's Café hat an der Stelle so noch keine Diskussion stattgefunden, bei uns in der Gruppe schon. Wir hatten für die Gruppe ja auch 'mal die Idee, daß das, was wir an Diskussionen haben, regelmäßig auch in der Zeitung (kassiber) veröffentlichen. Die Idee ist irgendwie wieder eingeschlafen und das hat auch Gründe, weil das damals auch nicht unumstritten war. Aber ich find': Eigentlich ist das'n Ding, was wir eigentlich machen müssen, wo wir zumindest als Gruppe auch hinkommen können - was ich für's Café ähnlich sehe. Das kann meinetwegen so aussehen, daß z.B. Protokolle erstellt werden, was bisher zu selten passiert. Das ist einfach ein Ding, was wir bisher verschlampt haben - für's Café jetzt gesagt: Daß es da mal'n Protokoll gibt, was im Infoladen einsehbar, es muß ja nicht jedesmal in die Zeitung kommen, aber daß es halt irgendwie öffentlich einsehbar ist.*

Glossar

Backlash (Gegenschlag):
Der Begriff wurde von der US-amerikanischen Feministin Susan Faludi als Titel für ihr Buch über die reaktionären Angriffe auf feministische Inhalte und Forderungen während der 80er Jahre innerhalb der USA gewählt. Von Faludi hauptsächlich auf die verschiedensten Attacken speziell gegen weiße Frauen aus der Mittelschicht gemünzt, ist *Backlash* inzwischen zum Synonym für die weltweit laufenden patriarchalen und sexistischen Angriffe in den neunziger Jahren geworden.

"Hamburger Fall":
Damit ist sowohl der Rauswurf einer Frau aus dem Hamburger Männercafé gemeint als auch eine anschließende Aktion von Frauen/Lesben im Café, welche auf einem Flugblatt u.a. ungehinderten Zugang zum Café für Frauen/Lesben, die das wollen, forderten. Beides fand im Februar dieses Jahres statt. Politisch fatal war neben dem reinen Fakt des Rausschmisses an sich vor allem die Begründung : Der betreffende Mann brachte das Wort vom "*Schutzraum*" für Männer in die Diskussion. Näheres zu dieser Auseinandersetzung ist in einer Textesammlung des Hamburger Männercafés nachzulesen, zu erhalten im Infoladen Umschlagplatz.

Männerbünde:
Gesellschaftsübliche Form männlicher Gruppenbildung im Patriarchat. Bekannt sind: BundesWehrMacht (und andere Armeen), Burschenschaften, Schützenvereine, Fußballvereine, Saufcliquen, Skatrunden, Aufsichtsräte von Firmen und Kreditinstituten ... Gemeinsam ist diesen (durchaus unterschiedlichen) Bünden der Ausschluß von Frauen durch Tradition, Satzung und/oder Gewalt. In ihnen umgeben sich Männer mit HERRschaftsinsignien (Orden, Waffen, Geld, Pokale ...), bilden und reproduzieren Hierarchien, Gewalt untereinander, Neurosen und machen sich "fit" für ihren strukturell und körperlich gewaltvollen Alltag in der patriarchalen Konkurenz. Wichtige Hilfmittel: Bier, Autos, Schnurrbärte.

MRT (Männerradikaltherapie):
International verbreitetes Konzept für selbstorganisierte Therapiegruppen. Das Konzept basiert auf humanistischer Psychologie und entwickelte sich aus der Antipsychiatrie der 50er Jahre. Ziel ist die Klärung eigener Gefühle und der ansozialisierten Charakterrollen, die diese meist blockieren. Diese Rollen sollen schrittweise abgelegt werden, um einen offenen, zärtlichen, aber auch klaren und auf Selbstverantwortung aufbauenden Umgang untereinander zu finden. Dabei werden patriarchale Männerrollen in Frage gestellt.

Wildmen Bewegung:
Durch Feminismus und das Aufweichen klassischer Männerrollen verunsicherte Männer bezahlen viel Geld dafür, sich in Wochenendseminaren eine *neue* bzw. uralte männliche Identität schneidern zu lassen. Die Gurus dieser Szene sind *John Bellicchi* und *Robert Bly*. Sie begründen die Geschlechterrollen biologistisch und legitimieren so sexistisches Verhalten von Männern. Ob nun mit Bellicchi im Tagungshaus oder mit anderen *Männertrainern* beim symbolischen "Vatertotschlagen" im Wald gesucht wird nach dem archaischen Urmann im ansonsten rasierten Büroangestellten. Gefährlich ist die WMB unter anderem wegen ihrer größer werdenden Anziehungskraft auf ursprünglich antisexistische Männerstrukturen.

Ulrich: *Wenn Frauen/Lesben bei brisanten Themen sagen: "Wir wollen wissen, wie Männer das diskutieren!" Oder: "Wir wollen nicht, daß das Männer unkontrolliert diskutieren", gibt es zumindest in der Vorbereitungsgruppe einen Konsens, Frauen nicht auf irgendeine Art 'rauszuschmeißen. Auch wenn's erstmal nicht als gemischte Veranstaltung angekündigt ist.*

"Wenn Frauen/Lesben bei brisanten Themen sagen: 'Wir wollen wissen, wie Männer das diskutieren!' ..."

Kassiber: Könnt Ihr die vorhin schon angesprochenen Thesen nochmal 'n bißchen ausführen ...

Henning: *Der erste Punkt, ich les' das mal vor: 'Es wird keine Veränderung des Geschlechterverhältnisses geben ohne gleichzeitige Veränderung des Verhältnisses von Männern untereinander.' Weil es da einfach 'ne Wechselbeziehung gibt. Und weil diese Rollenfestschreibung halt nicht alleine durch Auseinandersetzungen zwischen Frauen und Männern aufgeknackt werden kann, sondern auch bedingt dadurch ist, was unter Männern abläuft. Daß einfach viele Sachen aus dem Reproduktionsbereich verlagert werden müßten - das klingt jetzt irgendwie ziemlich technisch. Ja, das ist bei der Reproduktion schon so, daß es, was z.B. zwischenmenschliche Kontakte angeht - halt emotionale Reproduktion -,kein Argument dafür gibt, daß es unter Männern nicht möglich sein soll, absolut nicht. Daß es 'ne gesellschaftliche Festschreibung ist, daß das halt keine Aufgabe für Männer ist.*

Dann: Wir haben einfach alle die Erfahrung gemacht, daß wir uns unter Frauen oder in Anwesenheit von Frauen irgendwie anders unterhalten, anders verhalten als rein unter Männern. Wobei es da auch zwei Ebenen gibt: Es kann halt diese Proll- und Scheißebene unter Männern geben, die wir halt bewußt in so'nem Gruppenrahmen nicht wollen, da auch'n Auge drauf haben - und versuchen, andere Sachen auszuprobieren. Was 'ne Schwierigkeit ist in so'ner Gruppe, die eigentlich 'ne Politgruppe ist oder sein will, wo Du dann zwangsläufig in andere Bereiche 'reinkommst, in eher so therapeutische Bereiche, was bei uns'n Eiertanz ist. Wo diese Versuche, zu'nem anderen Umgang untereinander zu kommen, bei uns in der Gruppe relativ unstrukturiert ablaufen. Aber das kommt halt auch auf die Motivation der einzelnen Männer an.

Mir geht es so, daß ich bestimmte Sachen erstmal einfach leichter unter Männern bereden kann, weil meine Erfahrung ist, daß wenn ich das versucht hab', eigene Täterteile gegenüber Frauen irgendwie zu äußern oder in anderer Form zu thematisieren, daß ich da sehr oft abgeblockt wurde - was ich einfach akzeptieren muß. Das ist für mich'n Grund. Und daß du hier als Mann einfach in'ner Art und Weise sozialisiert wirst, daß du halt, als Heteromann zumindest, wenn da Frauen dabei sind, automatisch in bestimmte Mechanismen verfällst: in Konkurrenzverhalten gegenüber anderen Männern, in so Selbstdarstellungsteile, eigenes Aufblähen und so'ne Geschichten.

Dann steht in den Thesen, daß sich Männer auch in Auseinandersetzungen mit Frauen opportunistisch verhalten. Ich denk', weil wir in gewisser Hinsicht, auf der Reproduktionsebene, alle auf Frauen angewiesen sind, ist da auch 'ne ziemliche Angst da, sich auf ernste Auseinandersetzungen mit der möglichen Folge von persönlichen Brüchen einzulassen. Und daß von daher auch erstmal ziemlich viele Sachen abgeblockt werden, was an Forderungen und Kritik von Frauen kommt.

Zum dritten Punkt: 'Das Patriarchat umfaßt mehr als das Geschlechterverhältnis.' Das ist schon'ne theoretische Diskussion, wo 'ne Trennung zwischen Patriarchat und Sexismus gemacht wird. Wir als Gruppe beschränken Sexismus ganz klar auf das Verhältnis zwischen Männern und Frauen. Während zum Beispiel patriarchale Mechanismen auch gegen und unter Schwulen da sind. Ich kann mir selber gegenüber patriarchal handeln, indem ich mit mir selber scheiße umgehe oder ignorant gegenüber meinem Körper. Da müssen überhaupt keine Frauen im 'Spiel' sein, aber die Mechanismen sind trotzdem da. Sexuellen Mißbrauch von Männern an Jungen - find' ich auch schwierig, das unter Sexismus zu subsummieren, weil das einfach 'ne andere Ebene ist. Oder das, was zum Beispiel im Militär passiert oder in militärischen Männerbünden, wo auch erstmal keine Frauen anwesend sind, wo 'ne Abrichtung passiert, die irgendwann auch in sexistisches Verhalten

umschlägt. Es gibt 'ne theoretische Diskussion, die kann ich nur anreißen, daß Unterdrückungsverhältnisse wie Rassismus, Kapitalismus ohne die patriarchale Kultur nicht in dieser Form existieren würden. Diese Kategorien 'Patriarchat - Sexismus' werden immer über einen Kamm geschert. Da gibt's, find' ich, 'nen Haufen Argumente gegen.

"Bei der Auseinandersetzung mit Sexismus spielt schon Druck von Frauen 'ne ziemlich starke Rolle ..."

Franz Beckenbauer zur Männerorganisierung: "Schau'mer mal!"

So, und das heißt aber auch, daß ich dann auch'n eigenes Interesse für mich als Mann entwickeln kann, anti-patriarchal zu handeln. Beim Punkt 'Sexismus', das ist der schwierigste Punkt von allen. Weil ich da hauptsächlich mit Täteranteilen konfrontiert bin, muß ich mich 'ner Kritik von Frauen stellen und dazu verhalten. Bei Sexismus spielt schon Druck von Frauen 'ne ziemlich starke Rolle, weil es einfach unangenehm ist, sich damit zu beschäftigen. Und ich denk', das geht erstmal allen Männern so bei diesem Punkt. Es kann 'ne eigene Motivation dazukommen, aber da ist es erstmal wirklich so, daß das niemand freiwillig macht. Während, wenn ich das Patriarchat erstmal davon'n stückweit abtrenne, ist 'ne eigene Motivation für mich leichter entwickelbar.

Kassiber: Vor ein paar Monaten habt Ihr 'ne Veranstaltung 'Sexismus in der Szene' gemacht. Hattet Ihr schon länger überlegt, so'ne Veranstaltung zu machen, oder habt Ihr das Thema aufgrund eines aktuellen 'Falles' aufgegriffen? Und was war Eure Motivation oder Intention?

Ulrich: *Die Notwendigkeit ist immer gegeben und es ist leider 'was, was noch zu selten gemacht wird. Aber, konkret 'ne Veranstaltung zu planen, war zumindest bei uns nicht Thema.*

Henning: *Nee, bei uns auch nicht. Das hat sich aufgrund der aktuellen Entwicklungen ergeben.*

Ralph: *Es gab 'nen sexistischen Übergriff, zu dem sich nicht verhalten wurde oder, gelinde gesagt, unzureichend verhalten wurde. Und sowohl das unzureichende Verhalten war Anlaß als auch der konkrete weitere Umgang mit dem Mann. Aber auch dieser alltägliche Hintergrund, zu diskutieren, warum geht das eigentlich immer unter, und zu sagen, daß das nicht so sein soll, war für mich Hintergrund der Veranstaltung.*

Kassiber: Also, Ihr hattet Euch da weniger überlegt, sich über 'ne weitere Vorgehensweise oder Umgehensweise auseinanderzusetzen als mehr grundsätzlich das Thema aufzugreifen und darüber zu diskutieren!?

Ralph: *Es sollte auf jeden Fall von einem konkreten 'Fall' weg hin zu: Wie sieht denn das eigentlich generell aus? Warum geht das unter?*

Ulrich: *'Warum geht das unter' oder: Warum fängt's überhaupt gar nicht erst an? Also, wir gehen auch davon aus, daß die sog. Dunkelziffer von Sexismus in der Szene, die sich eigentlich - zumindest auf ihren Flugblättern als anti-sexistisch und anti-patriarchal begreift - erheblich höher ist. Ich denk' es war'n Interesse, da nochmal 'ne Diskussion zu starten ...*

Ralph: *... weil wir auch davon ausgehen, daß Sachen wie Sexismus in der Linken zwar immer geäußert werden und immer da sind, aber 'ne substanzielle Auseinandersetzung damit eigentlich nicht stattfindet. Oder, wenn sie stattfindet, dann entweder aufgrund konkreter Ereignisse oder, meiner Erfahrung nach, entlang der Frage 'Wie laufen eigentlich Diskussionen in der Gruppe, in der ich gerade bin?' 'Gibt's da Dominanz von Männern?' - das wird dann als abstraktes Thema diskutiert. Aber so'ne Auseinandersetzung von Männern mit Sexismus, mit ihren eigenen Anteilen daran, unter Berücksichtigung ihrer eigenen Biographie, 'n Selbsthinterfragen, 'n Fragen danach, wie geh' ich eigentlich damit um, wenn ich plötzlich von'nem Fall mitkrieg - oder wie ich geh' ich eben nicht um und warum geh' ich nicht um? Das sind alles Sachen, die sonst eher nicht diskutiert werden. Das wollten wir anregen.*

Ulrich: *Es war sicherlich auch mal wieder 'n reaktives Verhalten auf'ne feministische Kritik an gemischten Zusammenhängen. Eine Reaktion darauf, daß Frauen sagen: 'Wir machen das nicht mehr! Es ist auch an Euch, das zu thematisieren! Und auch unter Euch.' Ich denk' mal, daß solche Überlegungen auch schon im Kopf waren, als überlegt wurde, dazu 'ne Veranstaltung zu machen.*

Jetzt wär' z.B. so'ne Frage von Euch gut, zu fragen: 'Warum macht Ihr das gerade?' Und dann würden wir jetzt antworten, daß wir uns halt schon 'n stückweit in die Pflicht genommen sehen, so'was auch zu machen. Aber das ist natürlich auch der Grund, weil das von anderen Männern nicht gemacht wird. Also, z.B. wär's ja auch möglich gewesen, daß Gruppen so'was thematisieren, in deren Zusammenhängen 'n sexistischer 'Fall' passiert ist. Das würde aber nicht gemacht.

Kassiber: Und ist es möglich, 'ne inhaltliche Zusammenfassung der Veranstaltung geben, daß sich die Leute ungefähr vorstellen können, was da so diskutiert wurde? Oder, ob sich daraus sowas wie'n Resultat ergeben hat?

"Es gab 'nen sexistischen Übergriff, zu dem sich nicht verhalten wurde ..."

Ralph: *Es gibt irgendwie 'nen Konsens darüber, wie sich verhalten wird - in einem konkreten 'Fall' -, den wir allerdings auch nicht als 'nen sehr klar Konsens sehen und festschreiben können. Aber es gab keine Gegenvoten dagegen. Wir haben halt gesagt, was wir uns vorstellen, wie sich'n Typ, der 'nen sexistischen Übergriff gemacht hat, verhält: bei Veranstaltung, wo er nicht hingehen soll ... Und wir haben z.B. auch diskutiert, daß wir'n Männerverhalten, wo sich eben nur abgegrenzt wird von einem Sexisten, das wir das scheiße und unangemessen finden. Und unselbstkritisch, gelinde gesagt ...*

Henning: *... eigentlich enttäuschend ...*

Ralph: *... enttäuschend finden. Als generelles Ergebnis dieser ganzen Sache würd' ich mal sagen: Wir sind die Sachen losgeworden, die wir sagen wollten. Die sind angekommen, zum Teil diskutiert worden, allerdings nicht kontrovers - und Reaktionen darauf kamen nicht mehr. Wir ham halt gesagt: 'Diskutiert das in den Gruppen weiter.' Jetzt nicht als Befehl, sondern als Anregung. Aber wir ham jetzt überhaupt keine Rückmeldungen darüber, daß es weiterdiskutiert wurde, sowohl das generelle Thema 'Sexismus' als auch Sachen wie: 'Was wollen wir als Gruppe dazu machen?' Und wir gehen jetzt erstmal davon aus, daß das versandet. Das wurde von vornherein auch schon bei uns diskutiert, daß das wohl das typische Verhalten ist - das Nicht-Verhalten.*

Kassiber: Würde das bedeuten, daß, wenn es in Zukunft mal'n ähnlichen 'Fall' geben sollte, Ihr dann auch eher wieder vorschlagen werdet, sich erstmal als Männer zusammenzusetzen und somit eigentlich nicht 'n gemischtes Plenum fordert?

Henning: *Das ist recht hypothetisch. Was wir im Nachhinein auch als Manko dieser Veranstaltung erkannt haben war, daß das ganze zu harmonisch abgelaufen ist, daß wir da irgendwie hätten mehr zuspitzen müssen. Für'ne weitere Veranstaltung ist das auf jeden Fall auch angesagt, da schon auch massiver aufzutreten und auch Fragen zu stellen. Und ob gemischt oder nicht, das ist keine Entscheidung, die wir treffen - letztlich.*

Ulrich: *Die ganze Veranstaltung hatte halt so'n bißchen den Touch des 'artigen'. Alle Gruppen ham ...*

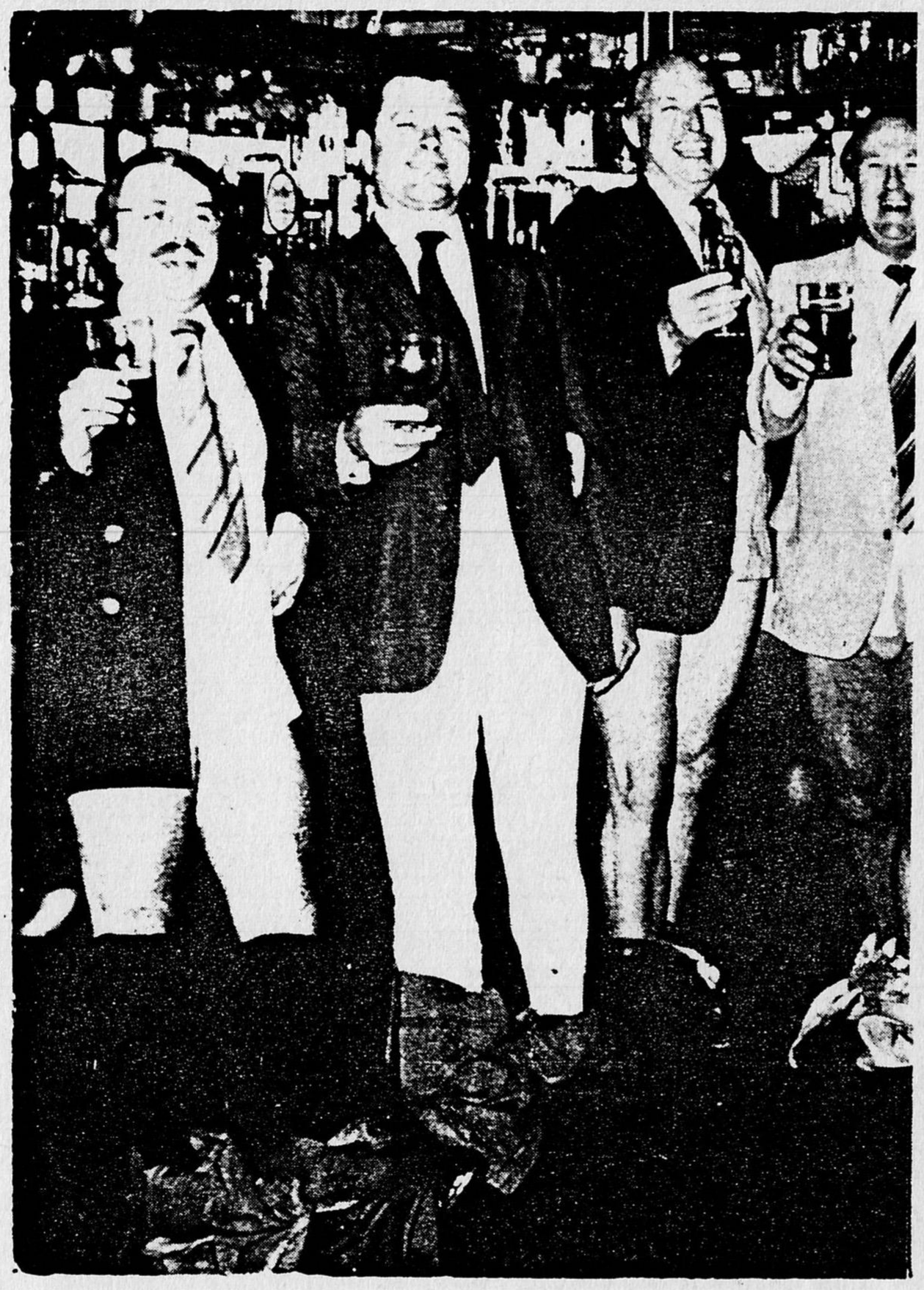
Ralph: *... brav ihre Delegierten geschickt.*

"Die Männer waren zwar artig da, aber 'ne Auseinandersetzung hat nicht stattgefunden ..."

Ulrich: *Die Erfahrung, solche Plena gemischt zu machen ist so, daß Männer sich opportunistisch verhalten, also daß keine Diskussion entsteht, sondern sie im Prinzip - zumindest oberflächlich - Forderungen von Feministinnen entsprechen in solchen Situationen. Und, was ich ziemlich interessant fand, war, daß dieser Rahmen der Männerveranstaltung, dadurch, daß wir als Männergruppe - der wahrscheinlich unterstellt wird, da besonders weit oder besonders gründlich oder was weiß ich auch immer zu sein -, daß wir mit dieser Veranstaltung dasselbe ausgelöst haben, nämlich wieder 'nen Opportunismus: Die Männer waren zwar artig da, aber 'ne Auseinandersetzung hat nicht stattgefunden.*

Obwohl, es gab an diesem Abend 'n paar Punkte, wo ich hinterher gemerkt hab', da hab' ich zu spät reagiert - wo es auch hätte anders ablaufen können, also wo Männer relativ offen gesprochen haben, was sie denken, und ich in dieser Situation gar nicht reagiert habe und das auch kritisiert hab'. Ich fand', das war harmonisch auf eine Weise, aber auch haarsträubend auf'ne andere. Das ist uns teilweise auch erst im Nachhinein klar geworden.

Ralph: *Also, 'haarsträubend' würde ich nicht sagen, aber schon auf jeden Fall in einzelnen Aussagen kritikwürdig. 'Haarsträubend' sage ich deshalb nicht, weil ich mich an meine eigene Polit-Biographie erinnere - und mal spekulieren möchte, daß da auch so'n Denken vorherrscht wie ich das auch draufhatte, zu sagen - das ist jetzt wieder'n anderer Punkt, aber das wollte ich eh mal 'reinspekulieren - oder zu denken: 'Der Ansatz, den ich gewählt hab', der geht gegen ganz konkrete Verhältnisse und das ist 'ne ganz bestimmte Form von selbstkritischer Auseinandersetzung eher kontraproduktiv.' Wenn ich Antifa-Arbeit mache oder auch 'ne anti-imperialistische, sozial-revolutionäre, sonstwas Arbeit mache, habe ich tendenziell ziemlich starke Freund-Feind-Schemata und weiß mich da auf der Seite der 'Guten' einzuordnen. Anti-Pat-Arbeit kann mit solchen Schemata, zumindest in den meisten Bereichen, nicht sehr viel anfangen. Sondern da geht's halt klar um'ne radikale Selbstkritik, 'ne Kritik des eigenen Verhaltens und eine kritische Perspektive auf die eigene Biografie. Und das kann schon sein, daß das aufgefasst wird als 'was, was in der konkreten Arbeit - und das kann sicher sein - aufhält, aber es ist auch kontraproduktiv, daß es als so'was aufgefasst wird. Und das ist 'was, was bei den ersten Sexismus-Debatten, die ich mitgekriegt hab' - vor drei/vier Jahren -, bei mir auch so war. Die erste Reaktion: 'Umpfff ... Was sollen'n das jetzt!? - Also gut, kann man sich ja mal mit auseinandersetzen, ist auch sicher wichtig, aber eigentlich steht doch 'n ganz anderer Kampf im Vordergrund.' Und gerade deshalb, find' ich's einerseits 'haarsträubend', andererseits, merk' ich an meiner eigenen Biographie, kenn' ich das von mir ziemlich gut. Da hab' ich Schwierigkeiten, mich dagegen abzugrenzen, sondern ich würd' mich da irgendwie instrumentell von abgrenzen, auch ganz klar sagen: 'Das ist falsch. Punkt. Das empfinde ich als falsch.' Und die Abwehrhaltung gegenüber jemanden, der 'nen sexistischen Übergriff gemacht hat, als Täter geoutet wird, empfinde ich als kontraproduktiv. Da zu sagen: 'Der kommt ja nicht von hier! Wie kommt der überhaupt zu uns 'rein? Wer hat den eigentlich 'reingelassen?' Ja, das gab's halt als Frage oder als Aussage dort - was 'ne ganz klare Abgrenzung ist, auf'ner ganz absurden Ebene. Einerseits konfrontieren wir die Leute damit, daß wir sagen: 'So, es gibt 'nen aktuellen Anlaß, aber Sache ist: Das ist einfach ein alltägliches Ding.' Oder: 'Wir gehen davon aus, daß es häufig vorkommt.' Und da sagt jemand nicht nur: 'Das war nur einer', sonder da sagt jemand: 'Dieser einer, das ist einer, der gehört gar nicht so richtig zu uns.' Also, das wirklich so dermaßen weit von sich wegzuschieben ...*



"Es ist unheimlich schwer, als Männer im Patriarchat eine anti

Kassiber: Was schlagt ihr denn konkret oder allgemein zur Umgehensweise vor?

Henning: *Allgemein zum Umgang mit Tätern kann gesagt werden, daß es eine persönliche Auseinandersetzung mit den Tätern geben muß. Wobei diese auch an ihre Grenzen kommt, weil es da auch einfach Grenzen gibt. Und wir sagen müssen, daß wir das in dem konkreten Fall auch nicht mehr leisten können, damit umzugehen, was da zum Vorschein kommt. Und da stellt sich die Frage: Was dann? Und das ist auch kein Einzelfall und ich kann mich auch nicht total davon abgrenzen, von Männern, die Scheiße machen. Was machste dann mit denen letztendlich? Wo gibt's davon ne Art von Umgang, der o.k. ist? Z.B. eine therapeutischen Umgang, was meistens an erster Stelle kommt oder auch was anderes. Also was, was den Sicherheitsinteressen von Frauen gerecht wird, als auch, thematisieren - dann würden Männer auch auf einen Mann zugehen, von dem etwas bekannt geworden ist. Und würden anfangen mit ihm zu reden und würden anfangen, von sich aus Fragen zu stellen, warum das so war. Würden anfangen zu kapieren, was das mit ihnen zu tun hat - mit ihrem eigenen Verhalten - und würden verantwortlich werden dafür und würden sich somit nicht nur mit Frauen/Lesben solidarisieren, sondern ihnen eine ganze Menge Arbeit abnehmen. Verantwortung dafür tragen, wenn ein Typ Scheiße gebaut hat, wenn er keine Verantwortung übernehmen will, das einzuklagen. Wenn er bestimmte Regelungen, die zum Schutz für Frauen getroffen wurden, übertritt, daß sie dann eingreifen. Wiederum immer vorausgesetzt, daß sie auf eine Art eingreifen, die nicht dieser Abgrenzungslogik entspricht: Du bist das Schwein und deshalb hab ich das Recht dich von mir zu verbannen. Sondern im Hinterkopf zu behalten, es geht hier um den Schutz von Frauen: Punkt. Ansonsten haben sie sich mit dem auseinanderzusetzen. Ansonsten ist das einer, der eine ganze Menge Gemeinsamkeiten mit ihnen hat. Oh, jetzt bin ich doch in eine von mir selbst aufgestellte Abgrenzungsfalle gegangen ...(alle lachen)*

Henning: ... *das ist verdammt authentisch gewesen ...*

Ulrich: ... *leider ...*

Kassiber: ... na gut, Männergruppen-Männer sind doch nicht besser.

patriarchale Praxis zu entwickeln."

"Es ist unheimlich schwer, als Männer im Patriarchat 'ne antipatriarchale Praxis zu entwickeln ..."

wenn du die Männer nicht von vornherein abschreiben willst, wo gibts da ne Art von Veränderung. Und da gibts praktisch nichts. Es gibt zwar ein paar Männerselbsthilfegruppen gegen Männergewalt, die einen akzeptablen Ansatz haben, in jeder größeren Stadt ein zwei Therapeuten, die sich auf Männer spezialisiert haben - die allerdings manchmal auch einen relativ komischen Ansatz haben, also z.B. "Wildmen-Sachen" oder neue Männeridentität entwickeln wollen. Aber das ist eigentlich nichts. Das ist auf jeden Fall ein Manko, wo ich relativ ratlos bin. Es gibt auch theoretisch kaum etwas zu Arbeit mit Vergewaltigern und dieser Bereich liegt völlig brach. Es müßte eigentlich Leute geben, die sich speziell mit der einen Frage "Täterarbeit" beschäftigen und dazu etwas mit der Zeit entwickelen, was dann praktisch umgesetzt werden könnte.

Ralph: *Ganz allgemein: Es muß ein Umgang gefunden werden, was in Bezug auf diese "Szene" eigentlich eine revolutionäre Forderung ist, weil dies ziemlich viel vom jetzigen Verhalten umschmeißen würde: Dann würden Männer das von sich aus*

Ulrich: *Das will ich nochmal ganz klar unterstützen. In letzter Zeit bin ich ab und zu mal auf Artikel in verschiedenen "Szene"zeitschriften gestoßen, wo eine sexistische Situation beschrieben wurde, mit der Anmerkung: "... und dabei war er ja ein Männergruppen-Mann ..." oder so. Zum einen danke für die Vorschußlorbeeren, wo ich mich trotz der Kritik fast geschmeichelt fühle, daß Männer in so'ne Position gehoben werden. Aber zum anderen muß ich ganz klar sagen oder muß warnen vor Leuten, auch mir, die sich über Männergruppen-Mann-Dasein eine Identität als 'neue Männer' verschaffen, so Kritik von sich wegschieben und glauben, sie wären ja echt schon ganz anders. Das ist echt gefährlich denke ich. Soweit sind wir noch lange nicht, glaube ich. Und das ist auch noch so eine persönliche Sache, die mir immer wieder auffällt: Es gab immer wieder Punkte, wo ich mir gesagt habe, gut jetzt hab' ich mich viel persönlich auseinandergesetzt, ich mach das jetzt schon ein paar Jahre in verschiedenen Zusammenhängen und jetzt müßte ich doch eigentlich mal so ganz nach außen gehen und müßte anfangen andere Themen zu bearbeiten und so weiter. Und da stößt für mich diese Frage nach Praxis - um den Bogen zum Café zu schließen - auch irgendwie an. Weil, es ist unheimlich schwer, als Männer im Patriarchat ne antipatriarchale Praxis zu entwickeln. Wir sind jetzt noch nicht an dem Punkt, an dem wir uns problemlos abgrenzen können.*
Obwohl ich das auch manchmal tue.

Henning: *Das sehe ich ein bischen anders. Aber wir haben auch eine andere Geschichte. Wir haben schon viele Sachen gemacht, die ganz praktisch waren und die auch ganz klar nach außen gerichtet waren. Ob das Veranstaltungen waren zu Faschismus und Männlichkeit oder konkret diese Zusammenarbeit bei Bellici. Ich würde das andere Extrem auch gefährlich finden, immer darauf zurückzukommen, daß wir noch gar nicht so weit sind. Also ich bin jetzt fünf Jahre in der Gruppe, und wenn ich nach fünf Jahren sagen würde, daß ich eigentlich immer noch am Anfang stehe, dann läuft*

da was schief. Es gibt auch Bereich, wo ich hoffe, daß ich mich da inzwischen von anderen Männern unterscheide. D.h. nicht, daß ich mich auf ein Podest stellen will oder mich völlig abgrenzen möchte - das kann ich glaub ich nie machen -, aber daß mir einfach Sachen anders auffallen oder ich sie anders begreife, als vor fünf Jahren. Und daß ich sehr wohl in der Lage bin, daraus eine Praxis zu entwickeln.

Ulrich: *Ich wollte mich auch nicht prinzipiell gegen Praxis aussprechen und auch nicht dagegen, daß ich sage, da gibt es Punkte, wo ich sensibilisiert bin für gewisse Themen - vielleicht auch mehr sensibilisiert als andere Männer. Worum es mir ging, ist zu sagen, daß ich nicht glaube, daß so ein Punkt erreicht ist, uns auf ein Podest zu stellen oder zu sagen, hier grentz ich mich jetzt einfach ab und nehm mich selbst raus. Sondern daß es immer wieder an Punkte kommt, in der Männergruppe auch, wo ich zurückgeworfen bin, auf mein Verhalten.*

Kassiber: Gab es an eure Gruppen auch schon Kritik von anderen politischen Gruppen oder speziell von FrauenLesbengruppen?

Henning: *Also wenn, dann auf der Tratsch- oder auf der persönlichen Ebene.*

Kassiber: Wahrscheinlich müßte sich dann erst konkret in eine schriftliche Auseinandersetzung begeben werden?

Henning: *Wobei wir haben schon über die Jahre Sachen veröffentlicht. Sachen, worauf auch hätte etwas passieren können. Es gab etwas 1993 zum Konzert von 'Leon Horsa Posse', einer italienischen Hip Hop-Combo, worauf dann eine Frau geantwortet hat, und daraufhin andere Frauen, so daß eine Diskussion unter Frauen entstand, die wir angeleiert haben. Das war überhaupt nicht die Absicht, die wir damit hatten - also alles etwas absurd. Ne, aber sonst nichts.*

Ulrich: *Eine solidarische Kritik wäre wirklich ganz gut, um die eigenen Standpunkte zu überprüfen. Aber sie kommt relativ wenig. Ich habe das Gefühl ganz viel wird abgearbeitet, z.B. in "Szenezeitschriften", wo ich mich hätte dran reiben können. Wie z.B. der Artikel "Heilige Kühe brauchen einen Ökoschlachter" in der "bambule" oder Sätze in der "Red Flex" - "... da reicht es auch nicht einmal die Woche zur Männergruppe zu latschen ..." oder so. Es kommt auf jeden Fall keine konstruktive Kritik, an der wir nochmal unsere Positionen überprüfen können; von Männern. Und auch wenig Feedback auf das was wir versuchen positiv anzubieten. Und das ist schade, weil es würde uns ganz gut tun und uns die Möglichkeit geben wieder mehr Anregung zu bekommen. Die Kritik bleibt schon eher auf einer banalen Ebene. Wenn ich schon meine eigene Kritik besser finde als die, die von anderen kommt ... (alle lachen) ..., dann frage ich mich schon manchmal, ob ich meine Positionen vielleicht nicht genug der öffentlichen Kritik stelle.*

Henning: *Was ich mit Tratsch meine ist z.B.: Letztes Jahr auf dem Putzplan hat jemand über unseren Namen (libertäre Männergruppe) "zölibatäre Männergruppe" geschrieben. Und das hat mich schon geärgert, weil da steckt natürlich ein ganz bestimmtes Bild dahinter. Und daß sowas dann auf die Art und Weise rüberkommt, aber nicht klar wird, was die SchreiberInnen damit wollen ...*

Ralph: *... obwohl ich dem Wortwitz durchaus was abgewinnen kann ...*

Henning: *... der Wortwitz ist nicht schlecht (alle lachen wieder) - das muß ich auch zugeben. Aber ich finde es trotzdem bezeichnend, wenn so etwas auf so einer Ebene kommt.*

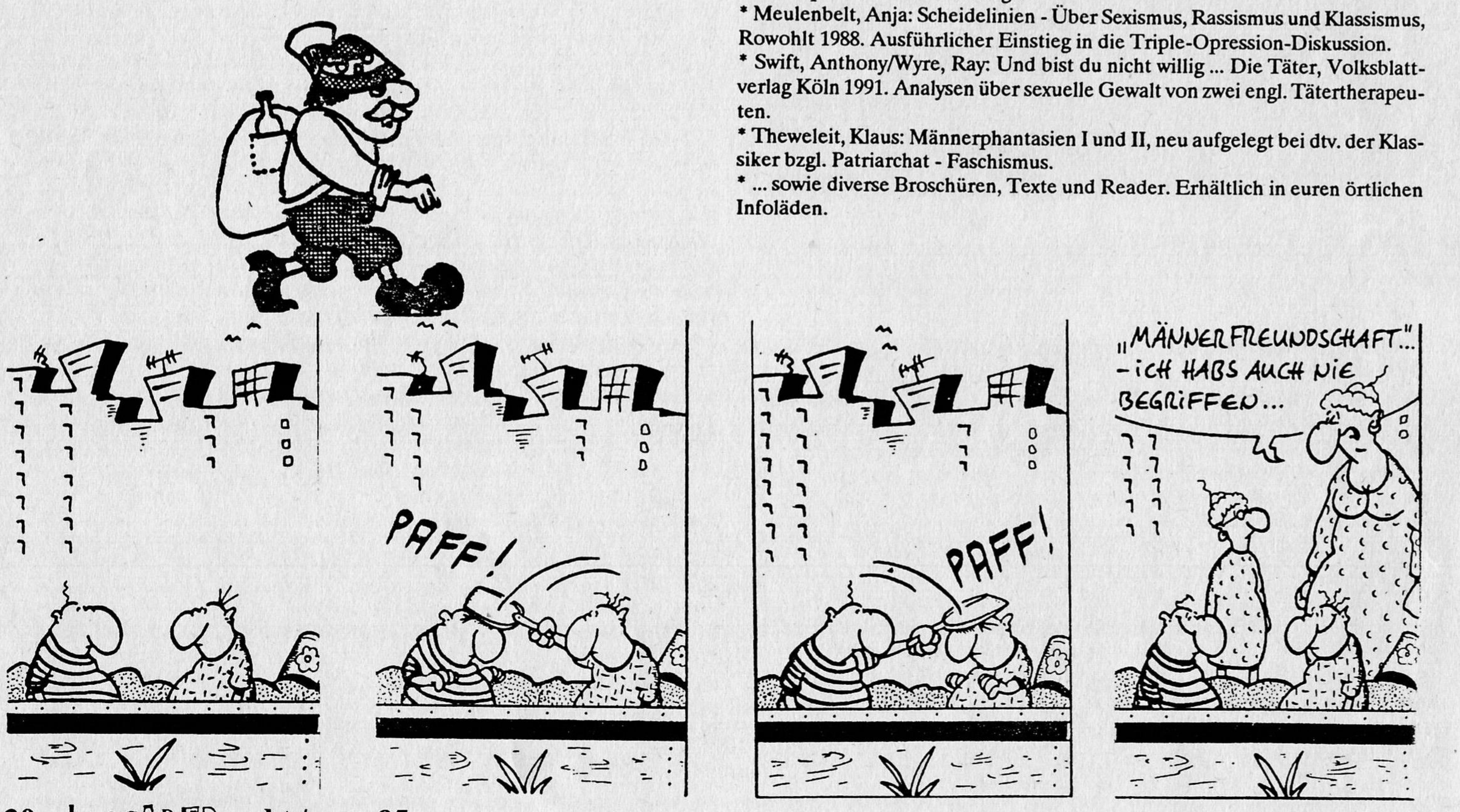
Kassiber: Wir danken für das Gespräch.

Die Namen der am Gespräch Beteiligten wurden geändert.
Das gesamte Interview ist bei M.A.U.A.M. oder der Libertären Männergruppe erhältlich (Adressen siehe Kasten). Fragen zu und Kritik an den Antworten der Männern ebenfalls an die o.g. Adresse. LeserInnenbriefe bitte an die Redaktion (siehe Impressum).

Literaturliste als Einstieg für interessierte Männer:

* Brownmiller, Susan: Gegen unseren Willen - Vergewaltigung und Männerherrschaft, S. Fischer Verlag 1978. Macht nachdrücklich deutlich, wie sexuelle Gewalt als strukturelles Machtmittel zur Einschüchterung und Unterdrückung aller Frauen in patriarchalen Gesellschaften dient.
* Diekmann/Herschelmann/Pech/Schmidt (Hg.): Gewohnheitstäter - Männer und Gewalt, papyrossa Verlag 1994. Arbeitsergebnisse der AG Männliche Sozialisation an der Uni Oldenburg. U.a. Texte zu Jungensozialisation, Täterarbeit, Homophobe Gewalt.
* Easleu, Brian: Väter der Vernichtung - Männlichkeit, Naturwissenschaftler und der nukleare Rüstungswettlauf, rororo-Mann 1985. Untersuchung über herrschende patriachale Wissenschaften, insbesondere Atomphysik.
* Faludi, Susan: Backlash - Die Männer schlagen zurück, rororo 1995.
* Fischer, Erica: Mannhaft - Vernehmungen einer Feministin zum großen Unterschied, dtv Taschenbuch 1990.
* Godenzini, Alberto: Bieder, brutal - Frauen und Männer sprechen über sexuelle Gewalt, Unionsverlag Zürich 1989. Ausführliche Interviews mit Tätern und Opfern.
* Kappeler, Susanne/Renka, Mira/Beyer, Melanie (Hg.): Vergewaltigung, Krieg, Nationalismus - Eine feministische Kritik, Frauenoffensive 1994.
* Lew, Mike: Als Junge mißbraucht - Wie Männer sexuelle Ausbeutung in der Kindheit verarbeiten können, Kösel Verlag 1993. Selbsthilfebuch für Männer mit entsprechenden Erfahrungen.
* Meulenbelt, Anja: Scheidelinien - Über Sexismus, Rassismus und Klassismus, Rowohlt 1988. Ausführlicher Einstieg in die Triple-Opression-Diskussion.
* Swift, Anthony/Wyre, Ray: Und bist du nicht willig ... Die Täter, Volksblattverlag Köln 1991. Analysen über sexuelle Gewalt von zwei engl. Tätertherapeuten.
* Theweleit, Klaus: Männerphantasien I und II, neu aufgelegt bei dtv. der Klassiker bzgl. Patriarchat - Faschismus.
* ... sowie diverse Broschüren, Texte und Reader. Erhältlich in euren örtlichen Infoläden.

"Wenn ich schon meine eigene Kritik besser finde als die, die von anderen kommt ..."



Erfahrungen einer Frauenknastgruppe aus Bremen

Knast und Öffentlichkeit - ein unauflösbares Dilemma?

Über den Bremer Frauenknast im Blockland ist wenig in der Öffentlichkeit bekannt. Die meisten Pressemeldungen in Weser-Kurier, taz und anderen Medien beziehen sich fast ausschließlich auf den Männer- und Jugendknast. Wir haben durch unsere Besuche im Bremer Frauenknast einiges erfahren und gelernt und halten es für äußerst wichtig, diese Erfahrungen öffentlich zu machen, wie überhaupt die spezifische Situation von Frauen im Knast breiter zu thematisieren.

Knast ist kein statisches System, sondern verändert sich nach den jeweiligen politischen Erfordernissen. Je nach Opportunität werden verschiedene Modelle ausprobiert. Wir denken, daß es notwendig ist, die etwaigen Veränderungen und 'Modernisierungen' zu beobachten und zu analysieren, um entsprechend dagegen arbeiten zu können. Der scheinbar liberale Ansatz des sog. Behandlungsvollzugs birgt Repression in sich, die manchmal - vor allem durch die permanente Psychologisierung der Konflikte bzw. der Pathologisierung der Frauen - schwer zu durchschauen ist, aber dennoch zerstörerisch und entwürdigend wirkt.

Weil wir gegen das Ein- und Wegsperren von Menschen sind, haben wir die Frauen im Knast besucht, und so versucht, die Isolierung zumindest ansatzweise aufzubrechen und eine kleine Verbindung zwischen 'drinnen und draußen' herzustellen. In diesem Kontext steht auch dieser Artikel.

Vollzugskonzept

Der Frauenknast ist, im gleichen Gebäude wie der Jugendknast, im Blockland untergebracht. Er umfaßt zwei obere Etagen des Knastes und ist sowohl für erwachsene wie für heranwachsende Frauen vorgesehen. Im Normalfall soll es dort für höchstens 20 Frauen Haftplätze geben. Im Jugendknast sitzen nur männliche Jugendliche ein.

Das Vollzugskonzept ist, wie in den anderen Bremer Knästen auch, der sog. Wohngruppen- oder Behandlungsvollzug. In den 80er Jahren setzte sich dieses Konzept immer häufiger durch und wurde als Liberalisierung und Humanisierung des Strafvollzuges angepriesen. Wohngruppen-/Behandlungsvollzug bedeutet die Aufteilung der Gefangenen in kleine Gruppen zwischen acht und 15 Personen, die in größeren Knästen voneinander weitgehend abgeschnitten bleiben. Es gibt Untersuchungen, die Gruppen unter der Größe von 15-20 Personen allein schon aus medizinischen Gründen nicht vertretbar finden. Daher sprechen auch viele von Kleingruppenisolation.

Ein Team von PsychologInnen, SozialarbeiterInnen und VollzugsbeamtInnen ist für die "*Betreuung*" der Gefangenen zuständig. Sie organisieren verschiedenen Einzel- und Gruppengespräche sowie therapeutische Angebote. Ziel dieser Behandlungangebote ist: "*Die Gefangenen sollen ihr vorheriges Leben und Verhalten - weswegen sie eingesperrt sind - als krank akzeptieren, um dann aktiv daran mitzuarbeiten, wieder sog. wertvolle Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Wie das wertvolle Gesellschaftsmitglied auszusehen hat, vermitteln Psychologen/Soziologen in sog. Therapiegesprächen, in Form von Gruppen- und Einzelgesprächen.*" (1). Kriminalität ist nach diesem Konzept also ein individuelles Problem, gesellschaftliche Ursachen werden ignoriert. Die/der einzelne ist das Problem - und nicht die menschenverachtenden Strukturen in der Gesellschaft. Wer/welche sich nicht anpaßt, wird als therapiebedürftig betrachtet.

In Bremen bedeutet das, daß der Knast für jedes "*Problemfeld*" (wie z.B. Drogenkonsum) diverse Einzel- und Gruppenangebote - oftmals mit externen Kräften, "*externen Vollzugshelferinnen*" - organisiert. Jede Frau, die einfährt, erhält eine "*BezugsbeamtIn*", der sie ihre Probleme anvertrauen soll, die ihr Gruppenverhalten anderen Gefangenen gegenüber kontrolliert und dafür "*sorgt*", daß sie sich den Angeboten nicht entzieht. Die "*BezugsbeamtIn*" (oder auch "*AnsprechpartnerIn*") hat maßgeblichen Einfluß auf den Vollzugsplan und auf die Sozialprognose, deren 'positiver' Inhalt Voraussetzung für die Bewilligung von Hafterleichterungen oder der Aussetzung der Haftstrafe auf 2/3 (B) ist.

Die Weigerung, diese "*Behandlungsformen*" anzunehmen, sprich: nicht aus der Kindheit zu plaudern und andere Konflikte offenzulegen, zieht Druck und verschiedene Konsequenzen für den Vollzug nach sich. Mangelndes kooperatives Verhalten hat negative Auswirkungen auf die Sozialprognose, d.h. Haftlockerungen werden nicht gewährt, einer Ausbildung nicht zugestimmt. Drogenkonsumierende Frauen, die im knastinternen Methadonprogramm sind, werden z.B. auch über die Höhe der Methadonverabreichung gemaßregelt. Die Kooperation der Gefangenen mit den "*Betreuerinnen*" ist also der einzige Weg zu Hafterleichterungen und Privilegien.

Der Behandlungsvollzug hat auch entsolidarisierende Effekte auf die Gefangenen untereinander. Der Einfluß der Betreuerinnen und der "*Angebote*" auf die Gruppendynamik ist beträchtlich. So gab/gibt es für drogenkonsumierende inhaftierte Frauen in Bremen freitags morgens ein Therapieangebot mit einer externen Psychologin. Die Teilnahme an dieser Gruppe bedeutet für keine Frau Verdienstausfall, d.h. das Interesse der einzelnen an dieser Gruppe ist recht unterschiedlich motiviert. Das dringende Bedürfnis von einigen, sich austauschen

zu können, und das ebenso dringende Bedürfnis, durch dieses Angebot für zwei Stunden dem öden Tütenkleben entfliehen zu können, können hier in Konkurrenz zueinander stehen - ein Nährboden für Streitereien und Entsolidarisierungen. Ein klassisches Moment für die BeamtInnen zum eingreifen: Es ist leicht vorstellbar, daß hier - je nach aktueller Interessenlage - von den BeamtInnen Konflikte unter den Frauen ver- oder entschärft werden und sie Informationen über einzelne Gefangene durch Beschwerden anderer erhalten können.

In ihrer Hungerstreikerklärung von 1987 beschreiben die Frauen aus dem Frauenknast Berlin-Plötzensee die Situation unter den Gefangenen wie folgt: "*Durch die Gewährung von Hafterleichterungen für Anpassung und Wohlverhalten (d.h. Kooperation mit den Psychologen, Sozialarbeitern, Schließern) einerseits und Verschärfung der Haftbedingungen bei Verweigerung andererseits, werden Denunziantentum und gegenseitiges Bespitzeln gefördert. Dies erzeugt ein andauerndes Angst- und Unsicherheitsgefühl bei den Gefangenen und genau an diesem Punkt setzen die Psychologen/Sozialarbeiter mit ihrem Handwerkszeug an (Gestalt-, Gesprächstherapie, Rollenspiel etc.).*"

Nach außen hin kann das Angebot von Gesprächs- und Therapiegruppen tatsächlich human erscheinen, da die Gefangenen häufig aus einer schwierigen sozialen Lage kommen und auch nicht selten das Bedürfnis nach Hilfe und Unterstützung für ihre Probleme äußern. Viele Frauen berichten jedoch, daß diese Angebote unzureichend sind oder erleben sie als Kontrolle und Druck. Druck zur Therapie, zudem ohne die freie Wahl von Form und TherapeutInnen, und Freiheitsentzug kann in dieser Kombination sehr zerstörerisch wirken - und soll es vermutlich auch.

Die Hungerstreikerklärung der Frauen aus Plötzensee von 1989 macht sehr deutlich, daß hier von Humanisierung und Liberalisierung des Strafvollzugs nicht die Rede sein kann. Dieser zweite Hungerstreik 1989 wurde nur auf den BTM-Stationen durchgeführt, also von Frauen, die wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz eingefahren waren. "*Seit Jahren unterliegen wir Bedingungen, die unmenschlich, die der kalte Hohn auf alles Lebendige sind, als wäre es das selbstverständlichste auf der Welt, Menschen nicht nur die Freiheit zu rauben, sondern ihnen zusätzlich auch noch jede Lebensäußerung und äußere Einflüße zu entziehen; sie in Zwangsgemeinschaften zu pferchen und gegenseitig auszuspielen und mit Kollektivstrafen zu belegen, die jedes soziale, kollektive, menschliche Verhalten der durch sie produzierten Angst ausliefern sollen, durch das eigene Verhalten den anderen Nachteile zu bringen. Wir haben das viel zu lange als gegeben hingenommen, viel zu kurz immer nur aufgemuckt. Die Selbstzensur hat sich mit dem Zensor in unseren eigenen Kopf gefressen, die Mauern in unsere Herzen. Jetzt reicht's, das ist hier kein Science-fiction ohne Ende, wir haben eine eigene Realtität, denn WIR sind hier und wir leben, lachen, denken und fühlen noch und das lassen wir uns auch nicht nehmen, sie haben uns schon genug geklaut!*" (2)

An dieser Stelle ein paar Informationen zum konkreten Ablauf in der Frauenknast Blockland:

» Arbeitszeiten: Montag bis Donnerstag von 7.15 Uhr bis 14.45/15.15/15.45 Uhr (je nach Wochentag unterschiedlich), am Freitag wird bis 11.45 Uhr gearbeitet. Die Arbeit besteht meistens aus Verpackungsarbeiten (Hamster-/Vogelfutter, Gewürze, Männerunterhosen etc.), aber auch aus unmittelbar gesundheitsschädlicher Arbeit. So mußten z.B. vor Ostern Holztulpen mit lösungsmittelhaltigem Lack bemalt werden, so daß viele der Frauen über ständigen Kopfschmerz klagten. Der Arbeitslohn beträgt DM 1,24 in der Stunde, teilweise unter Akkordarbeitsbedingungen. Die konkrete Arbeit richtet sich danach, welches Unternehmen dem Knast gerade Aufträge anbietet: Wenn keine Arbeit da ist, gibt es für die Frauen auch kein Geld. Frauen in Strafhaft müssen, Frauen in U-Haft können lohnarbeiten, Frauen, die sich in Abschiebehaft befinden, dürfen nicht arbeiten. Besuche während der Arbeitszeit werden vergütet.

» Ein- und Umschlußzeiten: In der Woche sind normalerweise nach dem Ende der Arbeit bis 19.30 Uhr die Zellen offen (Aufschluß). Danach ist Umschluß (die Frauen können sich mit anderen Frauen zusammen auf eine Zelle schließen lassen), um 21.30 Uhr werden die Frauen in ihre Zellen eingeschlossen. Am Samstag ist von 13.00-15.30 Uhr und von 18.00-21.30 Uhr Umschluß, sonntags ist bereits um 19.30 Uhr Nachtverschluß (von 11-13 Uhr sind die Zellen Samstags/Sonntags häufig offen, was jedoch vom Gutdünken der/des SchließerIn abhängt.)

» "*AnsprechpartnerInnen*": Entsprechend der Idee des Behandlungsvollzugs hat jede Frau eine/n sog. AnsprechpartnerIn. Das kann eine der drei Sozialarbeiterinnen oder eine/r der ca. neun SchließerInnen sein. Mit dieser Person muß frau über alles reden, was an Problemen auftaucht, muß der Ausgang gemacht und müssen andere bürokratische Sachen geregelt werden. Diese Person erstellt auch die "*Sozialprognose*" mit, die für die Aussetzung der Haftstrafe auf 2/3 entscheidend ist. Jeder Frau wird ein/e solche/r AnsprechpartnerIn zu Beginn der Haft zugeteilt, selbst bei großen Konflikten mit dieser Person ist es für die Frauen ziemlich schwer, die AnsprechpartnerIn zu wechseln. Jede/r "*BeamtIn*" im Knast hat ca. 1-3 gefangene Frauen unter ihrer "*Obhut*".

» Schulbesuch: Im Knast können Frauen den Haupt- oder Realschulabschluß machen (von September bis Mai). Der Schulbesuch wird wie Arbeit entlohnt. Bei nicht regelmäßigem Schulbesuch kann einer Frau relativ schnell der Schulbesuch untersagt werden.

» Hafterleichterungen: Bedingungen sind regelmäßiger Schulbesuch bzw. Arbeit. Haftlockerungen hängen zudem vom Strafmaß ab, d.h. sie werden bei längeren Haftstrafen erst später gewährt. Unter Haftlockerungen zählen z.B. Ausgang (mehrstündiger Ausgang unter Aufsicht einer SchließerIn oder Sozialarbeiterin), Urlaub, Umschluß über Nacht etc. Diese Lockerungen werden meist nach für die Frauen nicht nachvollziehbaren Kriterien willkürlich gewährt oder eben nicht.

» Angebote: Allgemein läßt sich sagen, daß es Angebote jedweder Art für Frauen im Knast weitaus weniger gibt als für Männer. Neben dem Schulbesuchsangebot gibt es keine weiterführenden Aus- oder Weiterbildungsangebote. Einmal in der Woche können die Frauen mit einer Sozialarbeiterin basteln. Ansonsten gibt es für diejenigen, die Methadon bekommen, einmal wöchentlich die Methadon-Gruppe, wo sie mit der beim Knast angestellten Psychologin über etwaige Probleme sprechen können. Einmal im Monat gibt es eine große Besprechung gemeinsam mit dem Knast-Arzt. Das ist alles, was der Knast anbietet. Ansonsten kommen noch mehrere Gruppen/Organisationen von außen in den Knast, so z.B. der AK Drogen gemeinsam mit Nitribitt (Prostituiertenorganisation) einmal wöchentlich, das Schwarze Kreuz (christliche Organisation) alle 14 Tage und eine Gruppe von Jura-Studentinnen zur Rechtsberatung einmal pro Woche.

» Methadon-Vergabe: Wieviele Milliliter Methadon eine Frau bekommt, wird vom Arzt nach Augenschein bei Haftantritt beurteilt. Diese Dosis kann sich nach der jeweiligen Einschätzung des Arztes immer wieder ändern. Wir wissen, daß Methadon-Reduzierung und sogar wochenweiser Methadon-Entzug zur Bestrafung von Frauen eingesetzt wird. Es gibt in unregelmäßigen Abständen Urin-Kontrollen, z.B. wegen angeblichen Beigebrauch etc.

» Zellenrazzien: Einmal in der Woche finden in jeder Zelle Durchsuchungen statt. Dabei werden die persönlichen Sachen der Frauen mindestens völlig durcheinander gebracht, manchmal auch zerstört oder weggenommen.

Die Entstehung unserer Besucherinnengruppe
1. Ziele und Vorstellungen

Im Sommer 1993 haben wir im Rahmen einer Veranstaltung zum ersten Mal mehr über den Frauenknast erfahren. In der Diskussion kam die Idee auf, eine Besucherinnengruppe zu organisieren. Zur gleichen Zeit hatten sich die zwei Sozialarbeiterinnen des Knastes an verschiedene Fraueninitiativen gewandt, insbesondere an internationale, um ein sog. Gruppenangebot von draußen für Immigrantinnen im Knast zu organisieren. Der Knast war überfüllt, zeitweise saßen bis zu 38 Frauen ein (der Vollzugsplan sieht 14 bis 20 Frauen vor), Einzelzellen wurden doppelt belegt.

Grund dafür war u.a. die Inhaftierungswelle gegen AsylbewerberInnen in Bremen im Rahmen der allgemeinen Hetze gegen Flüchtlinge und der Gesetzesverschärfungen. Unter der Federführung von Oberstaatsanwalt von Bock und Polach fuhren unzählige Flüchtlinge ein, weil sie unter verschiedene Namen Asylanträge und/oder Sozialhilfe beantragt sollten. Sie wurden zum Teil wegen DM 100 oder noch weniger in U-Haft genommen und wegen angeblich doppelt bezogener Sozialhilfe zu durchschnittlich drei bis neun Monaten verknackt. Deutsche wären aufgrund der gleichen Vorwürfen mit Geldstrafen belegt worden. Nach der Strafhaft erfolgte sofort die Abschiebung.

Im Frühjahr 1994 griff das 1993 verab-

schiedete Asylbewerberleistungsgesetz, d.h., es fuhren keine Asylsuchenden wegen angeblichem Sozialhilfedoppelbezug mehr ein, da Asylsuchende jetzt keinen Anspruch mehr auf Sozialhilfe haben. (Es wird ihnen nur ein Taschengeld in Höhe von DM 80 gewährt). Die Sozialarbeiterinnen der JVA fühlten sich also von der Situation innerhalb des Knastes überlastet und überfordert. Ein Gruppenangebot von außen zu organisieren, war vermutlich für sie ein bequemer und schneller Weg, für Entlastung zu sorgen. Zudem konnte es ein gutes Aushängeschild in der Öffentlichkeit für angeblich liberale Vollzugsbedingungen in Bremen sein. Interessant ist vielleicht noch zu erwähnen, daß in dieser Zeit auch die Aufschlußzeiten und Hofzeiten großzügiger gehandhabt wurden. Daß dies auch offensichtlich mehr der eigenen Entlastung dienen sollte - mehr Aufschluß- und Hofzeiten konnten Spannungen in den überfüllten Zellen etwas ausgleichen -, wurde spätestens jetzt klar, da der alltägliche Vollzug jetzt wieder wesentlich reglementierter abläuft und andere günstige Maßnahmen für Gefangene inzwischen zurückgenommen worden sind. Nach zwei Vorgesprächen, eine mit den Sozialarbeiterinnen und eine mit den SchließerInnen und dem Knastleiter Wiegand zusammen, hatten wir vereinbart, am letzten Sonntag jeden Monats ein zwei- bis dreistündiges Kaffeetrinken mit Gesprächsangebot hauptsächlich für Immigrantinnen zu durchzuführen.

Am 29.August 1993 gingen wir zum ersten Mal in den Knast. Vorher mußten wir die Namensliste der Besucherinnen dem Knast geben, vermutlich zur Überprüfung. Die Sozialarbeiterinnen hatten die Vorstellung, daß nur ausländische Frauen zu unserem "*Kaffeetrinken*" zugelassen werden sollen. Wir hatten über diesen Punkt in unserer Gruppe auch Diskussionen, wußten wir doch durch die Veranstaltung vom Sommer 1993, daß das Verhältnis von deutschen und immigrierten Frauen durch den Rassismus weißer Frauen sehr schwierig war. Dennoch entschieden wir uns damals, keine deutsche Frau auszuschließen, da wir uns schließlich im Knast befanden, und Knast daraus besteht, den Austausch mit draußen nur äußerst begrenzt zuzulassen und wir keine Spaltung in Problemgruppen wollten, wie sie vom Knast vorgenommen wird.

Keine von uns wollte sich vom Knastapparat einbinden oder funktionalisieren lassen, da wir den Knast als solchen ablehnen - das heißt, keine Gespräche über uns selbst, geschweige denn über einzelne einsitzende Frauen. Knast ist Teil der strukturellen Gewalt dieser Gesellschaft. Auf ein paar Quadratmeter eingesperrt und von sozialen Kontakten weitgehend abgeschnitten zu werden, bedeutet einen ständigen existentiellen Angriff auf das Innerste eines Menschen und dient nur zur Aufrechterhaltung bestehender Herrschaftsstrukturen. Auch ist der Kontakt über Einzelbesuche schwierig, nervenaufreibend und dient dazu, möglichst die Kontakte von draußen nach drinnen zu unterbinden und die Gefangenen von draußen zu isolieren. An dieser Form von struktureller Gewalt und Herrschaftssicherung wollten wir uns nicht beteiligen. Zudem war es durch konsequente Nichtkooperation möglich, von den einsitzenden Frauen als potentielle Ansprechpartnerinnen und kritische Öffentlichkeit von draußen wahrgenommen zu werden. Die 1 1/2 Jahre regelmäßige Besuche haben diese Einschätzung immer wieder deutlich bestätigt.

Später kamen sogar Anfragen von seiten der Sozialarbeiterinnen, z.B. ob wir uns nicht an ihrem Sozialbericht über eine Gefangene für ihren anstehenden Prozeß beteiligen wollen. Das lehnten wir jedoch klar ab. Die einzigen Kontakte zu weiteren Knasteinrichtungen bestanden in zwei losen Terminen mit der Straffälligenhilfe, bei denen es um Informationen über rechtliche Fragen ging.

Mit der Zeit verlor sich der anfängliche Kontakt zu den KnastmitarbeiterInnen auch immer mehr. Waren am Anfang noch ab und an Telefonate mit ihnen geführt worden wegen praktischen Fragen, wie Kleidung für die Gefangenen, "*Mißverständnissen*" wegen unserer Besuchstermine und anderem, belief sich der Kontakt sehr bald nur noch auf die Anmeldung unserer Besuche und die Verständigung während der Besuche. Das Verhältnis zwischen SchließerInnen und uns war während der Besuche nicht selten angespannt. Wenn z.B. SchließerInnen uns während des Kaffeetrinkens eingeschlossen hatten und so jeden Gang zum Klo zum Hindernis gestalteten, sie Frauen vor uns zusammenstauchten oder in ihrer Abwesenheit blöde Sprüche brachten, blieb nur noch eisige Höflichkeit von unserer Seite übrig. Kritikäußerungen ihnen gegenüber haben wir uns immer verbissen.

Den Höhepunkt bildete sicherlich das sogenannte Sommerfest, das wir im September 1994 organisierten. Uns war es zuvor untersagt worden, Getränke und Kuchen mitzubringen, zum ersten und einzigen Mal, und es war auch der einzige

Termin - bis auf den allerersten im August 1993 -, bei dem die Sozialarbeiterin Frau Marahens und eine Schließerin anwesend waren. Für ein Fest war beides recht bitter. Ohne Getränke und unter Aufsicht war feiern schwierig. Frau Marahens besaß zudem noch die Unverschämtheit, für sich allein eine Kanne Kaffee mitzubringen, so daß der Aggressionspegel zum Schluß einigermaßen hoch war. Es war ausgesprochen schwierig, die übliche Höflichkeitsbalance zu halten. Bereits am 3.7.94 wurde zum ersten Mal vom Knast unser Verhalten den SchließerInnen gegenüber kritisiert, zu einem Zeitpunkt, wo der Knast nicht mehr überfüllt war und von den Gefangenen nicht mehr mindestens 50 Prozent immigrierte Frauen waren.

Wir waren zu einem Gespräch mit den Sozialarbeiterinnen und VollzugsbeamtInnen geladen worden, um "*einige Probleme zu besprechen*", die sich angehäuft hätten. Vordergründig ging es damals um die Lebensmittel wie Kaffee, Kuchen und Obst, die wir angeblich "*kistenweise*" mitbringen würden und von denen sich die Frauen die Reste mit hochnehmen würden, was verboten sei. Es gäbe deswegen sehr viel Ärger nach jedem Besuch von uns. Wir wurden aufgefordert, kein Obst mehr ("*die Frauen haben hier alles, was sie brauchen*") und nur soviel mitzubringen, wie verzehrt werden könnte, und dafür Sorge zu tragen, daß nichts hochgenommen. Dabei sollte erwähnt werden, daß es bis dahin deswegen nie Kritik gegeben hatte, obwohl wir schon fast ein Jahr lang einmal im Monat gekommen waren.

Weiterhin wurde bemängelt, daß wir unser Gruppenangebot nicht auf Immigrantinnen beschränken würden; für die anderen Gefangenen gäbe es genug andere Angebote, sie möchten daher eine ausschließliche Beschränkung. Wir ließen uns auf die einzelne Kritikpunkte kaum ein, da erfahrungsgemäß nähere Diskussionen zu nichts führten. Wir stellten nur Übertreibungen oder Unwahrheiten richtig und verteidigten unser Konzept, deutsche Frauen nicht auszuschließen, kurz mit pädagogischen Argumenten. Zum Schluß kam der vermutlich eigentliche Punkt zur Sprache. Es wäre ja mehr so ein Gefühl, so eine Schließerin, aber sie hätte den Eindruck, wir würden sie - die BeamtInnen - als FeindInnen der Insassinnen sehen, dabei würden sie doch alles erdenkliche für die tun. Ein anderer Schließer schloß sich an und warf uns vor, in der Öffentlichkeit das Bild zu entwerfen, daß sie sich nicht ausreichend um die Belange der Gefangenen kümmern würden. Frau Marahens forderte uns auf, unser "*Menschenbild zu ändern*", offenbar würden wir "*nur in Gut und Böse denken*". Wir wiesen diese Kritik als nicht nachvollziehbar zurück, was sie faktisch auch war. Damit war das Gespräch beendet.
Letztlich warfen sie uns vor, ihre Arbeit nicht zu würdigen und sie damit nicht zu bestätigen. Sie wollten offenbar alle als gute SozialarbeiterInnen gesehen werden und die Tatsache ignoriert wissen, daß sie - trotz evtl. gutgemeinten Engagements - täglich die Frauen einschließen und dafür Sorge trugen, daß sie nicht raus konnten, ganz abgesehen von vielen kleinen und großen Schikanen und Schweinereien, die sie sich den Frauen gegenüber leistet. Uber ihr Menschenbild hatten wir zum Teil genug selbst mitgekriegt.

Der letzte Kontakt zu den KnastmitarbeiterInnen war schriftlich. Einige Wochen nach dem Gespräch vom 3.7.94 erhielten wir von Frau Marahens einen Brief mit den gleichen Vorwürfen, bis auf den letzten Teil über unser Verhalten ihnen gegenüber. Der Brief endete mit der Ankündigung, zum Sommerfest Ende September '94 keinerlei Getränke und Lebensmittel mitbringen zu dürfen. Wir antworteten mit einem äußerst höflichen Brief, in dem wir wieder um nähere Begründung der Vorwürfe im einzelnen baten. Eine Antwort erhielten wir daraufhin nicht.

Ende Januar 1995 erhielten zunächst die mündliche, dann die schriftliche Aufkündigung unseres Gruppenangebotes. Zu einem Zeitpunkt, der direkt nach Weihnachten lag und zu dem viele Frauen, die bisher regelmäßig am "*Kaffeetrinken*" teilgenommen hatten, im offenen Vollzug, abgeschoben oder entlassen worden

waren. Kritik war innerhalb des Knastes also nur von wenigen zu erwarten. Einen konkreten Anlaß gab es zu der Aufkündigung nicht, wie sie selbst formulierten, die Begründung bezog sich einzig und allein auf unseren angeblich *"feindlichen"* und *"verletzenden"* Umgang und die *"Aura, die Ihr Angebot umgab"*. In dem endgültigen Rausschmiß-Brief bezog sich die Sozialarbeiterin Frau Marahens nochmal auf das Sommerfest als exemplarische Situation. Hier zwei Zitate daraus, die unserer Meinung nach für sich selbst sprechen: *"Über den gesamten Nachmittag gelang es Ihnen, uns zu übersehen, wir waren nicht da, degradiert zur lebendigen Verlängerung des Übel zufügenden Schlüssels. (...) Beim Verlassen der Anstalt kam es trotz meines Versuches zu keinem Austausch über den Verlauf des Nachmittags, statt dessen distanzierten Sie sich nicht nur räumlich von uns, vergrößerten den Abstand auch in Metern immer mehr. Sie reagierten nicht einmal auf Worte des Dankes für Ihr Engagement. Wir waren kaum noch lebendig, wir waren fast schon Schlüssel."*

2. Die Situation der inhaftierten Frauen

Das *"Kaffeetrinken"* dauerte in der Regel zwischen zwei und drei Stunden. Wir brachten neben Obst, Kuchen, Tee und Kaffee auch Tabak, Briefmarken und ausländische Zeitungen mit rein, kontrolliert wurden wir weder beim Rein- noch beim Rausgehen. Meistens waren wir zu fünft aus unserer Gruppe. Der Raum war eine größere Zelle im Besuchertrakt, anfänglich wurden wir selten dort eingeschlossen, ab Mitte 1994 jedoch häufiger. Meistens kamen wir mit den Frauen sehr leicht ins Gespräch. Unser Ziel war es, für die Frauen Ansprechpartnerinnen zu sein, sie bei akuten Problemen zu unterstützen - wie zum Beispiel bei der Kleiderbeschaffung im Winter, der Kontaktaufnahme zu Angehörigen und FreundInnen, Suche nach den Kindern u.a.v.m. - und kritische Öffentlichkeit von draußen darzustellen, die Mauer nach draußen etwas durchlässiger zu machen.

Was konkret lief, hing sehr von der Situation und den Bedürfnissen der Frauen ab. Bis März 1994 waren vorwiegend Immigrantinnen zum *"Kaffeetrinken"* erschienen, höchstens zwei oder drei deutsche Inhaftierte waren ebenfalls mit heruntergekommen. Der Knast war, wie oben schon erwähnt, bis dahin ständig überfüllt. Ein Großteil der inhaftierten Immigrantinnen nahm regelmäßig unseren Besuchstermin wahr.

Es zeigte sich sehr schnell, daß die Situation immigrierter Frauen im Knast schlechter war als die von deutschen. Die finanzielle Situation war auf dem untersten Niveau. Die meisten Frauen konnten keine Unterstützung von draußen erhalten, zumal ihre Angehörigen oftmals selbst inhaftiert oder abgeschoben waren, Arbeit erhielten nur die "Straferinnen" und sie mußten sich mit dem knastinternen Taschengeld von DM 40 begnügen. Zudem zog die Ausländerbehörde alle Ersparnisse ein, um die Kosten der Abschiebung zu bestreiten. Die Frauen kamen also in der Regel ohne einen Pfennig Geld in ihrem Herkunftsland wieder an. Der Mangel an Dolmetscherinnen im Knast und die geringen Sprachkenntnisse der BeamtInnen verhinderten die notwendige Kommunikation, selbst praktische Fragen konnten mit ihnen häufig nicht geklärt werden. Im Winter herrschte z.B. akuter Kleidermangel, der vom Knast selbst nicht behoben wurde, bzw. wenn, dann sehr unzureichend.

Die meisten Frauen konnten auch gar nicht verstehen, warum sie überhaupt im Knast sitzen mußten, waren ihre 'Vergehen' doch lächerlich und die Abschiebung sowieso ihre Perspektive. Einige versuchten über ihre Anwälte, die Abschiebung zeitlich vorzuziehen, um so schnell wie möglich rauszukommen. Zudem belastete sie die Sorge um ihre Kinder, die während ihrer Haftzeit in irgendeinem Heim waren, es dauerte oft Wochen, bis überhaupt bekannt war, in welchem. Die Kontaktaufnahme zu ihnen war oft nicht möglich und sehr schwierig durchzusetzen.

Die Kontaktmöglichkeiten nach draußen waren sehr erschwert, da die Post z.B. in U-Haft der Richterkontrolle unterlag und es Wochen dauerte, bis sie übersetzt und weitergeleitet wurde. Die Abkapselung nach draußen war also sehr extrem. Wir versuchten, die Frauen so gut wie möglich bei der Kontaktaufnahme zu ihren Angehörigen zu unterstützen. In dieser Zeit waren wir mit vielen Fragen über die Situation immigrierter Frauen konfrontiert. Die Frauen kamen hauptsächlich aus osteuropäischen Ländern. Im November 1993 schon entstand die Idee, einen Rechtshilfeleitfaden für ausländische Gefangene zu entwickeln, die Arbeit daran begann im Januar 1994. Zudem suchten wir ständig mehrsprachige Frauen, die Interesse hatten, mit uns in den Knast zu gehen, um den Frauen muttersprachliche Gespräche zu ermöglichen. Später kamen einige Prozeßbesuche hinzu. Kontakte begannen sich zu entwickeln, Einzelbesuche kamen immer mal wieder vor.

Im März 1994 versuchten wir per Öffentlichkeitsarbeit, die Abschiebung einer Frau zu verhindern, die eigens zur Aussage in einem Prozeß gegen Frauenhändler in Bremen inhaftiert war und nach Prozeßende abgeschoben werden sollte. Die Aktion war insofern erfolgreich, daß die Abschiebung verhindert werden konnte und die Frau eine Duldung erhielt.

Im April 1994 veränderte sich die Gruppe der Gefangenen. 22 Frauen saßen im April ein, der Knast war also nicht mehr überfüllt. Die meisten Frauen waren inzwischen abgeschoben, neue Inhaftierungen wegen angeblichen Sozialhilfedoppelbezugs kamen, wie oben schon erwähnt, nicht mehr vor. Zum ersten Mal waren mehr deutsche als immigrierte Frauen bei unserem Besuchstermin, durch ihre unterschiedlichen Bedingungen veränderte sich damit auch unser Besuchsnachmittag. Zu dieser Zeit diskutierten wir, wie wir mit der veränderten Situation umgehen sollten. Bei einigen kam die Befürchtung auf, daß wir bald rausfliegen könnten, da der Knast uns jetzt nicht mehr 'braucht', wir unsere Arbeit evtl. neu legitimieren müßt. Die veränderte Situation verunsicherte einige, es ging um die Frage, was wir zukünftig mit unseren Besuchen verbinden, da konkrete Unterstützungsmaßnahmen nicht mehr anfielen. So waren wir nun hauptsächlich mit der 'BTM-Problematik' konfrontiert.

Da wir befürchteten, daß immigrierte Frauen sich angesichts der Mehrheitsverhältnisse nicht mehr angesprochen fühlen könnten, wurde auch beschlossen, weiterhin auf die Möglichkeit muttersprachlicher Kontakte zu achten, den Kontakt zu den verbliebenen Frauen aufrecht zu erhalten und nach Gründen zu fragen, wenn sie nicht zum *"Kaffeetrinken"* kamen. Außerdem sollte stets gefragt werden, ob neue ausländische Frauen eingefahren waren, um sie auf unseren Besuchstermin

Der letzte Stand

Auf den Brief der Sozialarbeiterin Maharens haben wir als Knastgruppe nicht mehr reagiert. Wir sahen die einzige Möglichkeit, als Gruppe in den Knast zurückzukommen, in mehr Druck durch Öffentlichkeit, z.B. durch Presse oder die anderen 'externen Gruppen', die Angebote und Besuche im Knast machen^. Bei einem gemeinsamen Treffen von externen Gruppen und Knastsozialarbeiterinnen kam jedoch, außer verhaltener Kritik an beiden Seiten und der Aufforderung zum Dialog, nichts raus. Es war klar, daß Knastleitung und Personal nicht bereit waren, uns - so wie wir das wollten - weiter in den Knast zu lassen. Und wir wollten unsererseits keine weiteren Kompromisse eingehen.

Als Reaktion auf einen (schlechten) taz-Artikel vom 9.3.95 über die Knastkundgebung, die Situation im Knast und unseren Rausschmiß teilte der Knastleiter Wiegand dem Justizsenator abschließend mit: *"Im Gegensatz zur Zusammenarbeit in diversen anderen externen Gruppen ist bezüglich dieser Besucherinnengruppe festzustellen, daß keine gemeinsame und vertretbare Grundlage für das Arbeiten mit den Strafgefangenen gefunden werden konnte."* Dem können wir - wenn auch aus anderen Gründen - nur zustimmen.

Wir haben dann bis August '95 noch Einzelbesuche in der JVA Blockland gemacht. Mittlerweile sind die uns bekannten Frauen jedoch entlassen worden, und weil wir keine offenen Gruppenbesuche mehr machen können, ist uns auch die Möglichkeit genommen, neue Frauen kennenzulernen.

Zur Situation im Knast sind wir nicht mehr auf dem aktuellsten Stand. Es ist aber nach wie vor so, daß willkürliche Sanktionsmaßnahmen an der Tagesordnung sind. Zur Methadonvergabe läßt sich sagen, daß sich die Situation weiter verschärft hat, d.h. daß noch mehr kontrolliert wird (Zellenrazzien) und daß über die Niedrigerstufung bzw. den Methadonentzug weiterhin einzelne Insassinnen bestraft werden.

Wir haben einen *Kleinen Ratgeber für Gefangene* erstellt, der in Kürze in 12 Sprachen erscheinen wird. In dem Ratgeber versuchen wir, auf rechtliche/organisatorische Fragen, die im Knastalltag auftauchen, eine Antwort zu geben. Der Ratgeber ist zu beziehen über: **Frauenknastgruppe, c/o Frauenbuchladen Hagazussa, Friesenstr. 12, 28203 Bremen.**

Ihr habt die Macht, uns gehört die Nacht

In der Nacht zum 24.7.95 haben wir die Werft der Firma Lürssen in Lemwerder bei Bremen mit einem Sprengsatz heimgesucht. Sie ist einer der Rüstungslieferanten für das türkische Regime, das einen mörderischen Krieg gegen die KurdInnen führt. Lürssen liefert seit Jahren Militärschiffe in die Türkei, z.Zt. sind Flugkörperschnellboote in Lemwerder und in der türkischen Marinewerft Tazkisac im Bau, und exportiert Produktionsanlagen, das nötige Know-How sowie militärische Ausbildung in alle Welt.

Die BRD unterstützt das türkische Regime in seinem Krieg gegen die kurdische Bevölkerung als Waffenlieferant Nr. 2 hinter den USA. BRD-Militärmaterial in Höhe von 1,5 Milliarden DM (im sog. Materialhilfeabkommen für die Jahre 1990-95) wurde zur Sicherung der imperialistischen Interessen in das strategisch wichtige "NATO-Partnerland Türkei" in den letzten 5 Jahren geliefert. Mit Großaufträgen wie dem Ausbau von Überwachungsanlagen an der Grenze zu Syrien, wohin das türk. Regime eine erpresserische Wasserpolitik betreibt, oder die Umrüstung von 450 NVA-Panzern, die den türkischen Machthabern schließlich geschenkt und in Kurdistan eingesetzt wurden, sichern sich die BRD-Konzern- und -Rüstungsindustrie ihre Gewinne. 700 deutsche Rüstungsfirmen produzieren heute direkt in der Türkei. In dem Krieg gegen die KurdInnen werden seit mindestens 5 Jahren systematisch Dörfer niedergebrannt: Nach dem Menschenrechtsverein IHD sind bis Oktober '94 mehr als 1300 Dörfer in Kurdistan zwangsgeräumt oder zerstört worden. In den letzten Monaten konzentrierten sich die Razzien und Vertreibungen sowie Folterungen und Hinrichtungen auf DorfbewohnerInnen in der Provinz Dersim. Aus dieser Region kamen schon seit den 60er Jahren viele der hier in der BRD lebenden Flüchtlinge und MigrantInnen, die vor der gezielten Verarmungs- und Zerstörungspolitik flüchteten. Zunehmend werden heute auch die kurdischen Städte aus Kampfflugzeugen bombardiert und Flüchtende in Internierungslager außerhalb der kurdischen Großstädte eingesperrt.

Trotz z.T. massiver Proteste durch die kurdischen MigrantInnen und teilweise durch parlamentarische Gremien gehen die Rüstungslieferungen ungehindert weiter und "verzichtet" auch der Europarat in Straßburg "auf Sanktionen gegen die Türkei" (FR vom 27.6.95). Die Flucht vor dieser Vernichtungspolitik in die BRD bzw. Westeuropa wird für KurdInnen durch die rassistische Asylgesetzgebung (und die Durchsetzung des Schengener Abkommens) immer schwieriger. Innenminister Kanther konnte es "als großen Erfolg" darstellen, "daß aufgrund des drastisch eingeschränkten Asylrechts immer weniger Menschen die Möglichkeit haben, in Deutschland Schutz vor politischer Verfolgung zu beantragen" (FR vom 22.6.95). Mit dem PKK-Verbot letztes Jahr hat sich das BRD-Regime noch dazu ein bisher beispielloses Mittel zur rassistischen Verfolgung und Kriminalisierung einer ganzen Gruppe von MigrantInnen - der KurdInnen - geschaffen.

Probleme mit der Solidarität

Es ist uns ein Anliegen, die Passivität vieler Frauen- und linker Zusammenhänge gegenüber dem kurdischen Widerstand und der massiven Repression an den hier Zufluchtsuchenden und den Widerstand zuhause unterstützenden KurdInnen aufzubrechen. Dieses Nichtverhalten wird oft mit Kritik an der Politik der PKK begründet. Mit der PKK kann frau sich nicht identifizieren - wir auch nicht -, und leider wird Solidarität meistens von dieser Frage abhängig gemacht. Wir wollen hier über politische Solidarität diskutieren, die sich nicht länger an der Identifikation mit Befreiungsbewegungen oder der Distanzierung von ihnen mißt. Über Identifikationen werden eigene Wünsche projiziert; sie versperren den Blick auf die realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Sie sind keine tragfähige Basis für Solidarität. Im Gegenteil, sobald eine andere Realität hinter der Projektion sichtbar wird, ist meistens Schluß mit der Soli.

Den Frauen in Kurdistan, die aus guten Gründen inner- oder außerhalb der PKK gegen ihre Unterdrücker und für umfassende Befreiung kämpfen, und allen vom türkischen Regime im Verein mit seinen imperialistischen BRD-Aufrüstern unterdrückten und bekämpften Menschen gehört unsere ungeteilte Solidarität. Als in der BRD lebende Menschen müssen wir Verantwortung übernehmen und eingreifen, wenn wir den von hier massiv unterstützten und mitgeführten Krieg gegen die kurdischen Menschen nicht mittragen wollen. Der Versuch, den Krieg in seinen gegen die Bevölkerung und gegen die Frauen gerichteten Dimensionen zu beschreiben, soll den auf die militärische Konfrontation zwischen PKK und türkischem Staat reduzierten Blick, der von herrschender Seite und den Medien wie auch von der PKK vorgegeben wird, aufbrechen. Die PKK selbst legt keinen Wert auf eine klare Formulierung sozialer Befreiungsvorstellungen oder Programme. Sie und ihre deutschen UnterstützerInnen fordern dazu auf, die "nationale Befreiung des Landes" als Priorität anzuerkennen und daher ihre militärischen Erfolge im bewaffneten Kampf gegen das türkische Militär, in dem der "neue Mensch" schon mit Hilfe der Partei geformt wurde, zu unterstützen. Der Blick auf die Konfrontation zwischen den beiden kriegführenden Parteien verschleiert aber die Auseinandersetzung mit der dortigen sozialen Situation und damit in welchen Konfrontationen besonders die Frauen stehen

und mit welchen Zielsetzungen sie ihre Befreiungskämpfe verbinden.

Ziele des Krieges

Das türkische Regime und sein Militär führt einen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung um ihren Widerstand gegen die Unterdrükkung und ihre Unterstützung der Guerilla zu brechen. Der Krieg gegen die kurdischen Menschen zielt darauf, ihre teilweise noch weitgehend auf die gesellschaftliche Reproduktion und Subsistenz gerichteten Lebensweisen zu zerstören: Hirten und Bäuerinnen und ihre Tiere werden bei der Arbeit auf ihren Feldern vom türkischen Militär erschossen, die Dörfer überfallen und die Wintervorräte gezielt vernichtet. Aus der Luft werden systematisch die Wälder, Weiden und Felder in Brand geschossen, und Panzer zerstören ganze Landschaften. Das türkische Regime hat den Menschen ihre Produktionsweisen regelrecht "verboten" und setzt dies mit Kriegsmitteln durch. In den Bergregionen gab es jahrhundertelang Weidewirtschaft. Im Sommer ziehen die Menschen mit den Tieren zu den höheren Almen, im Winter in die Dörfer in den Tälern. In weiten Teilen entlang der 330 km langen Grenze, die die kurdischen Gebiete zwischen Irak und Türkei durchschneidet lebten fast alle Menschen von Weidewirtschaft und vom lokalen grenzüberschreitenden Handel und Schmuggel. Diese Existenz wurde ihnen mit den Verboten und der anhaltenden Vertreibung geraubt. Nach der Devise, die Rückzugsmöglichkeiten und Unterstützung der Guerilla abzuschneiden, sind hier in den letzten Jahren riesige Gebiete als "Sicherheitszonen" und militärische Aufmarschgebiete gegen die Nachbarländer entvölkert, die Dörfer gänzlich dem Erdboden gleichgemacht worden. Fast alle kurdischen Familien haben Kinder oder Verwandte, die vom Militär verschleppt, gefoltert oder ermordet wurden. Kein Wunder also, daß in vielen Gegenden bald aus jeder Familie Angehörige bei der Guerilla sind, die natürlich unterstützt werden. In den Jahrzehnten vor dem Erstarken der PKK diente die militärische Besetzung und zeitweilige Kriegführung in Kurdistan einer Politik der Menschenvertreibung für die Sicherung der binnenkolonialen Ausbeutung. Auch unter dem Druck des Weltmarkts und der IWF- und Weltbankauflagen setzt das türkische Regime bis heute nur auf den Krieg, um seine mörderischen bevölkerungspolitischen Ziele durchzusetzen. Es will damit die alten Solidarnetze und den Widerstand der KurdInnen, der mit ihren Lebensgrundlagen verwoben ist, zerschlagen.

Der Krieg, die Zerstörung und Vernichtung stehen der längst geplanten und z.T. schon durchgesetzten (Herrschafts-) "Modernisierung" nicht blockierend gegenüber, es sind vielmehr die Voraussetzungen, um die "modernen", d.h. imperialistischen Formen der Ausbeutung und Verwertung den ihrer Subsistenz beraubten Menschen aufzwingen zu können. Die in der Eskalation des Krieges in den letzten Jahren begonnene Vertreibung von Hunderttausenden kleinbäuerlichen Familien für die Errichtung von Exportzonen im GAP-Gebiet (1) ist nur die andere Seite der Medaille. In den 6 großen Provinzen des GAP leben heute über 4 Millionen Menschen überwiegend von Ernte-, Saison- und ihrer Subsistenzarbeit. Ihre kleinen Felder werden im Zuge der "Landreform" nach und nach vom Staat angeeignet und von den Investoren und Großgrundbesitzern der GAP-Region einverleibt. In unserer grundsätzlichen Ablehnung von Herrschaftsmodernisierung gehen wir davon aus, daß die "Entwicklungszonen", wie sie z.B. in der GAP-Region vorgesehen sind, nichts mit den Wünschen der KurdInnen nach Verbesserung ihrer Existenz zu tun haben (2). Denn für die überwiegende Mehrheit der verarmten Bevölkerung heißt das die Enteignung von Land und die nachhaltige Entwertung und Zerstörung ihrer Fähigkeiten und bisherigen Produktions- und Lebensweisen.

Krieg gegen die Frauen

Der Krieg wird nicht nur in den Getriert sich auch dort, wo die Frauenine vergleichsweise starke und freizügige Stellung in der Gesellschaft haben: In den Bergregionen mit ihrer Tradition der halbnomadischen Weidewirtschaft und gegen die Yezidi und AlevitInnen, die sich den patriarchalen und religiös verbrämten Unterdrückungsnormen stärker verweigert haben. Bis heute ist dort die starke Position und der Widerstand der Frauen gegen ihre Unterdrückung sowie gegen ihre Ausbeutung durch die (kurdischen) Großgrundbesitzer weitgehend lebendig. Mit ihrer Vertreibung aus den Dörfern werden den Frauen ihre eigenständigen Arbeitsbereiche weggenommen. Sie verlieren ihre gesellschaftlich wichtige Rolle und finden sich als Flüchtlinge in den Elendsgürteln der kurdischen und türkischen Städte und in zunehmender Anzahl in regelrechten Internierungslagern wieder. Unter diesen Bedingungen verlieren sie ihre traditionellen Solidarnetze und wird ihre gesellschaftliche Ausgrenzung, Abhängigkeit und Auslieferung gegenüber zunehmender Männergewalt in "modernen" Formen von patriarchaler (insbes. sexistischer und Kleinfamilien-) Unterdrückung erleichtert. Mehr noch als der Verlust der Eigenständigkeit der Frauen in den Städten und ihre Abhängigkeit von ihren arbeitsuchenden Männern, schaffen die neuerrichteten kriegsstrategischen Wehrdörfer und Internierungslager neue patriarchale Gewaltverhältnisse: Mit der militärischen Kontrolle, mit Hunger, Krankheit, Kindersterben, Entwürdigung und Abhängigkeit infolge der Lebensmittelzuteilungen, mit Folterungen und Vergewaltigungen. Die Verelendung und Verunsicherung begünstigt patriarchale Gewaltbereitschaft, die sich auch im Zulauf zu solchen islamischen Gruppen niederschlägt, die frauenunterdrükkende Normen propagieren und durchsetzen.

Widerstand der Frauen

Selbst über die faktische Ausradierung von tausenden Dörfern gelingt es dem türkischen Regime bis heute nur schwer, den Widerstand der KurdInnen zu zerschlagen. Obwohl die traditionelle Subsistenz so gut wie ausgelöscht wurde, konnte die Frauenstärke bisher nicht zerstört werden. Daran knüpfen die Frauen an und entwickeln sie in den Städten weiter. "Immer mehr kurdische Städte werden zu Pulverfässern, immer mehr Menschen gehören zu der besitzlosen Masse, deren Subsistenzmöglichkeiten zerstört sind und die in den Städten nicht einmal mehr die Möglichkeiten finden, sich als TagelöhnerInnen zu verdingen. An vielen Orten gelang es ihnen auch, die 'eingesessenen' Städter zu mobilisieren." (Lissy Schmidt, 92/93) Gerade die aus den Bergdörfern vertriebenen Landfrauen (3) waren die treibenden und organisierenden Kräfte des Serhildan/der "kurdischen Intifada", die seit Ende 89 bis März 92 immer wieder mit Steinen, Stöcken etc. und ihrer Wut bewaffnet sich den Militärs entgegenstellten. Seither werden die Newroz-Feiern mit riesigen Militäraufgeboten und deutschen Panzern "bewacht" (4), Städte als neue Widerstandszentren bombardiert, immer mehr Menschen von Todesschwadronen entführt, gefoltert und umgebracht. Viele der in die Städte vertriebenen Frauen bilden neue Zusammenhänge, Solidaritäts- und Widerstandsstrukturen in Menschenrechts- und Gefangenenunterstützungs- Vereinen, in Stadtteilkomitees, gegen die Todesschwadronen, zur Veröffentlichung der Hungerstreiks von Gefangenen und in eigenen Hungerstreiks gegen die Folter und das Verschwindenlassen ihrer Angehörigen und FreundInnen, und entwickeln dort überall große Power. Auch hier gehört der Kampf um bessere Lebensbedingungen und für die Menschenwürde zu den Triebfedern des Widerstands der Frauen.

Viele junge Frauen gehen in die Berge, zur Guerilla, in die Illegalität, um sowohl gegen die Repression, die Vertreibung, den Krieg des türkischen Militärs als auch für ihre Befreiung von ihrer traditionellen patriarchalen Unterdrückung zu kämpfen.

Kurdische Frauen und die PKK

Ein wesentlicher Grund für die große Teilnahme und Organisierung vieler Frauen auch an den Kämpfen in der PKK ist, daß der Krieg direkt gegen sie und ihre Familien, FreundInnen, Dörfer und Städte geführt wird. Auch vor dem Krieg wurde ihr Leben in Kurdistan bestimmt durch die türkische Kolonialpolitik im Verein mit den kurdischen Großgrundbesitzern: Immer mehr Land im dörflichen Gemeinschaftsbesitz, eine der Grundlagen für die Weidewirtschaft, wurde beschlagnahmt und "kapitalisiert", die Menschen mit rassistischen bürokratischen und militärischen Repressionen terrorisiert und systematisch sozial unterversorgt, die Bodenschätze und Produkte ihrer Landarbeit ausgeplündert. Deshalb entschlossen sich seit den 50er Jahren bis heute immer mehr Menschen zur Emigration. Im Prozeß dieser sogenannten Unterentwicklung und der Repressionen und im anwachsenden Widerstand dagegen wuchs auch die Sehnsucht vieler Frauen nach mehr Freiheit, Vielfalt, Erfahrungen etc. und ihre Ablehnung derjenigen traditionellen Dorfstrukturen, die sie einengten und unterdrückten. Mit der Auflösung der Großfamilie ist zugleich ihre Aussicht auf Macht und Wertschätzung als ältere Frau - die Frauen auch immer zu Verteidigerinnen des Patriarchats machte - im Schwinden begriffen. Unter den jungen Frauen bekämpfen viele ihre patriarchale Unterdrückung in der Familie (5) und entscheiden sich für die PKK auch, um aus dieser auszubrechen.

Zudem knüpft(e) sich die Hoffnung vieler kurdischer Frauen auf Befreiung aus diesem ganzen Elend von Zerstörung und Unterdrückung an die PKK, weil deren militärische Erfolge sich für sie als einzig ernstzunehmende Kraft gegen das türkische Militär und die Repressionsorgane erwiesen haben. Hauptverantwortlich für ihre Unterstützung der PKK aber ist die türkische Politik aus Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus (6). Der dagegen unter den Kurdinnen sich entwickelnde Unterdrücktenstolz und die Selbstbehauptung im Widerstand schafft(e) Verbindungen über alle sozialen Unterschiede hinweg. Seit "Atatürk" ist die politische Maxime, innerhalb des türkischen Machtbereichs alles Kurdische und jede Erinnerung daran möglichst vollständig auszulöschen. Die Erfahrung der KurdInnen, von kulturellen Selbstverständlichkeiten des Alltagslebens und ihrer Geschichte ständig abgeschnitten zu werden, verstärkt(e) ihren Wunsch nach "kurdischer Identität", d.h. selbstverständlich wollen sie das sein und leben können, was frau/mann dort nicht sein darf, und dafür wollen sie nicht der Repression ausgesetzt werden. Zitat einer Gefangenen aus Diyarbakir 1983: "...den in meinem Inneren seit meiner frühesten Kindheit gegen die Unterdrücker angesammelten Haß hinauszuschreiben, hat gutgetan [...] erst hier im Knast habe ich mich selbst, mein Land und meine Geschichte kennengelernt [...] die uns allen gemeinsame 'Schuld' ist, Kurden zu sein". Nicht nur in Kurdistan, auch in der BRD wird in treuer Erfüllungsgehilfen-Manier für die türkische Repression den oft nur kurdisch sprechenden Angehörigen die Verständigung mit den kurdischen Gefangenen in BRD-Knästen untersagt, sie "sollen türkisch sprechen"!

"Identität" wird als Widerstand, als Verbotenes durchgesetzt, auch Traditionen wie z.B. das Newroz-Fest werden als Formen des Widerstands neu angeeignet und mit Leben gefüllt; aber auch als Hoffnung auf eine zukünftige und erst zu befreiende Gesellschaft, weil der Krieg zwar viel Kraft und Selbstbehauptungswillen ("Identität") mobilisiert, aber auch vieles verhindert und zerstört, Leiden, Ohnmacht, Beschränkung, Kampf ums Überleben erzeugt.

Die offizielle PKK-Propaganda setzt die Befreiung der Frauen mit ihrer Teilnahme am militärischen nationalen Befreiungskampf gleich. Damit die fortschreitende Radikalisierung vieler junger Frauen gegen alte und neue Machtverhältnisse sich nicht gegen die PKK selbst richtet und ihren HERRschaftsanspruch gefährdet, versucht die Partei in den letzten Jahren, über viel Propaganda, Druck und "Erziehung" mithilfe ihrer Führerinnen in der YJWK (7), die Frauen in modernisierte patriarchale Familiennormen wiedereinzubinden. Die Reform besteht u.a. darin, in der Familie sog. nationale Traditionen wiederauferstehen zu lassen und ihr ein folkloristisches Einheitsgewand als "Hort kurdischer Kultur" und Disziplinierungsmittel gegen zu weitgehende oder als "westlich" beschimpfte "Frauenemanzipation" von oben überzustülpen. Solidarität und Kollektivität sind mit Sicherheit lebendige Inhalte der Frauenkämpfe. In vielen Eigeninitiativen solidarischen Handelns mit- und füreinander haben Frauen Selbstverantwortung übernommen und darüber kollektiv-selbstbestimmte Strukturen erkämpft, auch und gerade in den Bergen und gegenüber den männlichen Genossen. Damit stellen sie die sowieso schon erodierte und weit verstreute Familie in ihren patriarchalen Werten infrage und zugleich das für die Machtausübung der Partei wichtige Disziplinierungs- und Unterordnungsprinzip. Deshalb wird das "Kollektiv" der Familie als Keimzelle des Nationalstaats beschworen (8), und mit moralischem Druck wird versucht, die Frauen wieder in den Griff zu bekommen. "Jegliche Ansichten über Kurdistan, die den nationalen Konflikt nicht als Hauptkonflikt betrachten, dienen dem Kolonialismus und der Reaktion" ist ein Zitat aus dem PKK-Programm 1978, das heute von den Frauenführerinnen weitgehend beherzigt wird (9). Obwohl wir das Bestreben vieler kurdischer Frauen nach "kurdischer Identität" als treibende Kraft im Widerstand gegen die rassistische türkische Repression verstehen und akzeptieren, ist die Behauptung einer "kurdischen Identität", die erst im "befreiten Kurdistan" sich entwickeln könnte, für uns eine Fiktion. Die Parteiideologie benutzt dieses Bedürfnis nach "Identität", indem sie auf die konsequente Verleugnung und Verdrängung kurdischen Geschichtsbewußtseins durch die türkische Politik baut und den vom Krieg vertriebenen Menschen Mythen über ihre Geschichte anbietet, anstatt ihren Kampf um Verteidigung und Anknüpfen an ihre lebendige Geschichte - z.B. im Widerstand gegen ihre Vertreibung - zu unterstützen. Die frühere Verschiedenartigkeit kurdischer Kulturen mit ihren von den Zentralgewalten relativ unabhängigen Produktionsweisen der Selbstversorgung sollen auch nach dem Willen der PKK - nicht nur nach dem der türkischen Besatzer - verschwinden, denn nur so kann sie ihre Vorstellungen zur Herrschaftsmodernisierung durchsetzen. Der Krieg als Medium der Zerstörung der vielfältigen Sozialstrukturen schafft die für den Macht- und zukünftigen Ausbeutungsanspruch der Partei benötigte Polarisierung und Zwangsvereinheitlichung. Sie wird von der PKK untermauert mit dem Mythos einer uralten Geschichte von der "Herausbildung der kurdischen Nation" und mit der Konservierung bestimmter kurdischer Traditionen. Mit der Zuschreibung dessen, was "kurdisch" zu sein hat und was nicht, soll all das, was dem Machtanspruch der Partei abträglich ist, unterdrückt und sogar aus dem Geschichtsbewußtsein der Menschen getilgt werden (10). Dabei ist die Geschichte kurdischer Lebensweisen und Kämpfe derart wechselvoll und unterschiedlich, daß vielleicht gerade dies sie charakterisiert. Ihre relativ autonome Dezentralität und Heterogenität konnte mit dazu beitragen, daß sie weder von der Zentralgewalt der osmanischen Herrschaft zerstört noch von den modernen Nationalstaaten und von den imperialistischen Ausbeutungsinteressen bisher vereinnahmt werden konnten. Auch deshalb werden ihre Lebensgrundlagen vernichtet.

Wir lehnen die Umformung gemeinsam verstandenen lebendigen Widerstands gegen die Unterdrückung der kurdischen Menschen, die ihr Kurdischsein im Widerstand gegen die Repression, gegen die Unterdrückung ihrer Lebensweisen, von Sprache, Kultur etc. erkämpfen, in nationale Ideologie und erstarrte Kultur ab, weil das den alleinigen Zielen der Partei auf die eigene Macht und den zukünftigen Ausbeutungsanspruch im eigenen Staat entspricht und die sozialen und antipatriarchalen Widersprüche und Kämpfe zukleistert und verhindert.

Kritik am Befreiungsnationalismus

Im Unterschied zum kolonial-imperialen Nationalismus zur Durchsetzung und Ausübung seiner HERRschaft bildet sich der Befreiungsnationalismus in der Unterdrückung und als Widerstand verschiedener sozialer Gnuppen gegen die Kolonisatoren und Imperialisten. Von daher ist er zeitweise identisch mit der Gegenwehr gegen jede Unterdrückung. Er mobilisiert Befreiungsutopien der Menschen im gemeinsamem Kampf gegen Ausplünderung und Okkupation, Widerstandskultur gegen die herrschende Dominanzkultur, die den Menschen ihre Lebensweisen, ihre Sprache, Geschichte, Erfahrungen etc. raubt. Trotzdem sehen wir in der Ideologie der "nationalen Befreiung" kaum eine Möglichkeit zum Erkämpfen einer Gesellschaft auf dem Weg zur Abschaffung von Ausbeutung und patriarchaler wie rassistischer Unterdrückung: Für die PKK zielt die "nationale Befreiung" darauf, die Macht in Kurdistan zu erobern und über die Besitzansprüche auf das Land mit seinen Reichtümern an Wasser, Öl und Bodenschätzen den eigenen Zugriff auf die kapitalistisch zu modernisierende Ausbeutung der Menschen und Ressourcen zu sichern. Die Kämpfe der Menschen gegen die Herrschaftsmodernisierung (z.B. ihr Widerstand gegen Zwangsumsiedlung, Besteuerung, Weide- und Handelsverbote) werden von der PKK umgemünzt in "nationale" Ziele: Sie sollen sich gegen das türkische Regime richten, nicht aber "Modernisierung" als Zerstörung und Vertreibung und Verschärfung des Gegensatzes zwischen (Grund-)Besitzenden und Besitzlosen ablehnen. Soziale Forderungen

verschwinden hinter der Dominanz der nationalen Forderung nach dem eigenen Staat. Z.B. hat die PKK den Kampf gegen die Vertreibungen in der GAP-Region nicht unterstützt; selbst frühere Angriffe auf GAP-Ingenieure waren nur gegen die westlich-türkischen Ausplünderungspläne gerichtet. Die BäuerInnen mit ihrer Subsistenz in der "traditionellen Gesellschaft" werden oft als feudal-rückschrittlich bezeichnet, der Großgrundbesitz und Landverteilung aber nicht bekämpft. Rückgriffe auf die Traditionen gibt es da, wo es dem Ziel des Nationalstaats dienlich ist. Selbst Großgrundbesitzer sind "fortschrittlich", wenn sie die nationalstaatlichen Ziele unterstützen. Die Ausrichtung der Kämpfe auf die nationale Eroberung bejaht die Zerstörung der Subsistenz und setzt auf die zukünftige Anbindung an den imperialistischen Weltmarkt.

Die von der Gesellschaft getrennten Guerillastrukturen mit dem Schwerpunkt militärischer Gegenmacht gegen die türkische Armee und dem Ziel nationaler Abtrennung machen eine Guerillaformation nötig, die sich ausschließlich gegen die "Fremdherrschaft" richtet und infolgedessen ihre militärischen Angriffe nur gegen die militärischen und polizeilichen Besatzerorgane ausführt. Damit wird die Bildung einer Guerilla verhindert, die sich an den sozialen, gegen Ausbeutung und patriarchale und rassistische Unterdrückung gerichteten Befreiungsinteressen orientieren könnte. Auch wenn für viele Frauen in Kurdistan die Bildung einer eigenen Frauenarmee innerhalb der PKK als notwendiger und zu begrüßender Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung gesehen wird, ist das für uns keine Orientierung. Auch die Beteiligung oder eigene Frauenorganisierung darin ändert nichts daran: Die militärische und von den sozialen Kämpfen losgelöste Formierung bleibt eins der Stützpfeiler und Erneuerer des Patriarchats. Wir wollen den Mythos von der revolutionären Qualität des "bewaffneten Kampfes" per se hier nicht unterstützen. Denn der "bewaffnete Kampf" führt nicht durch seine militärische Ausrichtung und Bewaffnung auf den Weg zur Befreiung, sondern nur durch seine Verbindung mit den sozialen und gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung gerichteten Kämpfen.

Unsere Solidarität gilt v.a. den Frauen, die nicht bereit sind, in den Kämpfen ihre Forderungen nach einer befreiten Gesellschaft ohne Frauenunterdrückung und ohne Ausbeutung den national-ethnisierenden Parolen zu opfern.

Überlegungen zu Internationalismus, Antirassismus und feministischer Solildarität

Heute ist der radikale Teil der feministischen Bewegung in der BRD öffentlich kaum mehr sichtbar, zurückgezogen und zersplittert in Grüppchen, die nur noch wenig Außenwirkung haben. Viele ehemals aktive Frauen haben ihre politischen Bedürfnisse in Berufsperspektive und Job verlagert oder nur noch auf die Veränderung im eigenen Alltag beschränkt und damit so gut wie aufgegeben. Die großen gesellschaftlichen Umbrüche in den letzten Jahren haben uns teilweise den Boden unter den Füßen weggezogen, so daß es nahe lag, innezuhalten und uns selbstkritisch mit unseren bisherigen Politikformen und Schwächen auseinanderzusetzen. Auch die Kritik von Migrantinnen und Frauen aus den 3 Kontinenten an der metropolitanen weißen FrauenLesbenbewegung trug zur Einsicht bei, daß wir die Widersprüche bei uns selbst - unseren Rassismus, Antisemitismus, Hetero-/Sexismus, Produktivismus ... - zum Thema machen müssen, wenn wir wieder zu einer starken Bewegung werden wollen. Das bisherige feministische Selbstverständnis von Politik in erster Person (als Frauen sind wir ALLE, wenn auch unterschiedlich, unterdrückt und "objektiv" gegen das Patriarchat) wurde infragegestellt durch die Auseinandersetzung mit unserem Eingebundensein in diese Metropolen-Frauenrealität, in der wir nicht nur Opfer oder widerständige Subjekte, sondern auch Beteiligte und Nutznießerinnen der patriarchalen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse sind. Die - notwendige und wichtige! - Auseinandersetzung über unsere Unterschiede hat uns von unserem angemaßten Sockel gehoben: Wir sind nicht die Durchblickerinnen, die schon "befreiter" oder emanzipierter als die Frauen Osteuropas und der Drei Kontinente sind. Denn unsere "Befreiung" ist zugleich Form und Ausdruck der Komplizinnenschaft an der Unterdrückung unserer Schwestern. Diese Einsicht hat uns bescheidener gemacht: Wir sprechen nicht mehr von revolutionären Ansprüchen und für ALLE Frauen, sondern nur noch für UNS, und da lassen wir das Wort "revolutionär" lieber weg - das kann es ja nur für ALLE geben, sonst verkehrt sich jeder Befreiungsschritt unweigerlich in den Ausbau von Privilegien. Der Rückzug in Positionen, die wenigstens für die eigenen 4 Wände noch Gültigkeit beanspruchen können, führte außerdem zur neuerlichen Abgrenzung von anderen Frauen.

Zumindest verbal und manchmal auch tiefergehend haben wir die Forderungen von Migrantinnen und sozialer Diskriminierung ausgesetzten Frauen eingesehen, die Unterschiede zwischen uns wahrzunehmen, zu respektieren und darauf gründende Hierarchien und Machteingebundenheiten, d.h. den eigenen Rassismus, Antisemitismus, Produktivismus, Hetero-/Sexismus bei uns zu bekämpfen. Das blieb allerdings oft beim bloßen Benennen stehen, indem ein korrektes Bewußtsein sich in einer korrekten Sprache ausdrükken sollte. Als ob es ein "richtiges" Bewußtsein in "falschen" Verhältnissen geben könne, ohne daß frau diese aktiv bekämpft. Hier entpuppt sich unsere gewachsene Sensibilität und Bereitschaft zur Selbstkritik als Schein. Sie widerspiegelt zunächst nur die Unsicherheit infolge des Auflösungsprozesses ("Deregulierung") des alten metropolitanen Gesellschaftsgefüges und der Erneuerungsoffensive patriarchaler Macht und Ausbeutung, worin auch frühere feministische Forderungen von den HERRschenden und MitschwimmerInnen integriert wurden. Mit dem Rückzug auf UNS und mit der vorrangigen Beschäftigung, unser Bewußtsein zu sensibilisieren, befinden wir uns voll im herrschenden gesellschaftlichen Trend zur weiteren Individualisierung und Auflösung gemeinsamer sozialer Erfahrungen. In Teilen unserer praktischen wie unserer theoretischen Auseinandersetzungen vollziehen wir die Zerstörung sozialer Gemeinsamkeiten mit, die einmal Grundlage für Widerstand waren.

Einer kämpferischen und revolutionären Perspektive können wir uns nur wieder annähern, indem wir über unser Interesse und unseren Kampf für die Abschaffung sexistischer Gewalt und patriarchaler Macht hinaus Verbindungen eingehen, Netze knüpfen zu den Frauen und ihren Strukturen, die hier rassistisch und sozial ausgegrenzt/ausgebeutet und mißhandelt werden. Wir müssen bei Respektierung der Differenzen - uns konkreter einlassen auf die Frauen, deren rassistische, sexistische, rechtliche und soziale Diskriminierung sie den krassesten Ausbeutungs- und Gewaltverhältnissen aussetzt und sie so zu den Haupt-Angriffszielen für die HERRschaftsmodernisierung macht, wogegen sie aber auch ihre Gegenstrategien und kämpferische Subjektivität setzen. Die Entrechtlichung und Illegalisierung von MigrantInnen ist eine strategische Waffe der Herrschenden, hierauf errichten sie die Neuformierung von Ausbeutung und Gewalt in der Gesamtgesellschaft, hierüber wollen sie auch eine Re-Stabilisierung der Machtverhältnisse erreichen. Weil über die Illegalisierung Arbeitskraft und sexuelle Dienstleistung fast umsonst und egal mit welchen brutalen Gewaltmitteln zu haben ist, werden die Reproduktionskosten für alle gesenkt, d.h. fast jedeR profitiert noch davon, und so können alle anderen Arbeitskraftkosten für alle Typen von Ausbeutern (Frauen und MigrantInnen eingeschlossen) quer durch die Gesellschaft verbilligt werden. Frau darf nicht dabei stehenbleiben, für das Bleiberecht und von Männern unabhängige Aufenthaltsrecht geflüchteter Frauen sich einzusetzen und dann vor ihrer Ausbeutbarkeit die Augen verschließen. Die Kämpfe von Migrantinnen zu unterstützen muß auch heißen, gegen die vielen Abstufungen ihrer Rechtlosigkeit und Illegalisierung vorzugehen, also für die grundsätzliche und ersatzlose Abschaffung des "Ausländerrechts" (und jeden anderen "Rechts", das geschaffen wurde, um Diskriminierungen festzuschreiben) zu kämpfen, mit unseren Möglichkeiten und den von uns zu entwickelnden Waffen und Widerstandsformen, denn wir wollen ja ihre Ausgrenzung und Ausbeutung nicht mittragen.

Außerdem ist es lustvoll und lebendig, die uns zugedachten Kleinkreise sozialer Zuordnung und Individualisierung zu durchbrechen, dem ("postfordistischen") Auflösungstrend sozialer Gemeinsamkeiten neue Zusammenhänge "von unten" entgegenzusetzen und das eigene Eingebundensein in die Widersprüche und Machtbeteiligungen in diesem menschenverachtenden System immer wieder zu überschreiten. Im Einlassen auf die "anderen" Frauen nehmen wir nicht nur ihre andere Subjektivität, ihre anderen - weniger am hier herrschenden Produktivismus und der "Unabhängigkeit des Individuums" und mehr auf soziale Reproduktion gerichteten - Werte, Handlungen und Kämpfe wahr. Sondern wir können uns auch ein wenig mit den Augen der anderen sehen und infragestellen lernen, z.B. indem sie uns mit unseren produktivistischen und rassistischen Werten und Handlungen konfrontieren. Wichtig ist, die Unterschiede wahrzunehmen und zu respektieren, aber genauso wichtig ist, aus den die HERRschaft stärkenden Abgrenzungen auszubrechen und ein kämpferisches Miteinander zu entwickeln, das die Durchsetzung alter und neuer patriarchaler Macht und kapitalistischer Verwertungsziele behindert, wo immer wir das schaffen. Unsere Hoffnung auf Frauenbefreiung und unsere Vorstellung von Kommunismus (11) schon hier und jetzt und auch im sozialen Alltag kann als Tendenz nur dann sicht- und lebbar werden, wenn wir unsere voneinander abgegrenzten und gegeneinander ausspielbaren Frauenunterdrückungen und unsere unterschiedlichen Strategien dagegen in die Kraft vernetzter Widerstandsstrukturen umwandeln. In dieser Verbindung und in den verschiedenen Kämpfen um Existenzrecht und Leben in Würde für ALLE, jenseits von Verwertungszwang, sozialer und kultureller Zugehörigkeit und Paßverordnungen etc., können wir manche Facetten unserer Integration in dieses Herrschaftssystem abbauen oder auch umdrehen zum Nutzen gemeinsamer Befreiung (z.B. durch unseren leichteren Zugang zu Information und Umgang mit der Verwaltungsbürokratie und unseren gesicherteren gesellschaftlichen Status...). Und in der Wahrnehmung dieses Systems, wie es sich in den Augen hierher geflüchteter und eingewanderter Frauen als Komplex miteinander verwobener rassistischer wie sexistischer wie ausbeuterischer Macht zeigt, lernen wir die Personifizierungen und Verantwortlichkeiten dieser Macht besser kennen und werden so für uns angreifbar.

Solidarität mit den KurdInnen

Von solchen mittelfristigen Zielen sind wir bisher noch sehr weit entfernt - Solidarnetze gibt es bisher nur in den Strukturen der MigrantInnen selbst. Nicht nur im "Austausch", sondern im praktisch-solidarischen Verhalten werden sich unsere Kontakte zu Kurdinnen entwickeln und können Fäden zu diesen Netzen gesponnen und geknüpft werden. Der Krieg in Kurdistan hat zu einer Verschärfung nationalistischer Abgrenzungen der Menschen verschiedener Herkunft in der Türkei und auch hier beigetragen. Im Zusammenkommen von kurdischen, türkischen und deutschen Frauen müssen wir darum kämpfen, diese Barrieren zu überwinden.

Ansätze für kritische praktische Solidarität können wir in den verschiedensten Formen von öffentlichen und subversiven Protest- und Aktionsformen umsetzen:

» Für das Bleiberecht für ALLE: Aktionen zur Behinderung der staatlichen rassistischen Politik, gegen Abschiebungen und Abschiebeknäste, dafür Verantwortliche aus dem Schutz ihrer Anonymität reißen

» Daran sich bereichernde Firmen angreifen

» Aktionen gegen Rassisten, Faschisten, Sexisten und Ausbeuter illegalisierter Billigstarbeit in der Bevölkerung (auch Frauen!)

» Soliaktionen gegen das Verbot der PKK und kurdischer Vereine. Praktisch alle Solidarnetze der KurdInnen sind von der Zerschlagung durch die bundesdeutsche Repression zusammen mit dem Parteiverbot betroffen. Für die ungehinderte und selbstbestimmte Organisierung der MigrantInnen

» Tourismus ist eine moderne Form kolonialer Ausbeutung. Die Tourismusindustrie wirbt auch dieses Jahr wieder besonders für das "Reiseland Türkei 95". Aktionen zur Forderung "Kein Tourismus in die Türkei" verbinden wir jedoch mit dem Ziel, die dicken Geschäfte der BRD-Konzerne zu behindern und nicht kleine türkische Reisebüros anzugreifen. Das Schweigen der PKK zu den gegen türkische MigrantInnen gerichteten Aktionen in diesem Frühjahr begünstigt die weitere rassistische und nationalistische Formierung in der BRD-Gesellschaft, insbesondere zwischen KurdInnen und TürkInnen. Das steht unseren Zielsetzungen grundsätzlich entgegen.

» Die ökonomische und politische Zusammenarbeit zwischen BRD und Türkei behindern, von öffentlichem Protest bis zu Aktionen, die Firmen und PolitikerInnen für ihre blutigen Geschäfte zur Verantwortung ziehen.

Lürssen ist eine mittelständische Firma, die zu 100% im Kriegsschiffbau verdient. Z.Zt. baut Lürssen für das türkische Regime ein mit Flugkörpern und Schnellfeuergeschützen bewaffnetes "Flugkörperschnellboot". Es gehört zu einem Paket von drei Lürssen-Schnellbooten Marke "Dogan", zwei davon werden in der türkischen Marinewerft Tazkisac produziert. Die Finanzierung der drei Kriegsschiffe - über BRD-Hermesbürgschaft - beträgt 400 Millionen DM. Spätestens seit 1987 floriert für Lürssen das Geschäft mit dem vom BRD-Staat gesponserten türkischen Militär, denn seitdem wurden entweder in Tazkisac oder in der Lürssen-Werft 10 Dogan-Kriegsschiffe fertiggestellt. Lürssen liefert neben Kriegsschiffen an Regime weltweit alles, was zu deren eigener militärischer Produktion nötig ist: Konstruktionspläne, Lizenzen, Know-How, Ausbildung bis hin zu ganzen Werftanlagen. Über 130 Schiffe wurden in den letzten Jahrzehnten nach Lürssens Plänen und Lizenzen gebaut. "Die Lürssen-Werft hat mehr Kriegsschiffe in mehr Länder dieser Welt geliefert und mehr Menschen auf Kriegsschiffen ausgebildet als jede andere Werft der Welt", so ein Lürssen-Firmensprecher auf der Rüstungsmesse 1994 in Malaysia. Schon mehrmals geriet das mörderische Geschäft von Lürssen durch Veröffentlichungen oder Protestaktionen gegen den Rüstungsexport in die öffentliche Kritik, zuletzt mit einer symbolischen Blockade-Aktion Ende 1994 aufgrund seiner Kriegswaffenlieferungen an das Militärregime in Indonesien. Während seit einigen Jahren eine öffentliche Kampagne zur Einstellung der bundesdeutschen Militär- und Wirtschaftshilfe den Druck gegen ein paar große Türkei-Rüstungslieferanten verstärken konnte, versucht Lürssen in aller Stille seine Geschäfte abzuwickeln. Das soll ihm nicht gelingen!

Lürssen raus aus dem mörderischen Geschäft mit dem türkischen Regime!

» Keine militärischen Geschäfte mit der Türkei

» Keine Finanzierung der deutschen Rüstungsindustrie durch das BRD-Regime

» Schluß mit jeder BRD-Rüstungs- und Wirtschafts"hilfe" für das türkische Regime

» Kein Tourismus in die Türkei (anderswohin auch nicht)

» Weg mit dem PKK-Verbot und der Verfolgung kurdischer Vereine

» Bleiberecht für alle KurdInnen (und alle anderen hierher geflüchteten und eingewanderten Menschen)

» Kampf dem "Ausländerrecht" und allen anderen Gesetzen, die Diskriminierung von Menschen festschreiben und so Ausbeutung und Gewalt Tür und Tor öffnen

» Anerkennung eigener Fluchtgründe und eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen

» Für eine praktische Solidarität mit dem Widerstand der Frauen in Kurdistan und der kurdischen Migrantinnen hier

» Gegen Nationalismus, für internationale Frauenbande und -banden!

Rote Zora

Anmerkungen:
1) Das "Ostanatolienprojekt" umfaßt eine ganze Reihe z.T. riesiger Staudämme, u.a. zur Bewässerung von Export-Landwirtschaft, sog. agro-industriellen cash-crops, die Errichtung von Vieh-, Leder-, Tabak- und anderen Industriezonen, Tourismuszonen usw.
2) In einer von der 1994 durch den irakischen Geheimdienst ermordeten Journalistin Lissy Schmidt veröffentlichten Umfrage lehnten zur Zeit des Baubeginns Anfang der 80er Jahre 70% der betroffenen Bevölkerung das Projekt ab.
3) Besonders bekannt wurden die von den Frauen angeführten Aufstände v.a. in Sirnak: Im Februar 91 erschossen die Militärs hunderte von Mauleseln um das Verbot des eigenständigen Kohleabbaus- und verkaufs durchzusetzen, worauf kaum eine Verwaltungseinrichtung von den wütenden Angriffen der Frauen (und Männer) verschont blieb und sie den Widerstand bis zum Newroz in einen Volksaufstand ausgeweitet hatten.
4) Während des Newroz 92 wurde ein kurdischer Junge von einem deutschen NVA-Panzer zu Tode geschleift. Die weltweit bekannt- gewordenen Pressebilder konnten ausnahmsweise das BRD-Regime daran hindern, diese Tatsache des direkten Einsatzes deutscher Kriegsmittel gegen die kurdische Bevölkerung weiter zu leugnen, weshalb für kurze Zeit die Forderung nach Stornierung deutscher Rüstungslieferungen ein wenig Wirkung zeigte. Nach dem Abebben der Schlagzeilen und dem massiven Protest in der Türkei wurde das aber schnell aufgehoben.
5) "Zuhause befiehlt immer der Vater und wenn er nicht da ist, der Bruder. Bei der Guerilla kann ich mich endlich selbst bestimmen, auch Kommandeurin werden", sinngemäßes Zitat einer jungen Frau von der PKK.
6) "Bergtürken" = minderwertig, Verbot alles Kurdischen, der Sprache, Geschichte, Traditionen etc., schon in der Schule werden kurdisch sprechende Kinder von den türkischen Lehrern verprügelt.
7) YJWK = Verband patriotischer Frauen Kurdistans, Frauenorganisation der PKK. Zitat aus einem Beitrag zur Situation emigrierter kurdischer Frauen 1992: "Die Kurden als Menschen aus einer fremden Gesellschaft haben andere soziale und politische Eigenschaften als andere Völker wie z.B. die Griechen, Türken usw."
8) Mit "Kollektiv" ist die Unterordnung unter den Willen der patriarchalen Führung in Familie und Partei gemeint. YJWK: "Sie (gemeint sind die Frauen in Kurdistan) haben das Bewußtsein erlangt, daß Befreiung nur durch ein befreites Land möglich ist. Genauso die Befreiung der Frau."("Radikal",Dez. 94).
9) "... ist es wichtig, daß die Frau die Verantwortung ihrer Aufgabe als Brücke zur Einbeziehung der Familie in den Dienst der Revolution sich bewußt macht und ausfüllt".(PKK-Frauen-Text in der BRD zum 8.3.94)
10) Mit der Naturalisierung des "Kurdischen" werden sowohl die kurdischen Menschen ethnisiert, indem "das Kurdische" von der Partei festgelegt und alles unerwünschte Verhalten aus "der kurdischen Natur, der kurdischen Nation und dem kurdischen Menschen zuwiderlaufend" bekämpft wird, als auch diejenigen ausgegrenzt und unterdrückt, die nicht "kurdisch" sind oder sein wollen.
11) Aus dem Kontext geht hoffentlich klar genug hervor, daß wir NICHT die marxistische Konzeption gesellschaftlicher Kämpfe für "Fortschritts-Entwicklung" auf dem Weg zur "klassenlosen Gesellschaft" im Kopf haben. "Kommunismus" verstehen wir als kritischen Kampfbegriff für eine Gesellschaft, die den patriarchal-kapitalistischen Kult des Produktivismus mit seiner Gier zur immer weiter modernisierten und technologisierten Verwandlung alles sich "nur" reproduzierenden menschlichen Lebens in VerWERTung und in immer mehr NICHTverWERTbares, d.h. in Menschen ohne Existenz"berechtigung", aufhebt und jede Ausbeutung, Macht und Gewalt und damit die sexistischen und rassistischen Grundlagen dieses Systems beseitigt.

Dokumentation

Knapp daneben ist auch vorbei

Erklärung des K.O.M.I.T.E.E. zur gescheiterten Grünau-Aktion

Nach dem Scheitern des Angriffs auf den im Bau befindlichen Abschiebeknast Berlin-Grünau am Morgen des 11.04.95 war es keineswegs sicher, ob wir uns jemals wieder zu Wort melden würden. Vieles sprach dagegen angesichts mehrerer konkret Beschuldigter und völliger Unklarheit darüber, ob die BAW noch weitere Personen hineinziehen würde. Es erschien uns ratsam, uns mit einer Darstellung der Ereignisse zurückzuhalten, zumal wir nicht wußten, wie sich die Betroffenen in der Situation verhalten wollen. Wir haben jetzt entschieden, daß mit einer Veröffentlichung nicht länger gewartet werden kann, da das Schweigen um die Aktion durch uns gebrochen werden muß, um den politischen Flurschaden so weit wie möglich zu begrenzen.

Wir werden auf eine genaue Erklärung dessen, was an diesem Abend passiert ist aber verzichten und es den Betroffenen überlassen, sich dazu zu äußern, wenn sie es wollen. Wir denken nicht, daß jede und jeder alle Details kennen muß, um sich mit der Aktion und unserer Politik auseinanderzusetzen und sich zu den Beschuldigten solidarisch zu verhalten.

In diesem Text geht es darum, die schwerwiegenden Fehler, die uns unterlaufen sind, zu benennen und selbstkritisch zu reflektieren, gerade auch damit andere daraus lernen können. Durch diese Fehler wurden Unbeteiligte mit unseren Aktionen in Zusammenhang gebracht. Weiter ziehen wir Konsequenzen aus unserem Scheitern: Wir werden unser Projekt "das K.O.M.I.T.E.E." beenden. Diesen Schritt auch öffentlich bekanntzugeben, leitet sich für uns aus der Bestimmung unserer Verantwortung gegenüber linksradikaler Politik ab. Zu Beginn des Textes erklären wir unseren Schritt, warum wir das Projekt, mit der Ausrichtung auf militante Angriffe gestartet haben und resümieren unsere bisherige Politik.

Zu unserem Projekt das K.O.M.I.T.E.E.

Seit Ende der 80iger und noch verstärkt in den 90iger Jahren war und ist eine radikale Linke zu beobachten, deren politische Stärke und gesellschaftlicher Einfluß von Jahr zu Jahr mehr verloren ging und deren inhaltliche wie praktische Entwicklung sich immer mehr von radikalen Positionen entfernt hat. Solange es eine gemeinsame Stärke gab, auch auf militanter Ebene, hielten wir es nicht für unbedingt nötig immer wieder unter demselben Namen in Erscheinung zu treten. Als der kontinuierliche Diskussionsfaden durch die zu beobachtende Rückzugsbewegung der Linken abgerissen war und gemeinsam erarbeitete Handlungsgrundlagen sich aufzulösen begannen kamen wir zu dem Schluß, daß es nötig ist, sich als Gruppe in den Kontext einer kontinuierlichen und öffentlich nachvollziehbaren Politik zu stellen. Wir sind davon ausgegangen, daß Beiträge und Interventionen von Gruppen, deren Name für eine bestimmte Praxis und politische Ausrichtung steht, von der Öffentlichkeit und der Linken mit einer größeren Aufmerksamkeit gelesen, verfolgt und diskutiert werden als Veröffentlichungen von Gruppen ohne erkennbare Kontinuität. So hofften wir im Laufe der Zeit auf die Entwicklung der linken Scene einen positiven Einfluß zu haben und Orientierungspunkte zu setzen. Wir waren uns darüber im Klaren, daß eine solche Ausrichtung hohe Verantwortung und Genauigkeit erfordert. Fehleinschätzungen der politischen Lage, Ungenauigkeiten in der politischen Diskussion oder das Reproduzieren von überholten und falschen Politikansätzen usw.

wären nicht nur auf uns, sondern dadurch, daß wir auch Orientierung bieten wollen, evtl. auch auf die Linke im Allgemeinen zurückgefallen.

Warum militante Politik

Angesichts des Diskussionsstandes der radikalen Linken, ihrem häufigen Schweigen und Nichtverhalten, bedarf es einer Erklärung, warum wir uns in diesen bewegungsarmen Zeiten für militante Politik entschieden haben. Es ist heute oft das Argument zu hören, nach dem Niedergang der linksradikalen Bewegung hätte einfaches "Weitermachen" keinen Sinn mehr, wobei geflissentlich unterschlagen wird, daß revolutionäre Politik hier in den letzten Jahrzehnten gesellschaftlich nur eine Randerposition innnehatte und nie eine realistische Strategie zum Umsturz der Verhältnissse vorweisen konnte. Konsequente militante Praxis könnte einer der Hebel sein, den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust nach außen und Mutlosigkeit nach innen zu durchbrechen. Radikale Kritik an der bestehenden Praxis von Herrschaft, Unterdrükkung und Ausbeutung, die nicht alle Mittel von Widerstand sucht, nutzt und erfindet, muß früher oder später den Glauben an sich selbst verlieren. Um bei unserem Beispiel zu bleiben: Eine Linke, die uz recht behauptet, der Bau und Betrieb von nAbschiebeknästen sei ein Verbrechen, aber nicht alle Möglichkeiten, den Bau zu verhindern, ernsthaft in Betracht zieht, schafft sich ihre Perspektivlosigkeit auch ein gutes Stück weit selbst, sie hat ihre eigene Niederlage schon im Kopf erlitten. Unsere Methode, wäre sie erfolgreich gewesen, wäre gewiß nicht die einzige gewesen und vielleicht nicht mal die beste, aber allemal eine bessere als die Klage über die Aussichtslosigkeit linker Politik in einer sich nach rechts bewegenden Gesellschaft.

Wir denken, daß die Linke keine weitergehende Perspektive aus dem Gefül der Hilflosigkeit und dem Verlust ihrer Handlungsmöglichkeiuten entwickeln wird, aber sie könnte Kraft daraus schöpfen, auch mal in schlechteren Zeiten der ständigen Schere zwischen Denken und Handeln getrotzt zu haben. Wir wollten mit unserem Namen und unserer Praxis Propaganda machen für die Möglichkeiten des direkten Eingreifens und Angreifens, die allen offenstehen, die sich mit Ungerechtigkeit und Unterdrückung nicht abfinden wollen. Auch wenn wir nicht sagen, daß i8m heutigen gesellschaftlichen Kontext militante Politik der richtige Weg ist, sind wir der Meinung, daß es ein Fehler wäre, sämtliche Praxis auf Eis zu legen, solange wir auf der Suche nach der richtigen Strategie sind. Wir denken, daß eine Weiterentwicklung nur im Rahmen eines praktischen Prozesses von Reflexion und Tat stattfinden kann. Learning by doing. Und wenn irgendwann mal die Bedingungen günstiger sein werden, grundsätzliche Kritik am System gesellschaftlich breiter zu verankern, wird es verdammt wichtig sein auf eine Geschichte verweisen zu können, wo wir auch in Zeiten von allgemeiner Anpassung an den Mainstream grundsätzliche Positionen nicht aufgegeben haben. Nicht zuletzt hat radikale Politik für uns natürlich auch einen moralischen Aspekt: Selbst wenn wir die endgültige Lösung auch nicht vorweisen können, wollen wir uns nicht damit abfinden, einfach nur zuzusehen und unser Plätzchen im Trockenen zu sichern.

Unsere Praxis

Inhaltlich wollten wir uns nicht auf ein bestimmtes Thema beschränken. Wir hatten an Aktionen überlegt zu verschiedenen Bereichen wie faschistische Organisierung, Faschisierung der Gesellschaft, sexistischer Rollback, Abbau des sozialen Netzes. Als voläufigen Schwerpunkt unserer Arbeit haben wir uns auf den Befreiungskampf des kurdischen Volkes bezogen. Wichtig war uns dabei, uns als deutsche linke Gruppierung dazu zu verhalten. Wir empfanden das weitgehende Nichtverhalten der radikalen Linken hier als eine Bankrotterklärung. Vielerseits mußte als Begründung dafür, die zum Teil berechtigte Kritik an der Politik der PKK herhalten. Kritik an der PKK stellt für uns aber keine Rechtfertigung für unsolidarisches Verhalten dar. In der Verstrickung des BRD-Staates, der wichtigster Kriegspartner der Türkei im Völkermord an den KurdInnen ist, sahen und sehen wir die besondere Verantwortung der deutschen Linken, ihre eigene Lethargie zu durchbrechen und sich den Bestrebungen der BRD offensiv entgegenzustellen.

Deutschland ist Kriegspartei im Völkermord in Kurdistan - militärisch, ökonomisch, politisch - und weiter verläßlich- ster Partner der türkischen Militärs: Als verlängerter Arm der Aufstandsbekämpfung gegen den kurdischen Widerstand in Europa. Daran hat sich nichts verändert. Mit einer Reihe von Angriffen auf mitverantwortliche Institutionen der BRD am Krieg in Kurdistan wollten wir das Thema in der Linken pushen.

Der erste Schlag: Bundeswehr in Bad Freienwalde

Als erstes Objekt unserer Kampagne haben wir am 27.10.94 ein Gebäude des Verteidigungskreiskommandos 852 der Bundeswehr in Bad Freienwalde, Kreis Märkisch Oderland, mit einem Brandsatz zerstört. Damals schrieben wir dazu:

"Wir haben uns eine Einrichtung der Bundeswehr wegen deren Zusammenarbeit und aktiven Unterstützung der türkischen 'Sicherheitskräfte', auch stellvertretend für die Innen- und Außenpolitik der BRD im Zusammenhang mit dem kurdischen Befreiungskampf, als Ziel gewählt."

In unserer Erklärung haben wir ausführlich die Zusammenarbeit des BRD-Staates mit dem Regime in der Türkei dargelegt. An dieser Stelle soll der Verweis darauf genügen. Des weiteren haben wir die Kriminalisierung der KurdInnen in der BRD als ein wesentliches Element dieser Kooperation benannt. Potentiell hätte unser Angriff auch ein Auslöser dafür sein können, daß die Bundeswehr mehr in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Die Entwicklung der deutschen Außenpolitik war wahrlich nicht schwer vorherzusehen. Spätestens nach dem Beginn des ersten deutschen Kampfeinsatzes seit Kriegsende auf dem Balkan muß der deutschen Armee mehr Interesse entgegengebracht werden.

Insgesamt gesehen war unser erster Angriff eine symbolische Aktion, die aber im Kontext der Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf und im Rahmen der Hetzkampagne gegen die PKK große Aufmerksamkeit durch die Presse erfuhr. Damit war ein Ziel, uns als deutsche Linke mit dem kurdischen Befreiungskampf in Bezug zu setzen, breit in die Öffentlichkeit getragen.

Auf dem Weg zum zweiten Schlag ...

Der BRD-Staat wird seiner Aufgabe, den kurdischen Widerstand in der BRD gegen den Völkermord in Kurdistan zu brechen und mit Repressalien zu überziehen, weiterhin gerecht: Massenabschiebungen sind ein Garant des "inneren Friedens" und Kern imperialistischer Flüchtlingspolitik! Die zynische, alle paar Wochen wiederkehrende, Debatte um die Aufhebung des Abschiebestopps für KurdInnen, anfänglich aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung noch auf sog. "Straftäter" beschränkt, die ihr "Gastrecht" in Deutschland mißbraucht hätten, wurde schnell als eine allgemeingültige, für alle anwendbare Angelegenheit betrachtet. Besonders hervorgetan bei der Durchsetzung dieser Linie haben sich die Minister Kanther (Bund), Beckstein (Bayern, Bunzlauerstr. 23, Nürnberg), Eggert (Sachsen, mittlerweile abgesetzt) und Heckelmann (Berlin). Abschiebung in Elend, Folter und Tod als drohendes Damoklesschwert für KurdInnen sollen hier die Friedhofsruhe erzwingen, die für die Umsetzung übergeordneter ökonomischer und hegemonialer Interessen des BRD-Staates nötig ist.

Neben den KurdInnen sind auch andere Flüchtlingsgruppen betroffen: So begannen Massenabschiebungen von Kriegsflüchtlingen und Deserteuren aus dem ehemaligen Jugoslawien. Das Deportationsabkommen mit Vietnam, "Rücknahme" der vietnamesischen Staatsangehöri- gen als Voraussetzung für wirtschaftliche Hilfen, stand vor dem Abschluß. Abschiebungen größeren Stils müssen organisiert werden. Dafür bedarf es ausrei- chender Kapazitäten in der Abschiebehaft, denn die wenigsten gehen freiwillig.

In Berlin wird zu diesem Zweck der ehemalige DDR-Frauenknast in Grünau umgebaut. Mit bis zu 400 Haftplätzen werden damit die Kapazitäten der Abschiebehaft in Berlin mehr als verdoppelt. Die Konzentrierung der gesamten Abschiebeprozedur und die günstige verkehrstechnische Anbindung an den Flughafen Schönefeld effektiviert und organisiert fließbandmäßig die Abschiebung und verbilligt den ganzen Ablauf enorm. Dieser neue Abschiebeknast geriet als zweites Angriffsziel in unseren Blick. Die Kapazitäten der bisherigen Abschiebehaft in der Kruppstr. und den Gefangenensammelstellen der Polizei in der Gothaer Str. und Beimlerstr. stießen längst an ihre Grenzen. Überbelegung und unhaltbare inhumane Zustände führten öfters zu Gefangenenrevolten und zu Protesten humanistischer Gruppen. Diese Proteste beschränkten sich in den meisten Fällen auf das Aufzeigen von Mißständen in der Abschiebehaft, prangerten aber nicht Abschiebehaft und Abschiebungen als solche an. Symptomatisch dafür ist die Forderung eines gewissen Albert Eckert, Fraktion Bündnis 90/Grüne, der im Oktober '94 meinte, es sollen nur noch AusländerInnen inhaftiert werden, deren Abschiebung unmittelbar bevorstünde.

Als "Zwischenlösung" für das Problem Überbelegung wurde der ehemalige US-Militärknast in der "Mc Nair"-Kaserne in Steglitz mit 30 Abschiebehäftlingen belegt. Laut Pressemeldungen von Ende Juli '94 sollten auch auf dem Polizeistandort Gallwitzallee (Lankwitz) kurzfristig 80 neue Haftplätze entstehen. Was daraus wurde wissen wir nicht. Um den öffentlichen Protesten in Zukunft zu begegnen, warb der Innensenat, wie es auch schon bei den Hihg-Tech-Knästen Weiterstadt oder Plötzensee der Fall gewesen ist, mit den vielfältigen Vorzügen des neuen Knastes in Grünau: Ausreichend Kapazitäten, Gemeinschaftseinrichtungen, kleine Vollzugseinheiten, Krankenstation, Sportanlagen, DolmetscherInnen und SozialarbeiterInnen, ja sogar für mehr Platz für Hofgänge würde gesorgt, damit "sich die Abschiebehäftlinge auch mal die Füße vertreten können" (Norbert Schmidt, Pressereferent der Senatsverwaltung für Inneres). Abzuschiebende Flüchtlinge sollen sich noch mal so richtig wohl fühlen in deutschen Abschiebeknästen, bevor Deserteure aus Jugoslawien ihr Leben dem nationalistischen Wahn opfern sollen und KurdInnen in den Folterkellern des türkischen Geheimdienstes MIT verschwinden. Letztlich stehen diese Maßnahmen aber nur für mehr Kontrolle und das Verhindern von Revolten und Ausbrüchen, sowie für die Rationalisierung des Abschiebeverfahrens. Zudem wird damit den Protesten gegen unhaltbare Zustände in der Abschiebehaft das Wasser abgegraben.

Es geht nicht um Humanisierung als Ziel. Es geht um die Abschaffung der Abschiebehaft als Schritt auf dem Weg zum generellen Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge! Als unseren Beitrag dazu war die Sprengung des Knastes in Grünau geplant. Ein Gelingen der Aktion hätte weit mehr als symbolischen Charakter gehabt. Es hätte einen effektiven Eingriff in die Umsetzung der Abschiebebeschlüsse bedeutet und den Ausbau der Maschinerie zumindest vorübergehend gestoppt.

Zur verhinderten Aktion in Grünau

Vieles davon, was in der Presse über die Geschehnisse vom 11.04. berichtet wurde, ist richtig. Das Auffinden der beiden Fahrzeuge auf

dem Waldparkplatz an der Rabindranathstraße war tatsächlich auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen. Eines war gestohlen und enthielt die Sprengsätze und anderes Material für die Aktion, z.B. einen Zylinderschloßauszieher, den wir mitführten, um überraschenderweise doch verschlossene Türen öffnen zu können, während in dem anderen diverse Ausweispapiere und weitere persönliche Gegenstände waren. Eine durch den Wald schleichende Bullenstreife wurde auf die Autos aufmerksam und durchsuchte sie. Diese Konstellation zweier Fahrzeuge, die den Bullen die Fahndung nach vier Personen ermöglichte, war aber nicht das Ergebnis irgendeiner Planung, sondern Resultat einer Panne, in deren Folge wir relativ kopflos die Gefährdung Unbeteiligter aus den Augen verloren haben. Näheres dazu wollen wir nicht sagen, wir überlassen es den Gesuchten, die tatsächlichen Gründe, warum sie in die Fahndung geraten sind offen zu machen, wenn sie das wollen.

Richtig ist, daß der Abschiebeknast gesprengt werden sollte. In der Presse wurde behauptet, der Knast wäre bestens bewacht gewesen. Das stimmt so nicht. In einem Gebäude in einer Ecke des Geländes war eine Wache, die offensichtlich auch besetzt war. Streifengänge der Wachen auf dem Gelände konnten wir trotz intensiver Beobachtungen, und dafür gab es gute Möglichkeiten, nicht ausmachen. Tage nach unserer verhinderten Aktion wurde ein Wachturm mit Bütteln besetzt, das war vor der Aktion nicht so. Einmal mit Leitern die Mauer überwunden konnten wir über's ganze Gelände spazieren und in den Gebäuden flanieren: Es gab keine verschlossenen Türen. Für die Sprengung wurden vier Propangasflaschen mit je 30 kg Natriumchlorat-Puderzukker-Gemisch (80:20) bestückt und mit Zeitzündern versehen. Die Flaschen hätten wir im Keller, in der Nähe tragender Bauteile, deponiert. Die tragende Substanz des Hauptgebäudes sollte so weit zerstört werden, daß aufgrund der statischen Schäden der gesamte Knast hätte abgerissen werden müssen. Im Transit lagen Tafeln, die vor der bevorstehende Sprengung warnten und mit dem Namen der Gruppe unterschrieben waren. Sie sollten an den diversen Eingangstüren des Gebäudes angebracht werden, um eventuell doch auf einem Streifengang befindliches Wachpersonal vor dem Eintritt in das Gelände zu warnen und sie aufzufordern, sich in Sicherheit zu bringen. Dies war aufgrund unserer Beobachtung aber nicht zu erwarten. Es war ausgeschlossen, daß weitere Personen durch den Angriff gefährdet worden wären.

Meldungen, wonach im Transit scharf gemachte Bomben gestanden hätten, die Zeitzünder tickten und wir damit rumgegondelt wären, sind einfach nur lächerlich. Dazu gehört auch die Behauptung, unser Selbstlaborat hätte die achtfache Sprengwirkung der Oklahomabombe (in Oklahoma/USA wurde im April ein Verwaltungsgebäude, in dem sich ein Büro der CIA, aber auch ein Kindergarten befand, vermutlich von Faschisten zerstört). Eine Assoziation mit den Kindern in Oklahoma sollte herbeigeredet werden. Die Bombe in den USA bestand aus 95% Ammoniumnitrat (Düngemittel) und 5% Benzin oder Diesel (Kohlenstoff) und stellt damit "richtigen" Ammoniumsprengstoff dar, der über eine weitaus größere Sprengkraft verfügt als Natriumchlorat-Gemisch.

Die Pressemeldungen entsprechen nicht nur der Unkenntnis und den Phantasievorstellungen der GazettenschreiberInnen, sondern decken sich mit dem Interesse des Staatsschutzes, aus dessen Feder sie stammen könnten. Ziel ist es, ein Feindbild zu erzeugen, durch das alle zu potentiellen Opfern unserer Aktion hätten werden können und alles möglichst verwerflich darzustellen. Dadurch soll eine Auseinandersetzung mit dem politischen Kontext unserer Aktion und eine mögliche Solidarisierung unterbunden werden.

Zu unseren Fehlern

Für die Ausführung der Aktion hatten wir uns einen festen Termin gesetzt, dem ein, wie sich herausstellte, äußerst knapp berechneter Zeitplan vorausging. Je näher der Tag der Aktion kam, desto deutlicher wurde, daß wir keinen Raum mitgeplant hatten, um neu auftretende Probleme und die latent vorhandenen Ängste der Einzelnen zu thematisieren und kollektiv lösen zu können. Wir verfielen einem Mechanismus, der in unserer Männercombo nicht unbedingt neu war: Es wurde von jedem Einzelnen verantwortlich am eigenen Aufgabenbereich gearbeitet und dabei der Blick für das Ganze verloren. Grundsätzlich muß als Fehler benannt werden, daß bei jeder Aktionsplanung, und insbesondere bei einer von dieser Dimension, immer die Zeit für gemeinsame Zwischenresümees bleiben muß. Aufgrund eines gesteckten Zieles bzw. der Einhaltung eines Zeitplanes darf nicht über die aktuelle Situation der einzelnen Beteiligten hinweggegangen werden. Bei der in Grünau geplanten Aktion hatten wir baugleiche Zeitzünder wie bei unserem Angriff auf ein Gebäude der Bundeswehr in Bad Freienwalde verwendet, außerdem hatten wir die Warnzettel mit unserem Namen unterschrieben. Dadurch haben wir uns schon vor Beendigung der Tatdurchführung in Zusammenhang mit einer vorangegangenen Tat gebracht. Viele haben sich sicherlich gefragt, wie wir auf diese Regelverletzung des autonomen Einmaleins gekommen sein könnten. Hier die alles erklärende "Logikkette":

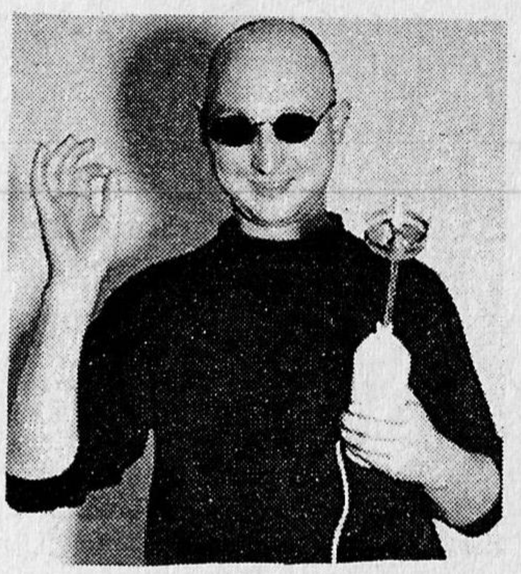
Zunächst hatten wir uns schon lange vor der Grünauplanung auf einen Zeitzündertypus spezialisiert, auf dessen Funktionstüchtigkeit wir uns verlassen konnten. Für die Grünau-Aktion hatten wir zwar noch die Möglichkeit einer abweichenden Zündvorrichtung angedacht, diese zusätzliche Arbeit aber aus folgenden Gründen verworfen: Wir sind davon ausgegangen, daß eine Entdeckung und Festnahme von uns, wenn überhaupt, dann auf dem hochummauerten Gelände des Knastes stattfinden würde, wo Fluchtmöglichkeiten ausgesprochen schlecht waren - Knast halt. Da wir das mögliche Strafmaß für die Sprengung als sehr hoch eingeschätzt hatten, machte sich bei uns das Gefühl breit, die Freienwalde-Aktion würde diesbezüglich den Kohl auch nicht weiter fett machen. Also konnten wir beruhigt dieselbe Zündvorrichtung benutzen. Und da wir nach unserer Logik dadurch den Zusammenhang mit Bad Freienwalde offengemacht hatten, sprach nichts mehr dagegen, die Warnzettel auch noch mit unserem Namen zu unterschreiben. Zum einen gingen wir davon aus, daß mit unserem Namen unterschriebene Warntafeln ernster genommen würden. Zum anderen wollten wir dadurch erreichen, daß bei einer erfolgreichen Sprengung schon die ersten Pressemeldungen den Bezug zur ersten Aktion herstellen und somit den politischen Kontext der Aktion veröffentlichen würden. In dieser "Logik"-Kette macht sich unsere damalige "Alles oder Nichts"-Haltung deutlich. Wie der Verlauf der Nacht und die weiteren Ermittlungen der Bullen zeigen, war dieses Vorgehen viel zu kurz gedacht. Die, die durch unsere Fehler ins Visier der Bullen geraten sind, haben sich nun mit dem Problem auseinanderzusetzen, daß ihnen die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird. Das wäre ohne die Baugleichheit und die unterschriebenen Warnzettel für die BAW nicht so einfach gewesen. Diese Vorgehensweise stellte auch für uns selber eine unnötige Gefährdung dar. Jede Aktion sollte so geplant werden, daß bei einer Festnahme vor oder während der Aktion einem/r nicht auch noch vorangegangene angelastet werden können.

Fazit:

Entgegen dem durch die Presse vermittelten Bild, Berlin-Grünau hätte kurz vor einer Kamikazeaktion gestanden, wäre die von uns geplante Aktion durchführbar gewesen. Tatsache ist aber, daß wir in der Planung einiges an schwerwiegenden Fehlern produziert haben. Unserer Meinung nach war der Größte, uns nicht die ausreichende Zeit gelassen zu haben, im rechten Moment nicht von dem einmal gesetzten Termin losgelassen zu haben und bei auftretenden Pannen weder Ausweichmöglichkeiten noch den nötigen Raum für deren Beseitigung eingeplant zu haben. Die meisten der weiteren Fehler sind aus diesem Zeitdruck heraus entstanden, dem Unvermögen, die Probleme so ausreichend und gemeinsam zu diskutieren, bis für alles die beste Lösung gefunden ist.

Wir müssen aus diesen Fehlern Konsequenzen ziehen. Die Funktionalisierung von Personen, die wir der Justiz in die Hände gespielt haben, können wir durch unser Bedauern nicht rückgängig machen. Wir können nur versuchen, soweit dies in unserer Macht steht, den Schaden zu begrenzen. Unserer eingangs des Papieres formulierten Verantwortung sind wir nicht gerecht geworden. Der von uns anvisierte Effekt, mobilisierend auf die radikale Linke zu wirken, hat sich durch unser Scheitern und durch die Art des Scheiterns ins Gegenteil verkehrt! Wir werden unsere politische Arbeit als K.O.M.I.T.E.E. beenden. Diese Entscheidung haben wir aufgrund der Gesamtheit der von uns verursachten Fehler gefällt. Eine Weiterführung unserer Politik unter diesem Namen könnte eventuell auch noch den jetzt Beschuldigten zur Last gelegt werden. Wir kennen die Verurteilungswut deutscher Gerichte in 129a-Prozessen und wissen, daß sie Angeklagte nicht nach Beweislage, sondern nach politischer Opportunität verurteilen. Unsere Entscheidung ist kein Abgesang auf militante Politikformen im Allgemeinen, sondern unsere persönliche Konsequenz aus dem Debakel. Wir finden es nach wie vor wichtig und richtig, auch mit militanten Mitteln, in die politischen und militärischen Pläne der Herrschenden einzugreifen und ihre Projekte, wo immer möglich, zu benennen, anzugreifen und zu verhindern. Wir freuen uns sehr über die Initiative des K:O:L:L:E:K:T:I:V's die unser Thema aufgegriffen haben und konsequent weitertragen.

Das K.O.M.I.T.E.E., 6.9.95



immer wieder aufmerksam zu machen. Die Erfahrung war dann, daß wir unser Interesse auch weiterhin vermitteln konnten und auch neue Frauen zu den Nachmittagen erschienen. Je nach Stimmung und Gesundheitszustand der Frauen kamen gemeinsame Gespräche zustande, in denen wir recht viel über den Knastalltag erfahren konnten. Nach und nach entwickelte sich bei uns der Eindruck, daß ihnen unser regelmäßiges Erscheinen als Unterstützerinnen von draußen wichtig geworden war, allein schon wegen der 'Kontrollfunktion' von draußen bezüglich der Schikanen und Schweinereien. Es schien wichtig zu sein, daß draußen welche sind, die das alles mitkriegt und eben nicht an die SchließerInnen weitertrugen und nicht mit ihnen zusammenarbeiten.

Der Rausschmiß aus dem Knast kam sowohl für uns als auch für die inhaftierten Frauen sehr überraschend. Wir wissen von einzelnen inhaftierten Frauen, zu denen wir noch Kontakt haben, daß sie wütend und verständnislos darüber sind und versucht haben, die Entscheidung der Gefängnisleitung anzufechten - leider erfolglos. Wir unsererseits waren und sind immer noch wütend darüber, sehen aber nach einem Gespräch mit der Sozialarbeiterin keine Chance, wieder als Gruppe in den Knast zu kommen.

Am 8.März 1995 wurde erstmals in Bremen vor dem Frauenknast eine Knastkundgebung gehalten, die sich an eine Fahrraddemo zum Knast anschloß. Von den Frauen wissen wir, daß unsere Redebeiträge, die Grüße und die Musik einigermaßen gut zu hören waren und daß sie sich gefreut haben.

Unverschämt war allerdings, daß uns Frau Marahens (die für unseren Rausschmiß verantwortlich ist) incl. Knastpfarrer und einer Schließerin mit Schmalzbroten und heißen Getränken vor dem Knast empfing, um sich für unser Kommen zu bedanken. Das heuchlerische Verhalten der KnastarbeiterInnen kennt offenbar keine Grenzen.

Frauenknastgruppe Bremen, Mai 1995

Anmerkungen:
(1) Bunte Hilfe, Domstadt 1989
(2) Hungerstreikerklärung Plötzensee, 1.2.89

Anmerkungen der Redaktion:
Diesen Text erhielten wir im Juni, leider nach Redaktionsschluß der letzten Ausgabe. Die Autorinnen haben inzwischen einen Nachtrag zu den seitherigen Entwicklungen geschrieben (s. Kasten).
(A) Nähere Infos zum Wohngruppenvollzug liefert der Artikel "Unser Knast soll schöner werden", geschrieben anläßlich des Beginns der entsprechenden Umbauarbeiten in der JVA Oslebshausen (Männerknast); in: kassiber Nr.9, Juli 1990, S.8ff.
(B) Nach zwei Dritteln der Strafe kann vom Gericht der Rest zur Bewährung ausgesetzt werden (57 STGB).

Zivile und militärische Atomanlagen

Eine Projektion der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse!

Das Streben nach weltweiter politischer und ökonomischer Vorherrschaft, nationalistische Hybris und wissenschaftlicher und technologischer Machbarkeitswahn waren die Rechtfertigungen für grausame Verletzungen und Mord an mehreren Millionen Menschen durch radioaktive Strahlung.

Zur Erinnerung einige Beispiele (wobei die angegebenen Zahlen als Größenordnungen zu verstehen sind, die auf das Ausmaß der Bedrohung einerseits und auf die Skrupellosigkeit andererseits, mit denen politische und wirtschaftliche Interessen durchgesetzt werden, hinweisen sollen. Die letztendlich wirklichen Auswirkungen sind zahlenmäßig gar nicht zu erfassen.):

» Japan, (Hiroshima), 6. August 1945: Die USA warfen die erste Atombombe gezielt gegen Menschen ab. Drei Tage danach:

» Nagasaki, 9. August 1945, die zweite Atombombe. Für die PolitikerInnen und Militärs eine Machtdemonstration gegenüber der Welt und speziell der UdSSR, für die WissenschaftlerInnen ein "Freilandversuch an konkreten lebenden und toten Objekten". In Hiroshima wurden über 200 000 Menschen, in Nagasaki über 70 000 Menschen ermordet. Noch heute, 50 Jahre danach, erliegen Menschen den Folgen der radioaktiven Strahlung.

» Pazifik, Marshall-Inseln, 1. März 1954: Die USA zündeten die erste Wasserstoffbombe (ihre Sprengkraft betrug das 1200fache der Hiroschima-Bombe, im drauffolgenden Jahrzehnt folgten mindestens 66 weiter Tests) über dem Bikini-Atoll und verseuchten damit für Jahrhunderte das Atoll. Die InselbewohnerInnen wurden bewußt der Strahlung ausgesetzt. *"Seitdem dienen diese Menschen, die ersten Opfer eines bislang nur simulierten Dritten Weltkrieges, den Amerikanern als "Versuchskaninchen". Ihre Leiden sind das Resultat eines der ausgeklügltesten und skruppelosesten Verbrechen, das nach den grauenvollen Experimenten der Nazis im Namen von Wissenschaft und Fortschritt jemals begangen wurde"* (1). *"Das Dauerhafteste und Wertvollste, das wir im Laufe der Jahre aufgebaut haben, sind nicht Straßen, Flughäfen, Schulen und Krankenhäuser, sondern das Verständnis für Begriffe wie Demokratie, Freiheit und die Würde der Selbstbestimmung. ... Danke und herzlichen Glückwunsch!"*, so der amerikanische Präsident Ronald Reagan anläßlich der Beendigung des UNO-Teuhandabkommens mit den Marshall-Inseln.

» UdSSR, Tscheljabinsker Distrikt im Südural, Ende 1957 bzw. Anfang 1958: Atommüll, der nahe an der Erdoberfläche gelagert war, explodierte "wie ein Vulkan". Die so entstandene radioaktive Wolke breitete sich hunderte von Kilometern aus. Hunderte von Menschen wurden getötet, Tausende trugen Strahlenschäden davon; sie mußten evakuiert werden oder unter strenger Isolation in Hospitälern behandelt werden. Es blieb eine Geisterlandschaft ohne Vegetation zurück; ein großes Gebiet eines industriell entwickelten Distrikts blieb über Jahrzehnte hinaus Gefahrenzone. Die Katastrophe wurde der Weltöffentlichkeit von den sowjetischen wie später auch von den amerikanischen Behörden verschwiegen (2).

» USA, US-Bundesstaat Southcarolina, November und Dezember 1970: Nuklearunfälle in der staatlichen "Atomwaffenfabrik am Savannah". Es waren zwei Kernbrennstäbe durchgebrannt, wobei wohl große Mengen radioaktiver Strahlung freigesetzt wurden. Diese Unfälle, die bis dahin zu den schwersten gehörten, wurden fast 20 Jahre geheimgehalten (am 1. Oktober 1988 offiziell bekannt). Nach über 30jährigem Betrieb ist das Gelände heute einer der radioaktivsten Orte

nerhalb und außerhalb der eigenen Reihen auf Mißstimmung gestoßen, verteidigten sie sich mit brillianten Argumenten: "*Die Rolle, die wir in dieser Sachfrage einnehmen können, ist durchaus einer Regierungssituation vergleichbar.*" (Fraktionssprecherin Kerstin Müller) Schließlich werde zugleich die programmatische Forderung nach Streichung des Paragraphen 218 aufrechterhalten. (Dem PDS-Gesetzentwurf, der als einziger die ersatzlose Streichung des Abtreibungsverbotes enthielt, stimmte aber nur die halbe Grüne Fraktion zu.)

Es blieb ihnen nicht erspart, sich von der SPD-Abgeordneten Edith Niehuis vorführen zu lassen, die gegen den von den Grünen erweckten "*Eindruck, sie hätten dem Parlament eine Vorlage vorgelegt, in der das Bild einer selbstständigen, nicht belasteten Frau gezeichnet werde*", einfach aus deren Gesetzentwurf vorlas. Ihre "*Zweigleisigkeit*" (Müller) hat der Grünen-Fraktion also nicht nur eine gewaltige Blamage beschert; schlimmer noch (für sie selbst): Zum Mit-Regieren hat es diesmal nicht gereicht. Vielleicht lernen sie ja daraus und konsultieren beim nächsten Mal vor der Vorlage eines eigenen Gesetzentwurfes direkt die Lebensschützer - das liegt unabweisbar in der Logik ihrer eigenen Argumentation und ganz auf der Linie der allgemeinen Kompromißstimmung.

Was schließlich trieb die SPD, und weshalb übten die Feministinnen in der SPD-Fraktion nicht den leisesten Widerstand? Es ist überzeugend, daß die Angst vor dem rechten Lager und seiner Drohung, erneut vor das Verfassungsgericht zu ziehen, das ausschlaggebende Motiv war. Das bedeutet aber zugleich, daß die SPD eine Fortsetzung des gesellschaftlichen Konflikts um dieses Thema vermeiden wollte und es auf parlamentarischem Wege so schnell wie irgend möglich befrieden wollte. Das Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung hat die sozialdemokratischen Schwestern, scheint's, stärker getrieben als die Fraueninteressen, denn faktisch geht der "*Kompromiß*" auf Kosten der Frauen. Handlungsdruck bestand nach dem Urteil jedenfalls nicht. Die Richter hatten ja ein genaues Procedere ohnehin festgelegt, nach dem in der Übergangszeit verfahren werden mußte, und das in mancher Hinsicht schlechter, in Bezug auf die noch nicht umgesetzte Kriminalisierung des Umfelds aber auch weniger schlecht gewesen war als das nun beschlossene Gesetz. Insofern gab es für die Opposition keinen Anlaß, eine schnelle Einigung zu betreiben. Wir jedenfalls hätten es nicht als Manko empfunden, wenn der deutsche Staat nicht in der Lage gewesen wäre, die von ihm über Frauen ausgeübte Gewalt zu Gesetz werden zu lassen. In der Unmöglichkeit, einen Paragraph 218-Kompromiß zu finden, lag wenigstens noch die Chance, den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Interessen von Frauen und Lebensschützern ungeregelt zu belassen - anstatt den Lebensschützern gegen Zugeständnisse im Detail zur parlamentarischen Mehrheit und gesellschaftlichen Akzeptanz zu verhelfen.

Verena Krieger/Barbara Ritter, Bundeskoordination Frauen gegen Paragraph 218

Kampagne "Nie wieder!" fordert Entschädigung

"Den Opfern ihre Würde zurückgeben"

Frankfurt 9.8.95: Hauptversammlung des IG-FARBEN-Konzerns. Während anderswo 50 Jahre Befreiung gefeiert werden, sorgen hier kleinbürgerliche AktionärInnen für ein Weiterleben eines unseligen Relikts aus dem Dritten Reich, der Interessengemeinschaft (IG) FARBEN.

Oberingenieur Max Faust von der IG-FARBEN zeigt dem 'Reichsführer SS', Heinrich Himmler, Industrieanlagen seines Konzerns in Auschwitz-Monowitz

"An diesen Aktien klebt Blut" und "IG-FARBEN sofort auflösen, Zwangsarbeiter entschädigen", diese Forderungen prangen an den Transparenten, die 50 KritikerInnen den rund 400 AktionärInnen entgegenhalten. Nur ungern nehmen die Altnazis und JungspekulantInnen Flugblätter an. Denn sie sind nicht zum Steigenberger Avance Hotel in Frankfurt gekommen, um sich mit der Geschichte ihres Konzerns auseinanderzusetzen. Für sie stehen vielmehr die nach dem Krieg enteigneten Ostgrundstücke im Mittelpunkt, deren Rückgabe die IG-FARBEN seit dem Fall der Mauer hartnäckig fordert.

Stürmisch begann die Hauptversammlung, denn kurz nach der Eröffnung durch den Aufsichtsratsvorsitzenden Ernst Krienke kam es zum Eklat. Eduard Bernhard, kritischer Aktionär und Vorstandsmitglied des *BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz)*, forderte die Zulassung von Radio- und Fernsehübertragungen: "*Es besteht ein internationales, öffentliches Interesse an dieser Versammlung*", so Bernhard. Der Kritiker wurde niedergebrüllt. "*Halt's Maul*", schrie ein aufgebrachter Aktionär: "*Ich war früher Offizier, ich weiß wie man mit solchen Leuten umgehen muß.*" Die Menge grölte zustimmend.

Fünf junge AktionärInnen sprangen auf und riefen: "*Nieder mit dem Faschismus, Hinter dem Faschismus steht das Kapital.*" Die Situation geriet völlig außer Kontrolle. "*Honeckerknechte*", "*Kommunistenpack*", "*Das ist die deutsche Jugend.*" Unter dem Jubel der Anwesenden ließ Krienke die fünf von angemieteten Schwarzen Sheriffs aus dem Saal zerren. "*Wir werden prüfen, ob wir diese Randalierer wegen Hausfriedensbruchs anzeigen können*", heizte der Aufsichtsratsvorsitzende die Menge an.

Hoch her ging es auch bei den Redebeiträgen der *Kritischen AktionärInnen*. "*Die IG-FARBEN muß sofort aufgelöst werden, das Geld soll den noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern und deren Hinterbliebenen ausbezahlt werden*", forderte Philipp Mimkes, Geschäftsführer der *Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)*. Bei seinem Versuch, dem Aufsichtsratsvorsitzenden ein Exemplar des neu erschienen Buches *Von Anilin bis Zwangsarbeit* (Rezension in diesem kassiber) über die Geschichte der IG-FARBEN zu überreichen, tobte der Saal. "*Historische Belehrungen*" habe man nicht nötig.

Peter Gingold von der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)* ging auf eine Besonderheit der IG-FARBEN-Aktien ein. Diese werden nämlich an der Börse nicht als Aktien, sondern als "*Liquidations-Anteilsscheine*" gehandelt, von Fachleuten kurz "*Liquis*" genannt. Der Nennwert - auch das eine Besonderheit - wird auch heute noch in Reichsmark an-

gegeben. "*Die Inhaber der Liquidationsanteile der IG-FARBEN besitzen mit ihren Aktien einen Anteil an der Liquidation der europäischen Juden*", verdeutlichte er die moralische Verantwortung der InhaberInnen. Auch sein Redebeitrag wurde mit verächtlichen Bemerkungen und Kopfschütteln quittiert.

Himmler in Auschwitz mit Industriellen bei der Besprechung über den Aufbau des Buna-Werkes der IG-FARBEN

Vor den teilweise tumultartigen Protesten im Saal kapititulierten zwei weitere KritikerInnen, sie brachen ihre Reden vorzeitig ab: Eva Bulling-Schröter, Bundestagsabgeordnete der PDS, konzentrierte sich in ihrer Rede auf die Rückgabe der Ostgrundstücke. Auf Kosten der SteuerzahlerInnen werde versucht, aus den enteigneten Grundstücken Kapital zu schlagen. Denn es sei völlig aussichtslos, diese Flächen tatsächlich zurück zu bekommen. Vielmehr gehe es den Verantwortlichen des Unternehmens darum, bei der Bundesregierung Entschädigungszahlungen durchzusetzen.

Die Anwälte der IG-FARBEN klagen zur Zeit bei verschiedenen deutschen Gerichten um die Rückgabe von Ländereien, die zusammengenommen die Größe des Saarlands haben. Sollte die IG-FARBEN diese Grundstücke oder den Gegenwert tatsächlich erhalten, würde der Kurs der Aktie schlagartig nach oben schnellen. Und genau darauf spekulieren viele Aktionäre.

Auch Marc Pletzer von der *Coordination gegen BAYER-Gefahren* mußte wegen der Proteste des Versammlungsleiters und aus dem Saal seine Rede vorzeitig abbrechen. Er stellte die moralische Verpflichtung der AktionärInnen in den Mittelpunkt: "*Wenn schon die Unternehmensleitung den ehemaligen Zwangsarbeitern Entschädigungszahlungen verweigert, dann sollte jeder Aktionär seine Anteilsscheine direkt an ein Opfer der IG-FARBEN verschenken.*"

Doch die Kritik an der Unternehmensleitung kam in diesem Jahr nicht nur von VertreterInnen der "*Nie wieder!*"-*Kampagne*. Besonders der überraschende Rücktritt des Ex-Bundesverkehrsministers Günther Krause erhitzte die Gemüter. Krause war 1994 zum stellvertretenden Aufsichtsratvorsitzenden gewählt worden. Von ihm versprachen sich Unternehmensleitung und AktionärInnen einen Durchbruch bei der Rückübertragung der alten DDR-Grundstücke. Denn Krause war maßgeblich an der Ausarbeitung des Wiedervereinigungsvertrags zwischen der BRD und der DDR beteiligt. Kritisiert wurde, daß der Politiker nicht zur Entlastung erschien, sondern sein Mandat kurz vor der Hauptversammlung niederlegte. Krienke bat die AktionärInnen um Nachsicht: Aufgrund der Kürze der Zeit, könne kein geeigneter Nachfolger vorgeschlagen werden. Ein auch aktienrechtlich brisanter Fall, schließlich kann eine legitime Wahl nur auf der Hauptversammlung erfolgen. Über den von Henry Matthews eingebrachten Antrag, die PDS-Abgeordnete Eva Bulling-Schröter in den Aufsichtsrat zu wählen, wurde nicht abgestimmt.

Zwei Tage vor der Hauptversammlung hatte die Kampagne "*Nie wieder!*" zu einer Podiumsdiskussion nach Frankfurt geladen. "*50 Jahre Kriegsende. 50 Jahre Befreiung des KZ Auschwitz. Die Verantwortung der IG-FARBEN*", so der Titel der Veranstaltung. Trotz Ferienzeit und großer Hitze erschienen knapp 100 interessierte BürgerInnen. Drei ehemalige Zwangsarbeiter schilderten ihre Erfahrungen aus der Zeit des Dritten Reiches. Unter ihnen Hans Frankenthal, der zusammen mit seinem Bruder im IG-FARBEN eigenen KZ schuftete. Er berichtete anschaulich, wie die Häftlinge von IG-FARBEN-Managern schon auf der Rampe aussortiert wurden. "*Die IG-FARBEN-Direktoren führten zusammen mit der SS die Selektion durch. Es ist eine Verhöhnung der Opfer, wenn sie später sagten, sie hätten von alledem nichts gewußt.*" Rund 350.000 Häftlinge haben bei der IG-FARBEN Zwangsarbeit leisten müssen. Allein im IG-FARBEN-Werk Monowitz - sieben Kilometer von Auschwitz - kamen mindestens 30.000 Menschen ums Leben. Hans Frankenthal und sein Bruder entgingen der Vergasung nur knapp.

Peter Gingold hatte als einziger seiner Familie den Holocaust überlebt. Engagiert setzte er sich in Frankfurt dafür ein, daß auch die IG-FARBEN-NachfolgerInnen Entschädigungszahlungen an ehemalige ZwangsarbeiterInnen leisten sollen. Als Vertreter polnischer ZwangsarbeiterInnen hatte Karol Gawlowski den Weg nach Frankfurt auf sich genommen, um auf die besondere Situation osteuropäischer ZwangsarbeiterInnen hinzuweisen. 45 Jahre habe es keinerlei Entschädigungen gegeben, da sich Deutschland stets geweigert habe, in kommunistische Länder Geld zu transferieren. Erst Anfang der neunziger Jahre wurde eine Stiftung der Bundesrepublik Deutschland errichtet, von der den Betroffenen ein einmaliger Betrag von durchschnittlich 500 DM gezahlt wurde. Diese Zahlungen seien zwar als Gesten des guten Willens verstanden worden, aber für die heute hochbetagten und oftmals gesundheitlich angeschlagenen Überlebenden nicht genug. Die meisten leben heute ohne Altersversorgung. Gawlowski selbst arbeitete in zwei deutschen Firmen und saß wegen eines Fluchtversuchs in insgesamt 12 Gefängnissen. Die beiden Bundestagsabgeordneten Eva Bulling-Schröter (PDS), Jürgen Rochlitz (Bündnis 90/Die Grünen) und der kritische BAYER-Aktionär Hubert Ostendorf stellten die moralische Verantwortung der Nachfolgekonzerne in den Vordergrund.

Kampagne "Nie wieder"

Hintergrund

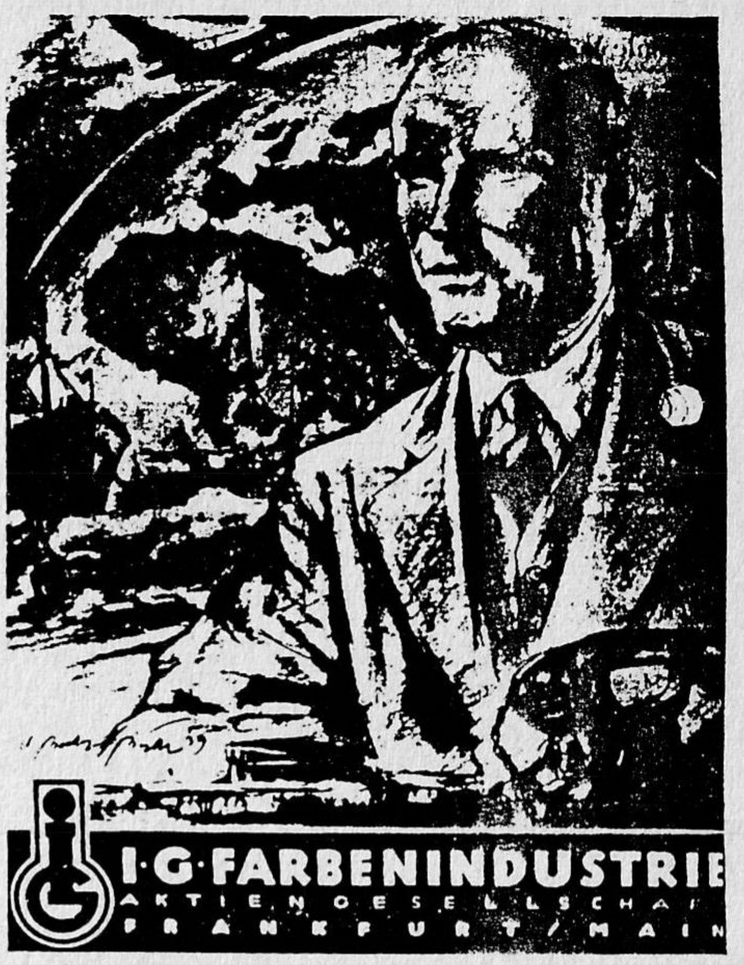
Schon früh unterstützten die IG-FARBEN - ein Zusammenschluß von BASF, Bayer und Hoechst und einigen kleineren Chemieproduzenten - die Nationalsozialisten finanziell. Als einziger Konzern richtete die IG-FARBEN ein eigenes KZ ein: Das Konzentrationslager Auschwitz-Monowitz. Mehr als 30.000 Häftlinge wurden hier durch "*Arbeit vernichtet*". Die IG-FARBEN lieferten auch das berüchtigte Zyklon B und erleichterte den Nazis damit den millionenfachen Mord an der jüdischen Bevölkerung, an Sintis, Kommunisten, Christen .... Bereits 1945 ordneten die Alliierten, wohlwissend um die Mittäterschaft, die Auflösung des Chemiekartells an und enteigneten die IG-FARBEN. Seither befindet sich die IG-FARBEN AG in Liquidation. De facto werden ihre Anteilsscheine immer noch am Markt von Spekulanten gehandelt. Seit dem Fall der Mauer schielt man hier auf Rückübertragung von Grundstükken aus der ehenmaligen DDR. Die Nachfolgefirmen BASF, Bayer und Hoechst sind heute größer und mächtiger als es die IG-FARBEN jemals waren. 90 Prozent des Konzernvermögens der alten IG-FARBEN teilten sie unter sich auf. Bereits kurz nach Kriegsende saßen in den Vorstandsetagen wieder die gleichen alten Herren. Auch 50 Jahre nach Kriegsende warten noch Tausende von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen des Konzerns und ihre Hinterbliebenen auf eine späte Gerechtigkeit. Die, welche unter unmenschlichen Bedingungen für die Gewinne des IG-FARBEN-Konzerns schuften mußten, erhielten für ihre unfreiwilligen Dienste bislang bestenfalls ein Taschengeld als Entschädigung.

Kampagne "Nie wieder!"

Unter der Forderung *"Nie wieder!"* hat sich ein breites Bündnis zusammengeschlossen. Opferverbände und kritische Aktionäre der Nachfolgefirmen fordern gemeinsam die Entschädigung der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen. Beteiligt sind unter anderen die kritischen AktionärInnen der NachfolgerInnen BASF, Bayer und Hoechst sowie das Auschwitz-Komitee, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, der Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem Naziregime. Ihre Forderungen werden mittlerweile von den Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, PDS, JUSOS sowie von über 50 weiteren Organisationen und Vereinen und Hunderten von Einzelpersonen unterstützt.

Die für die IG-FARBEN-Verbrechen verantwortlichen Manager aus der Wirtschaft müssen öffentlich benannt werden. Die IG-FARBEN-Firmen BASF, Bayer und Hoechst und die immer noch existierende IG-FARBEN i.A. (in Auflösung) müssen anläßlich dieses Gedenkjahres mit ihrer Schuld konfrontiert werden. Die IG-FARBEN-ZwangsarbeiterInnen und ihre Hinterbliebenen müssen endlich entschädigt werden, auch durch die Nachfolgefirmen BASF, Bayer und Hoechst. Die Nachfolgefirmen müssen die Finanzierung und den Erhalt der die IG-FARBEN betreffenden Gedenkstätten Auschwitz und Schwarzheide sicherstellen. Die IG-FARBEN-NachfolgerInnen müssen endlich den freien Zugang zu ihren Archiven gewähren. Die IG-FARBEN i.A. muß sofort aufgelöst, der Handel mit diesen "Blut-Aktien" muß sofort unterbunden werden. Pensionszahlungen an ehemalige IG-FARBEN-Verantwortliche müssen sofort eingestellt werden. Noch ist die Kampagne *"Nie wieder!"* nicht beendet. Weitere UnterstützerInnen werden gesucht.

Kontaktadresse: "Nie wieder!", Postfach 150418, 40018 Düsseldorf, Tel. 0211-333911, Fax 0211-333940.
Spendenkonto: 10179610 bei der Ökobank Frankfurt, BLZ 50090100.



IG-FARBEN-Werbung aus dem Gründungsjahr des Farb-Werkes Auschwitz

Sinn und Unsinn von Strafe

Die Vorstellung, staatliches Strafen müsse Sinn haben, ist heute selbstverständlich

Drei Zuschreibungen von Sinn sind vorbereitet: 1. Strafe verhindert Verbrechen. 2. Strafe entspricht Strafbedürfnissen. 3. Strafe stabilisiert gesellschaftliche Hierarchien. Die erste Zuschreibung ist empirisch widerlegt. Die zweite und dritte Zuschreibung sind spekulativ. Der Sinn staatlichen Strafens ist also kaum zu erkennen. Pädagogen geben jedoch zu erkennen, daß mit einer empirisch fundierten und an Nützlichkeitserwägungen orientierten Strafkritik impliziert die Vorstellung bestritten werde, der Mensch handele verantwortlich.

Die uns heute selbstverständliche Vorstellung, nach der Strafe einen über die bloße Herrschaftsdarstellung hinausweisenden Sinn haben müsse, ist modernen Ursprungs. In dieser Zeit begannen Strafrechtsphilosophen darüber nachzudenken, ob Strafe Gesetzestreue ihrer Adressaten herstellen könne und solle. Zuvor galt Strafe als ein Instrument der Herrschenden, mit dem demonstriert wurde, wer das Sagen hat. Dies ist der Figur staatlichen Strafens auch heute noch ein wenig anzumerken. Es geht ja nicht um den Ausgleich des von dem Straftäter angerichteten Schadens. Dies ist eine Frage, die in modernen Gesellschaften von der Zivilgerichtsbarkeit und neuerdings von Einrichtungen des sogenannten Täter-Opfer-Ausgleichs behandelt wird. Strafe ist eine von öffentlich-rechtlich legimitierten Organen angeordnete und vollzogene absichtsvolle Übelzufügung. Ihre Wirkungen sind vor allem entlang zweier Dimensionen beschreibbar: sie verringert die sozialen Teilnahmechancen des Bestraften - besonders drastisch: die Gefängnisstrafe - und/oder sie diskreditiert ihn.

Rechtshistoriker sagen uns, daß Strafe in diesem Sinne keine zeitlose Erscheinung ist. Erst mit der Entstehung herrschaftlich und staatlich organisierter Gesellschaften sei das bis dahin geltende Prinzip des Interessen- und Schadensausgleichs, an dem sich die Bearbeitung von Normverletzungen orientiert habe, durch Strafe ergänzt oder ersetzt worden. Herrschaftsinteressen hätten auf die Abschöpfung des Mehrprodukts der beherrschten Arbeitenden gesonnen - dies mit Erfolg. Mit der Entstehung von Staaten seien herrschaftliche Privilegien in Rechte umgewandelt worden. Den Sanktionen, die bei Verstößen gegen diese Rechte erfolgt seien, sei eine besondere Legitimität zuerkannt worden.

Dieser These zufolge erhält normverletzendes Verhalten unter den beschriebenen sozialen Bedingungen einen dramatischen Bedeutungszuwachs. Es ist nicht mehr nur Anlaß für Schadensausgleich. Es wird das falsche, das verachtenswerte Verhalten, das sich gegen das mit besonderer Würde ausgestattete "Ganze" richtet. Damit gewinnt auch die Reaktion auf solches Verhalten an Bedeutung. Strafe ist nicht Verpflichtung zum Schadensausgleich. Ihre Bedeutung entspricht ihrer Gerichtetheit gegen das verachtete Verhalten. Auch sie ist danach das Ergebnis der geglückten Verallgemeinerung von Sonderinteressen, die den Staat begründen oder sich seiner bemächtigen.

Stellt Strafe Normkonformität her?

Strafe als - wie wir jetzt sagen müssen: verdeckte - Darstellung von Herrschaft, als Instrument zu deren Erhaltung: das war für Aufklärer, das ist für uns nicht hinnehmbar. Also neigten sie, neigen wir dazu, Strafe einen darüber hinausweisenden Sinn zu geben. Strafe soll Gesetzestreue oder allgemeiner: Normkonformität herstellen. So lautet die am weitesten verbreitete Sinnzuschreibung. Sie wird in zwei sich ergänzenden Varianten vorgetragen. Die eine lautet: Strafe werde auf den Bestraften so einwirken, daß dieser Normverletzungen künftig unterlasse. Unterstellt wird oft, Strafe lasse den Bestraften annehmen, daß sich Normver-

letzung nicht lohne. Juristen fassen solche Annahmen mit dem Begriff *Spezialprävention*. Die andere Sinnzuschreibung lautet: Dritte würden durch Strafe von Normverletzungen abgehalten. Strafdrohungen würden ihr Verhalten ebenso beeinflussen wie Bestrafung anderer. Sie würden entweder von Normverletzungen abgeschreckt oder zu einer Bejahung der in Frage stehender Norm veranlaßt. Juristen fassen solche Annahmen mit dem Begriff *Generalprävention*.

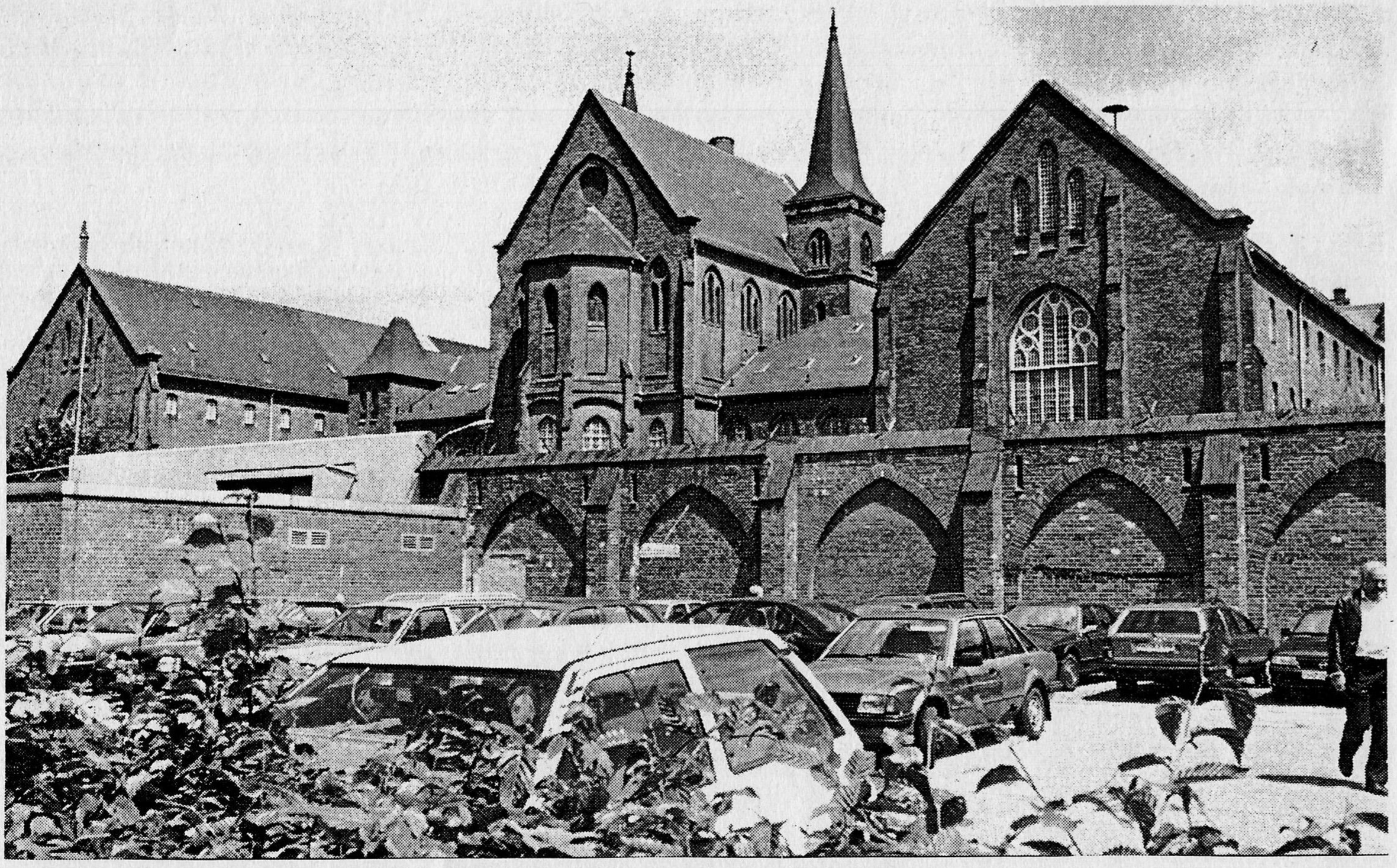
Kriminologische Untersuchungen der letzten Jahrzehnte tragen wenig zur Bestätigung spezial- und generalpräventiver Annahmen und damit wenig zur Legitimierung staatlicher Strafe bei.

Gegen *spezialpräventive* Annahmen sprechen Ergebnisse von Rückfälligkeitsuntersuchungen. Ein Typ solcher Untersuchungen setzt Strafhöhe und Rückfallhäufigkeit zueinander ins Verhältnis. Eine derartige Untersuchung, die sich auf Jugendliche bezog, ergab, daß die beste spezialpräventive Wirkung das Einstellen des Verfahrens hatte. Die schlechteste spezialpräventive Wirkung hatte Dauerarrest und Jugendstrafe. Nun mag man bezweifeln, daß hier "Wirkungen" ermittelt worden sind (was tatsächlich schwierig ist). Gerade der Umstand, daß Sanktionsschwere und Rückfälligkeit zusammenhängen, mag mit Merkmalen der Bestraften erklärt werden können. Beides könnte auf ausgeprägte kriminelle Neigungen der Bestraften hinweisen. Gegen die Annahmen sprechen jedoch Rückfälligkeitsuntersuchungen, die darauf abzielen, die Wirkungen von Merkmalen der Bestraften - Sozialisationsdefizite, psychische Defizite - von Wirkungen zu isolieren, die Strafen haben. Untersuchungen von dieser Art kommen zu dem Ergebnis, daß Strafwirkungen, insbesondere Wirkungen von Arretierungen, die Rückfälligkeit deutlich stärker beeinflussen als unabhängig von Strafe bestehenden Merkmale der rückfälligen Personen. Die Regelmäßigkeit, mit der solche oder ähnliche Ergebnisse ermittelt werden, hat zur Bildung des Begriffs "kriminelle Karriere" beigetragen, demzufolge Strafe soziale Bedingungen schaffe, die künftiger Kriminalität der Bestraften förderlich sei.

Kriminologische Untersuchungen zur *Generalprävention* haben sich in den vergangenen Jahren auf die Überprüfung der Annahme konzentriert, daß Strafdrohungen Konformitätseffekte hätten. Überprüft wurden vor allem zwei Varianten dieser Annahme: 1. Die Abschreckung variiert mit der Einschätzung der Strafschwere. 2. Die Abschreckung variiert mit der Entdeckungsrisikoeinschätzung. Die Ergebnisse dieser Überprüfungen sprechen eher gegen diese Annahmen. So wurde einer repräsentativen Stichprobe von Jugendlichen - sie sind unter Verurteilten überrepräsentiert - ein Katalog von Deliktarten mit der Bitte vorgelegt, die entsprechenden Strafen und das Risiko, bei einer dieser Deliktarten entdeckt zu werden, einzuschätzen. Dieselben Jugendlichen wurden im folgenden Jahr gebeten, von ihren in dem zurückliegenden Jahr begangenen Delikten zu berichten. Außerdem wurden ein bis zwei Jahre später die diese Jugendlichen betreffenden Straftateneinträge im Bundeszentralregister ermittelt. Ergebnisse waren: Kein Zusammenhang war zu erkennen zwischen Straftaten und Strafschwereeinschätzung. Ein sehr schwacher Zusammenhang war zu erkennen zwischen Straftaten und Entdeckungsrisikoeinschätzung. Dieser Zusammenhang fiel bei schweren Straftaten (Raub, Körperverletzung, Betrug, Fahrzeugdiebstahl, schwerer Diebstahl) am schwächsten aus, war teilweise nicht erkennbar.

Befriedigt Strafe Strafbedürfnisse?

Wenig spricht also für die Annahme, daß staatliches Strafen und Strafdrohungen Straftaten verhindern. Solche Ergebnisse stehen im Einklang mit den jedermann bekannten, wiederholt in Massenmedien verbreiteten Daten zur Präventionswirkung der Todesstrafe, die stets zeigt, daß von dieser Strafe keine Abschreckung ausgeht. Gleichwohl wird an Strafforderungen festgehalten, gibt es viele die sich für die Todesstrafe aussprechen - in der Bundesrepublik Deutschland sind es zwischen 30 und 40 Prozent der Bevölkerung. Solche Befunde haben - vor allem psychoanalytisch orientierte - Kriminologen zu der Annahme veranlaßt, der (von ihnen meist mißbilligte) Sinn von Strafe habe weniger mit möglichen Konformitätswirkungen, sondern damit zu tun, daß in der Bevölkerung Strafbedürfnisse verbreitet seien. Kriminalität und Strafe entspächen tief verankerten menschlichen Neigungen, die mühsam unterdrückt werden müßten. Erführen wir, daß Kriminalität, daß jenen Neigungen zu folgen, möglich sei, gerate unser "Ich" in Bedrängnis. Die Vorstellung bringe sich zur Geltung, die Zügelung der Kriminalitätsneigung habe sich nicht gelohnt. Das "Ich" versuche sich zu wehren, indem es nach Strafe rufe. Nahe verwandt ist diesem Versuch, Strafneigungen zu erklären, die Annahme, mit der Strafe würden Mängelgefühle der Strafe fordernden in die zu Bestrafenden projiziert. Das Gebot der Trieb- und Bedürfnisunterdrückung wecke - da ihm nur unvollkommen entsprochen werden könne - Schuldgefühle, die sich in Strafandrohungen entlüden. Der Kriminelle biete sich als Adressat solcher Drohungen an, weil er gegen das Aggressionsvermögen verstoßen habe und als Überführter wehrlos sei.



Die Suche nach dem Sinn staatlicher Strafe ist beschwerlich: Männerknast Bremen-Oslebshausen

Kriminal*soziologen* halten nicht viel von solchen Erklärungen des Sinns von Strafe. Sie bemängeln deren Gesellschaftsenthobenheit. "Die Bevölkerung", "menschliche Neigungen" seien unzuverlässige Abstraktionen. In der soziologisch orientierten Diskussion zur Strafe spielt die Annahme eine prominente Rolle, daß die Artikulation von Strafforderungen dem Bedürfnis folge, als Gesellschaftsmitglied akzeptiert zu sein. Diese Annahme geht davon aus, daß das Interesse an Strafe meist mit einer Verachtung des Straftäters verbunden ist. Indem wir Strafe rechtfertigen, können wir unsere Normkonformität demonstrieren und damit zeigen, daß wir auf der richtigen Seite stehen. Der Vorzug dieser These gegenüber den psychoanalytischen Erklärungen besteht unter anderem darin, daß mit ihr empirisch überprüfbare Hypothesen formuliert werden können. Ist diese These richtig, so wäre zu erwarten, daß Personen, die ihre Anerkennung als Gruppen- oder Gesellschaftsmitglied gefährdet glauben, ein besonderes Interesse an der Artikulation von Strafforderungen haben.

Die Massenkommunikationsforschung hat sich mit dieser Erwartung befaßt. Die Ergebnisse, die sie vorlegt, sind allerdings nicht sehr überzeugend. Sie zeigen beispielsweise, daß unter Personen, die regelmäßig Fernsehsendungen sehen, die zur Verfolgung Krimineller auffordern, Angehörige unterer sozialer Schichten überrepräsentiert sind. Dies widerspricht jener These nicht, ein harter Beleg ist es aber auch nicht. Präsent halten sollte man sich im übrigen: Es geht bei jener These um das Reden über das Empfinden zugunsten von Strafe. Ob die, die so reden und empfinden, Strafe auch wirklich ausgeführt sehen wollen, steht dahin. Neueren Untersuchungen zufolge scheint staatliches Strafen vor allem eine "diskursive" Existenz zu haben. Man bedient sich gern seiner Begrifflichkeit, und zwar gerade, wenn es nicht darum geht, konkrete Konflikte zu regeln. Diese Begrifflichkeit ist für uns eine Ressource eher des alltäglichen Klatsches, der alltäglichen Diskriminierung Abwesender, weniger eine Quelle der Rechtsfindung. Als solche wird sie gerade auch von denen selten in Anspruch genommen, die Opfer von Verbrechen sind. Natürlich sind sie an Schadensausgleich, an Veränderungen von Situationen interessiert, die sie beeinträchtigen. Nach staatlicher Strafe wird aber nur selten verlangt. Kriminalsoziologen nehmen an, daß das Konfliktlösungsangebot, das vom Strafrecht ausgeht, für Opfer Abstraktionen darstellt, die in konkreten Situationen nicht als Hilfsmöglichkeiten wahrgenommen werden. Konflikte mit anderen werden von uns selten als "Kriminalität" oder "Gewalt" definiert.

Strafe und Sozialstruktur

Die Suche nach dem Sinn staatlicher Strafe ist beschwerlich. Das entmutigt Kriminologen nicht. Was ist, muß Sinn haben! So wäre noch von einer ganzen Reihe von Überlegungen zu berichten, die zur Erklärung staatlichen Strafens beitragen sollen: Von der Annahme z.B., daß die Strafrechtsproduktion politischen Akteuren erlaube, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, oder von der Annahme, das Strafrecht sei nützlich, weil es Einrichtungen begründe, die als "Notar" bei der Schadensregulierung fungierten usw. Solche Erklärungen gehen ersichtlich nicht aufs Ganze. Die neben den Thesen zum Verhältnis von Strafe und Normkonformität und den Thesen um Verhältnis von Strafe und Strafbedürfnissen dritte auf umfassende Erklärungen von Strafe zielende Gruppe von Thesen setzen staatliches Strafen und Gesellschaftsstruktur zueinander ins Verhältnis.

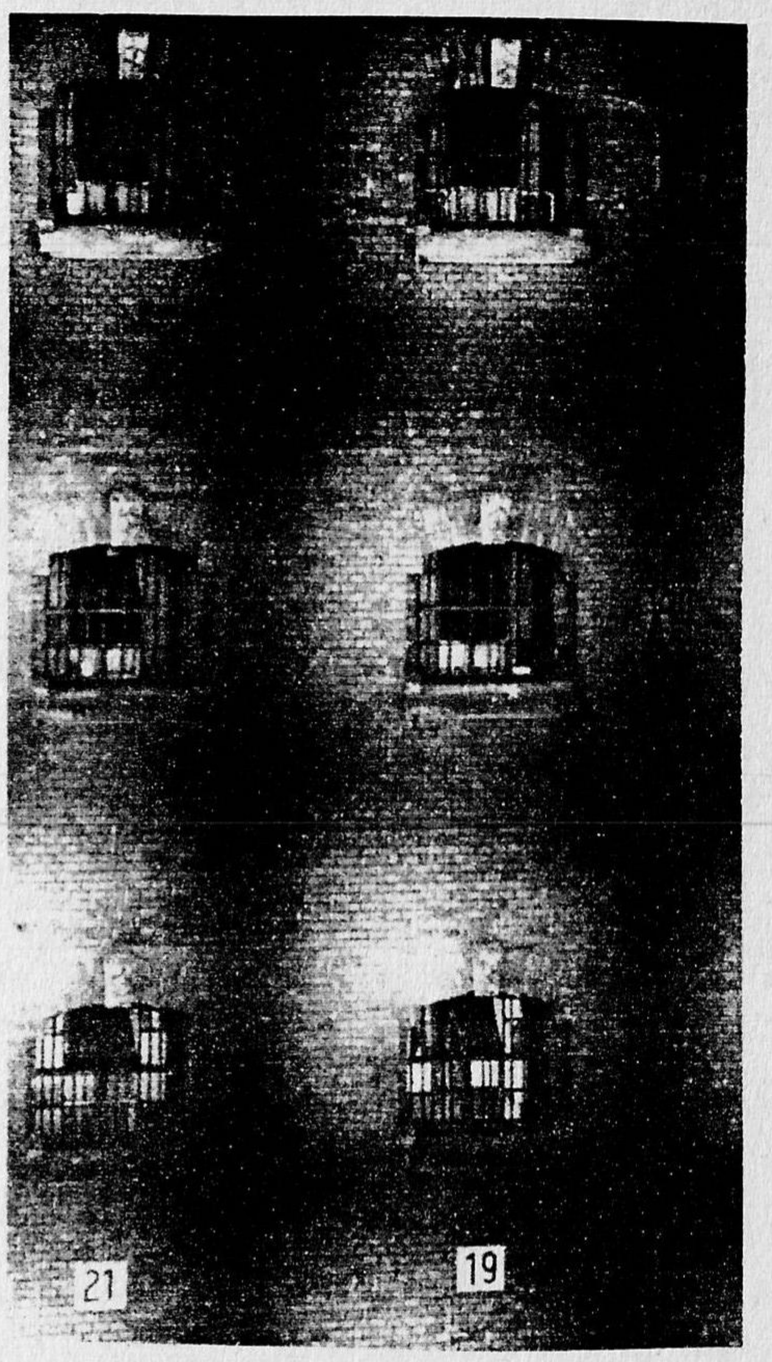
Ausgangspunkt ist die Beobachtung, daß die Strafjustiz schichtenselektiv sanktioniert: Unter Verurteilten sind Angehörige unterer sozialer Schichten überrepräsentiert. Dies ist verbreiteten kriminologischen Annahmen zufolge nicht das Ergebnis einer objektiven Kriminalitätsregistrierung. Kriminalität lasse sich gar nicht registrieren, sie werde vielmehr zugeschrieben. Von einem Diebstahl z.B. könne der Richter nur sprechen, wenn er rechtswidrige "Zueigungsabsicht" annähme (vgl. 242 StGB). Zueignungsabsicht aber liege nicht offen zutage. Sie werde aufgrund von sozialen Zusammenhängen, in denen der Verdächtige gesehen wurde, zugeschrieben. Und die sozialen Zusammenhänge, in denen sich Angehörige unterer sozialer Schichten bewegten, legten solche Zuschreibungen eher nahe als andere soziale Zusammenhänge.

Der Befund der Schichtenselektivität der Strafjustiz hat einige Kriminologen zur Formulierung einer Reihe etwas holzschnittartiger "funktionalistischer" Thesen geführt, zu Thesen, die an der Vorstellung orientiert sind, daß die Sanktionspraxis - ohne daß die Richter darauf abzielten - beitrage zur Erhaltung der gesellschaftlichen Hierarchie. Etwas anspruchsvoller sind Erwägungen, die Schichtenselektivität der Strafjustiz in Zusammenhang zu bringen mit Argumenten zur Legitimität der gesellschaftlichen Hierarchie. Eines dieser Argumente lautet ja, daß Personen, höhere soziale Status innehaben, weil sie gesellschaftliche Werte und Normen besser repräsentieren als andere. Die Kriminalstatistik taugt also als Beleg für die Triftigkeit dieses Arguments.

Solche Sinnzuschreibungen folgen natürlich einer gesellschaftskritischen Parteilichkeit, die die Gerechtigkeit durch Strafe verletzt sieht. Sie werden strittig bleiben. Ziemlich umstritten ist indes der empirische Ausgangspunkt: die Schichtenselektivität der Sanktionspraxis. Er legt Deutungen nicht fest. Es gibt seit einiger Zeit eine kriminologische Richtung, die sich an dieser Selektivität nicht stört. Selektivität der Sanktionspraxis müsse sein. Würden statushohe und/oder würden viel mehr Personen als gegenwärtig bestraft, würde das die Geltung der in Frage stehenden Normen gefährden. Dies aber würde das Rechtsvertrauen untergraben. Es komme auf die richtige Dosierung der Strafhäufigkeit an. Staatliches Strafen müsse in gewisser Häufigkeit sein. Dies bestätige die normative Ordnung. Darin liege der Sinn staatlichen Strafens.

Reformbemühungen

Empirische Untersuchungen sprechen eher gegen die Annahme, Strafe habe Sinn, plausibel dagegen sind gesellschaftliche Spekulationen und konservative Zynismen. In solcher Lage mehren sich die Stimmen, die für eine Änderung der strafrechtlichen Bearbeitung von Kriminalität plädieren. Empfohlen und praktiziert wird im Jugendbereich die sogenannte Diversion: die Umgehung der Strafe durch erzieherische Maßnahmen, durch eindringliche Gespräche, zum Beispiel. Empfohlen und praktiziert wird - ebenfalls (im wesentlichen) im Jugendbereich - der sogenannte Täter-Opfer-Ausgleich, also der Strafverzicht. Es gibt mittlerweile eine Abolitionismusbewegung (to abolish = abschaffen), die sich für die Abschaffung staatlichen Strafens einsetzt. Namentlich in Skandinavien sind die Aktivitäten dieser Bewegung der Aufmerksamkeit der offiziellen Kriminalpolitik nicht entgangen.



Strafe und Verantwortlichkeit

Sozialpädagogen weisen indes darauf hin, daß sich die Suche nach dem Sinn der Strafe und die Reaktionen auf den Mißerfolg dieser Suche stets an simplen Nützlichkeitsmaximen orientieren: Es komme auf die Normkonformität, auf die Befriedigung von Strafbedürfnissen, auf das Funktionieren der Mechanismen zum Erhalt und zur Entwicklung menschlicher Persönlichkeit an. Strafe reagiere auf Schuld. Schuld sei ein Begriff, der die Verantwortlichkeit des Handelnden postuliere. Mit der Strafkritik verbreitet sich die Vorstellung, daß Handeln dem Handelnden nicht mehr zurechenbar sei. Das Bild des Menschen als Marionette werde so verbreitet: Strafe wirke dem entgegen. Mit ihr werde der Handelnde als Verantwortlicher wahrgenommen.

Helge Peters

Prof. Dr. Helge Peters (56) ist Hochschullehrer am Institut für Soziologie der Universität Oldenburg, Sein Forschungsschwerpunkt: Soziologie abweichenden Verhaltens und sozialer Kontrolle.

aus: Einblicke (Uni Oldenburg) Nr.20, Oktober 1994

Hintergründe des Hinrichtungsbefehls gegen Mumia Abu-Jamal

Selektierende Anthropologie

G. Bush: "Mumia Abu-Jamal hat einen fairen Prozeß bekommen"

Als Richter A. Sabo am 15.9.95 den Wiederaufnahmeantrag für das Verfahren gegen den zum Tode verurteilten Mumia Abu-Jamal ablehnte, legte er eine 154 Seiten lange Begründung vor, die sich kurz zusammenfassen läßt: Die neu vorgelegten Beweismaterialien für Abu-Jamals Unschuld seien nicht stichhaltig.

Folglich ist Abu-Jamal noch immer nicht in Freiheit.Im ersten Teil des folgenden Artikels sollen einige, häufig unberücksichtigte Aspekte der Entstehung der Todesstrafe in den USA dargestellt werden. Dabei bleibt zu berücksichtigen, daß insbesondere Anthropologen zur Verbreitung ihres Gedankengutes vorgaben, in eigenen *"Untersuchungen"* wissenschaftlich objektiv vorzugehen, während Argumenten gegen die Todesstrafe eine wissenschaftliche Subjektivität unterstellt wurde, mit der jedwede Kritik an der Todesstrafe zunichte gemacht werden konnte. Im zweiten Teil dieses Textes wird die Durchsetzung der Todesstrafe in den USA beschrieben, wobei besonderes Augenmerk auf die derzeitige Situation von Mumia Abu-Jamal gelegt werden soll.

"Die Wissenschaft" war es, die um die Jahrhundertwende einer weitestgehend rassistischen Gesellschaft Argumente zur Selektion krimineller Menschen lieferte. Insbesondere die Kombination zweier im folgenden stark verkürzt dargestellter "kriminalanthropologischer" Kernthesen verdeutlicht die Rolle "der Wissenschaft" als Wegbereiterin der Todesstrafe:

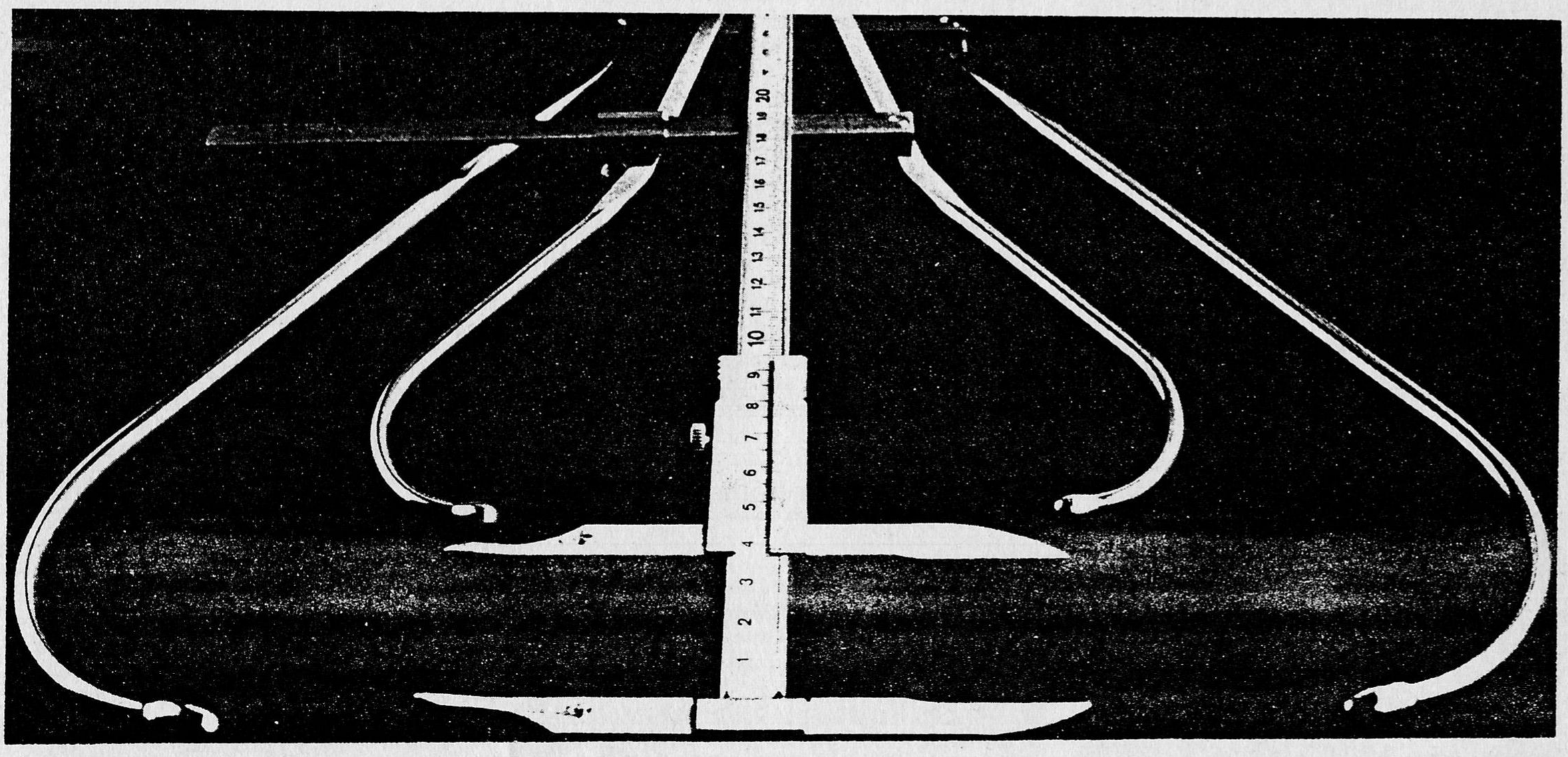
» 1. Der einflußreiche italienische Anthropologe C. Lombroso war wie viele zeitgenössische Biologen der Ansicht, verbrecherische Eigenschaften seien erblich. *"Wir stehen unter stummen, unabänderlichen Gesetzen, welchen die Gesellschaft mehr gehorcht, als den geschriebenen. Das Verbrechen tritt demnach wie eine Naturerscheinung auf."* (1) Und: *"Unleugbar existiert eine Art von Verbrechern, die zur Sünde geboren sind, gegen welche alle soziale Abhilfe sich nutzlos erschöpfen würde, was uns zu ihrer vollständigen Ausrottung, selbst durch den Tod zwingt."* (2)

» 2. 'Kriminalität' sei das Normalverhalten 'tieferstehender' Völker, 'Kriminelle' mit 'minderwertigen' Gruppen zu vergleichen. *"Ich würde den Verbrecher mit einem Wilden vergleichen, der durch einen Atavismus* (das Wiederaufleben vergangener entwicklungsgeschichtlicher Eigenarten, B.F.) *in der heutigen Gesellschaft auftritt; wir können davon ausgehen, daß er als Verbrecher geboren wurde, weil er als Wilder geboren wurde."* (3)

Von diesen Thesen ausgehend setzten sich Anthropologen immer wieder energisch für die Todesstrafe ein; folgende Aussagen dokumentieren lediglich einen kleinen repräsentativen Teil ihres Gedankenguts: *"Der Atavismus macht uns auch die Unwirksamkeit der Strafe gegenüber den geborenen Verbrechern und die Tatsache der beständigen ziffermäßigen und periodischen Wiederkehr bestimmter Verbrechen begreiflich."* (4) Und weiter: *"Sie haben uns geile, reissende Affenmenschen vorgeführt: Es ist klar, daß sie als solche nicht anders handeln können als sie es eben tun; wenn sie vergewaltigen, rauben, töten, so geschieht dies Kraft ihrer Vergangenheit, aber es ist ein Grund mehr, sie zu vernichten, wenn man weiß, daß sie Tiermenschen sind und immer bleiben werden. In dieser Hinsicht habe ich nichts gegen die Todesstrafe, insofern die Gesellschaft hierin ihren Vorteil findet."* (5) Auch Darwins Theorie der Abstammungslehre wurde als höchste Rechtfertigung der Todesstrafe zitiert: *"Ich bin der Meinung, daß wir der Todesstrafe überall und jeden Augenblick als einem Gesetz des Weltalls begegnen. Das allgemeine Entwicklungsgesetz zeigt uns auch, daß der Fortschritt jeder Art auf einer beständigen Auslese beruht, indem Individuen, die dem Daseinskampfe nicht gewachsen sind, dem Tode verfallen. Diese Auslese kann beim Menschen wie bei den Tieren künstlich oder natürlich sein. Wenn also die menschliche Gesellschaft durch die Ausrottung antisozialer, nicht anpassbarer Individuen eine künstliche Auslese vollzöge, so entspräche das den Naturgesetzen."* (6) Darüberhinaus wird damals wie heute häufig über Vorteile der Todesstrafe im Sinne einer Eugenik berichtet: Das Erbgut (7) könne rein, die Gesellschaft könne hochwertig gehalten werden, wenn Kriminelle mittels Todesstrafe selektiert würden (8, 9).

Zusammenfassend bleibt nach einem Bericht des internationalen Kongresses der Kriminalanthropologie festzuhalten, es sei *"die Persönlichkeit des Verbrechers anstelle der objektiven Schwere des Verbrechens zum Hauptgegenstand und Prinzip der Regeln der Strafjustiz zu machen"*. (10)

Diese wesentlichen Grundzüge der die Todesstrafe einschließenden Rechtspflege sind heutzutage in den Verschärfun-



Anthropometrische Instrumente: Schmachvolle Vergangenheit, humane Gegenwart

gen der US-amerikanischen (11) Strafjustiz wieder allgegenwärtig (12).

Unter Bill Clinton wurde, nachdem er in seiner Amtszeit als Gouverneur mindestens zehn Hinrichtungsbefehle unterzeichnet hatte, dafür gesorgt, daß nicht nur Polizei- und Gefängnisapparat ausgebaut, sondern auch 47 weitere Delikte in den Todesstrafenkatalog der USA aufgenommen wurden (13).

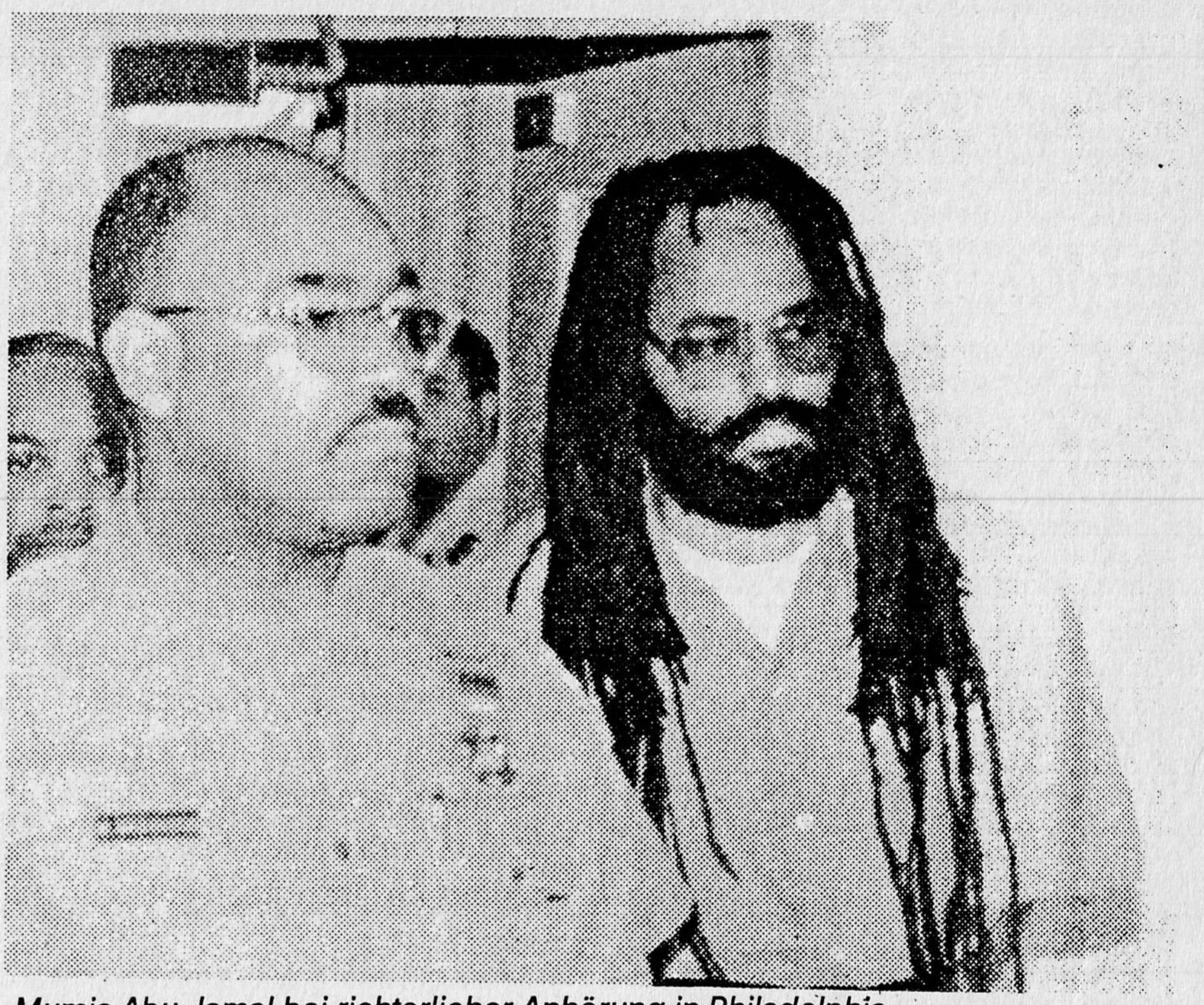
Seit Mitte März 1995, als der US-Staat New York die Todesstrafe wieder einführte, gilt diese mittlerweile wieder in 38 der 50 US-Staaten. Das frühere Gesetz über die Todesstrafe in New York war nach der bislang letzten Hinrichtung 1963 von mehreren Gerichten für ungültig erklärt worden.

In Pennsylvania ist die Todesstrafe seit 33 Jahren nicht mehr vollstreckt worden. Hier wurde kürzlich angekündigt, 109 Todesurteile 'abzusegnen' (14), im Sommer 1995 fand bereits eine Hinrichtung statt. Ein weiteres dieser Urteile richtet sich bekanntlich gegen Mumia Abu-Jamal. Ihm wird vorgeworfen, 1981 den weißen Polizisten Faulkner erschossen zu haben, als dieser den Wagen von Abu-Jamals Bruder gestoppt habe. Abu-Jamal gelang es durch kompetente Anwälte und eine internationale Solidaritätskampagne, ein Wiederaufnahmeverfahren zu beantragen, in dem sich die Beweise für seine Unschuld nun verdichteten: Der Zeuge A. Howard berichtete nach Angaben des Solidaritätsbüros erstmals über seine eigene Verhaftung in der Nacht nach dem Tod des Polizeibeamten D. Faulkner. Begründet wurde die Verhaftung mit dem Fund von Howards Führerschein in der Hand des Toten. Nach eigener Aussage hatte der Zeuge Howard seinen Führerschein an einen Dritten, K. Freeman, verliehen, der ebenfalls in dieser Nacht verhaftet wurde. In einer Gegenüberstellung identifizierte C. White, die spätere Kronzeugin des Verfahrens von 1981, Freeman als den Mann, der die Schüsse auf Faulkner abgegegeben hatte. Kurz danach widerrief sie ihre Aussage und beschuldigte von nun an Abu-Jamal, geschossen zu haben. Weder die Verhaftungen von Howard und Freeman noch die Ergebnisse ihrer Gegenüberstellung mit White sind von der Staatsanwaltschaft jemals zu Protokoll gegeben oder der Verteidigung zugänglich gemacht worden. Freeman wurde 1984 tot aufgefunden. Er war mit Handschellen gefesselt, die Todesursache war vermutlich eine Überdosis Drogen (15).

Ein weiteres Indiz für Abu-Jamals Unschuld betrifft die Autopsie des getöteten Polizisten. Eine von den Kugeln im Körper des toten Polizeibeamten war die Kugel aus einer Pistole mit 44er Munition. Die Pistole, die Abu-Jamal als Taxifahrer legal bei sich trug, war eine Pistole mit 38er Munition. Den Geschworenen wurde dieses Ermittlungsergebnis ebenso verschwiegen, wie die kürzlich bekannt gewordene Tatsache, daß der Einschußwinkel der Kugel mit der Version der Zeugin der Anklage nicht übereinstimmte. Darüberhinaus behauptete die Staatsanwaltschaft ursprünglich, Abu-Jamal hätte im Krankenhaus, als er selbst lebensgefährlich verletzt auf seine Behandlung wartete, gestanden, er habe den Polizeibeamten angeschossen, und er hoffe, daß der Polizeibeamte sterbe. Der Polizeibeamte jedoch, der Abu-Jamal im Krankenhaus zu bewachen hatte, verfaßte damals einen Bericht, in dem ausdrücklich steht, daß Abu-Jamal keine Aussage machte (16).

Am 7.August 1995 wurde Mumia Abu-Jamals Hinrichtungsbefehl aufgehoben. Richer Sabo begründete seinen Beschluß mit den Worten: "*Das Gesetz schreibt vor, daß diesem Angeklagten ausreichend Zeit gewährt wird, bis der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania und der Oberste Gerichtshof der USA über seinen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens entschieden haben... Dies ist bis zum 17.August nicht möglich.*" Daraufhin trat Oberstaatsanwalt Joey Grant, der die Anklage sehr aggressiv vertreten hatte, unerwartet als Bezirksanwalt zurück.

"*Wahre Gerechtigkeit hingegen*", so schreibt Mumia, "*erfordert mehr als eine Aussetzung der Hinrichtung - sie erfordert eine komplette Aufhebung dieser klaren politischen Bestrafung. Sie verlangt mehr: Sie verlangt die engagierte Mobilisierung unserer 'Communities', um einem System zu widerstehen, das repressiver ist als Südafrika, um endlich diese rassistische Todesstrafe abzuschaffen. Sie verlangt nach der Freiheit aller politischen MOVE-Gefangenen und aller politischen Gefangenen, welcher Überszeugung sie auch seien. Sie verlangt nach einer fortwährenden Revolution, um die Kräfte dieses Neo-Apartheid-Staates zurückzuschlagen!*"



Mumia Abu-Jamal bei richterlicher Anhörung in Philadelphia

Bruno Fabig

Anmerkungen

(1) Lombroso, C.: Der Verbrecher in anthropologischer, ärztlicher und juristischer Beziehung, Hamburg 1894, S.536.

(2) Lombroso, C.: Die Ursachen und Bekämpfung des Verbrechens, Berlin 1902, S.393.

(3) Bordier, A.: Etude anthropologique sur une série de cranes d'assassins, Revue d'Anthropologie, Vol. 2, 1879, S.284.

(4) Lombroso, C.: Die Ursachen...

(5) Taine, H., in: Lombroso, C.: Die Ursachen...

(6) Ferri, E.: Das Verbrechen als soziale Erscheinung, Grundzüge der Kriminal-Soziologie, Leipzig 1896, S.436.

(7) Vor einiger Zeit hat in den US-amerikanischen Medien eine Kampagne begonnen, um die von den Autoren des Buches "Die Glockenkurve" aufgestellte Behauptung, Schwarze seien genetisch bedingt weniger intelligent als Weiße, zu rechtfertigen. In einem Fernsehinterview behauptete Autor C. Murray, Schwarze litten an einer vor allem genetisch bedingten Schwäche, die einen im Vergleich zu Weißen niedrigeren Intelligenzquotienten zur Folge hätte (junge Welt vom 11.3.95). In ähnlicher Weise äußerte sich kürzlich die Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsfragen Charlotte Höhn (s. kassiber Nr.24, S.6).

(8) Man erörterte als "Alternative" ebenfalls die Möglichkeit der frühen Isolierung Krimineller in einer ländlichen Umgebung, um die angeborene (kriminelle) Neigung zu schwächen, was zu einem nützlichen Leben unter enger und ständiger Aufsicht im Sinne unwiderruflicher Deportationen und Verbannungen in Strafkolonien führen könne (siehe auch Gould , S. J.: Der falsch vermessene Mensch, Frankfurt/Main 1994)

(9) In einem Strafverfahren 1978 gegen den Schwarzen W. H. Hance bemerkte ein (weißer) Geschworener bezüglich der Frage, ob der Angeklagte zu lebenslanger Haft oder zum Tode verurteilt werden solle, er sei für die Hinrichtung, denn "so gibt es einen Neger weniger, der Kinder macht". Hance wurde am 11.4.94 auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet (aus: Mumia Abu-Jamal, "Live aus der Todeszelle", Agipa-Press, Bremen 1995)

(10) Ferri, E.: Various short contributions to criminal sociologie. Bericht 7. Internationaler Kongreß der Kriminalanthropologie (1911), S.52.

(11) In Frankreich und Südafrika wurde die Todesstrafe vor kurzem abgeschafft.

(12) Der Schwarze Todestraktinsasse McCleskey v. Kemp machte im Januar 1991 vor dem höchsten Gericht der USA geltend, daß die rassistische Anwendung der Todesstrafe gegen die Verfassung verstoße. Die Klage wurde durch eine umfangreiche Studie untermauert, wonach ein Todesurteil sehr viel wahrscheinlicher ist, wenn es sich bei dem Opfer um eineN WeißeN handele. Das Gericht räumte ein, daß die "Diskrepanz bei der Verhängung von Todesurteilen offenbar mit der Hautfarbe" zu tun habe, erklärte dies aber zu "einem unvermeidbaren Bestandteil unseres Strafjustizsystems". Rechtlich relevant werde dies erst, wenn der Todeskandidat der Staatsanwaltschaft, dem Richter und den Geschworenen "vorsätzliche Diskriminierung" nachweisen könne. McCleskey wurde am 25.9.91 exekutiert.

(13) kassiber Nr.24, S.47.

(14) junge Welt vom 11.3.95.

(15) junge Welt vom 11.8.95.

(16) Kampagne "Mumia Abu-Jamal": Bulletin Nr. 8, c/o Archiv'92, Postfach 150323, 28093 Bremen.

Hintergründe des Hinrichtungsbefehls gegen Mumia Abu-Jamal

Ein Syndrom uferloser staatlicher Gewalt

Auf der Solidaritätsveranstaltung "Für das Leben von Mumia Abu-Jamal" am 7. Juli im Kulturzentrum Schlachthof hielt Lorenz Böllinger (Uni Bremen) ein Referat zum Thema "Warum brauchen die USA die Todesstrafe?". Dieser Vortrag, damals anhand eines Stichwortzettels gehalten, wurde vom Autoren inzwischen ausformuliert und uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt. (Erklärungen für einige Fremdwörter finden sich am Schluß des Artikels).

Nicht umsonst galten die USA weltgeschichtlich als Vorreiter demokratischer Revolution, als Vorbild funktionierender Demokratie auf der Basis der Wahrung der Menschenrechte und des Prinzips der Verhältnismäßigkeit staatlicher Eingriffe sowie der Herrschaft des Rechts bzw. des Rechtsstaats. Mehr denn je definieren und gerieren sich die USA nach dem Zusammenbruch des Kommunismus selbstgefällig als weltpolitische und moralische Ordnungsmacht Nr.1, als Verfechter der Menschenrechte mit dem Vorrecht, andere in dieser Hinsicht zu bevormunden und zu strafen.

Es erscheint auf diesem Hintergrund geradezu als Tragik, daß sich ausgerechnet dort unter den genannten Aspekten eine Entwicklung abspielt, die man als Katastrophe bezeichnen muß, nämlich die Kriminalisierung von Menschen und der staatliche Umgang mit kriminalisierten Menschen. Die uns jetzt hier beschäftigende Todesstrafe für Abu-Jamal und tausende andere ist insofern nur die Spitze des Eisbergs. Um den Fall Abu-Jamal zu verstehen, muß man den gesamten sozialen Kontext beachten. Eine solche Betrachtung erschließt einen Großzusammenhang, ein Syndrom uferloser staatlicher Gewalt, zugleich anmaßender Selbstgerechtigkeit, die man nicht nur als Katastrophe für die betroffenen Menschen bezeichnen muß, sondern auch als Katastrophe und Krise der amerikanischen Kultur mit entsprechenden Ausstrahlungsgefahren auch für die übrigen Staaten der Erde, insbesondere Europa.

1. Die Situation - Erscheinungsformen
1.1 Kriminologische Sicht

Seit ca. 15-20 Jahren ist die Kriminalpolitik, also die Definition dessen, was als strafwürdiges Unrecht, als kriminell gewertet wird, einerseits und der Umgang mit den so Definierten, mit den Kriminellen, andererseits, von stark konservativen Deutungsmustern und Handlungsanweisungen geprägt. In einer Modernisierungsphase, den sechziger und siebziger Jahren, wurden - ausgehend auch von wissenschaftlichen Erkenntnissen - die gesellschaftlichen Bedingungen als maßgeblich für Definition von strafbaren Verbrechen und die entsprechenden "abweichenden" Verhaltensweisen und dissozialen Persönlichkeitsstrukturen erkannt. Dementsprechend wurden liberale und instrumentelle Strategien der Reduzierung von Kriminalität verfolgt, insbesondere die resozialisierende Behandlung von Straffälligen statt zusätzlich schädigender und Kriminalität intensivierender Verwahrung im Strafvollzug. Seit den späten siebziger Jahren begann ein massives neokonservatives Denken in schlichten Kategorien von Gut und Böse sich durchzusetzen, eine Abkehr von differenzierenden und wissenschaftlich begründeten Betrachtungsweisen, eine primitive Re-Moralisierung unter Abstraktion von sozialer Wirklichkeit. Oberflächlich legitimiert wurde die "Abkehr von der Behandlungsideologie", die Rückkehr zu militanter Repression mit der Erfolglosigkeit des Behandlungsansatzes.

Dabei wurden zwei Aspekte systematisch ausgeblendet: Die Behandlungsidee ist niemals personell und strukturell wirklich umgesetzt worden - dazu fehlte es aufgrund politischer Prioritätensetzung immer an Mitteln. Zum andern konnte die beste Behandlung nichts an den zunehmenden sozialen Bedingungen der Kriminalität ändern. Karriere machte nun die schlichte Ideologie, das Sündenparadigma: das Böse, die Kriminalität, komme eben von Bösem, von biologisch-anlagebedingt bösen Menschen. Die wissenschaftlich belegte Tatsache, daß die gesellschaftlichen Randgruppen und "Sozial-Schwachen", die sich in den USA übersichtlich in den urbanen Getthos sammeln, bei an sich über alle sozialen Schichten hinweg relativ gleich- und normalverteilter Kriminalität, immer schon in besonderem Maße durch die Kriminalisierungsinstanzen selegiert, d.h. weit überproportional verfolgt und weggesperrt wurden.

Konservative und hochrepressive und -restriktive Strafrechtspolitik ist unter Reagan, Bush und nun Clinton in immer schärferem Ausmaß umgesetzt worden. Über die Festlegung von Freiheitsstrafen (*Just Desert Model*) führte der Weg zu formal bindenden Festlegungen von Mindeststrafen (*Mandatory Minimum Sentences*) und schließlich zur härtesten denkbaren Strategie der *Selective Incapacitation*, des Wegschließens der als gefährlich Definierten durch das Prinzip *Three-Strikes-and-you're-out*: Praktisch lebenslängliche Inhaftierung nach einer dritten Auffälligkeit mit einem Gewaltdelikt.

Es ist kein Wunder, daß mit dieser drastischen und beispiellosen Steigerung von Verfolgungsintensität die Gefangenenziffer, also die Anzahl der Straf- und Untersuchungshaft-Gefangenen pro 100.000 der Bevölkerung, immens gestiegen ist. 1993 betrug die Gefangenenziffer: Rußland: 558; USA: 519; Südafrika: 368; Singapur: 229; Deutschland: 80; Niederlande: 50. Diese Zahlen sprechen bereits für sich, denn die Struktur und das Ausmaß der Gewaltkriminalität sind in hochindustrialisierten Ländern bei weitem nicht so extrem, wie es diese Ziffern suggerieren. Hinzu kommt, daß Afroamerikaner sechsmal häufiger inhaftiert sind als Weiße. Derzeit sind ca. 540.000 männliche Afroamerikaner in Haft. Das sind weit mehr als derzeit an Universitäten und Colleges studieren, ja es sind bald 10 Prozent der aktiv arbeitenden männlichen afroamerikanischen Bevölkerung. Insgesamt sind ca. 1,2 Millionen Menschen in Strafhaft, ca. 5 Millionen Personen sind in irgendeiner Form dem Strafrechtssystem der USA unterstellt (incl. Bewährungsüberwachung).

Diese Ziffern haben keinesfalls eine Entsprechung in der Verbrechenswirklichkeit. Zwar ist die Häufigkeit der Begehung von Tötungsdelikten gestiegen und - nicht zuletzt wegen der extrem permissiven Waffen-Gesetzgebung - fünf- bis zehn mal so hoch wie in Europa. Wegen der absolut immer noch vergleichsweise geringen Ziffer erklärt dieser Deliktstypus aber nicht den Anstieg der Gefangenenziffern. Dagegen wird der Anstieg plausibel, wenn man folgendes berücksichtigt: 84 Prozent des 155 Prozentigen Anstiegs der Inhaftierungen in den USA seit 1980 gehen auf Drogen- und Eigentumsdelikte zurück, Gewaltstraftäter machen lediglich 16 Prozent des Anstiegs aus. Im übrigen hat sich die Rate der Gewaltstraftaten auf dem Niveau von 1980 eingependelt. Die Gründe für den Anstieg der Gefangenenzahlen liegen also nicht in der gestiegenen Kriminalität, sondern in der Strafintensivierung.

Hinzu kommt, daß insbesondere durch das beschriebene System der *Mandatory Minimum Senctences* und des *Three-Strikes* ... keinerlei Berücksichtigung der spezifischen Tatumstände und der Täterpersönlichkeit bzw. der Resozialisierungsperspektive mehr stattfinden darf. Schematisch und ohne Ansehen der Person wird die Gefährlichkeit unterstellt und damit die Verwahrung für den Rest des aktiven Lebens programmiert. Dies führt angesichts der Fehlbarkeit von Ermittlungsbehörden und richterlicher Wertung zu abstrusen Ungerechtigkeiten und Unmenschlichkeiten.

Diese horrenden Repressionsinstrumente greifen vor allem bei Drogendelikten und bei Eigentumsdelikten wegen Armut und Jobverlust. Das Volumen konsumierter Drogen ist in den USA seit 1970 um 1.750 Prozent gestiegen - trotz eines fortwährend aufgerüsteten Drogenkrieges, der sich faktisch hauptsächlich gegen kleine Dealer richtet, zunehmend aber auch Konsumenten, sogar Cannabis-Gebraucher erfaßt. Hauptbetroffene sind nach den bereits erwähnten, von Strafverfolgungsstrategien und sozialen Stereotypen gesteuerten Selektionsmechanismen: ethnische und rassische Minoritäten, Gettho-Bewohner, sonstwie sozial Auffällige und Randständige. Gerade in den städtischen Getthos, wo hauptsächlich Afroamerikaner wohnen und die Quote der vaterlosen Familien extrem hoch ist, hat die Intensivierung der Cannabis-Verfolgung eine Verlagerung der Ge-

brauchsformen zur relativ billigen und schnell wirkenden Kokain-Gebrauchsform, dem Rauchen von Crack, geradezu erzwungen. Crack macht zwar ebensowenig körperlich abhängig wie Kokain, jedoch bewirken die sehr kurze Wirkungsdauer und die anhaltende soziale Not und Aussichtslosigkeit den fortwährenden Gebrauch. Nur Drogenhandel mit den enormen Gewinnspannen auf dem - durch Kriminalisierung ja erst erzeugten Schwarzmarkt - bietet für diese sozialen Randgruppen eine Aufstiegsmöglichkeit.

Die Rate der Morde unter Drogeneinfluß nahm um 121 Prozent zu, die mit den Strukturen des Drogenschwarzmarktes zwingend verbundenen Bandenmorde stiegen um 476 Prozent.

Einen Markstein stellt das bereits erwähnte *Three Strikes* ..-Gesetz dar (*Violent Crime Control and Law Enforcement Act of 1994*). Sein sturer Automatismus zum Lebenslänglich hat absehbar katastrophale Auswirkungen für die weitere Überbelegung der Knäste. Am striktesten praktiziert Kalifornien das Gesetz: Hier genügen z.B. drei in unseren Augen wenig gravierende Vergehen (*Felonies*), z.B. Diebstahl über 50 US-$. Als drittes, für ein "Lebenslänglich" ausschlaggebendes, Delikt genügt dann z.B. die Entwendung einer Pizza unter Vorhaltung einer Spielzeugpistole. Weil durch das Gesetz die Strafaussetzung zur Bewährung in diesen Fällen ausgeschlossen ist, ist dieses resozialisierungsfreundliche Instrument faktisch abgeschafft: 85 Prozent der Verurteilten machen die sog. Endstrafe.

Die Kriminalität ist also zwar Indikator für die soziale, strukturelle und kulturelle Krise der USA. Ihre Verfolgung ist aber zugleich Herrschaftsmittel im doppelten Sinne: Instrumentell wirkt die Verwahrung großer Massen ökonomisch nicht mehr brauchbarer Menschen. Symbolisch wirkt die Ablenkung der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit von den eigentlichen Bedingungen der Krise, die verschleiernde Ideologie des Bösen und die Suggerierung eines wirksamen Heilmittels.

1.2 Strafvollzug

Zum US-Strafvollzug, den man nur noch als riesiges "*GULAG Western Style*" (so der norwegische Kriminologe Nils Christie) bezeichnen muß, noch einige spezielle Informationen: Ca. 1,2 Millionen Menschen sind derzeit in U.S.-Gefängnissen. 51 Prozent der Gefangenen waren 1990 Afroamerikaner, inzwischen ist die Quote noch gestiegen (1960: 32 Prozent). Dagegen sind nur 11-12 Prozent der Bevölkerung Afroamerikaner. 25 Prozent der Gefangenen sind Drogentäter (1990). Der Anstieg des Personals im Gefängniswesen betrug in zehn Jahren ca. 100 Prozent. Der Anstieg der Ausgaben für das Strafrechtssystem insgesamt betrug in acht Jahren 60 Prozent, dagegen sanken die Ausgaben in diesem Zeitraum für Schulen um 2 Prozent, für Colleges und Unis um 3 Prozent, für Sozialhilfe gar um 27 Prozent. Zugleich wurde die Sozialhilfe für Ausländer (welche übrigens z.B. in Kalifornien die gesamte Ernte einbringen), Arbeitslose, alleinerziehende Mütter etc. völlig gestrichen.

Den Bürgern werden medienöffentlich Milchmädchenrechnungen über "*ersparte Kosten*" durch diese Kriminalpolitik der massenhaften GULAG-Verwahrung vorgeführt. Auf irrwitzige Weise wird vorgerechnet, wieviel "*Schäden*" durch die Inhaftierung eines Straftäters erspart wurden und wie wenig die Verwahrung angeblich koste. Vergessen wird - rein ökonomisch -, daß man für die vielen "Lebenslänglichen" zukünftig Altersheime im Knast benötigen wird, und welch immense Kosten im übrigen durch die extreme Verwahrungsdauer entstehen. Im übrigen werden der unbezahlbare immaterielle Preis der Einbuße an Menschenrechten und rechtsstaatlicher Kultur, die Gefährdung des sozialen Friedens dabei total ignoriert.

Plätzchendieb droht lebenslange Haftstrafe

Santa Ana (ap). Vier Schokoladenplätzchen könnten Kevin Weber lebenslang hinter Gitter bringen. Der 35jährige wurde für schuldig befunden, im Mai in ein Restaura in Santa Ana in Kalifornien eingebrochen z sein und dort die Kekse gestohlen zu haben Es war seine dritte Verurteilung wegen eines schweren Verbrechens. Weber könnte nun zum Verhängnis werden, daß in Kalifornien seit eineinhalb Jahren ein Gesetz Kraft ist, wonach dies mit einer Strafe zw schen 25 Jahren und lebenslänglicher Ha geahndet wird. Webers vorangegangen Verurteilungen resultierten aus einem Ein bruch in eine Wohnung 1989, bei dem er eine Waffe gezogen und auf einen Wachmann gerichtet hatte. Er hatte sich damals in beiden Anklagepunkten schuldig bekannt unc war zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Im Mai hatte er dann i dem Restaurant den Safe stehlen wollen. Allerdings löste er die Alarmanlage aus u versuchte, mit einer Packung Plätzchen z fliehen. Weber erklärte vor Gericht, er kön ne sich an nichts mehr erinnern, weil er be trunken gewesen sei.

Überall platzen die Gefängnisse aus den Nähten, durchschnittlich sind sie zu 150 Prozent überbelegt. Die höchste Überbelegungsrate der GULAG-Knäste findet sich mit 186 Prozent in Kalifornien. Dementsprechend gibt es seit Jahren einen immensen Gefängnis-Neubau-Boom. Zunehmend wird nicht nur der Bau, sondern auch der Betrieb von Gefängnissen privatisiert, um sie noch kostengünstiger - und damit menschenfeindlicher - zu betreiben. Das ändert nichts daran, daß den bankrotten Gemeinden und Staaten damit das Geld für andere Notwendigkeiten fehlt. Um so mehr ist Masseneinsperrung ohne jegliche Dienstleistungen, geschweige denn "Behandlung" bzw. Ausbildung etc., die Norm. Das Gefängniswesen und die Überwachungstechnologie haben sich zu einem hochprofitablen Industriezweig entwickelt und sind ebenso als Lobby im Bundesparlament aktiv und erfolgreich wie die enorm erstarkte Gewerkschaft der Strafvollzugsbediensteten. Beide Gruppen haben maßgeblich auf die Gesetzgebung betreffend "*Mandatory Minimum*" und "*Three Strikes ...*" mitgewirkt.

1.3 Wiedereinführung und Ausweitung der Todesstrafe

Eine völlig neue Dimension hat nun auf diesem Hintergrund die Institution der Todesstrafe erreicht. 1972 war sie vom *Supreme Court* (Furman vs. Georgia) für verfassungswidrig erklärt worden. 1976 gab es durch den mittlerweile übergewichtig konservativ besetzten Gerichtshof eine Revision dieser Entscheidung. In fünf Entscheidungen wurde den Einzelstaaten das Recht zur Anwendung der Todesstrafe eingeräumt. Fast alle Einzelstaaten haben sie inzwischen wiedereingeführt, 14 davon haben sie bislang noch nicht wieder angewandt. Übrigens gibt es in der Bevölkerung der USA 70 Prozent Befürworter der Todesstrafe, während es in Deutschland ca. 30 Prozent sind. Allerdings sind diese Ziffern nicht sehr von Belang, denn die öffentlichen Meinungsumfragen messen vor allem das, was über den Druck von Medien und Politik als öffentliche Meinung definiert wird.

Im Juli 1994 warteten insgesamt 2.870 Strafgefangene in den Todeszellen der US-Gefängnisse, darunter mehr als 50 Prozent Schwarze. Seit 1976 wurden "erst" 153 Hinrichtungen durchgeführt. Seit 1900 insgesamt 4.016, davon 1.846 Weiße, 2.129 Afroamerikaner. Letztere haben also eine elfmal so hohe Chance, Objekt der Todesstrafe zu werden. Bei Todesstrafen wegen Vergewaltigung stellen Afroamerikaner 90 Prozent der Verurteilten. Die Wahrscheinlichkeit eines Todesurteils ist 4,3mal so hoch bei schwarzen Tätern, die Weiße umgebracht haben, wie umgekehrt.

Man kann diese Entwicklung nur als eine unvorstellbare Massentötung bezeichnen, die darüber hinaus zunehmend den Charakter einer Rassentötung bekommt. Diese Linie ist härter den je. Die Perversion, die ich darin sehe, wird durch den Befund verschärft, daß die Medien-Vermarktung der Hinrichtungen - angeblich zu Abschreckungszwecken - kein Tabu mehr ist, daß neue Hinrichtungsmethoden propagiert werden. Katastrophal ist allein, daß bisher jährlich erwiesenermaßen ca. ein Justizirrtum bei Verhängung der Todesstrafe vorgekommen ist.

Weitere Verschärfungen ergeben sich daraus, daß die rechtlichen Möglichkeiten von Berufungsverfahren auch bei Todesurteilen eingeschränkt werden sollen: Die Verfahren dauern den Behörden zu lang und seien zu teuer. Ökonomische Berechnungen - so makaber und zynisch sie auch sein mögen - ergeben hingegen, daß die Todesstrafe auch nicht billiger ist als lange Verwahrung: Die Todesstrafen-Verfahen sind in der Praxis um ein Vielfaches umständlicher und teurer. Kriminologisch ist im übrigen erwiesen, daß die sog. Generalprävention, also Abschreckung und die Erzeugung positiven Normbewußtseins mittels Androhung und Vollstreckung der Todesstrafe, nicht funktioniert. Die Androhung der Todesstrafe bzw. die durchgeführten Hinrichtungen korrelieren tatsächlich positiv mit der Mordrate: Je mehr staatliche Gewalt, desto mehr individuelle Gewalt, so scheint es.

Die Haftbedingungen entsprechen in ihrer Qualität dem bisher geschilderten Ausmaß der Inhumanität. In der Regel vegetierten die Todeskandidaten in Zellen von ca. 2 mal 3 Metern. Es gilt das Tageslaufprinzip "22 + 2", d.h. 22 Stunden "auf Zelle", zwei Stunden "Hofgang" in einem hochummauerten Betonquadrat von 2 mal 2 Metern. Abgesehen davon, daß die Gefangenen auf "*death row*" kaum je Ausgang mit anderen zusammen haben, herrschen in den Gefängnissen Subkulturen in schlimmster Form. Es gibt, abgesehen von Mißhandlungen durch das Personal, viele Suizide und Tötungen, Vergewaltigungen, Mißhandlungen von Mitgefangenen, die man zumindest teilweise auch als Aggressionsverschiebungen deuten kann.

Aufgrund der - hier nur kursorisch zu-

sammenzufassenden Informationen - muß man den Strafvollzug in den U.S.A,, insbesondere aber das Warten auf die Vollstreckung der Todesstrafe als Folter bezeichnen.

2. Das US-amerikanische Selbstverständnis - die Legitimation

Wie bereits erwähnt, wird dies alles mit einer archaischen Ideologie legitimiert: Böses kommt von Bösem. Jedwede Mehrfachauffälligkeit wird als Indiz für das anlagebdingte Persönlichkeitsmerkmal des Serientäters oder Gewohnheitsverbrechers (*habitual criminal*) gewertet. Letztlich steckt dahinter eine quasi-religiöse, wahnhafte "*Teufelspersonentheorie*". Dabei ist empirisch-wissenschaftlich sowie wissenschaftsmethodologisch widerlegt, daß es in diesem Sinne anlagebedingte "Gewohnheitskriminalität" gibt: Das Phänomen der Mehrfachauffälligkeit ist immer Resultat eines komplexen Wechselwirkungs- und Aufschaukelungsprozesses mit im wesentlchen sozialen Bedingungen, die auch für die gestörten Verhältnisse in den Familien maßgeblich sind, welche wiederum psychische Störungen und Dissozialität vermitteln. Das der Idee von der "*Selektiven Unschädlichmachung*" innewohnende Kalkül, man könne kriminelles Verhalten prognostizieren, geht nicht auf. Alle Versuche in dieser Richtung sind gescheitert, die Prognoseforschung hat ergeben, daß Würfeln immer noch zutreffendere Resultate ergibt als ein "Berechnen" der Zukunft aufgrund bisherigen "bösen" Verhaltens. Letztlich läuft jegliche Erkenntnis darauf hinaus: Je besser die sozialen Bedingungen, Zukunftsaussichten etc., desto geringer die Kriminalität. Aber: ausmerzen läßt sie sich nicht.

3. Interpretationen

Das geschilderte System ist zutiefst kontraproduktiv und wird gleichwohl aufrechterhalten. Angesichts einer als überaus pragmatisch und ökonomisch kalkulierend geltenden Gesellschaft wie der US-amerikanischen ist zu fragen: Wie konnte es dazu kommen? Im Sinne einer theoretischen Erklärung sehe ich drei wechselbezügliche Ebenen:

3.1 Sozioökonomische Ebene

Das typische soziale Doppelproblem besteht aus Rassismus und sozialer Ausschließung bzw. der Abwesenheit des Wohlfahrtsstaats-Gedankens in Europa. Durch die Schuldzuschreibung auf die Straffälligen wird von den sozialen Ursachen der sozio-ökonomischen Krise ebenso abgelenkt wie von der Tatsache, daß sich ökonomische und damit politische Macht immer mehr zu einem neofeudalistischem Machtkartell zusammenballen. Die soziale Katastrophe wird regelrecht vertuscht. Von der jetzt bereits faktisch verwirklichkten 2/3 Gesellschaft geht der Trend zur 50-Prozent-Gesellschaft: Es gibt eine deutlich zunehmende Abstiegsbedrohung für den bisher noch zu den 2/3 zählenden Mittelstand.

Hinzu kommt ein für die USA historisches Gewaltsyndrom, welches heute ideologisch überhöht wird als Bedingung der Freiheit. Es spiegelt sich im massenhaften Besitz von Waffen als Symbol des Individualismus, der individuellen Überlebenskraft und des Machbarkeitswahns. Darin liegt ein zutiefst undemokratisches Grundkonzept.

Insbesondere Drogen sind im übrigen das Symbol einer engen Ordnungsdefinition, des Primats der verinnerlichten Kontrolle des Puritanismus gegenüber jedweder inneren Freiheit. Dazu paßt beispielsweise die militante Beschränkung der freien Ausübung des Glaubens für Abu-Jamal selbst in der Todeszelle.

3.2 Machtpolitische Ebene

Symbolisch demonstriert der Staat durch die offizielle und massenhafte Tötung unendliche Macht. Unterschwellig liegt darin aber auch eine zynische Botschaft an die Massen, welche letztlich demokratische Strukturen schwächt. Der Staat präsentiert sich als unverhältnismäßig gewalttätig und mobilisiert geradezu Identifizierungen bei den Bürgern. Der Unterschied zu Staatsterrorismus, wie er z.B. dem Iran und dem Irak vorgeworfen wird, oder zu Todesschüssen und Splitterminen an der Mauer erscheint mir nicht mehr so groß.

Instrumentell gesehen hat die praktizierte, rechtlich legitimierte Möglichkeit der Massentötung eine Kontrollfunktion. Symbolisch zeigt sie die unverblümte Korruption der Mächtigen.

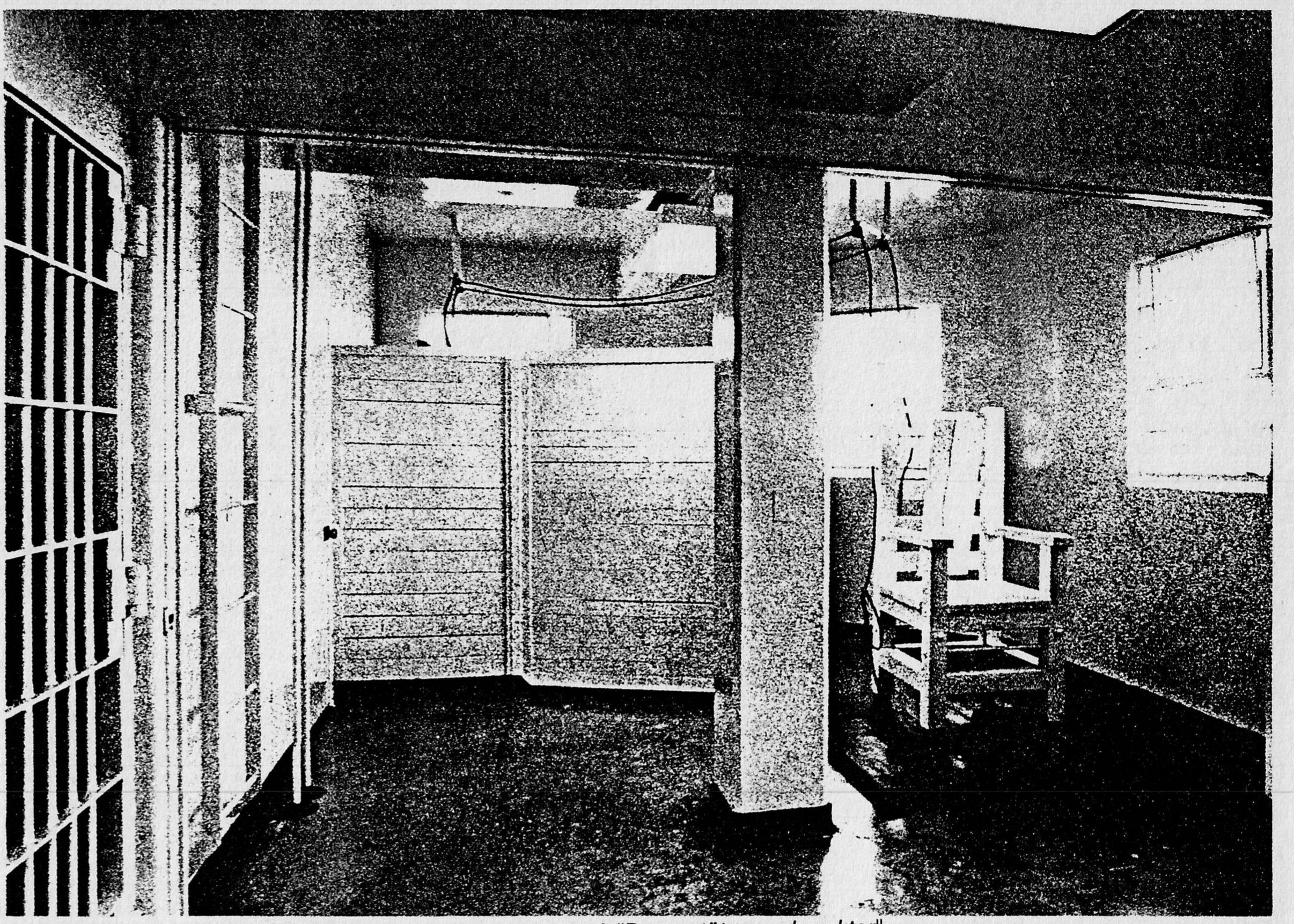
3.3 Sozialpsychologische Ebene

Mit den Faktoren der zwei erstgenannten Ebenen verbinden sich individualpsychologische Affekte und Mechanismen, die sich in bestimmten Kollektiven generalisieren können. Durch die Medienmanipulation werden im Hinblick auf übersteigert dargestellte kriminelle Gewalt Angstaffekte gefördert, die in jedem latent vorhanden sind. Die Abwehr von Angst erfolgt durch Regression auf affektives Ur-Material, die wiederum um so ungebremster geschieht, als sowohl durch die Justiz als auch durch Politik und Medien eine kollektive Über-Ich-Entlastung erfolgt. Dieses Ur-Material besteht aus unbewußten archaischen Gewaltphantasien von Tötung und totaler Destruktion in Reaktion auf Angst, die wiederum durch subjektiv erlebte Bedrohung durch Fremde oder Zurückweisung durch lebenswichtige Versorgungspersonen entstanden ist. Solche archaischen Mechanismen sind alltäglich, teilweise als Affekte unmittelbar erlebbar und zumeist Auslöser von weiterer Abwehr: man will sie nicht spüren, nicht bewußt haben. Sie erscheinen meist als Mythen, magisches Denken, religiöser Fanatismus - alles Prozesse der Anti-Intellektualität und Erkenntnisleugnung, wie sie in der US-Gesellschaft besonders augenfällig sind.

Wie man an nationalsozialistischer Judenverfolgung ebenso wie an heutigen ethnischen Kriegen ablesen kann, können die Kollektivität der unbewußten Phantasie und die Über-Ich-Entlastung in der Realität eine unermeßliche Destruktivität bewirken. Gerade der Bedrohungsaspekt hatte in den Anfängen der US-Geschichte tatsächlich eine reale Basis und kehrt insofern in dem heutigen Gewaltsyndrom wieder. Besonders markant ist dabei der unbewußte Abwehrmechanismus der Spaltung. Die eigenen "bösen" Affekte, die aus Todesangst, Enttäuschung, Wut stammen, können von vielen nicht innerlich verarbeitet werden, weil es an Erfahrungen der äußeren Verarbeitung innerhalb emotional getragener, kommunikativer zwischenmenschlicher Beziehungen fehlt, welche hätten verinnerlicht werden können. Sie können auch weiterhin nicht äußerlich verarbeitet werden, weil wegen der allgemeinen Entfremdung die sozialen Strukturen dazu fehlen. Also werden die unverarbeitbaren, "unverdaulichen" Affekte und Energien plump und direkt veräußerlicht, externalisiert, abgespalten auf dafür sich eignende, sozialstrukturell und kulturell vorgegebene Objekte: Minderheiten, Auffällige etc., welche als "absolut böse" wahrgenomen werden. Man kann sich dann selbst als "absolut gut" empfinden, die innere Harmonie erscheint wiederhergestellt. Dieser Mechanismus spiegelt sich in der "*Teufelspersonen-Theorie*" des Verbrechens, die in den USA neuerlich Karriere macht.

Die Aufrechterhaltung der Spaltung, dieser scheinbaren Harmonie erfordert aber permanente psychische Abwehraktivitäten, insbesondere den Mechanismus der Projektion. Das eigene "Böse" wird externalisiert, indem es auf dafür sich eignende Objekte projiziert wird. Wir kennen diesen Sündenbock-Mechanismus schon aus der Bibel: Der Sündenbock wird in die Wüste und damit in den sicheren Tod geschickt, scheinbar ist das Böse damit verschwunden. Auch die Schreckensbilder vom "schwarzen Mann" sind uns aus der Kindheit noch bekannt: Fatal deckt sich dieser primitive Mythos mit der Minderheit der Schwarzen. Zugleich hat man damit eine Erklärung für das Böse, eine greifbare Ursache und damit scheinbar auch die Möglichkeit und die Macht, es zu bekämpfen. Hier mischen sich Größenphantasien, Verleugnung und Rationalisierung. Zu welch katastrophalem Ausmaß dieses Phantasma wuchern kann, hat uns der Faschismus gelehrt.

Im übrigen wirken auch die Mechanismen der projektiven Identifizierung (die Projektion des "Bösen" bewirkt bei den Adressaten der Projektion eine Veränderung in Form von Identifizierung, Rollenübernahme, Selbst-Zuschreibung), der Verleugnung der sozialen Mißstände (Bestrafung der "Boten des Bösen", Ausblendung der Realität), der Vermeidung (Aufklärung wird ignoriert, entsprechende Zusammenhänge und Medien gemieden), der Rationalisierung (z.B. durch Ideologien). Besonders wirksam sind Mechanismen des pathologischen Narzißmus: Der Bürger identifiziert sich, um die Bedrohtheitsgefühle abzuwehren, unbewußt mit dem Allmachtsgestus des Staates: Herr über Leben und Tod zu sein ist wie Gott sein, an dessen Größe und Allmacht man unbewußt partizipiert. Darin steckt auch der Wahn, daß alles mittels geeigneter Instrumente machbar oder beherrschbar sei. Eine gewichtige Rolle als archaischer Affekt spielt auch der Neid, selbst eine Mischung aus Destruktivität und Begehrlichkeit, aus Todesangst wegen Ohnmacht und deren Abwehr durch psychisch verfügbare und kollektiv gebahnte bzw. in Kultur- und Sozialstruktur integrierte Mechanismen. Diese Bahnung wird durch die Herr-



Mehr als 4.000 Hinrichtungen seit 1900: Massentötung mit "Rassentötungscharakter"

schaftstechnik des Staates ausgenutzt.

In der Konkretheit der US-Politik verknüpft sich ein von historischer Erfahrung ebenso wie von Angst gespeister Individualismus mit den Imperativen des Puritanismus zu einem für den Kapitalismus funktionalen Gebräu. Dieses entgleist aber leicht in Fanatismus und Sektierertum. Reale Mißstände, globale Korruption und ökonomische Anarchie eignen sich dann als reale Anknüpfungspunkte für irrationale Demagogie. Es gibt eine historische Kontinuität des Gewaltsyndroms: 1. Die Eroberung und Vernichtung der Indianer als Grundmuster der kulturellen Hegemonie mit "göttlicher" Rechtfertigung. 2. Die Sklaverei als Inbegriff der ökonomisch und instrumentell realen Möglichkeit, sich als Gott zu fühlen. Es gibt in den USA auch heute eine Kontinuität der Sklaverei mit anderen Mitteln und in verschleierter Form: Diese Neosklaverei ist verknüpft mit Industrialisierung von Sozialkontrolle und Strafverfolgung: "*GULAGS Western Style*". Weiter liegt in der faktisch nicht zu leugnenden Rolle der US-Armee als Weltpolizei diese Größen- und Gewaltdemonstration. Und schließlich verwirklicht sie sich in der mehr denn je praktizierten Todesstrafe.

4. Fazit:

Grundannahme dieses Erklärungsansatzes ist, daß es sich hier um eine kollektive Struktur handelt, die man nicht als Pathologie bezeichnen sollte: dann würde man nämlich Heilbarkeit suggerieren. Diese Abwehrmechanismen sind durch universelle, aber auch spezifische, historisch gewachsene, kulturelle, soziale und ökonomische Strukturen gebahnt, überformt und verstärkt. Soweit es um nicht US-spezifische Aspekte geht, müssen wir ähnliche Prozesse auch gewärtigen - so weit wir sie nicht schon latent und manifest haben.

Bei pessimistischer Sicht würde ich folgendes sagen: Diese Struktur wird durch welt- und regionalpolitische, durch ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklungen - scheinbare Sachzwänge - gesteuert und dynamisch erweitert, wirkt schicksalhaft vorgegeben, unausweichlich. Die Kehrseite der erwünschten Prozesse von Demokratisierung, Pluralismus, Flexibilisierung von Status- und Schichtgrenzen, Verflüssigung von traditionellen Bindungen ist das Schwinden von zwischenmenschlichen, subkulturellen und sozialen Beziehungen und Bindungen und Vernetzungen, eine Art Wiederaufleben von Machtsteuerung aller sozialen Interaktionen, eine neue Art von Techno-Anarchie: Was machbar ist, wird gemacht, wobei in die Interpretation bzw. Konstruktion "machbar" eben auch eine von Größenphantasien verzerrte Wahrnehmung und Selbstzuschreibung einfließt. Die Idee, das "Verbrechen" oder "die Sucht" oder "die Lust" (z.B. am Drogengenuß) mit Instrumenten "auszumerzen", welche am Symptom anknüpfen, zeugt angesichts bewußter Erfahrungen und verfügbarer Wissensbestände von Größenwahn, ist ein Phantasma, welches gleichwohl grausame soziale Realität ist: die soziale und kulturelle Katastrophe.

Optimistisch gesehen: Wir verfügen über das nötige Erfahrungs- und Aufklärungswissen über die sozioökonomischen und sozialpsychologischen Bedingungen der Katastrophe und über daran ansetzende alternative, subtilere, wenn auch sicher nicht schlagartig und flächendeckend wirksame, Instrumente.

Festzuhalten bleibt: Was wir derzeit in den USA in Zusammenhang mit der Todesstrafe und damit auch am "Fall Abu-Jamal" konstatieren müssen, ist eine Katastophe, und zwar menschenrechtlich, kulturell und sozial. Bedingt dadurch kommt es auch zu einer Korruption der Individuen. Es liegt darin ein fataler und schandbarer Beitrag zur Auflösung zwischenmenschlicher Beziehungen.

Lorenz Böllinger

Der Autor ist Dr. jur., Diplom-Psychologe, Psychoanalytiker (DPV), Professor für Strafrecht und Kriminologie im Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Bremen. Adrese: Postfach 330440, 28334 Bremen, Tel.:0421/218-3068, Fax: 218-3494

Fremdwörtererklärung der Redaktion (in alphabetischer Reihenfolge):
ARCHAISCH: altertümlich; DEATH ROW (engl): Todeszelle; GERIEREN: gebärden; IMPERATIV: Pflichtgebot; KARTELL: Zusammenschluß; KORRELIEREN: einander bedingen; KURSORISCH: fortlaufend; PARADIGMA: Beispiel; PARTIZIPIEREN: teilhaben; PERMISSIVE (engl.): tolerant, freizügig; PHANTASMA: Trugbild; REGRESSION: allmählicher Rückgang.

Zur Situation in Euskadi/Spanien im Sommer '95

Enthüllungen über den "schmutzigen Krieg"

Stell dir vor, es käme ans Licht der Öffentlichkeit, daß Teile des Bundesgrenzschutzes, der Polizei und des Verfassungsschutzes eine illegale Terrorgruppe gegründet hätten, die in den letzten Jahren Anschläge auf militante Linke, AusländerInnen und RAF-KämferInnen verübt hat. Eine Art Todesschwadron, die gelegentlich auch Unbeteiligte erwischt hat.

Stell dir vor, die Beteiligung von ranghohen Beamten würde nachgewiesen, der Chef der GSG 9 setzt sich nach Asien ab, der Generalbundesanwalt lädt hohe Geheimdienstler vor sowie die Verfassungsschutz-Präsidenten von, na sagen wir mal, Hamburg und Bayern - und die fangen unter dem Druck der Ermittlungen an zu reden, einer beschuldigt den Nächsthöheren. Schließlich wird klar, daß das Innenministerium ebenfalls davon wußte und das Ganze aus Geheimfonds finanzierte.Und zu allerletzt wird bekannt, daß der Bundeskanzler höchstpersönlich dem Unternehmen seinen Segen gab, weil er nur mit "schmutzigem Krieg" eine Chance sah, radikaler Opposition beizukommen.

Nun, gelingt dir diese Phantasieübung oder kommt sie dir vor wie ein böser Traum? Dieser Frage sieht sich seit einigen Monaten die Öffentlichkeit im Baskenland und im spanischen Staat gegenübergestellt. Denn all das ist in den letzten 12 Monaten so nach und nach offengelegt und in der Presse verbreitet worden.

GAL nannte sich die paramilitärische Truppe, die zwischen 1983 und 1986 im französischen und im spanischen Baskenland (Iparralde und Euskadi) Terror verbreitete (GAL = Grupos Antiterroristas de Liberacion, Antiterroristische Befreiungsgruppen). An die 30 Menschen fielen ihnen zum Opfer, erst 1989 wurden zwei Polizisten der Beteiligung überführt. Eigentlich hätte es dann ganz einfach laufen können: Zwei werden verurteilt, der staatlichen Sühne ist genug getan und die Sache wird vergessen. Die beiden wurden zu über 100 Jahren verurteilt, waren aber nach fünf Jahren schon wieder frei - gute Führung. Auch da hätte die Geschichte enden können, hätten die beiden sich nicht an das Schweigegeld erinnert, das ihnen von den Hintermännern versprochen worden war. Diese muß der Teufel geritten haben, das Schweigegeld nicht zu bezahlen und die beiden kleinen Lichter damit zum Gang erst vor die Presse und dann vor den Oberstaatsanwalt zu bringen. Namen wurden genannt, Summen. Manch einer der beschuldigten hohen Tiere fand sich unvermutet in Untersuchungshaft wieder, sofern er nicht, wie der Chef der Guardia Civil (1), schnell untertauchte.

Die Liste liest sich wie ein kleiner Krisenstab im Notstandsfall: der Staatssekretär für Innere Sicherheit, Generalsekretär der Sozialdemokraten in Biskaya, der Direktor des Verfassungsschutzes, der Chef der Spezialeinheit zur Terrorismusbekämpfung, ein von der Zentralregierung berufener Zivilgouverneur im Baskenland, der Polizeichef von Bilbao, diverse Polizeiinspektoren und -kommisare. Doch damit nicht genug. Mehrfache Anschuldigungen beleuchten das Wirken des damaligen Innenministers Barrionuevo (PSOE; 2), der nur durch seine parlamentarische Immunität vor einem staatsanwaltlichen Zugriff geschützt ist. Und schließlich, daran haben wohl sogar überzeugte PSOE-Anhänger keinen Zweifel mehr, hat kein anderer als Felipe Gonzalez, Regierungschef und Vorsitzender der PSOE, die Gründung der GAL abgesegnet. Dessen Dementis vor Parlament und Presse überzeugen keine/n, macht er doch eher den Eindruck, als würde er sich selbst nicht glauben. Die Verteidigungsstrategie der Beschuldigten ist ein Mittelding zwischen Leugnen und Rechtfertigung, schließlich hätten die Terroristen ja auch keine andere Wahl gelassen als den "guerra sucia", den schmutzigen Krieg.

Mittlerweile sind die bösen Politiker-Buben allesamt wieder auf freiem Fuß, nicht unerwartet. Zum Teil haben sie sich ihre neuerliche Freiheit mit weitreichenden, andere belastenden Aussagen erkauft. Für Anklagen wie jene, die auf die Freigelassenen warten, haben andere schon Jahre in U-Haft gesessen: Zugehörigkeit zu einer bewaffneten Bande, illegale Festnahme, Entführung, Verabredung zum Mord, Mißbrauch von Steuergeldern - doch Flucht- und Verdunkelungsgefahr bestehe nicht, so der Staatsanwalt. Neben ihren Aussagen schütteln die Beschuldigten immer neue Asse aus dem Ärmel, man beschuldigt sich kreuz und quer, beruft sich auf Befehle von oben und hat offensichtlich beizeiten Informationen und Papiere auf die Seite gebracht, die nun der eigenen Entlastung dienen.

Verdient gemacht um die ganzen Ermittlungen hat sich der aufstrebende Oberstaatsanwalt Garzon (vergleichbar dem Generalbundesanwalt), bekanntgeworden durch die Prozesse gegen verschiedene ETA-Kommandos und -Militante in den letzten zehn Jahren. Er macht auch vor großen Namen nicht halt, nicht mal vor Parteikollegen, ist er doch PSOE-Mitglied. Auch beim großen Vorsitzenden Felipe kennt er keine Gnade, zuletzt legte er eine Anklageschrift beim Obersten Gericht vor, das nun befinden muß, ob eine Anklage gegen den Ministerpräsidenten erhoben wird: Gründung einer bewaffneten Bande und Veruntreuung sind die Anklagepunkte - nicht schlecht für einen seines Rangs. Das Gericht tagt unter Vorsitz eines alten Franquisten.

Galindo - Guardia Civil

Der staatlich organisierte Terror der GAL-Banden wurde beim Geheimdienst CESID ausgebrütet und in Szene gesetzt, das steht mittlerweile fest. Die entsprechenden Unterlagen lagern noch heute dort und Garzon kommt an die geheimen Dokumente nicht heran (die flächendekkende Abhörpraxis des CESID hatte pikanterweise über 15 Jahre hinweg auch den König einbezogen).

Neben der Armee und dem Geheimdienst, der die GAL-Aktionen später auch koordiniert hat, spielte selbstverständlich die Guardia Civil (GC) eine tragende Rolle. Einer steht besonders im Licht, Galindo, GC-Chef der Kaserne von San Sebastian. Keiner hat so viele ETA-Kommandos festgenommen, keiner ist bekannter für Folterpraxis hinter Kasernenmauern. Zeitgleich mit dem gescheiterten Versuch, die gesamte ETA-Führung in Südfrankreich zu verhaften (3), ließ er 1983 in Bayonne (französisches Baskenland) Lasa und Zabala, zwei ETA-Sympathisanten, entführen. In seiner Kaserne wurden sie verhört, gefoltert und schließlich umgebracht. Ihre Leichen wurden in der Gegend von Alicante verscharrt und später gefunden, konnten jedoch lange Zeit nicht identifiziert werden. Dies gelang erst zehn Jahre später. Stück für Stück wird nun der Fall rekonstruiert, was vor allem die Aberzalen, die linken NationalistInnen in Euskadi, in Rage versetzt. Doch der Terrorist Galindo sitzt fest im Sattel, er genießt das volle Vertrauen der Sozialdemokraten. Mehr als 400 Millionen Pesetas (umgerechnet 5 Mio DM) an Schwarzgeldern aus Geheimfonds des Innenministeriums kassierte er als Prämie für die ETA-Kommandos, die er festnehmen ließ. Anstatt diese Beute mit seinen Vertrauensleuten zu teilen, drückte er bei deren Schmuggelgeschäften alle verfügbaren Augen zu, so daß schließlich auch die auf ihre Kosten kamen.

Trotz ständiger Foltervorwürfe blieb Galindo (das Wortspiel GALindo drängt sich auf) von Strafen verschont. Lediglich einige seiner Leute mußten schon mal in den Knast, weil sie nachgewiesenermaßen gefoltert haben. Doch zumindest in San Sebastian scheint die Moral der Truppe noch weitgehend in Ordnung. Kaum einer der Beteiligten belastet den Chef, und die es tun, verschweigen ihre Namen, so daß zwar allerhand Belastendes durch Presseberichte an die Öffentlichkeit gelangt, aber nichts Gerichtsverwertbares übrig bleibt. Auch nicht in Bezug auf Galindos Beteiligung an Drogengeschäften. Der Mann steht mit einer weißen Weste da, er schaffte es, *Negu Gorriak*, die baskische Kultband Nr.1, auf Schadensersatz zu verklagen. In einem Lied hatte sie ein Telefonat Galindos imitiert und ihn über dunkle Geschäfte sprechen lassen. Umgerechnet DM 120.000 Bußgeld muß die linke Musikgruppe nun bezahlen. Denn der Rechtsstaat schützt diejenigen vor Verleumdung, die für ihre Verbrechen noch nicht verurteilt sind. Und daß dies so bleibt, dafür sorgen nicht nur die politischen Freunde von der PSOE. Galindo selbst hat die Sache in die Hand genommen: Unterredungen über GAL-Planungen, die er in seiner Kaserne mit hohen und mittleren Politikern führte (darunter mehrere Innenminister), ließ er mitschneiden - sowas schafft Freunde. Die Drohung, auszupacken, wurde darüberhinaus in der Presse lanciert. Daß

unter solchem Druck jegliche politische Rationalität verloren gehen kann, zeigt die Tatsache, daß Galindo im August - zeitgleich zum Höhepunkt der Anschuldigungen gegen ihn - gar zum General befördert wurde.

Alte Kameraden

Die GAL, die auch Connections zu US-Nazis unterhielten, waren gegen den baskischen Befreiungskampf gerichtet, gegen alle, die sich der kastilischen Zentralgewalt entgegensetzen. Sie trafen das linke Wahlbündnis *Herri Batasuna* (HB), baskische Flüchtlinge in Südfrankreich, ETA - genauso wie Unbeteiligte. Für die Unterdrückung dieser Bewegung ist jedes Mittel recht, das haben 40 Jahre Franco-Diktatur demonstriert und dafür sind sich auch Sozialdemokraten, die sich Sozialisten nennen, nicht zu schade - was unter Franco das Batallion Vasco Español, waren die GAL für die PSOE. Die vielgepriesene Demokratie nach Franco ist hier eine Farce. Im spanischen Staat wird regelmäßig gefoltert, wenn nötig bis zum Tode, von extralegalen Erschießungen bei Fahndungen nicht zu reden. Um das zu wissen, reicht ein regelmäßiger Blick selbst in bürgerliche Zeitungen, vor allem aber in den linksbaskischen EGIN. Die wirkliche Macht im Staat, stellt Herri Batasuna folgerichtig fest, haben nach wie vor Armee, Geheimdienst und Guardia Civil.

Als ausführendes Organ sticht bei dieser Repression immer wieder die Guardia Civil ins Auge, jenes Herrschaftsinstrument, das schon vor 60 Jahren Francos Willen in jedes Dorf, in jedes Haus trug. Knapp zwanzig Jahre nach dem Tod des Diktators und dem Beginn der Demokratisierung läßt sich feststellen, daß sich ein Großteil der alten Repressionsstrukturen halten konnte, die alten Kameraden sind noch im Amt. Sie stehen nicht mehr in der ersten Reihe, doch gleich dahinter läßt sich umso besser agieren. Ob bei Gerichten, Polizei, Armee oder anderen staatlichen Organen - überall ist der *Franquismo* noch präsent. Das moderne Spanien rühmt sich, den Übergang (die "transición") so leicht und unblutig geschafft zu haben, mit Hilfe eines von Franco zum politischen Erben erkorenen Königs, der vom militärischen Drill zum liberalen Weltmann konvertierte. Doch "Übergang" heißt eben auch Übernahme von Altlasten, und deren Einfluß, das ist deutlich zu sehen, konnte sich auch die Politikergeneration eines Gonzalez, teilweise selbst noch von der Franco-Repression betroffen, nicht entziehen (4). Ein wirklicher Schnitt wurde nie gemacht, dazu war keine Regierung stark genug - falls eine davon es überhaupt gewollt hätte.

Die PSOE-Regierung steht nun mit dem Rücken zur Wand. Ihre Erpreßbarkeit durch Leute wie Galindo, das drohende Verfahren gegen den Chef Gonzalez und eine Vielzahl von Korruptionsfällen in den letzten Jahren werfen die Frage auf, ob sich die Regierung bis zu den Wahlen im Frühjahr '96 überhaupt halten kann. Mittlerweile starten sie verbale Amokläufe, wie z.B. der Generalsekretär: "*Ziel der GAL war, den Rechtsstaat und das Leben der Bürger zu verteidigen.*" Ein bekannter Philosoph bezeichnet die GAL als die im Jahr 1983 "*einzig mögliche Form des Kampfes gegen ETA*". Außenminister Solanas hört das gern und nutzt die Gelegenheit, den Mut derjenigen zu loben, die "*öffentlich den schmutzigen Krieg verteidigen*": "*Spanien wollte damals ein wirksames 'Jetzt reicht's!'*" Von Unrechtsbewußtsein kann da keine Rede sein, allein Strafandrohung scheint diese Leute noch davon abzuhalten, die Mörder öffentlich zu feiern. Für die PSOE geht es nun mit dem *Kongreß zur Rettung der Demokratie* vorwärts - gegen Richter, Presse und Terroristen, denen gemeinsam die Schuld an dem Skandal und seiner Veröffentlichung gegeben wird. Aus der Schwäche der Regierung bezieht der blasse Kandidat der konservativen PP (Partido Popular), Aznar, seinen einzigen Vorteil, alle gehen von seinem Wahlsieg aus. Die Nationalisten im Baskenland und in Katalonien haben unterdessen den Wahldiskurs schon begonnen, indem sie die zentralstaatliche Orientierung Aznars angreifen. Der will z.B. die Förderung des Euskera und des Català (die Sprachen Baskisch und Katalan) zurücknehmen,

Beamte der Guardia Civil im Pflastersteinhagel

Baskische Vermißte, Gefangene und DemonstrantInnen

das stößt auf energischen Widerstand.

Euskadi

Sommerzeit - Fiestazeit. Wie kaum ein anderes Volk verstehen es die BaskInnen, ausgelassen ihre Feste zu feiern, ohne dabei die fortwährende Repression außen vorzulassen. Immer sind die politischen Gefangenen durch Kundgebungen, Plakate, Graffitis präsent. Dabei ist die Repression fast allgegenwärtig: Demos von Angehörigen werden brutal auseinandergeprügelt; Geheimdienstler manipulieren das Auto eines HB-Abgeordneten; Zeugen gegen Galindo werden bedroht; eine Frau wird entführt, verhört, unter Drogen gesetzt und mit Steinen in der Vagina aufgefunden; ein Journalist des linken EGIN wird mit Mord bedroht; die Angehörige eines politischen Gefangenen stirbt an den Folgen eines Polzeigeschosses - die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Gegen diese Repression steht der alltägliche Widerstand von Zehntausenden, der sich in Demonstrationen, kulturellen Beiträgen und kleinen Sabotageaktionen äußert (5). Und dagegen steht ETA. Im Sommer gab es die schon fast traditionellen Anschläge auf Eisenbahnstrecken. Anfang Mai wurde der Transportunternehmer Aldaya entführt, was zu heftiger Polemik im Baskenland selbst führte. Es hat sich nämlich mittlerweile eine Friedensbewegung formiert, die keine Gelegenheit ausläßt, die Freilassung des Kapitalisten zu fordern, der die Revolutionssteuer nicht bezahlt hat. "*Aldaya - basta ya*" ("*jetzt reichts*"), fordern die Rechten seine Freilassung, "*Aldaya - pasta ya*" ("*zahl endlich*"), kontern die Linken. Diese Friedensbewegung, wie sie sich selbst nennt, setzt sich zusammen aus Konservativen, die sich organisiert haben, und Leuten, die einfach die Nase voll haben von den jahrzehntelangen Konflikten. Interessant für die mitteleuropäische Wahrnehmung ist, wie aufmerksam, manchmal fast wehmütig die Friedensprozesse in Ländern wie Nordirland, Südafrika, Palästina in der Unabhängigkeitsbewegung verfolgt werden.

Im April hat ETA der Zentralregierung erneut ein Verhandlungsangebot gemacht, in dem ein Waffenstillstand angeboten wird für die prinzipielle Anerkennung der Selbstbestimmung und der territorialen Einheit des Baskenlands; doch wie gehabt setzt Madrid borniert auf Repression. Und solange dies der Fall ist, stellt die bewaffnete Organisation ihre ungebrochene Operationsfähigkeit unter Beweis. Im Frühsommer waren der Generalsekretär der baskischen Sozialdemokraten und Oppositionsführer Aznar Ziele von Anschlägen. Im August wäre ETA beinahe der große Coup gelungen, doch Sicherheitskräfte konnten im letzten Moment ein Kommando festnehmen, das auf Mallorca den König im Visier hatte. Sicher hätte das einen Sturm der Entrüstung im Staate ausgelöst, ist der König doch enorm populär außerhalb Euskadis, so daß sich die Frage aufdrängt, ob das Gelingen dieses Anschlags nicht eher kontraproduktiv für die Bewegung gewesen wäre. Dagegen steht, daß der König trotz seines liberalen Images eben doch der Repräsentant der Zentralmacht schlechthin ist, auch er soll seit 1979 von den Plänen zum "schmutzigen Krieg" gewußt haben.

Bleibt festzustellen, daß die baskische Linke aus den ganzen Skandalen der letzten Zeit keinen Vorteil ziehen konnte. Über die Gründe wird in linksnationalistischen Kreisen diskutiert. Derweil macht eine kürzlich gegründete Organisation namens *Elkarri* von sich reden. Sie bemüht sich um einen neutralen Standpunkt im baskisch-spanischen Konflikt und ruft beide Konfliktparteien zu Verhandlungen auf. Zuletzt wurde bekannt, daß die *Carter-Stiftung* als Vermittlerin eingeschaltet werden soll. Wir erinnern uns der Friedensmission des ehemaligen US-Präsidenten voriges Jahr auf Haiti, während der Invasion der US-Truppen ....

Grapo wieder aktiv

Zur allgemeinen Überraschung der Sicherheitskräfte hat GRAPO (6), eine bewaffnete Gruppe, die seit Mitte der 70er Jahre aktiv ist und ihren Ursprung in Galizien hat, mit der Entführung eines Unternehmers ihre Operationsfähigkeit unter Beweis gestellt. Nach den Festnahmen der letzten Jahre war eine solche Aktion, die einer aufwendigen Logistik bedarf, der marxistisch/leninistisch orientierten Gruppe nicht mehr zugetraut worden. In Zaragoza, der vermeintlichen Basis von GRAPO, wurden Observationen, Razzien und Festnahmen durchgeführt, bisher ohne Erfolg. Berichtet wurde über den Fall so gut wie gar nicht, was in augenscheinlichem Widerspruch zu der Entführung des baskischen Unternehmers durch ETA steht. Politisches Kalkül scheint der Hintergrund: Zum einen läßt sich der schwerreiche Kapitalist, dem eine Versicherung und eine Kette von Privatkliniken gehört, nicht so gut wie der Kleinunternehmer Aldaya als Opfer darstellen; zum andern ist es für die Polizeispezialisten peinlich, die GRAPO totgesagt hatten. Der Familie wird unterstellt, sie hätten das Lösegeld bereits in einem mitteleuropäischen Land übergeben.

Gerd Altus

Anmerkungen:
(1) Die Guardia Civil ist eine kasernierte, paramilitärische Polizeitruppe, die schon für Franco das zentrale Überwachungs- und Repressionsinstrument war.
(2) Partido Socialista de Obreros de España = Sozialistische Spanische Arbeiterpartei.
(3) 1983 verhandelte Galindo mit französischen Polizeivertretern über die Verhaftung der damals in Südfrankreich befindlichen ETA-Führung, die nach San Sebastian entführt werden sollte. Die französische Seite bestand darauf, die Etarras zu liquidieren; die bereits angelaufene Aktion scheiterte, weil ein wichtiger Beteiligter einen tödlichen Autounfall hatte.
(4) Felipe Gonzalez weiß, was politischer Untergund ist. Der zu Zeiten Francos aktive Gewerkschafter mit Decknamen "Isidoro" lernte Spaniens Knäste von Innen kennen.

In Euskadi gibt es derzeit zahlreiche Demonstrationen für die Freilassung zweier schwerkranker ETA-Gefangener: Pilar Ferreiro, gefangengehalten seit 1991, leidet an einem Dickdarmgeschwür, das sich verschlimmert, weil ihr die Knastbehörden eine Diät verweigern. Jon Iturriaga, inhaftiert seit 15 Jahren, leidet seit elf Jahren an einer psychosomatischen Krankheit, die seine sofortige Freilassung erfordert. Selbst die konservativen baskischen Parteien haben die Entlassung befürwortet, doch die Behörden bleiben stur.

(5) Das Buch "Alicia" von Eva Forest liefert eine beeindruckende Beschreibung von dieser Situation in Euskadi; verlegt beim Karin Kramer Verlag Berlin.
(6) Die "Grupos de Resistencia Antifascistas Primero de Octubre" (GRAPO) sind eine kommunistische Widerstandsgruppe, die sich in den letzten Franco-Jahren formierte; nach ihrer Auffasung hat Spanien nie den Franco-Faschismus überwunden. ETA und der baskischen Befreiungsbewegung stehen sie eher skeptisch gegenüber; mehr als 30 von ihnen sind inhaftiert. Immer wieder haben sie in den letzten zehn Jahren mit Hungerstreiks für ihre Zusammenlegung gekämpft, zwei starben an den Folgen der staatlichen Zwangsernährung; sie fühlten sich der RAF stark verbunden.

Staatsschutzangriff am 13.Juni '95

Eine vorläufige Bilanz

Am 13.6.95 wurden - wie bereits im letzten kassiber berichtet - unter Federführung der Bundesanwaltschaft im gesamten Bundesgebiet mehr als 50 Wohnungen, politische Zentren und Arbeitsstellen durchsucht, über 20 Personen wurden, zum Verhör gebracht und erkennungsdienstlich behandelt. Vier Männer wurden direkt mit dem Hubschrauber nach Karlsruhe geflogen und sitzen seitdem in Untersuchungshaft. Mittlerweile sind sie allerdings in ihre Heimatknäste verlegt worden: Andreas nach Lübeck, Ralf nach Neumünster, Rainer nach Bielefeld und Werner nach Berlin-Moabit.

Bei den Durchsuchungen wurde besonderes Augenmerk auf Computer und Computerzubehör gelegt, insbesondere auf die Programme zur Verschlüsselung von Texten.

Begründet wurde die Großrazzia einerseits mit Ermittlungen wegen der Herstellung und dem Vertrieb der Zeitschrift *radikal*, andererseits mit der Mitgliedschaft in den Antiimperialistischen Zellen (AIZ) und der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. (vgl. kassiber Nr.26) Die Begründung dafür, daß diese verschiedenen Ermittlungsstränge zu einer Großaktion gegen linke und feministische Strukturen und Einzelpersonen zusammengefaßt wurden, lieferte Innenminister Kanther noch am gleichen Abend im Fernsehen: Die Aktion sei eine "*zielgerichtete präventive Maßnahme zur Einschüchterung gegen die linksradikale Szene*".

Auf der juristischen Ebene herrscht bezüglich der Ermittlungsergebnisse Unklarheit, da den AnwältInnen bisher keine oder nur nichtssagende Teilakteneinsicht gewährt wurde. Die Ermittlungsverfahren in Bezug auf AIZ und K.O.M.I.T.E.E. haben bisher zwar nicht zu Verhaftungen geführt, es ist aber dennoch nicht abzusehen, inwieweit die BAW in diesen Verfahren zu einem für sie positiven Ergebnis kommen und wie sie weiterhin darauf politisch reagieren wird. Was das K.O.M.I.T.E.E. betrifft, wird in Berlin seit dem mißglückten Anschlag auf den Abschiebeknast ermittelt und drei Leute werden konkret gesucht. Weiterhin ist auch unklar, ob die Leute, gegen die wegen der *radikal* ermittelt wird, nicht auch mit dem AIZ-Vorwurf und -Ermittlungsverfahren belastet werden.

Den vier bereits Inhaftierten wird die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung im Zusammenhang mit der Herausgabe der Zeitung radikal vorgeworfen. Die BAW stützt ihre Erkenntnisse auf ein Treffen, das im September 1993 in der Eifel stattgefunden haben soll. Dieses Treffen wurde abgehört, und weil dort unter anderem angeblich Code-Wörter verwendet wurden, folgert die BAW, daß dies ein Treffen der *radikal* gewesen sei. Das Neue daran ist, daß mit diesem Vorwurf selbst schon redaktionelle Arbeit und die Produktion und der Vertrieb der Zeitung zu einer kriminellen Vereinigung erklärt wird. Damit setzt sich in Zukunft jede Zeitung, die BekennerInnenschreiben dokumentiert und dazu eine fundamental oppositionelle Grundhaltung vertritt, der Gefahr aus, als kriminelle Vereinigung nach 129 verfolgt zu werden.

Wegen des Vorwurfs der "*Verdunklungsgefahr*" wurde eine Freilassung der Inhaftierten bei ihrem Haftprüfungstermin abgelehnt, d.h es ist damit zu rechnen, daß sie mindestens bis zum Abschluß der Ermittlungen in Haft bleiben müssen. Alle vier sind verschärften Einzelhaftbedingungen ausgesetzt, das bedeutet u.a. 23 Stunden Einzelhaft, 1 Stunde Einzelhofgang, 1 Stunde Besuchszeit im Monat mit Trennscheibe (außer bei Angehörigen), vorher und nachher Leibesvisitation sowie ständige Zellendurchsuchungen und Postzensur. Bei den Verhören von Rainer hat der Staatsschutz mehrfach versucht, ihm die Kronzeugenregelung anzubieten. Er hat jedoch jede Aussage verweigert. Bei Andreas wurde der Besuchsantrag der Freundin abgelehnt, weil sie als Mitbeschuldigte gilt. Ihm wurde, wie auch Ralf aus Rendsburg, eigene Kleidung verwehrt.

Neben den vier Gefangenen wird noch gegen 21 weitere namentlich bekannte Personen wegen der Zeitschrift *radikal* ermittelt. Vier Personen werden aus dem selben Grund gesucht: Ulli aus Oldenburg, Klaus aus Köln, Matthes und Jutta aus Bremen. Gegen drei Menschen aus Bremen und sechs Menschen aus Hamburg wird wegen der AIZ ermittelt.

Außerdem richtete sich eine Hausdurchsuchung in Köln gegen Ingrid Barabaß, ehemalige Gefangene aus der RAF. Ihr wird vorgeworfen, eine Kontaktperson zwischen RAF und der sogenannten legalen Ebene zu sein.

In Berlin richteten sich die Durchsuchungen außer gegen Werner gegen Menschen, denen eine "*persönliche Nähe zu den Gesuchten*" aus der K.O.M.I.T.E.E.-Fahndung unterstellt wird. "*Persönliche Nähe zu Beschuldigten*" ist ebenfalls in vielen Durchsuchungsbefehlen wegen AIZ und *radikal* der Grund für die Ermittlungen.

Seit Anfang Juli befindet sich auch Ulf aus Bremen in Heimsheim bei Karlsruhe in Beugehaft. Er wurde zu fünf Monaten Beugehaft verurteilt, weil er sich weigerte, gegen einen Mitbewohner auszusagen, gegen den wegen der Zeitschrift *radikal* ermittelt wird (siehe Interview mit seiner Anwältin). Auch er sitzt in Einzelhaft. Post für ihn ist reihenweise mit der Begründung angehalten worden, daß der Inhalt der Briefe ihn in seiner Haltung, die Aussage zu verweigern, unterstütze. In verschiedenen Städten gab und gibt es weitere ZeugInnenvorladungen mit Beugehaftandrohung. Die Bundesanwaltschaft will auf diese Weise Aussagen erpressen und politisch aktive Frauen und Männer weiter einschüchtern. Diesem scharfen Angriff müssen wir massiv entgegentreten. Diese Staatsschutzaktionen sind Teil einer Taktik, die radikale Linke umfassend zu kriminalisieren, sowohl die Gruppen, die Anschläge verüben, wie solche, die darüber berichten, aber auch alle, die diese Gesellschaft grundsätzlich bekämpfen. Die, gegen die jetzt ermittelt wird, arbeiten seit Jahren zu Flüchtlingspolitik, Rassismus, Antifaschismus und sexistischer Gewalt. Es geht also auch um die Inhalte, für die die betroffenen Frauen, Lesben, Schwule und Männer stehen und das bedeutet, daß dieser Angriff linke und feministische Zusammenhänge als Ganzes treffen soll. Sie sollen verunsichert, eingeschüchtert und damit mundtot gemacht werden.

"Die Freiheit des Wortes und der Schrift ist nicht garantiert ..."

Infoveranstaltung für Frauen/Lesben zu den Durchsuchungen und Verhaftungen am 13.6.95

Am 13.6.95 wurden in mehreren Städten der BRD ca. 50 Wohnungen, Arbeitsstätten, Läden, Vereine und Projekte durchsucht. Dabei wurden vier Männer verhaftet und zahlreiche Frauen und Männer mit Ermittlungsverfahren überzogen. Desweiteren werden seitdem drei Männer und eine Frau gesucht. Als Vorwand dienten der Bundesanwaltschaft Durchsuchungs- und Haftbefehle nach 129 und 129a (Werbung/Unterstützung für und Mitgliedschaft in einer "kriminellen" und/oder "terroristischen" Vereinigung).

In der Veranstaltung wollen wir detaillierter über die Hintergründe der Razzia und die Vorwürfe gegen die Betroffenen berichten. Darüber hinaus wird es Infos geben zu den Haftbedingungen der Gefangenen und zu den Paragraphen 129 und 129a. Da ein Schwerpunkt dieser Repression die Kriminalisierung der linken Zeitschrift *radikal* ist, werden wir in der Veranstaltung auf Inhalte und Geschichte der *radikal* eingehen. Außerdem möchten wir uns mit euch über Aussageverweigerung austauschen und über die politische Einschätzung und die dringend notwendige Solidaritätsarbeit diskutieren.

Dienstag, 10.Oktober 1995, um 19 Uhr im Lagerhaus Schildstraße (3.Stock)

... sie muß erkämpft werden!"

Seit dem 13.Juni hat es drei bundesweite Treffen zu den Hausdurchsuchungen in den verschiedenen Städten gegeben. Ging es im ersten Treffen hauptsächlich erst einmal darum, das Ausmaß der Staatsschutzaktion zu begreifen, so geht es jetzt auch um den Versuch, Arbeitsstrukturen aufzubauen, wie diesem Angriff begegnet werden kann. In den einzelnen Städten läuft die Solidaritätskampagne zu den Hausdurchsuchungen unterschiedlich intensiv. In Bremen hat es von Frauen und Lesben zwei Radiosendungen sowie eine Plakataktion gegeben und es wurden Redebeiträge in Kneipen verlesen. Aus gemischten linken Zusammenhängen wurden während des Soundclash im Kulturzentrum Schlachthof Solidaritätsaktionen organisiert. Außerdem fanden Demonstrationen gegen Beugehaft statt und zwei Knastkundgebungen für Ulf in Heimsheim. Alle Aktionen hatten zum einen das Ziel, die Mediensperre zu durchbrechen, da die bürgerlichen Medien nach wie vor - im Gegensatz zu früheren 129a-Verfahren - so gut wie gar nicht berichtet haben. Zum anderen sollten sie aber auch die Solidarität mit den Betroffenen ausdrücken und deutlich machen, daß wir uns mit den Einschüchterungs- und Repressionsversu- chen von Seiten des Staates auseinandersetzen müssen und sie nur gemeinsam und solidarisch zurückweisen können.

Mittlerweile hat es bundesweit verschiedene Knastkundgebungen für die Inhaftierten, Infoveranstaltungen, Solikonzerte und -feten gegeben, um so Geld für die benötigten Kosten aufzubringen. Klar ist, daß nur eine breitere Kampagne den Angriff angemessen abwehren kann und das heißt auch, daß alle aktiv werden müssen.

Wir lassen uns nicht einschüchtern - Solidarität ist eine Waffe !

Wild Women

Wir erklären uns als feministische/lesbische Gruppen solidarisch:

» weil wir einzelne Betroffene kennen, mögen und schätzen,

» weil die Angegriffenen exemplarisch für politisches Denken und Handeln in feministischen und linken Zusammenhängen kriminalisiert werden,

» weil wir wie die angegriffenen Einzelpersonen und Strukturen Teil des Widerstands gegen Unterdrückungsstrukturen wie Sexismus, Rassismus, Klassenunterdrückung, Zwangsheterosexualität ... sind,

» weil wir noch immer die Gesellschaft verändern wollen!

Wir fordern:

» Herausgabe aller beschlagnahmten Gegenstände!

» Einstellung aller Ermittlungsverfahren!

» Sofortige Freilassung aller Gefangenen!

Es gibt ein offenes autonomes FrauenLesben-Plenum, jeden Mittwoch um 20 Uhr im Mädchenkulturhaus. Interessierte Lesben/Frauen können gerne kommen.

FrauenLesben-Solikonto: 0030549713, Sparkasse Bremen (BLZ 29050101)

Redaktionelle Anmerkung:
Nach acht wochen Untersuchungshaft ist den AnwältInnen der Inhaftierten ein Ordner mit kopierten "radikal"-Artikeln sowie ein Stimmgutachten zugesandt worden, mit dessen Hilfe einige der Beschuldigten identifiziert worden sein.

Interview mit Rechtsanwältin Waltraud Verleih

Beugehaft

Radio Steffi führte Mitte Juli mit Rechtsanwältin Waltraud Verleih (Frankfurt/Main) ein Interview zu den Themen Beugehaft und Auskunftsverweigerungsrecht für ZeugInnen in Ermittlungsverfahren. Waltraud Verleih ist Verteidigerin von Ulf B. aus Bremen, der am 4.Juli zu fünf Monaten Beugehaft verurteilt wurde, weil er als Zeuge die Aussage im 'radikal-Verfahren'und insbesondere gegen einen Freund und Genossen verweigerte.

Was ist der eigentliche Sinn von Erzwingungs-/Beugehaft?

Vom Gesetzeswortlaut her ist das unstreitig. Es geht darum, ZeugInnen, die kein Recht haben, Angaben zu verweigern, zu 'zwingen', Angaben zu machen und ihren in der Aussageverweigerung dokumentierten Willen, die Mitarbeit bei Ermittlungshandlungen zu verweigern, zu 'beugen'. Vereinfacht ausgedrückt, Druck auf Zeugen auszuüben, auszusagen. Beugehaft, im Gesetz Erzwingungshaft genannt, wird vom zuständigen Ermittlungsrichter verhängt, wenn Zeugen unberechtigt Fragen, die seitens der Staatsanwaltschaft oder durch den Richter gestellt werden, verweigern (70 II Strafprozeßordnung/StPO).

Gibt es noch andere Maßnahmen, um eine Zeugenaussage zu erzwingen?

Ja, das sog. Ordnungsgeld zur Erzwingung einer Aussage. Das Ordnungsgeld kann vom vernehmenden Staatsanwalt verfügt werden oder auch durch den Richter. Wenn das Ordnungsgeld nicht beigetrieben werden kann, kann ersatzweise (Ordnungs-)Haft verkündet werden. Die Ordnungshaft für nicht beigetriebene Ordnungsgelder wird nicht auf die Erzwingungshaft zur Erlangung der Aussage angerechnet.

Die maximale Erzwingungs-/Beugehaft beträgt ja sechs Monate. Kann sie unter irgendwelchen Umständen noch verlängert werden, z.B. wenn man auf einzelne Fragen die Antwort verweigert, anstatt zum gesamten Komplex?

Nein. Sechs Monate Erzwingungshaft sind die gesetzliche Obergrenze, und zwar für Aussagen in einem ganz bestimmten Verfahrenskomplex. Wenn bspw. eine Zeugin oder ein Zeuge erst zu einem und dann zum nächsten Komplex Angaben machen soll und auch für den nächsten Komplex die Angaben verweigert, so darf die Erzwingungshaft zwar mehrmals verhängt werden, sie darf aber die Obergrenze von sechs Monaten für das gesamte Ermittlungsverfahren, in dem die Zeugin/der Zeuge Aussagen machen soll, nicht übersteigen.

Das Ordnungsgeld zur Erzwingung von Angaben darf nur einmal verhängt werden. Im 'radikal-Verfahren' hat der Richter im Übereifer wegen der Aussageverweigerung neben der Beugehaft von fünf Monaten ein Ordnungsgeld von 800 Mark, ersatzweise 30 Tage Ordnungshaft, verkündet. Das Ordnungsgeld mußte er zurücknehmen, da der Betroffene bereits bei seiner staatsanwaltschaftlichen Vernehmung für die Aussageverweigerung mit einem Ordnungsgeld von 500 Mark belegt worden war. Der Übereifer des Richters war angeblich durch das Verhalten des Betroffenen provoziert, der zur Vernehmung mit Gepäck, insbesondere Lesematerial, erschien. Damit dieses Material vom Ermittlungsrichter gleich gesichtet und ihm dann auch in der Vollzugsanstalt übergeben werden kann, da ansonsten alle Lesematerialien von der Anstalt erst wieder zum Richter geschickt werden und dann wieder in die Anstalt zurück, was ewig dauert. Diese durchaus umsichtige Maßnahme hat den Ermittlungsrichter so brüskiert, daß er auch die Höhe der Erzwingungshaft, die in diesem konkreten Fall verhängt wurde, fünf Monate, damit begründete.

Bedeutet Erzwingungs-/Beugehaft besondere Haftbedingungen?

Für den Vollzug der Erzwingungshaft gelten die Bestimmungen des Strafvollzugsrechts, d.h. diejenigen, die in Erzwingungshaft sind, sollen behandelt werden wie Strafgefangene, was einen gegenüber der Untersuchungshaft teilweise gelockerten Vollzug bedeutet: Bestimmte einschränkende Maßnahmen, bspw. Post- und Besuchskontrolle sind der Anstalt vorbehalten, während dies bei U-Haft dem Richter vorbehalten ist.

Im 'radikal-Verfahren' hat der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs (BGH) Tätigkeiten, die der Anstalt obliegen, an sich genommen und entscheidet meines Erachtens ohne gesetzliche Grundlage über die Erteilung der Besuchserlaubnis und über die Weiterleitung von Post, m.E. unter Verstoß gegen geltendes Recht. Er ist nicht der nach Artikel 102 GG zuständige Richter. M.E. entscheidet er auch in einer Art und Weise, die rechtswidrig ist, indem er die Bedeutung der Erzwingungshaft und der U-Haft gleichstellt. Obwohl nach dem Gesetz derjenige, der noch nicht rechtskräftig verurteilt ist, als unschuldig zu gelten hat, schränkt die U-Haft die Kontaktmöglichkeiten nach außen gravierender ein als die Strafhaft, in der die Person bereits verurteilt ist.

Während also für die Erzwingungshaft an

sich die Voraussetzungen der Strafhaft gegeben wären, nimmt sich der Ermittlungsrichter beim BGH den für die Kontaktaufnahme nach außen wichtigen Teil Post/Besuch selbst vor, um darüber zu entscheiden. In dem Verfahren, über das wir hier reden, hat er allein an einem einzigen Tag elf Beschlüsse gemacht, in denen er Post anhielt oder Besuche nicht erlaubte. Daß der Ermittlungsrichter beim BGH sich die Erteilung der Besuchserlaubnis vorbehalten hat, bedeutet ebenso wie bei der Postkontrolle eher eine Kontaktsperre. Während seitens der Vollzugsanstalt zwei Besuche monatlich mit je einer halben Stunde bewilligt werden, hat die Art und Weise der richterlichen Tätigkeit hier bedeutet, daß der Betroffene einen Monat warten mußte, bis er überhaupt den ersten Besuch erhielt.

Müssen ZeugInnen, die zur Polizei/Staatsanwaltschaft oder zum Richter geladen sind, Angaben machen?

Vor der Polizei muß nach geltendem Recht derzeit noch niemand Angaben machen und einer Vorladung muß auch keine Folge geleistet werden. Ladungen zur Staatsanwaltschaft oder zum Richter müssen Zeugen Folge leisten - und mit einigen Ausnahmen Angaben machen. Die Ausnahmen, die das Gesetz regelt, gelten für Angehörige bestimmter Berufe, für Familienangehörige und für den Fall der Selbstbeschuldigung. Das Zeugnisverweigerungsrecht aus verwandtschaftlichen Gründen (52 StPO) und das aus beruflichen Gründen (53 ff. StPO) ist in der Regel unkompliziert. Komplizierter wird es beim Auskunftsverweigerungsrecht nach 55 StPO (wegen drohender Gefahr der Selbstbelastung). Während die Zeugnisverweigerung aus verwandtschaftlichen bzw. beruflichen Gründen das Recht beinhaltet, die Aussage insgesamt zu verweigern, bedeutet die Wahrnehmung des Rechts aus 55 StPO, daß für jede einzelne Frage geprüft wird, ob die Verweigerung unter Bezug auf 55 StPO rechtmäßig ist. Zeugen können bei der Geltendmachung des 55 StPO, wenn sie nicht selbst auch beschuldigt sind, nicht pauschal die Angaben verweigern.

Die Schwierigkeit bei der Geltendmachung der Rechte nach 55 StPO ist der mangelnde Überblick, den Zeugen haben. In Verfahren, in denen bspw. die Bundesanwaltschaft (BAW) ermittelt, ist der Anfangsverdacht gegen Beschuldigte in der Regel ungemein niedrig. So, wie die BAW in den sog. Organisationsdelikten im linksradikalen Spektrum ermittelt, gibt es dort wenig, was nicht ihren Verdacht erweckt. Besteht die BAW aber auf Zeugenaussagen, benimmt sie sich immer unglaublich generös, wenn es darum geht, Ausforschung zu betreiben. Da gibt es dann, wenn man den Aussagen einzelner Bundesanwälte folgt, fast nichts, was Zeugen in die Nähe von Straftaten rücken könnte. Mithin gäbe es kaum Angaben, die Zeugen selbst gefährden könnten. Da die BAW aber sicherlich nicht der seriöseste Verhandlungspartner bei der Prüfung von Verdachtsmomenten ist, empfiehlt sich eine sehr genaue Abwägung, in welchen Fällen Angaben zur Sache gemacht werden oder nicht. Möglicherweise müssen Betroffene es darauf ankommen lassen, bei einem Erzwingungshaftbeschluß Beschwerde einzulegen und den BGH überprüfen zu lassen, ob nun die Befürchtung der Zeugen berechtigt war, keine Angaben zu machen, da sie sich selbst belasten könnten, oder die Behauptung der BAW, die Zeugen könnten sich nie und nimmer verdächtig machen.

Frauen/Lesben-Plakataktion in Bremen am 18.August 1995 (überklebt wurden Werbetafeln)

In Organisationsdelikten, gerade wegen sog. krimineller oder terroristischer Vereinigungen, ist große Vorsicht geboten, sich nicht selbst zu belasten. In der Regel können Zeugen den Umfang des Verfahrens und die Verknüpfung von Angaben, wie sie die BAW zu Lasten von Betroffenen vornehmen kann, nicht überblicken. In der Regel können Zeugen von Angaben, die sie gemacht haben, nicht zurücktreten. Angaben, die heute strafrechtlich irrelevant sind, können bei einer Umbewertung von Tatgeschehen strafrechtliche Relevanz bekommen. Angaben, die einmal aktenkundig gemacht sind, insbesondere Angaben gegenüber Ermittlungsrichtern, sind verwertbarer Aktenbestandteil. Kommt es in dem konkreten Verfahren zu einer Anklage, sind die Personen, die im Ermittlungsverfahren Angaben gemacht haben, Beweismittel im Sinne der StPO, werden als solche in der Anklageschrift erwähnt und müssen mit ihrer Ladung in die Hauptverhandlung zur Zeugenvernehmung rechnen.

Wenn sich Zeugen auf 55 StPO berufen, können sie deshalb ein Ermittlungsverfahren bekommen?

Nein. Das Auskunftsverweigerungsrecht beruht auf dem Grundsatz, daß niemand gezwungen werden darf, gegen sich selbst auszusagen. Aber eine einfache Berufung auf 55 StPO - z.B.: "Ich sage nichts, weil ich mich belasten könnte" - wird in der Praxis nicht anerkannt. In den Fällen, in denen die Staatsanwaltschaft oder das Gericht Zweifel an den Angaben von Zeugen haben, daß sie sich selbst belasten könnten, müssen diese die Tatsachen, auf die sie sich zur Verweigerung der Angaben stützen, glaubhaft machen (56 StPO), in der Regel durch die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung. Eine falsche eidesstattliche Versicherung ist strafbar. Es dürfen für die Glaubhaftmachung aber keine Angaben zu der Tat verlangt werden, um deren Verfolgung es geht. Zeugen brauchen sich durch die Glaubhaftmachung nicht selbst zu belasten. Zeugen dürfen nicht gezwungen werden, 'Beweismittel' gegen sich selbst zu sein.

Was passiert Zeugen, die falsche Angaben machen?

Sie können ein Verfahren wegen falscher uneidlicher Aussage oder wegen Meineids bekommen (153, 154 StGB) oder wegen Strafvereitelung (258 StGB), weil die Ermittlungsbehörden davon ausgehen, daß falsche Angaben gemacht wurden, um Personen vor der Strafverfolgung zu schützen. Ob dann zusätzlich gegen Zeugen wegen falscher uneidlicher Aussage oder Meineids ermittelt wird, hängt davon ab, ob die Aussage beschworen wurde oder unvereidigt geblieben ist. Die Strafprozeßordnung geht grundsätzlich davon aus, daß Zeugen Angaben machen müssen, und daß diese Angaben vollständig und wahrheitsgemäß sind.

Das Interview wurde von uns leicht gekürzt und überarbeitet.

Kurzmeldungen

Irische Gefangene sind frei

Am 28. und 30.Juni wurden die Urteile gegen Donna Maguire, Poilin und Donncha O'Cathain und Padraig Murray im letzten BRD-Verfahren gegen irische politische Gefangene in Celle verkündet. Allen vier wurde der Anschlag auf eine britische Kaserne im Juni 1989 in Osnabrück angelastet. Verurteilt wurden sie wegen fünffachen Mordversuchs, der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und Agententätigkeit zu Sabotagezwecken: Donna und Poilin zu neun Jahren, Donncha und Padraig zu zehn Jahren und drei Monaten. Da die Reststrafen zur Bewährung ausgesetzt wurden, wurden Donna, Donncha und Padraig nach mehr als fünf Jahren Untersuchungs- bzw. Auslieferungshaft sofort entlassen (Poilins Haftbefehl war schon vorher außer Vollzug gesetzt worden). Ihnen wurde eine Ausreisefrist von drei Tagen gesetzt, alle vier sind inzwischen in Irland angekommen.

In der Urteilsbegründung wurde mildernd geltend gemacht, daß für den fünffachen Mordversuch keine "*niederen Beweggründe*" hätten festgestellt werden können. Im Gegenteil - der Vorsitzende Richter Volkckart erging sich in einer Kurzhistorie der Lebenssituation von KatholikInnen in Nordirland in den letzten 25 Jahren. Er erwähnte Bürgerrechtsbewegung und IRA in einem Atemzug und anerkannte die Motivation der Angeklagten (die nur aufgrund äußerst magerer Indizien zu eindeutigen TäterInnen erklärt wurden) als eine politische. Das sollte nicht mißverstanden werden als eine Anerkennung des Kampfes um die Befreiung und gegen die Unterdrückung. Schließlich wurde direkt klargestellt, daß das Ausgeführte für keine andere Organisation auch nur ansatzweise gelte. (Nur zur Erinnerung: Im selben Gerichtssaal wurden vor nicht allzu langer Zeit KurdInnen z.T. zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt!)

Quellen: Irland Solidarität Hannover, 30.6.95; Weser-Kurier, 29.6.95 und 1.7.95

Erich Mielke ist frei

Erich Mielke, ehemaliges SED-Politbüromitglied und DDR-Minister für Staatssicherheit, wurde am 2.August nach rund fünfeinhalb Jahren Haft entlassen, die Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt. Das Berliner Landgericht hatte den Antifaschisten 1991 wegen der Ermordung zweier Polizisten im Jahre 1931 auf dem Berliner Bülowplatz zu sechs Jahren Haft verurteilt (Anklage und Urteil stützten sich auf Nazi-Akten aus den 30er Jahren); zuvor saß er schon wegen anderer Vorwürfe in Untersuchungshaft. Das Gericht billigte Mielke bei seiner 2/3-Entlassung eine "*positive Sozialprognose*" zu - schließlich ist er todkrank.

Siegerjustiz

In der Neuauflage eines Verfahrens wegen Anstiftung zur Wahlfälschung verurteilt das Landgericht Dresden vier ehemalige DDR-Politiker bzw. SED-Funktionäre: den ehemaligen 1.Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden und späteren DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow (67), den Vorsitzenden des Rates des Bezirks Dresden, Günter Witteck (67), den 2.Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, Lothar Stammnitz (67), und den Sekretärs der SED-Bezirksleitung Dresden, Siegfried Neubert (59). Drei der vier Angeklagten erhalten Bewährungsstrafen von sechs bis neun Monaten, alle vier müssen außerdem Geldstrafen zwischen 3.500 und 5.000 Mark zahlen. Das BRD-Gericht warf z.B. dem heutigen PDS-Ehrenvorsitzenden Modrow vor, am 7.Mai 1989, dem Tag der Kommunalwahlen in der damals souveränen DDR, MitarbeiterInnen den Auftrag gegeben zu haben, die Zahlen über die Wahlbeteiligung in vier Kreisen nach oben, die Zahl der Gegenstimmen nach unten zu manipulieren. Modrow wurde deswegen zu neun Monaten auf Bewährung und Geldstrafe verurteilt - "*kein politisches Urteil*", so der Vorsitzende Richter Spiegelhalter. Modrow bekannte sich dazu, die Wahlfälschung nicht verhindert zu haben: Hätten sich die Angeklagten dagegen gestemmt, dann wären sie von der SED-Führung in Berlin von ihren Posten abgelöst worden. Sie alle hätten jedoch auf den Veränderungsprozeß Einfluß nehmen wollen, der nach den Reformen in der UdSSR auch in der DDR vor der Tür stand.

In einem ersten Prozeß im Mai 1993 waren die vier zwar wegen Anstiftung zur Wahlfälschung verurteilt, aber lediglich "*verwarnt*" und zu Geldbußen verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof hatte diese Urteile im November 1994 als "*unangemessen milde*" bewertet und in Teilen aufgehoben.

Verbotene Kennzeichen

Die rote Fahne der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) mit fünfzackigem Stern auf gelben Grund und das Bild des PKK-Generalsekretärs Abdullah Öcalan sind nach einer Entscheidung des Verwal-

Demonstration am 2./3.10.94 in Bremen

Zwischenstand der Ermittlungen und Verfahren

Inzwischen ist fast ein Jahr vergangen und die Leute aus Düsseldorf dürfen sich schon wieder mit dem nächsten "Tag der Deutschen Einheit" beschäftigen. In Bremen gab es bisher erst ein Verfahren, das jedoch eingestellt wurde, da der vermeintliche Demonstrant dem Gericht glaubhaft machen kann, daß er nicht auf die Demo wollte, und alles nur etwas dumm gelaufen sei. Zur Einstellung wäre es am 12.Juli aber nicht gekommen, wenn nicht der Staatsanwalt noch einer der "liberaleren" Sorte gewesen wäre. So blieb die Staatskasse auf den Kosten des Verfahrens sitzen, und der junge Zivildienstleistende aus Ostfriesland kann seinen kargen Lohn für andere schöne Dinge ausgeben.

Schon Anfang des Jahres wurde ein Verfahren, ohne daß es zur Hauptverhandlung gekommen war, eingestellt. Der jungen Frau aus den südlicheren Gefilden dieses Landes, wurde abgenommen, daß ihr die ihrer Ansicht nach einzige Demonstration zum 3.10. so wichtig gewesen war, nach Bremen zu kommen. Dem Richter gefiel offenbar auch das ziemlich junge Alter und die positive Erscheinung. Außerdem glaubte der Richter zu wissen, daß sie Gewalt grundsätzlich ablehne, und auch in Bremen nicht gewaltätig in Erscheinung getreten sei. Unserer Einschätzung nach spielte bei diesem Fall aber sicher auch der Bekanntheitsgrad des Anwalts und die Gesinnung des Richters (Alt-68er) eine große Rolle.

Weitere Verfahren wurden wegen Erkrankung des/der Angeklagten nicht geführt, oder kommen evtl. zu einem späteren Zeitpunkt auf uns zu. Möglich, daß auch durch das Sommerloch und die Urlaubszeit einige Verfahren nicht stattfanden oder verschoben wurden. Zwei auf den 15.August terminierte Verfahren fanden, da der Widerspruch zurückgezogen wurde, nicht statt. Eine Anklage wegen Landfriedensbruch liegt uns bisher nur aus einer Stadt vor. Der Rest waren alles Bußgelder wegen Teilnahme an verbotenen Demonstrationen. Ende August erreichte uns die Nachricht, daß Verfahren wegen der Demo nach 47(2) Ordnungswiedrigkeitsgesetz (OWiG) auf Kosten der Staatskasse eingestellt wurden. Bisher wissen wir von gut einem Dutzend dieser Fälle, also auf keinen Fall die DM 234 bezahlen, abwarten und schauen, was sich so tut.

Im übrigen sind in letzter Zeit mehrere Verfahren eingestellt worden, so gegen eine Frau wegen des antifaschistischen Büchertisches am 13.8.94, oder auch gegen einen Mann wegen der angeblichen Teilnahme an einer Tourismusboykottaktion vor einem Reisebüro in der Sögestraße letztes Jahr.

Nochmals der Appell: Meldet euch bei uns, wenn ihr allgemeine Fragen, Fragen zur Einstellung eures Verfahrens oder einen Gerichtstermin habt.

EA Bremen, St.Pauli Str. 10-12, 28203 Bremen

tungsgerichts Hannover verbotene Kennzeichen. (AZ: 10 A 8529/94)
aus: Weser-Kurier, 16.8.95

BGH: Autobahnblockade ist Nötigung

In der Revisionsverhandlung gegen einen kurdischen Mann, der an einer Autobahnblockade teilgenommen hatte, hob der Bundesgerichtshof (BGH) das vom Landgerichts Augsburg verhängte Urteil im Strafausspruch auf. Der Kurde war von der Vorinstanz wegen Landfriedensbruchs und Nötigung zu 19 Monaten Haft verurteilt worden. Der BGH forderte eine Verurteilung wegen schweren Landfriedensbruchs. Dieser läge in der Regel vor, wenn ein als Waffe verwendbarer Gegenstand vom Täter nicht nur mitgeführt, sondern auch eingesetzt werde. Der Angeklagte hätte bei der Aktion Benzin aus einem Kanister verprüht, um es anzuzünden. Die Bestrafung wegen Nötigung stelle keinen Widerspruch zur 'Blockadeentscheidung' des Bundesverfassungsgerichts (BVG) vom Januar 1995 dar. Das BVG hatte entschieden, daß das Zusammenwirken von nur geringer körperlicher Gewalt und nur psychischer Einwirkung auf AutofahrerInnen - wie bei den Sitzblockaden der Friedensbewegung gegen die NATO-Raketenstationierung - keine Gewaltanwendung im Sinne des Nötigungsparagraphen sei. Der BGH urteilte, daß auch die Ausübung psychischen Zwangs als Nötigung bestraft werden kann, wenn - wie bei Autobahnblockaden - durch anhaltende Fahrzeuge eine 'Barriere' aus Fahrzeugen geschaffen wird, hinter denen die anderen Fahrzeuge anhalten müssen, ohne eine Ausweichmöglichkeit zu haben.
nach: Weser-Kurier, 21.7.95

Computer auch für U-Gefangene

Nach einem am 11.August veröffentlichten Grundsatzbeschluß des Oberlandesgerichts Koblenz haben auch Gefangene in Untersuchungshaft Anspruch auf einen Computer in ihrer Zelle. Die Benutzung eines Computers durch eine(n) Untersuchungsgefangene(n) könne jedenfalls dann geboten sein, wenn die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift elektronisch aufgearbeitet hat und auch VerteidigerIn oder Gericht "*nicht ohne elektronische Hilfe*" auskommen. (Az: 1 Ws 752/94)
nach: Weser-Kurier, 11.8.95

Durchsuchung wegen COPEX

Am Morgen des 18.Juli wurde der Bonner Buchladen *Le Sabot* von Beamten des polizeilichen Staatsschutzes durchsucht. Die Razzia richtete sich gegen die *Antifa Bonn/Rhein-Sieg*, die im Buchladen ihre Postadresse hat. Als offizielle Begründung dienten die sieben zerstörten Fensterscheiben der Bad Godesberger Stadthalle am 23.Juni dieses Jahres, die letztlich zur Absage der Rüstungsmesse COPEX führten. Die Staatsschützer schossen etliche Fotos und beschlagnahmten zahlreiche Materialien, vor allem Flugblätter des Bündnisses gegen die Waffenmesse und Plakate der Antifa zur COPEX. Außerdem nahmen sie Schriftproben einer Schreibmaschine und eines Laserdrukkers und kopierten Disketten und eine Festplatte, die allesamt dem Buchladen gehören. Der Durchsuchung lag ein Beschluß des Amtsgerichts Bonn vom 7.7.95 zugrunde, in dem es heißt, daß Mitglieder der *Antifa Bonn/Rhein-Sieg* die Sachbeschädigung an der Stadthalle am 23.Juni verübt hätten. Der Verdacht resultiere insbesondere daraus, daß Plakate der Antifa in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit dem Anschlag an der Stadthalle angebracht worden seien, außerdem habe die Antifa Störaktionen als Mittel zur Verhinderung der COPEX propagiert.
nach: Pressemitteilung der Antifa Bonn/Rhein-Sieg, 18.7.95

Haftanstalt gehört zu den Celler Sehenswürdigkeiten

Die hohen Mauern der Justizvollzugsanstalt Celle gelten bei den Boots-Ausflugsfahrten auf der Aller als Sehenswürdigkeit. Sowohl im Linien- wie im Charterverkehr sind drei kleine Schiffe wie die „Allernixe" bis Anfang Oktober mindestens dreimal pro Woche nach Fahrplan auf der rund 28 Kilometer langen Wasserstraße von Celle bis Bannetze und zurück unterwegs. Rund drei Stunden dauert die Fahrt auf einer Strecke. Währenddessen wird bei Kaffee und Kuchen für das leibliche Wohl gesorgt. Nach Auskunft eines der beiden Bootsfahrt-Betreiber gibt es auf der Aller seit Beginn dieses Jahrhunderts im Sommer Ausflugsfahrten. Foto: dpa

aus: Weser-Kurier, 4.Juli 1995

Londoner Gericht erlaubt Auslieferung Kani Yilmaz'

Am 25.Juli beschloß ein Londoner Gericht, dem Auslieferungsersuchen der BRD-Bundesanwaltschaft gegen den Europasprecher der kurdischen ERNK stattzugeben. Er kann damit ausgeliefert werden, wenn nicht ein höheres Gericht das Urteil wieder aufhebt oder der zuständige Minister aus anderen Gründen eine Auslieferung ablehnt. Die Anwälte des seit Oktober 1994 in Abschiebehaft sitzenden Kani Yilmaz kündigten Berufung an (s. kassiber 25 und 26). Der Bremer Rechtsanwalt Hans-Eberhard Schulz veröffentlichte zur Gerichtsentscheidung Ende Juli eine Presseerklärung:

"Nach den mir vorliegenden Berichten wurde das Ersuchen der deutschen Behörden beschränkt durch Herausnahme der schwerwiegendsten Anklagepunkte - für ein Strafverfahren nach einer eventuellen späteren Auslieferung sehr wichtig -, allerdings ist die Auslieferung nicht durch die Bedingung beschränkt, daß eine Strafverfolgung in Deutschland wegen des Vorwurfs der *'Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung'* (129a Strafgesetzbuch) ausgeschlossen ist. Das Gericht hat sich vielmehr auf den Standpunkt gestellt, dies sei eine Entscheidung des deutschen Gerichts, wobei allerdings davon auszugehen ist, daß aufgrund des Spezialitätsgrundsatzes (d.h. Strafverfolgung nach Auslieferung nur aufgrund von Straftatbeständen, die in beiden Ländern in der gleichen Form existieren, was bei 129a nicht der Fall ist!) seiner Ansicht nach nicht möglich ist - eine Ansicht, die vom Vertreter des *crown prosecution service* ebenso geteilt wurde wie von der Bundesanwaltschaft. In seiner mündlichen Urteilsbegründung hat der Richter deutlich gemacht, wie zweifelhaft seine Bewertung ist, die Kani Yilmaz vorgeworfenen Delikte seien keine politischen Delikte.

Im Ergebnis sind also die Aussichen für ein Rechtsmittelverfahren zum *High Court* und die in einem Strafverfahren nach eventueller Auslieferung in Deutschland, wo er durch mich anwaltlich vertreten wird, besser geworden. Zu betonen bleibt: Selbst wenn die Auslieferung juristisch für zulässig erklärt wird, kann die britische Regierung sie aus (außen-)politischen oder humanitären Gründen ablehnen. Nachdem sich die parlamentarische Gruppe *Freunde Kurdistans* in einem offenen Brief vom 4.Mai 1995 an die britische Öffentlichkeit gewandt hatte, der in mindestens zwei Tageszeitungen veröffentlicht wurde, haben sich nunmehr eine Gruppe von Rechtsanwälten und Juristen sowie der Labourab-

Celler Wadenbeißer lassen nicht locker

Die Generalstaatsanwaltschaft (GSA) Celle hat sofortige Beschwerde gegen die Entscheidung des 3.Strafsenats des Oberlandesgerichts (OLG) Celle, gegen die Göttinger *Autonome Antifa (M)* nicht als "*kriminelle Vereinigung*" zu verhandeln, beim Bundesgerichtshof eingelegt (s. kassiber 26). (...) Es wurde beantragt, die volle Anklageschrift der GSA vor einem anderen Strafsenat des OLG Celle zur Hauptverhandlung zuzulassen. In den Augen der GSA ist die *Autonome Antifa (M)* nach wie vor eine "*kriminelle Vereinigung*". Da das Fernziel der *Autonomen Antifa (M)* die "*Errichtung einer gerechteren Gesellschaftsordnung*" sei, könne nicht ausgeschlossen werden, daß sie sogar zu einer "*terroristischen Vereinigung*" konvertiere. "*Vom Ansatz bedenklich*" sei, daß das OLG "*das Versammlungsrecht zu bloßen 'Ordnungsvorschriften' reduziert*". Das verstelle den Blick darauf, daß von der Autonomen Antifa (M) "*erheblich Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht*". Im übrigen sei der "'*Antifaschismus' kein ernstgemeintes Anliegen*" der *Autonomen Antifa (M)*. Es ginge ihr lediglich um "*Bündnispolitik*" und "*Organisierung*". (...)

Vollends der Lächerlichkeit preis gibt sich die GSA mit der Begründung, warum das "*Weiterstadt-Plakat*", mit dem eine Veranstaltung mit ehemaligen RAF-Gefangenen im Mai 1993 angekündigt wurde, doch "*Werbung für die RAF*" sein soll. Das Motto des Plakates laute schließlich "*Zusammen gehört uns die Zukunft*" und nicht "*Uns gehört die Zukunft*". Letzteres "*müßte sie (die Autonome Antifa [M]) logischerweise schreiben, würde sie ausschließlich für sich werben*". Bleiben zwei Details anzumerken: Erstens ist das Plakat von *KuK (Kunst und Kampf)* erstellt worden, zweitens führt die *Autonome Antifa (M)* seit 1991 Demonstrationen unter der Parole "*Zusammen gehört uns die Zukunft*" durch. Mit weiterem Unverständnis reagiert die GSA auf die Entscheidung des OLG, "*Nötigung der Polizei*" nicht vor dem Amtsgericht verhandeln zu lassen. Die Veröffentlichung von Demo-Konzeptpapieren der Gruppe mit der Forderung nach Duldung des Schwarzen Blocks sei "*vollendete Erpressung*". Wenn das OLG dies als "*nachhaltigen Appell an die Polizei*" bezeichne, so sei das "*eine nicht nachvollziehbare Verharmlosung*". Last not least schäumt die GSA vor Wut darüber, daß ihre in vier Jahren zusammengetragenen 115 (!) Aktenordner mit 13.929 abgehörten Telefonaten und unzähligen Observationsprotokollen auf allerunterster juristischer Ebene, dem Strafrichter des Göttinger Amtsgerichts, verhandelt werden sollen. Da Bestandteil der Politik der *Autonomen Antifa (M)* auch der "*Kampf gegen die Klassenjustiz*" sei, solle doch wenigstens vor dem Landgericht verhandelt werden. (...)

Juristischer Hickhack hält an

Der Staatsschutzsenat des BGH in Karlsruhe hat (Mitte August) über die Beschwerde der Bundesanwaltschaft und der GSA Celle über den Beschluß des OLG Celle, gegen 17 mutmaßliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) wegen "*Bildung einer kriminellen Vereinigung*" (129) und "*Werbung für eine terroristische Vereinigung*" (129a) nicht zu verhandeln, entschieden. Der BGH kam zu folgenden Entscheidungen:

1. Die Broschüre *Ausgewählte Zeitdokumente* des GNN-Verlags (s. u.a. kassiber 25) stelle eine rechtlich nicht zu beanstandende Dokumentation über die Geschichte der RAF dar. Deshalb sei der Verkauf auch keine "*Werbung für eine terroristische Vereinigung*".

2. Das sogenannte Weiterstadt-Plakat vom Mai 1993, das für eine Göttinger Veranstaltung mit ehemaligen Gefangenen aus der RAF warb, sei ebenfalls keine "*Werbung für eine terroristische Vereinigung*". Dieses Plakat werbe vielmehr für die Politik der *Autonomen Antifa (M)*, ein Werben für die RAF sei nicht eindeutig erkennbar.

3. Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß die *Autonome Antifa (M)* doch eine "*kriminelle Vereinigung*" sei. Dies sei durch einen Prozeß zu überprüfen, und zwar vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Lüneburg. Diese sei "*der rechte Ort, diese Fragen letztlich zu klären*".

Trotz vollständigem Wegfall der Anklage nach 129a, bedeutet der BGH-Beschluß ein politisches Mammutverfahren für die 17 Angeklagten, das sich über Jahre hinziehen kann; Gegenstand der Verhandlung sind 115 Aktenordner, die eine vierjährige Observationstätigkeit des Landeskriminalamts Niedersachsen dokumentieren. (...)

Presseerklärungen der Autonomen Antifa (M) vom 4.7.95 und 16.8.95 (jeweils gekürzt)

geordnete John Austin-Walker erneut zur Unterstützung dieser Forderung an die Regierung und an die Öffentlichkeit gewandt."

Neues 129a-Ermittlungsverfahren gegen Eva Haule

Am 12./13.Juni erschienen in der Presse offensichtlich von Bundesanwaltschaft (BAW) und Bundeskriminalamt (BKA) lancierte Berichte, wonach Eva Haule, Gefangene aus der RAF, Anschläge oder Gefangenenbefreiungen plane. Grundlage dieser Behauptungen sei ein von Eva geschriebener 'Kassiber', gemeint war wohl ein bei einer Besucherin des Prozesses gegen Birgit Hogefeld am 4.Mai beschlagnahmtes Schriftstück. Das wurde zum Anlaß genommen, die Zellen von Eva und Birgit Hogefeld zu durchsuchen und Ermittlungsverfahren nach 129a einzuleiten.

Gerd Klusmeyer, Rechtsanwalt von Eva, gab zu den Vorwürfen Ende Juni eine Erklärung ab, in der es u.a. heißt: "*Worum es in dem 'Kassiber' wirklich ging, war, eine Diskussionsstruktur abseits der totalen Zensur und Überwachung zu organisieren, mit der die Gefangenen aus der RAF konfrontiert sind. Konkret: jedes geschriebene Wort wird von den Staatsschutzbehörden mitgelesen. Die zwei Stunden Besuch pro Monat mit Nicht-Angehörigen werden von LKA- und JVA-Beamten überwacht, die mit am Tisch sitzen. Sämtliche Personen, die Beziehungen zu den Gefangenen aufnehmen, geraten 'automatisch' in die Fahndungsraster des Staatsschutzes, werden als 'Kontaktpersonen aus dem terroristischen Umfeld' ausgeforscht, überwacht und kriminalisiert. (...) Die einzig reale 'Erkenntnis' aus dem Vorfall jetzt ist die Tatsache, daß die Gefangenen diesen Zustand nicht hinnehmen, sondern ständig nach Möglichkeiten suchen, ihn aufzuheben. Die Lügen, die verbreitet werden, sollen das Einbetonieren und die endlose Haft gegen die Gefangenen in der Öffentlichkeit rechtfertigen.*

Obwohl Eva Haule den Inhalt des besagten Briefes, der im übrigen nicht 'verschlüsselt' war, offengelegt hat, werden Lügen darüber verbreitet, wie z.B., es würden bewaffnete Aktionen und Geiselnahmen geplant und es bestünden Kontakte zu den 'AIZ'. Gegen Eva Haule wurde ein neues Ermittlungsverfahren wegen 'Mitgliedschaft in der RAF' eingeleitet. Dies wurde den Medien verschwiegen, weil daran offensichtlich geworden wäre, was vor sich geht: die absurde Behauptung, Eva Haule würde sich als 'RAF-Mitglied betätigen', obwohl sie seit neun Jahren in Haft ist und sich im Herbst '93 politisch von der RAF getrennt hat - was auch in der Öffentlichkeit bekannt ist -, dient der BAW nun als Vehikel, um die Ermittlungskompetenz an sich zu ziehen und gegen die Gefangenen aus der RAF vorzugehen und die Sonderhaftsbedingungen zu zementieren."

Am 7.Juli veröffentlichte dann die *taz* ein Fragment des abgefangenen Briefes, der beim BKA unter Verschluß liegt (AnwältInnen haben bislang keine Akteneinsicht erhalten). Es ist davon auszugehen, daß die Veröffentlichung von den Verfolgungsbehörden betrieben wurde. Daß ein Ziel der Veröffentlichung ist, das Klima der Spaltung und Distanz zu nähren, wird an der Hervorhebung der Worte "*Böse Schwester*" deutlich, die - bezogen auf die Spaltung Gefangene/RAF - auf Birgit gemünzt sein sollen. Dies war sicherlich nicht Eyas Intention, da der Brief nicht für die Öffentlichkeit geschrieben wurde.

Quellen: Presseerklärung von RA Gerd Klusmeyer, 26.6.95; Info zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld, Nr.6

Steinmetz und kein Ende

Am 27.6.95, an dem sich die Ermordung von Wolfgang Grams und die Verhaftung von Birgit Hogefeld zum zweiten Mal jährte, wurden unsere sechs Wohnungen in der Fritzlarer Straße 18 in Frankfurt mehrere Stunden besetzt und durchsucht. Grundlage der Durchsuchung war, wie bei den vorherigen Malen, ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt mit

dem Konstrukt "*Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion*". Konkret geht es um die Sprengung von Weiterstadt durch die RAF; es ist ein und dasselbe Verfahren, das ursprünglich gegen den VS-Agenten Steinmetz lief, aber eingestellt wurde und nun gegen Unbekannt weitergeführt wird. Ursprünglicher Anlaß der ersten Durchsuchung im Mai 1994 war das aufgefundene Motorrad von Steinmetz, das eine Frau aus dem Haus nach 'Bad Kleinen' weitergefahren hat. Es wurde zum "*Fahndungserfolg*", weil in den dazugehörigen Motorradkoffern angeblich Sprengstoffspuren gefunden wurden.

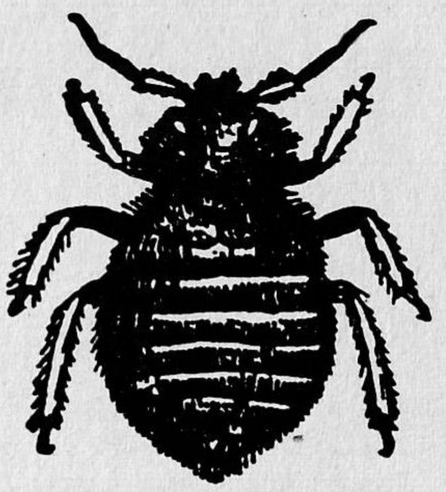
Wie schon bei der zweiten Durchsuchung wurden sämtliche Taschen und Rucksäcke beschlagnahmt, des weiteren suchten sie nach grüner Farbe, Haarbürsten und diversen Schriftstücken. Das einzig Neue an dieser Durchsuchung war, daß sie auf weitere Wohnungen und Personen ausgedehnt wurde, nebst einem Kind, das namentlich im Durchsuchungsbeschluß erwähnt wurde. Angeordnet wurde die Durchsuchung, wie die vorherigen auch, vom Ermittlungsrichter Beyer am Bundesgerichtshof. Unter seiner Regie laufen die gesamten Ermittlungen im Komplex Steinmetz, er zeichnet sich verantwortlich für die bundesweite Razzia am 13.6.95 gegen die *radikal* und die Verhaftung von vier Leuten in diesem Zusammenhang, er ist derjenige, der Ermittlungen, Zeugenvorladungen und Beugehaft quer durch die BRD organisiert und von seinem Schreibtisch aus leitet.

Noch während der Durchsuchung händigte der anwesende Bundesanwalt Griesbaum an vier Bewohnerinnen Vorladungen zur Vernehmung aus, da sie "*Zeugen*" in diesem Verfahren sind. (...) Die diesmal Betroffenen sollten sich am gleichen Nachmittag im Frankfurter Polizeipräsidium einfinden, um vom Bundesanwalt vernommen zu werden. Die 'Zeuginnen' sind nicht ins Präsidium gegangen, und wir werden auch nicht in Karlsruhe vor dem Bundesrichter Beyer unsere Haltung ändern, weil wir grundsätzlich die *Aussage verweigern!* Dem mittlerweile bekannten Ablauf entsprechend werden oder können sie uns mit Gewalt zum Bundesgerichtshof schleppen und dort mit Beugehaft drohen. Und vielleicht auch vollstrecken! Wir sind uns dessen bewußt, sehen unserer Entscheidung als die persönlich richtige und politisch notwendige, um uns gegen diesen Terror zur Wehr zu setzen. (...)

Fritze, 27.6.95 (gekürzt)

Abhörbefugnisse beschränkt

Die sich aus dem *Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994* ergebenden umfangreichen Abhörbefugnisse des *Bundesnachrichtendienstes (BND)* wurden vom *Bundesverfassungsgericht (BVG)* am 13.Juli mit einer Einstweiligen Anordnung beschränkt. Der BND war im Kalten Krieg für die BRD-Auslandsspionage zuständig, ohne konkreten Verdacht durfte er nur bei einer "*Gefahr eines bewaffneten Angriffs auf die Bundesrepublik Deutschland*" den Post- und Fernmeldeverkehr durchforsten. Seit dem vergangenen Jahr ist er nun vor allem für die Bekämpfung der diffus definierten "*Organisierten Kriminalität*" (zur Problematik dieses Begriffs s. kassiber 23) und den Schutz der "*inneren Sicherheit*" zuständig: Ohne richterliche Anordnung und ohne konkreten Verdacht darf er den internationalen Fernmeldeverkehr abhören. Dazu wurde ein gigantisches elektronisches Schleppnetz geworfen, das sämtliche Auslandstelefongespräche speichert und nach bestimmten Stichworten durchforstet. Gegen diese "*geheimpolizeilichen Eingriffsbefugnisse*" hatte der Hamburger Rechtsprofessor Michael Köhler Verfassungsbeschwerde eingelegt, weil durch das Gesetz in einzigartiger Weise der Grundrechtsschutz der Privat- und Intimsphäre gefährdet sei. Nach der BGV-Anordnung muß der BND zwar auf das o.g. Schleppnetz nicht verzichten, doch dürften, wenn gegen den/die belauschteN BürgerIn kein Tatverdacht bestehe, die Daten weder ausgewertet noch an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden.



Prozeß gegen Birgit Hogefeld

Die nächsten Prozeßtermine finden am

- Dienstag, dem 26.September
- Donnerstag, dem 28.September
- Donnerstag, dem 5.Oktober
- Freitag, dem 6.Oktober und
- Montag dem 6.November

jeweils um 9.30 Uhr im Gerichtskomplex Frankfurt, Eingang Hammelgasse (Nähe S-Bahn-Station Konstabler-Wache) statt. Da manchmal Prozeßtermine ausfallen, ist es vor allem für Leute mit weiter Anreise sinnvoll, kurz vorher bei der Info-AG zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld anzurufen (nur freitags, 18-20 Uhr, Tel.: 0611-440664).

Birgits Postadresse:

Birgit Hogefeld, c/o OLG Frankfurt, 5.Strafsenat, Postfach, 60256 Frankfurt

Spendenkonten:

- für die Verfahren Birgit Hogefeld und Todesermittlungsverfahren zum Nachteil Wolfgang Grams': Sonderkonto V.Luley, "Bad Kleinen", Konto-Nr.: 16072-603, Postbank Frankfurt (BLZ 500 100 60)
- für Birgits persönlichen Bedarf: Sonderkonto Birgit Hogefeld, R. Limbach, Konto-Nr.: 250228, Ökobank (BLZ 500 901 00)

15 Tonnen kurdische Bücher beschlagnahmt

Etwa 30 Polizisten besetzten am 1.Juni morgens die Geschäftsräume des Kölner *Agri-Verlags*. Nach einer vierstündigen Durchsuchung wurde der Verlag geschlossen, 15 Tonnen Bücher, Zeitschriften und Cassetten beschlagnahmt. Seitdem ist der Verlag geschlossen - von der Bundesanwaltschaft (BAW) aus offen politischen Gründen, von der Kölner Gewerbeaufsicht unter bürokratischen Vorwänden auch gewerberechtlich. Vorwand der Durchsuchung seitens der BAW war, daß der *Agri-Verlag*, der seit fast 15 Jahren kurdische Vereine und Einrichtungen in der BRD mit kurdischer Literatur beliefert - insbesondere zum kurdischen Befreiungskampf -, Material über den 5. Parteikongreß der PKK vertreibe. Unklar blieb, wieso das die Beschlagnahme des gesamten Literaturlagers rechtfertigen soll. Auch die Vorwände für die gewerberechtliche Schließung des Verlags blieben im Dunkeln. Ein Sprecher des Verlags, Edip Polat, protestierte in einer ersten Stellungnahme: "*Dieser Angriff des deutschen Staates erinnert mich an die Bücherverbrennungen des Hitlerfaschismus. Wir publizieren und vertreiben verschiedene Bücher, Broschüren, Cassetten etc. mit dem Ziel, das kurdische Volk zu informieren, aufzuklären und zu bilden ... Das ist ein Angriff auf die Informations- und Meinungsfreiheit ... damit wendet der deutsche Staat die gleichen Methoden an wie der türkische.*"

Mit dem Angriff auf den Verlag hat die Welle der staatlichen Attacken auf kurdische Einrichtungen in der BRD eine neue Stufe erreicht. Wenn kurdische Literatur nun auch in der BRD verboten und beschlagnahmt wird, wo sonst sollen die KurdInnen dann künftig noch Literatur in ihrer Sprache und über ihre Angelegenheiten erhalten können? Entsprechend heftig waren die Proteste gegen die Schließung des Verlags auf Seiten der KurdInnen. Bundesweit protestierten KurdInnen gegen die Schließung. Eine Protestaktion vor dem Verlag am folgenden Tag führte zu schweren Ausschreitungen seitens der Polizei: Fast 400 DemonstrantInnen wurden vorübergehend festgenommen, mehr als 20 Personen mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Bündnis 90/Die Grünen Köln, die ERNK-Europavertretung und die Informationsstelle Kurdistan in Bonn haben gegen die Schließung des Verlags und die brutalen Polizeiübergriffe protestiert.

aus: Politische Berichte, 15.6.95 (leicht gekürzt und überarbeitet)

Bücher und Broschüren

Razzia

Eine aktuelle Broschüre dokumentiert zahlreiche Texte, Kommentare, Stellungnahmen, Flugblätter und Zeitungsartikel zu den bundesweiten Hausdurchsuchungen und Festnahmen im Zusammenhang radikal, AIZ und K.O.M.I.T.E.E. am 13.Juni 1995. Die Zusammenstellung haben das *Projekt Informationsdienst Schleswig-Holstein* und die *Infogruppe Hamburg* besorgt. Mit dieser Dokumentation soll etwas Licht in den eher chaotischen Informationsfluß gebracht werden, ohne daß dabei Anspruch auf Vollständigkeit erhoben würde. Weiterhin soll die Broschüre zu einer Auseinandersetzung mit der politischen Bedeutung der Durchsuchungen und Festnahmen angeregt werden, die eher als Angriff auf linke Strukturen und "Logistik" gewertet werden - und nicht wie von der Bundesanwaltschaft vorgeschoben auf die drei offiziellen Ziele radikal, AIZ und K.O.M.I.T.E.E. Die Dokumentation ist gut lesbar, wurden doch diejenigen Texte, die nicht linken Nachrichtennetzen (CL, Spinnennetz) entnommen wurden, von den HerausgeberInnen abgetippt. Da die Broschüre von GenossInnen eines Druckereikollektivs zum Selbstkostenpreis gedruckt wurde, können von jeder verkauften Dokumentation 2 Mark auf das Solikonto für die Prozeßarbeit überwiesen werden.

Infogruppe Hamburg (Hg.), Dokumentation zu den bundesweiten Durchsuchungen und Festnahmen im Zusammenhang radikal, AIZ, K.O.M.I.T.E.E. am 13.6.95, Juli 1995, 36 S., 4 Mark.

Bezugsadresse: Projekt Informationsdienst Schleswig-Holstein, Bahnhofstraße 44, 24534 Neumünster. Bezahlung im voraus im Briefumschlag (bar, Briefmarken, Verrechnungsscheck) oder per Überweisung: M.Kellermann, Konto-Nr. 2421789900, Bank für Gemeinwirtschaft (BLZ 212.101.11).

"es wäre mehr drin gewesen!"

Am 29.Juli 1991 wurden Ralf Gauger und Knud Andresen, zwei radikale Linke aus Hamburg, von Hamburger LKA-Beamten in schleswig-holsteinischen Pinneberg verhaftet. Knud und Ralf waren dort Eis essen und spazieren, von den Polizisten wurde behauptet, sie hätten gesehen, wie die beiden Betonplatten auf die Schienen der Strecke Hamburg-Kiel gelegt hätten. Anschließend wurde Haftbefehl wegen "*schweren Eingriffs in den Bahn- und Schienenverkehr*" erlassen, der später durch "*versuchten Mord*" erweitert wurde. Das Ganze entpuppte sich für eine kritische Öffentlichkeit schnell als Staatsschutzlüge. Die LKA-Beamten, die der speziellen Aufklärungs- und Observationseinheit (331/2) angehörten, sagten zwar aus, sie seien den beiden von der *Roten Flora* aus gefolgt, weil sie Ralf und Knud von "*Flora-Aktionen*" vom Sehen her kennen würden, hätten sie jedoch zwischenzeitlich aus den Augen verloren. Doch fand die Observation offensichtlich gezielt statt, genauso wie die Verhaftung von vornherein geplant war - die Polizisten hatten die Betonplatten entweder selbst auf die Schienen gelegt oder eine für sie "günstige" Situation ausgenutzt. Diese Staatsschutzaktion fand vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um die Hamburger *Flora* statt. Schon 1988 hatte der Hamburger Senat durch die Verhinderung des Baus des *Phantoms der Oper* im Schanzenviertel durch einen breiten und vielfältigen Widerstand eine empfindliche Niederlage erlitten. Innensenator Hackmann charakterisierte die Auseinandersetzung um die *Flora-Park-Räumung* denn auch folgendermaßen: "*Es geht darum, ob Regierung und Parlament im Schanzenviertel das Sagen haben oder selbsternannte Kräfte.*" (s. kassiber 16ff.). Der Prozeß, der am 27.Januar 1992 begann (die beiden wurden gleichzeitig aus der Untersuchungshaft entlassen) endete im März 1993 mit Freispruch.

Rund 27 Monate nach Prozeßende haben die ehemalige *sprengsätze*-Redaktion und Teile der ehemaligen *Soligruppe Ralf & Knud* die Broschüre "*es wäre mehr drin gewesen!" - Itzehoe-Prozeß - Ralf und Knud-Solidarität - Ein Nachbereitung* herausgegeben. Der Freispruch von Ralf und Knud war ein Erfolg der Anti-Repressionsarbeit: Der Hamburger Staatsschutz war mit dem Versuch, zwei radikale Linke für lange Zeit einzuknasten, gescheitert. Die Broschüre beleuchtet die um den Prozeß entstandenen Strukturen und seine politische Bedeutung. Der Grundtenor der Artikel ist zumeist kritisch: Aus der nachträglichen Perspektive zeigt sich, daß in der Soliarbeit vieles hätte besser gemacht werden können. Mit der Kritik sollen aber nicht die guten Erfahrungen von Zusammenhalt und Solidarität vergessen werden, und ebensowenig die Kraft, die viele Menschen in die Unterstützung des Kampfes gegen das Staatsschutzkonstrukt einsetzten. Ihnen allen ist diese Broschüre gewidmet.

Ex-Redaktion "spreng-sätze"/Teile der Ex-Soligruppe (Hg.), "es wäre mehr drin gewesen!" - Itzehoe-Prozeß - Ralf und Knud-Solidarität - Eine Nachbereitung, Juni 1995, 48 S., 4 Mark.

Kontakt- und Bestelladresse: Soligruppe R&K, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Versandbedingungen: Eine Broschüre kostet 4 Mark plus Porto, ab fünf Exemplaren 3 Mark pro Stück plus Porto.

Zwischen Flucht und Arbeit

In dem im Frühjahr erschienenen Sammelband werden die "neuen Migrationsformen" analysiert und in Beziehung gesetzt zu weltwirtschaftlichen Umbrüchen und dem Versuch der rassistischen Neuformierung einer "deutschen Volksgemeinschaft". Das Buch, in dem auch ArbeitsmigrantInnen, Flüchtlinge und Illegalisierte selbst zu Wort kommen, richtet sich gegen den herrschenden Diskurs, der MigrantInnen zum Objekt macht und Arbeitsmigration - vor allem die aus Osteuropa - nur als Abschottungs- oder Steuerungsproblem Deutschlands darstellt. Der Buchtitel *Zwischen Flucht und Arbeit* deutet es an: Flucht- und Arbeitsmigration lassen sich nicht scharf voneinander trennen. Eine Abgrenzung wäre auch zweifelhaft, denn mit der Definition von Migrationsgründen wird (staatlicherseits) immer die unterschiedliche "Behandlung" von MigrantInnen legitimiert. Die Gründe für Migration sind höchst unterschiedlich, meist für die/den einzelne(n) sehr dramatisch und existenzbedrohend, aber Migrations*entscheidungen* sind legitim und als solche ernst zu nehmen, denn auch unter schwierigsten Bedingungen sind Menschen Subjekte ihrer selbst.

Zu einzelnen Beiträgen des Buches: Drei eher theoretische Artikel formulieren so etwas wie den abstrakten Rahmen, in dem die in den anderen Beiträgen beschriebenen Lebenswege und Probleme interpretierbar sind. Umgekehrt geben die konkreten Schilderungen von MigrantInnen ein Beurteilungskriterium für den Erklärungsgehalt dieser Beiträge. Georg Lutz *(Weltmarkt und neue Migration)* sieht eine wesentliche Ursache für Migration in den Bedingungen und Erfordernissen der jeweiligen kapitalistischen Formation des Weltmarkts. Seine Ausgangsthese quer zu herkömmlichen ist, daß, gerade weil die ökonomische Entwicklung in Ländern der "Dritten Welt" (einschließlich Osteuropa) einen rasanten Verlauf nimmt und das Bevölkerungswachstum vergleichsweise niedrig ist, es zu einer erheblichen Arbeitsmigration kommt. Christine Parsdorfer *(Vom 'Modell Deutschland' zur 'Ethnisierung des Sozialen')* skizziert die neuen institutionellen Formen des Rassismus und konkretisiert die Funktion des Nationalstaats und die ökonomischen Bedingungen der Entstehung von rassistischen Ausgrenzungsdiskursen. Hans-Jürgen Bieling analysiert in *'Postfordistische' Modernisierung* die Strategien und Ideologien, mit denen die Umbrüche in der internationalen und gesellschaftlichen Entwicklung vorangetrieben und ausgestaltet werden. Erst diese Umbrüche lassen Flucht und Migration ansteigen und führen zur Herausbildung neuer "Migrationsregimes".

Die Reportage von Vera Gaserow über *Illegalisierte in Berlin* beschreibt die Ängste hier illegal Lebender, in die Fänge der Behörden zu geraten. Sie zeigt aber auch, daß so ein Leben oft lebenswerter erscheint als sich "legal" den ständigen Schikanen der deutschen Behörden auszusetzen. Die neuen WanderarbeiterInnen beschreiben in dem Beitrag von Norbert Cyrus, warum sie "*in Deutschland arbeiten und in Polen leben*". Meist durch legale Werksvertragsvereinbarungen in die BRD gekommen, müssen sie nach deren Auslaufen oft illegale Beschäftigungsverhältnisse eingehen. Andrea Krüger beschreibt in *Prostitution, Frauenhandel und Heiratsmigration* einen zu wenig berücksichtigten, aber in seinen Ausmaßen nach 1989 bedeutenden Bereich der Ost-West-Migration. Material zur *Peripherisierung Osteuropas* liefert Hannes Hofbauer. Die *Gespräche mit drei illegalisierten Roma-Frauen* zeigen eindringlich, mit welcher Realität sie konfrontiert sind und welche Bedeutung ein legaler Aufenthaltsstatus für sie hat. Rolf Weitkamps Artikel zur *rechtlichen Hierarchisierung* von MigrantInnen charakterisiert die ausdifferenzierten, juristischen Zugangsbeschränkungen zum deutschen Arbeitsmarkt als Hauptsteuerungsinstrument der Immigration. Önder Erdem setzt sich damit auseinander, "inwie-

fern *klassische ArbeitsmigrantInnen* dazu neigen, gegenüber den unterprivilegierten und ausgegrenzten, teilweise illegalisierten Flüchtlingen und 'neuen ArbeitsmigrantInnen' herrschende Denkweisen zu übernehmen ..." und sich auf die Seite der GewinnerInnen schlagen. Die früheren *VertragsarbeiterInnen aus Vietnam* berichten in dem Artikel von Heike Kleffner über ihre besondere Situation. Das in diesem Sammelband hervorgehobene Interesse der Festung Europa an der Regulation und Steuerung der Migration geht einher mit der *Aufrüstung der Grenzen* zu Osteuropa, um unerwünschte Migration gar nicht erst zuzulassen. Diese "Migrationskontrolle" brachte im August 1994 mindestens zehn Menschen aus Sri Lanka und Pakistan den Tod. Die Recherche der Antirassistischen Initiative (ARI) Berlin zeigt auch, wie staatliche Behörden solche "Vorfälle" vertuschen.

Den Abschluß des Buches bildet ein *Debattenteil.* Er enthält Beiträge aus *off limits* und von *Projekt Zuflucht-Gruppen,* die ausgehend von dem Vorschlag einer Legalisierungskampagne Perspektiven und Strategien für und aus der antirassistischen Bewegung diskutieren. Außerdem berichtet Michael Hahn von den Erfahrungen mit der *Einwanderungspolitik in den USA* und Katina Schubert problematisiert die *Forderung nach sozialen Mindeststandards.*

Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte, Hamburg: Libertäre Assoziation, 1995, 256 S., Fotos, 24 Mark

IG-FARBEN - Von Anilin bis Zwangsarbeit

50 Jahre nach dem Kriegsende warten ehemalige Zwangsarbeiter des IG-FARBEN-Konzerns noch immer auf eine gerechte Entschädigung. Die *Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG)* hat nun unter dem Titel *IG-FARBEN - Von Anilin bis Zwangsarbeit* ein Buch vorgelegt, das die Verantwortung der Konzerne für Auschwitz und andere Verbrechen belegt. Eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte ereignete sich hinter Stacheldraht. Hunderttausende Menschen mußten unter grausamsten Bedingungen Zwangsarbeit für den IG-FARBEN-Konzern leisten. Die meisten verloren ihr Leben, *"vernichtet durch Arbeit"*, wie es im SS-Jargon hieß. Die chemische Industrie, allen voran der Bayer-Konzern, hat von dieser unheilvollen Entwicklung nicht nur profitiert, sondern sie aktiv herbeigeführt. Der damalige Bayer-Generaldirektor *Carl Duisberg* war es, der das FARBEN-Kartell zusammengeschmiedete. Die IG-FARBEN hat *Hitler* frühzeitig unterstützt, den Bau von Auschwitz finanziert und schließlich ein eigenes Werk (BUNA II) mit angehörigem KZ (Monowitz) installiert.

Das Buch *Von Anilin bis Zwangsarbeit*, herausgegeben von der *CBG*, führt kenntnisreich in die historischen Zusammenhänge mit ausgewählten Dokumenten und Abbildungen ein. Ein besonderes Augenmerk richten die Autoren, darunter der bekannte Faschismus-Experte *Otto Köhler*, auf die Verbrechen, die im Namen von Rassenwahn und Profitsucht begangen worden sind. Ein Briefwechsel zwischen Bayer und der SS *"betreffs der Lieferung von Frauen"* zu medizinischen Versuchen dokumentiert, auf welch grausame Weise die Menschenwürde mißachtet worden ist. *"Alle Frauen sind gestorben. Wir werden uns wegen einer neuen Lieferung demnächst an sie wenden"*, heißt es in einem Schreiben aus dem Hause Bayer.

Nach dem Krieg wurde die IG-FARBEN formal entflochten. Doch die Macht von Bayer, Hoechst und BASF ist heute größer denn je. Wen wundert da, daß Bayer seine Geschichte von hochrangigen Professoren reinwaschen läßt und Forderungen nach Entschädigungen mit Gewalt erstickt. Die Rede eines Kritikers zu diesem Thema auf der Hauptversammlung (im Anhang des Buches dokumentiert) wurde vom Werkschutz brutal verhindert.

Besondere Beachtung verdient ein Kapitel, das sich mit einem hierzulande nicht bekannten Fall in den USA befaßt. Ein ehemaliger Zwangsarbeiter hat gerichtlich durchgesetzt, daß er die Nachfolger der IG-FARBEN auf Entschädigung verklagen darf, ein Tatbestand, der bei Bayer, Hoechst und BASF für einige Aufregung sorgen und Rechtsgeschichte schreiben wird. (Zur IG-FARBEN siehe auch den Artikel *"Den Opfern ihre Würde zurückgeben"* in diesem kassiber.)

Coordination gegen Bayer-Gefahren: IG-FARBEN - Von Anilin bis Zwangsarbeit, 240 S., viele Abbildungen, DM 24,80.

Angela Davis auf dem NRO-Forum der 3.Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi

Schwarzer Widerstand und Befreiungsbewegung seit dem 17.Jahrhundert in den USA

Ungenannt bleibende Autorinnen haben im Frühjahr die Broschüre *Schwarzer Widerstand und Befreiungsbewegung seit dem 17.Jahrhundert in den USA* herausgebracht. Das Heft mit dem Untertitel Beiträge zu einem internationalistischen Feminismus, das einen Beitrag zur aktuellen Kampagne für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal, gegen das legale Lynchen in den USA und für die Solidarität mit den dortigen Befreiungsbewegungen leisten soll, ist eine wahre Fleißarbeit. Auf 144 Seiten DIN A5 (jeweils zu zweit quer auf einer A4-Seite angeordnet) zieht sich ein Roter Faden von den Anfängen der Sklaverei und der schwarzen Befreiungsbewegung über den schwarzen Widerstand und die Befreiungsbewegung in den 1960er Jahren, die Black Panthers bis hin zum aktuellen Widerstand. Die Broschüre gibt einen Überblick über staatliche und Polizeiangriffe auf diese Bewegung, über die heutigen Gefangenen und deren Haftbedingungen in Höchstsicherheitsgefängnissen. Ein Schwerpunkt wird bei der Betrachtung, soweit Daten verfügbar waren, auf die Beteiligung von Frauen (auch als Täterinnen) gelegt, patriarchale und sexistische Strukturen der Organisationen und ihrer Programme werden - soweit bekannt - benannt, genauso wie Widerstand der Frauen dagegen. Der äfeministische Hintergrund und das Ziel der BroschüreÇ sowie die Verortung der Autorinnen darin ergeben sich aus dem rund sechsseitigen Nachwort.

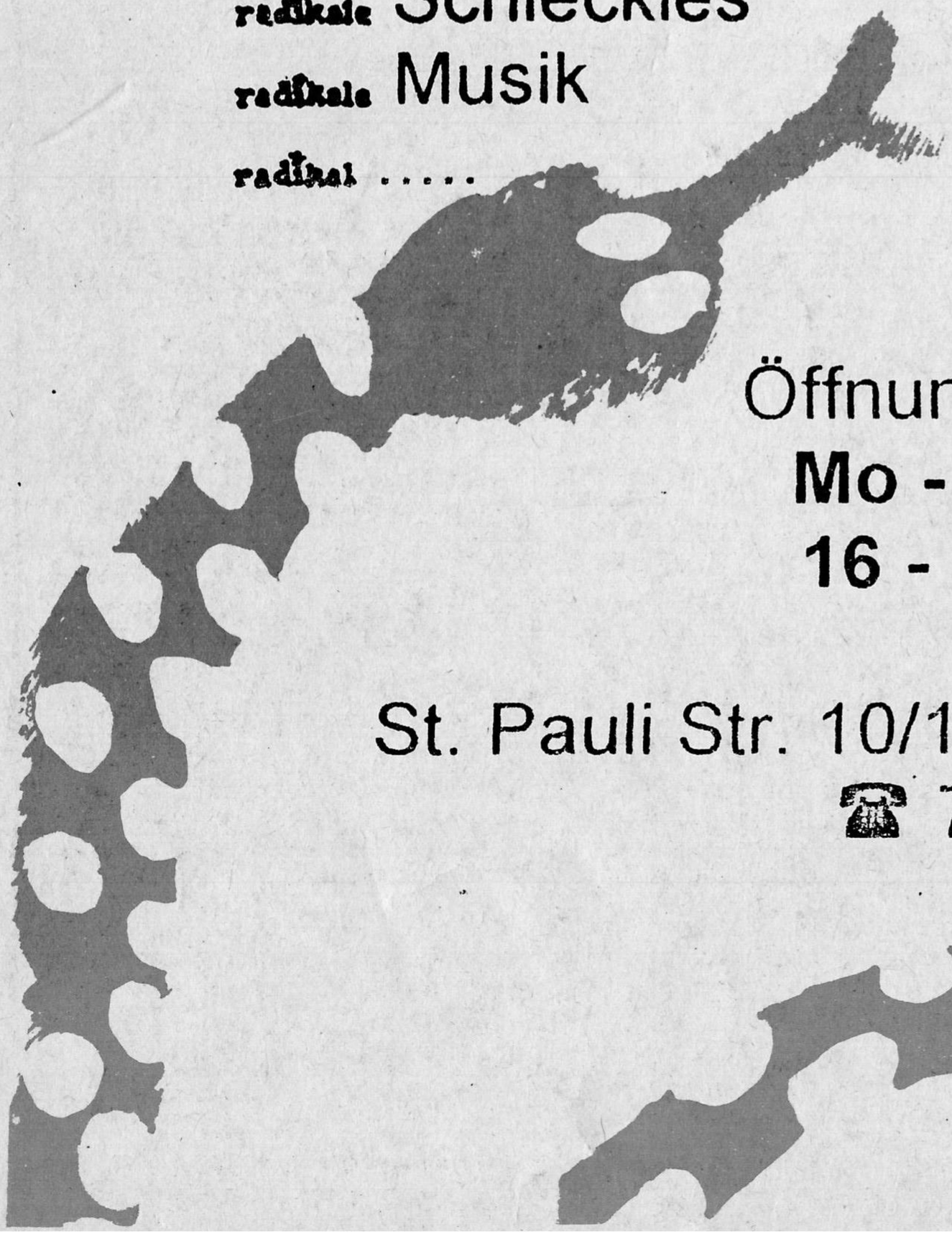
Schwarzer Widerstand und Befreiungsbewegung seit dem 17.Jahrhundert in den USA. Beiträge zu einem internationalistischen Feminismus, Bielefeld, April 1995, Broschüre, 76 S. A4, 6 Mark.

Bestellungen: 6 Mark pro Broschüre plus Porto (für 1-2 Ex. DM 3,-, für 3-5 Ex. DM 5,-, für 6-10 Ex. DM 5,50, für 11-26 Ex. DM 7,60) in bar an Infoladen "Anschlag" (USA-Broschüre), Heeperstraße 132, 33607 Bielefeld.

Infoladen
Umschlagplatz

radikale Bücher
radikale Zeitschriften
radikale Infos
radikale Aufnäher
radikale T-Shirts
radikale Schleckies
radikale Musik
radikal .....

NEU
jetzt noch radikaler!



Öffnungszeiten
Mo - Mi - Fr
16 - 19 Uhr

St. Pauli Str. 10/12 - 28203 Bremen
☎ 75682